

2012

GESCHÄFTSBERICHT POSTBANK KONZERN



Postbank

DER POSTBANK KONZERN IN ZAHLEN

		01.01. – 31.12.2012	01.01. – 31.12.2011
Gewinn- und Verlustrechnung			
Gesamterträge	Mio €	3.739	3.672
Verwaltungsaufwand	Mio €	-2.999	-3.204
Ergebnis vor Steuern	Mio €	386	78
Konzerngewinn	Mio €	279	111
Cost Income Ratio gesamt			
	%	80,2	87,3
Eigenkapital-Rendite			
vor Steuern	%	6,4	1,3
nach Steuern	%	4,6	1,9
Ergebnis je Aktie ¹	€	1,28	0,51

		31.12.2012	31.12.2011
Informationen zur Aktie			
Aktienkurs zum Stichtag	€	31,80	24,14
Aktienkurs (01.01. – 31.12.)	Hoch €	32,15	24,40
	Tief €	23,75	19,81
Marktkapitalisierung zum Stichtag	Mio €	6.958	5.282
Anzahl der Aktien	Mio	218,8	218,8

¹ Basierend auf 218,8 Millionen Aktien

SROS

		31.12.2012	31.12.2011
Bilanz			
Bilanzsumme ¹	Mio €	193.822	191.935
Kundeneinlagen	Mio €	111.508	112.961
Kundenkredite	Mio €	106.495	108.896
Risikovorsorge	Mio €	1.745	1.826
Eigenkapital ¹	Mio €	6.309	5.657
Kernkapitalquote	%	12,0	10,8
Mitarbeiter (auf Vollzeitkräfte umgerechnet)	Tsd	18,60	19,23
Langfristrating			
Moody's		A2/Ausblick stabil	A1/Ausblick negativ
Standard & Poor's ²		A+/Ausblick negativ	A/Ausblick negativ
Fitch		A+/Ausblick stabil	A+/Ausblick stabil

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

²Das S&P-Rating wurde zum 31. Dezember 2012 beendet.

momentum

POSTBANK JOURNAL

Bewegt:

Auf neuem Kurs voran

Beflügelt:

Kundenwünsche als Impulsgeber

Bedacht:

Als Arbeitgeber überzeugen



Postbank

„Wo geht's hin,

„Wachstum und Qualität steigern, das Ergebnis sichern, Zukunftsimpulse setzen, die Integration vorantreiben und nicht zuletzt unsere Identität stärken.“

Herr Strauß, Sie sind seit Mitte 2011 bei der Postbank und seit Juli 2012 deren Vorstandsvorsitzender. Wie fällt Ihre Zwischenbilanz aus?

Frank Strauß: Es war ein spannendes, herausforderndes und in Summe erfolgreiches Jahr. Der Führungswechsel mit Stefan Jütte im Juli verlief reibungslos und partnerschaftlich. Ich bin von Anfang an in meiner neuen Aufgabe von allen Seiten großartig unterstützt worden. Dafür bin ich sehr dankbar. In den vergangenen Monaten haben wir bei der Postbank gemeinsam viel in Bewegung gesetzt und sind jetzt gut für die Zukunft gerüstet. Das Geschäft entwickelt sich erfreulich, und vor allem ist es der Postbank gelungen, Wachstum und Integration zu verbinden. Insofern fällt meine Zwischenbilanz positiv aus, wir haben vieles schon geschafft und sind auf einem guten Weg.

Wie schätzen Sie die Rahmenbedingungen derzeit ein?

Frank Strauß: Die Postbank arbeitet wie alle Banken in einem Umfeld, das sich derzeit rasant wandelt, und die Anforderungen wachsen stetig. Vom wirtschaftlichen Rahmen – Stichwort Krise in Europa, aber auch Niedrigzinsniveau – über die erhöhten regulatorischen Anforderungen, ein sich veränderndes Kundenverhalten bis hin zur Integration in den Deutsche Bank Konzern gibt es große Herausforderungen, die wir zu meistern hatten und haben. Bei all diesen Themen hat die Postbank bewiesen, wozu sie in der Lage ist, und hat sich dem Wandel mit einer großen Veränderungsbereitschaft gestellt.

Wie gehen Sie die Herausforderungen an?

Frank Strauß: Wir haben unsere strategische Ausrichtung neu festgelegt. In unserer „Postbank Agenda“ sind die Prioritäten für die kommenden 24 Monate ganz klar definiert: Wachstum und Qualität steigern, das Ergebnis sichern, Zukunftsimpulse setzen, die Integration vorantreiben und nicht zuletzt unsere Identität stärken. Wir haben das Führungsteam neu aufgestellt und gehen unsere Prioritäten konzentriert an. Dabei sind wir schon ein ganzes Stück vorangekommen.

Wichtig ist mir, dass unsere Strategie nicht am Reißbrett entstanden ist, sondern wir diesen Prozess breit angelegt haben. Ich habe viel Zeit damit verbracht, mit Mitarbeitern und Führungskräften auf allen Ebenen und an verschiedenen Standorten zu sprechen und ihnen zuzuhören. Die Ergebnisse dieser Dialoge sind in unsere Ausrichtung eingeflossen. Unser internes Motto heißt: „Postbank Agenda – wir machen das zusammen!“

Sprechen wir über etwas weiteres Elementares: das Geschäftsmodell. Wie sieht das vor dem Hintergrund der strategischen Neuausrichtung heute aus?

Frank Strauß: Unser Geschäftsmodell ist ein wichtiger Schlüssel zum Erfolg. Die Postbank hat ein einfaches, überzeugendes und nicht kopierbares Geschäftsmodell, das uns im Markt einzigartig macht:

Postbank?

Wir haben erstens starke Vertriebskanäle mit den Filialen, den Direktkanälen, dem Mobilien Vertrieb und unserem Geschäfts- und Firmenkundengeschäft. Keine andere Bank bietet ihren Kunden einen so breiten Zugang in der Kombination von Nähe und Online-Erlebnis.

Zweitens fokussieren wir uns bei den Produkten auf einfache Angebote für den täglichen Bedarf, das Girokonto, Sparen, Bausparen, Baufinanzierung und Kredite. Und neben dem Bankgeschäft nicht zu vergessen: unser wichtiges Geschäft in Kooperation mit der Deutschen Post.

Und drittens verbinden wir Vertrieb und Produkte durch eine kosteneffiziente und qualitativ hochwertige Plattform, die wir mit der Deutschen Bank zusammen aufbauen.

Mit diesem stabilen und erfolgreichen Geschäftsmodell werden wir in Zukunft noch besser punkten und unser Geschäft weiter ausbauen – in einer vernünftigen Balance von Wachstum und Integration.

Heißt das, dass sich das Geschäftsmodell der Postbank nicht grundlegend ändert – auch nicht im Zuge der Integration in die Deutsche Bank Gruppe?

Frank Strauß: Unser Geschäftsmodell hat sich bewährt und bleibt im Kern stabil. Das heißt aber nicht, dass wir unser Geschäftsmodell nicht weiterentwickeln und optimieren. Zum Beispiel haben wir uns noch stärker auf das Kundengeschäft konzentriert und uns von Randaktivitäten getrennt.

Was heißt das konkret ...?

Frank Strauß: Wir sind der Devise gefolgt, dass es in einem gut organisierten und leistungsstarken Konzern immer einen gibt, der bestimmte Themen besonders gut beherrscht. So haben wir unser durchaus erfolgreiches Asset Management an die DWS verkauft und damit in die Hände

Zur Person

Frank Strauß, 1970 in Heide/Schleswig-Holstein geboren, beginnt mit sechs Jahren, Eishockey zu spielen – der Start einer Sportkarriere, die ihn bis in die zweithöchste Liga aufsteigen und dort mehr als 300 Spiele absolvieren lässt.

Parallel beginnt Frank Strauß 1989 seine Bankkaufmannslehre bei der Deutschen Bank in Iserlohn, wo er anschließend auch seine ersten Berufsjahre verbringt. Zwischen 1995 und 2010 folgen Führungsaufgaben im Privat- und Geschäftskundengeschäft der Deutschen Bank, u.a. in Frankfurt am Main, Mumbai und Peking. Im Juli 2011 wird er Vertriebsvorstand der Postbank, im Juli 2012 Vorstandsvorsitzender.





Geschäftsmodell

Starke und umfassende Vertriebskanäle

Filialen

Mobiler Vertrieb

Direktkanäle

Geschäfts-/Firmen-
kundengeschäft

Produktfokussiertes Angebot

· attraktive Preisgestaltung · mit 5 Kategorien

Konto/
Zahlungsverkehr

Anlage

Sparen/
Bausparen

Kredite

Post-Dienst-
leistungen

State-of-the-Art Plattform

eines der größten und erfolgreichsten Asset Manager in Deutschland gegeben. Das ist gut für die Kunden und für die Performance. Auch von unseren Commercial-Real-Estate-Aktivitäten in New York haben wir uns getrennt sowie von der Vermögensberatung. Das macht mit Blick auf die Konzentration auf unser Kerngeschäft mit einfachen Produkten viel Sinn.

Gleichzeitig werden wir den Abbau von Risiken konsequent fortsetzen und mit der Bildung des Segments „Non Core“ nochmals vorantreiben.

... und was bedeutet das für das Kundengeschäft?

Frank Strauß: Wir haben das Filialgeschäft der norisbank Mitte 2012 bei uns integriert. Damit konzentrieren wir uns auf unsere Stärken, denn unbestreitbar hat die Postbank in puncto Erreichbarkeit für die Kunden mit ihren 6.500 Filialen und Beratungszentren sowie insgesamt 22.000 Kontaktpunkten erhebliche Vorteile im Markt. Hinzu kommt, dass die 350 Beraterinnen und Berater der norisbank uns mit ihren Kompetenzen im Filialgeschäft ergänzen können und unsere Mannschaft optimal verstärken.

Außerdem haben wir unseren Kooperationsvertrag mit der Deutschen Post DHL vorzeitig langfristig verlängert. In der





Kooperation steckt noch viel Wachstumspotenzial für beide Partner. Damit haben wir einen für unser Kundengeschäft enorm wichtigen Schritt getan, der uns langfristig die nötige Planungssicherheit gibt.

Stichwort Kunden: *Das Bankgeschäft ist mit der Finanzmarktkrise nicht einfacher geworden ...*

Frank Strauß: Stimmt, das Kundenverhalten hat sich stark gewandelt. Die Kunden sind uns Banken gegenüber kritischer geworden. Darauf müssen wir uns alle einstellen. Auch wenn wir als Postbank dankenswerterweise immer noch eine hohe Kundenzufriedenheit verzeichnen, müssen auch wir reagieren.

Wie denn?

Frank Strauß: Die Kunden haben uns beispielsweise klar signalisiert, dass wir uns auf unsere Stärken, insbesondere die einfachen Produkte, konzentrieren sollten. So haben wir z. B. geschlossene Fonds aus dem Vertrieb genommen und die Vermögensberatung, wie bereits erwähnt, eingestellt. Darüber hinaus haben wir unser Beschwerdemanagement verbessert und auch eigens ein Reputationskomitee gegründet, das sich vor allem sehr intensiv um Kundenthemen kümmert. Es gibt aber auch viele alltägliche Punkte, die wir angehen müssen und werden, beispielsweise die Wartezeiten in den Filialen. Wir müssen unsere Qualität auf allen Ebenen steigern, das erwartet der Kunde von uns, und zwar zu Recht. Die Kundenzufriedenheit ist uns so wichtig, dass wir uns als Vorstand natürlich auch daran messen lassen wollen.

Gibt es denn in diesem Umfeld überhaupt noch Chancen auf Wachstum?

Frank Strauß: Wachstum gehört für mich mit Qualität zusammen. Zum Beispiel in der Immobilienfinanzierung. Wenn ich mir das aktuelle Marktumfeld anschau, sind die eigenen vier Wände ein Megatrend, weil die Finanzierung so günstig ist wie nie, die Mieten aber weiter steigen. Mit der Konzentration unseres Mobilen Vertriebs auf Baufinanzierung und Bausparen, der Stärke des BHW und unserer DSL Bank sowie der intensiven Einbeziehung der Filialen in dieses Geschäftsfeld wollen wir den Kunden klar signalisieren, dass wir auch hier für sie da sind.

Oder im Bereich der Direkt-Bank. Wir wollen unsere Online-Aktivitäten zum Wachstums- und Innovationsmotor ausbauen. Auch wenn ich der festen Überzeugung bin, dass unsere virtuelle Filiale die physische nicht ersetzen wird: Wir werden in diesem Segment in den nächsten Jahren überproportionales Wachstum sehen.

Sie haben also eine Menge vor. Was möchten Sie im kommenden Jahr an dieser Stelle sagen können?

Frank Strauß: Ganz klar: dass wir auf unserem Weg, die führende deutsche Bank für Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden zu werden, ein ganzes Stück vorangekommen sind. Und dass wir es geschafft haben, die Themen Wachstum und Integration in die Deutsche Bank Gruppe so zu verbinden, dass alle etwas davon haben: Zunächst unsere Kunden, die noch zufriedener sind und durch unsere Leistungen

einen echten Vorteil haben. Dann die Mitarbeiter, die motiviert und gern zur Arbeit gehen, mit attraktiven und möglichst sicheren Arbeitsplätzen, und sich dabei mitgenommen und eingebunden fühlen. Und nicht zuletzt unsere Eigentümer, die die Postbank weiterhin als Bereicherung sehen und zu deren Wertsteigerung wir beitragen.

„Wir müssen unsere Qualität auf allen Ebenen steigern, das erwartet der Kunde von uns, und zwar zu Recht.“

Müheless
zum
Bargeld

Überschaubares
Produkt-
angebot

Beratung
zu Hause

7x24h
Online
Banking

Verständliche
Produkte

Kompetente
Anspruchspartner

Beratung
"auf
S



Stell dir vor ...

Triebfeder: Wie Kunden sich Bank wünschen

Nah gelegene
Filiale

Intensive
rechner

7x24h
Telefon-
Banking

„Entscheidung
meiner
Seite“

PRIVATKUNDEN

Bankkunden sind anspruchsvoller geworden. Dies liegt nicht allein am Wettbewerb, der im deutschen Bankgeschäft traditionell härter ist als in vielen anderen Ländern. Vor allem die durch Finanz- und Staatsschuldenkrise hervorgerufene Unsicherheit und der damit einhergehende Vertrauensverlust, aber auch die hohe, dem schnellen technologischen Wandel zu verdankende Transparenz sind dafür verantwortlich. Die Zeit „blinden Vertrauens“ ist vorbei – Kunden informieren sich auf Vergleichsportalen und in sozialen Netzwerken und prüfen die Angebote ihrer Bank kritischer als früher. Gleichzeitig werden Bankleistungen zunehmend flexibler über verschiedene Kanäle hinweg nachgefragt.

Statt sie als Bedrohung zu sehen, begreift die Postbank diese Entwicklungen als Chance, noch mehr auf ihre Kunden zuzugehen. Die Kunden und ihre Wünsche zu verstehen und uns, wo immer nötig, zu verändern, ist hierzu die wichtigste Voraussetzung. Wie also wünschen sich Kunden ihre Bank eigentlich? Aus Befragungen und Analysen, aus der täglichen Interaktion in Filialen, per Telefon und auf Facebook, aber auch durch die Arbeit des Postbank Kundenbeirats wissen wir, dass die Kernanforderungen unserer Kunden weitgehend identisch sind. Neben Grundlagen wie Datensicherheit und korrekter Geschäftsabwicklung erwarten sie vor allem einen breiten Zugang zu den Leistungen ihrer Bank, Qualität in der Beratung und verständliche Produkte.

Wir dürfen mit Recht behaupten, dass die Erfüllung dieser Anforderungen Teil unseres Selbstverständnisses ist. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass eine Bank sich unaufhörlich weiterentwickeln und verändern muss, um an der Spitze zu bleiben. Unsere Stärken bieten hierfür die Grundlage, die wir – orientiert am Kundenbedarf und den wachsenden technologischen Möglichkeiten – kontinuierlich ausbauen.

Die Kunden wünschen sich zuallererst einem flexiblen Zugang zur Bank. Unsere Multikanalstrategie ist hierauf die optimale Antwort. Mit gut 1.100 Geschäftsstellen bieten wir das größte Filialnetz in der deutschen Bankenlandschaft. Hinzu kommen über 4.500 Partnerfilialen der Deutschen Post, in denen ausgewählte Finanzdienstleistungen der Postbank erhältlich sind, sowie 900 Beratungszentren der Postbank Finanzberatung. Wir sind nicht nur an Wochentagen länger als jede andere Bank für unsere Kunden da, sondern öffnen als einziges deutsches Institut auch samstags unsere Türen. Auch haben wir frühzeitig ein Netz von derzeit rund 3.000 mobilen Beratern aufgebaut, die die Kunden – für diese bequem – zu Hause besuchen und mit ihnen speziell bei Baufinanzierungs- und Altersvorsorgefragen Lösungen entwickeln.

Information und Service rund um die Uhr bietet die Postbank zusätzlich per Telefon, mobil und im Internet. Die Postbank Website und unser Online Banking wurden für ihre Übersichtlichkeit und den Bedienungskomfort vielfach ausgezeichnet. In puncto Service überzeugen wir außerdem mit dem größten Geldautomaten-Netz

Bedeutung von Aspekten der Kunde-Bank-Beziehung

1. Schutz persönlicher Daten und korrekte Geschäftsabwicklung
2. Beratungsqualität
3. Beratungs- und Serviceinfrastruktur
4. Preise & Konditionen
5. Persönlicher Ansprechpartner

Quellen: TNS Infratest Benchmarkstudie Banken 2012; eigene Untersuchungen

einer Bank in Deutschland – über die Kooperation mit Shell übrigens auch außerhalb der Innenstädte und mit abgeschlossenem Parkplatz. So erreichen wir auch die Kunden, für die es manchmal schwierig oder unbequem ist, weitere Wege für Bargeld zurückzulegen.

Beratungsqualität und Verständlichkeit der Produkte sind für uns zwei Seiten derselben Medaille. Eine gute Beratung beginnt bei der ausführlichen Analyse der Situation und des Bedarfs unseres Kunden. Dies und die am Ende einer Beratung stehende optimale Empfehlung stellen wir mit State-of-the-Art-IT-Systemen und qualifizierten Beratern sicher. Es ist uns dabei sehr wichtig, dass unsere Kunden ihre Geldanlage oder ihre Finanzierung vollständig verstehen. Nur so ist ein Dialog auf Augenhöhe möglich – die Basis für Vertrauen. Wir fokussieren daher unser Angebot auf eine begrenzte Zahl von einfachen, leicht verständlichen Produkten. Dieser Ansatz bietet trotzdem Raum für kundenorientierte Innovationen, wie z.B. das neue Postbank Goldsparen, das Anlegern die Chance bietet, risikolos an der Wertentwicklung von Gold zu partizipieren.

Für das Verständnis der Produkte und Dienstleistungen ist auch die Sprache, mit der wir Produkte beschreiben und Hintergründe und Zusammenhänge erklären, von großer Wichtigkeit. Hier neigt das Bankgeschäft – auch um der Fülle von Rechtsvorschriften Rechnung zu tragen – zu teilweise komplizierten und schwer durchschaubaren Formulierungen. Deshalb hat die Postbank 2012 mit Unterstützung des Kundenbeirats den Großteil der Kundenkommunikation überarbeitet und die Verständlichkeit deutlich verbessert.

Rund um die eigenen vier Wände

Auch bei der Finanzierung ihrer Wohnwünsche – ob Bau, Kauf oder Modernisierung einer Immobilie – stellen Kunden zunehmend höhere Ansprüche an den Finanzierungspartner. Heute zählen nicht allein der Preis und die Kundenfreundlichkeit der Beratung. Eine immer größere Rolle spielen auch die Zusagegeschwindigkeit und die Servicequalität bei der Kreditantragsbearbeitung. Mit einer automatisierten Kreditbearbeitung gelingt es uns, den Kundenwünschen zu entsprechen, ohne den Boden eines gesunden Kosten-Ertrags-Verhältnisses zu verlassen.

Der Schlüssel hierzu liegt in einer hochleistungsfähigen Software. Die mit ihr verbundenen Vorteile werden für den Kunden direkt erlebbar. Denn bereits im Gespräch gibt der Berater die Angaben für den Kreditantrag in das Programm ein, das sich alle weiteren relevanten Kunden- und Objektdaten, auch die Schufa-Auskunft, über Schnittstellen hinzulädt. Ist dies abgeschlossen, werden alle Parameter für die Kreditentscheidung unmittelbar auf Basis der im System hinterlegten Kreditvergaberichtlinien geprüft – ohne dass ein weiterer Mitarbeiter tätig werden muss. Nach der positiven Prüfung liefert das System sofort einen vollständigen druckfertigen Kreditvertrag einschließlich aller erforderlichen Anlagen. So erhält der Kunde den unterschriftsreifen Vertrag noch während des Beratungsgesprächs und eine „Ratzfatz-Garantie“ für eine endgültige Kreditentscheidung des Kreditcenters innerhalb von 24 Stunden.

Stellt das System fest, dass einzelne Sachverhalte zusätzlich geprüft werden müssen, wird der Antrag mit den entspre-



chenden Hinweisen an die Mitarbeiter im Kreditcenter weitergeleitet. Nach Klärung der offenen Punkte setzt sich die Kreditbearbeitung automatisiert fort, sodass der Darlehensvertrag auch in diesen Fällen sehr schnell vorliegt, in der Regel innerhalb von 48 Stunden. Der Berater kann den Bearbeitungsstatus über das System jederzeit und in jedem Schritt nachvollziehen.

Vertriebspartner und Kunden der Postbank profitieren zudem noch von weiteren Leistungen der Software: beispielsweise von dem integrierten Produktkonfigurator, der automatisch die für den Kunden beste Lösung ermittelt. Das Programm berücksichtigt dabei nicht allein die Produkte der

Postbank, sondern auch das Angebot anderer Anbieter. Damit können Kundenwünsche noch besser erfüllt werden – und das mit Highspeed.

In der Gesamtschau wird deutlich: Für die Postbank bedeutet Kundennähe weit mehr als flächendeckende Präsenz. Kundennähe heißt umfassend zu verstehen, was Kunden sich wünschen – und hart daran zu arbeiten, diese Wünsche zu erfüllen.

FIRMENKUNDEN

Die Klett Gruppe hat Europas Bildung im Blick – mit ihren Lehr- und Lernmedien fördert sie das Wissen über fremde Länder und Sprachen. Mit mehreren Unternehmen im europäischen Ausland ist auch die Klett Gruppe selbst international ausgerichtet. So sieht der Bildungsdienstleister in der Umstellung auf den europäischen Standard im Zahlungsverkehr SEPA (Single Euro Payments Area) nicht nur Herausforderungen, sondern auch Chancen.

Die verbindliche Anpassung des nationalen und des internationalen Zahlungsverkehrs an die einheitlichen SEPA-Standards ist für die Klett Gruppe ein großes Projekt. Im ersten Schritt werden das zentrale Finanzbuchhaltungssystem (ERP) sowie die angeschlossenen dezentralen Systeme der anderen europäischen Standorte SEPA-fähig gemacht. „In einem weiteren Projekt geht es um die neue Mandatsverwaltung für Lastschriften, die es auch für den rein nationalen Zahlungsverkehr an die europäischen Vorgaben anzupassen gilt“, erklärt Michael Riedel, Leiter Finanzen und Rechnungswesen bei der Ernst Klett AG. „Auch die Frage, wie wir die Chancen, die SEPA für die Optimierung unseres Zahlungsverkehrs bietet, nutzen können, ist von erheblicher Bedeutung für uns“, betont Michael Riedel. Zunächst erzeugt die Umstellung für das Unternehmen – so wie für die meisten vorwiegend national agierenden deutschen Mittelständler – mehr Aufwand als Nutzen. „Die Möglichkeit, irgendwann die Kontenstruktur innerhalb unseres Konzerns zu optimieren, könnte diesen Nachteil jedoch kompensieren“, erläutert Klett Finanzvorstand Arthur Zimmermann.

Die Bankpartner lieferten in der Anfangsphase der SEPA-Migration vor allem regelmäßige Informationen. Mittlerweile geht es auch um technische Unterstützung, etwa die Bereitstellung einer übergangsweisen Konvertierungslösung. „Die Postbank war und ist hier aufgrund unserer engen Zusammenarbeit im Bereich des Zahlungsverkehrs einer unserer wichtigsten Ansprechpartner“, betont Arthur Zimmermann. Hans-Jürgen Leitzbach, Firmenkundenbetreuer bei der PB Firmenkunden AG in Stuttgart, unterstreicht: „Wir kennen die Zahlungsverkehrsstruktur der Gruppe sehr genau und können deshalb die Klett Gruppe auf ihrem Weg in den einheitlichen europäischen Zahlungsverkehr aktiv begleiten.“ Klett und die Postbank blicken auf eine Zusammenarbeit seit dem Jahr 1958 zurück. Die Postbank führt für Klett im Jahr etwa 400.000 Buchungen aus – die zu 95 % elektronisch erfolgen.

Markenzeichen: die zur Lilie stilisierten Initialen des Klett-Gründers Ernst Klett



Das Ende der Kreidezeit: Arthur Zimmermann, Finanzvorstand der Ernst Klett AG, zeigt digitale Materialien für den Unterricht am interaktiven Whiteboard. Sie gehören heute genauso zum Produktangebot der Klett Gruppe wie gedruckte Schulbücher.

„Die Zahlungseingänge werden im Rahmen eines Cash-Poolings automatisch auf dem Hauptkonto der Finanzholding Ernst Klett AG gebündelt und können so zentral gesteuert werden“, erklärt Michael Riedel. Kurzfristig zur Verfügung stehende Liquidität wird auf einem Cash-Konto der Postbank angelegt. Weitere Innovationen aus der Umstellung auf SEPA erhofft sich Klett z. B. im Hinblick auf eine komfortable und sichere Übertragung von Zahlungsverkehrsdaten über das Internet. Beste Chancen hierfür sieht Kristina Novotny, Zahlungsverkehrsmanagerin bei der PB Firmenkunden AG in Stuttgart: „Ich bin zuversichtlich, dass wir auch für diese Weiterentwicklung von Zahlungsverkehrsstandards in Zukunft attraktive Lösungen anbieten können.“

Während bei der Postbank neue Lösungen für den Zahlungsverkehr entstehen, treibt Klett Innovationen in puncto Wissensver-

mittlung voran. So stellte das Unternehmen kürzlich u. a. rund 25 Prototypen des „Digitalen Unterrichtsassistenten“ vor, der das digitale Unterrichten in Zukunft noch komfortabler machen soll. Dafür hält er jeweils das komplette Schulbuch samt Zusatzmaterialien wie Hör- und Videobeispielen auf CD/DVD bereit. Dies eröffnet Lehrkräften ganz neue Möglichkeiten – beispielsweise an einer voll-elektronischen Tafel, dem interaktiven Whiteboard. Innovationen sind eben nicht nur beim europäischen Zahlungsverkehr gefragt.

Klett Gruppe

Zu den Kunden der Klett Gruppe gehören alle, die Bildung vermitteln oder sich selbst aus- und weiterbilden wollen – auch um in einem immer anspruchsvoller werdenden Arbeitsumfeld zu bestehen. Seit mehr als 100 Jahren entwickelt die Unternehmensgruppe hierfür ein umfangreiches Sortiment an Medien. Neben Schulbüchern gehören dazu heute auch digitale Angebote auf CD und DVD sowie im Internet.

Good Job

Employer Branding im Blick

*„Das Know-how
der Postbank
Mitarbeiter ist
gerade im Zuge der
Integration in die
Deutsche Bank
besonders gefragt.“*

Ernst Stilla,
Leiter Führungskräfteentwicklung

Attraktivität gibt's nicht geschenkt. Es gilt, permanent in Bewegung zu bleiben. Auch für Unternehmen als Arbeitgeber. Was könnte dabei hilfreicher sein, als diejenigen zu fragen, um die es geht? So lud der neue Vorstandsvorsitzende Frank Strauß 2012 zu insgesamt neun Dialogveranstaltungen im gesamten Bundesgebiet ein – ein Forum für Mehrere Tausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und alles, was sie im Hinblick auf die Postbank bewegt. Der Lohn: über 3.500 Ideen, Anregungen und auch kritische Hinweise, aus denen konkrete Maßnahmen abgeleitet und diese wiederum zu einem Teil bereits umgesetzt werden konnten.

„Das Know-how der Postbank Mitarbeiter ist gerade im Zuge der Integration in die Deutsche Bank besonders gefragt“, sagt Ernst Stilla, Leiter Führungskräfteentwicklung bei der Postbank, und ergänzt: „Als Retail-Bank mit ausgeprägter Vertriebskraft und Kundenorientierung leben wir davon, dass unsere Mitarbeiter engagiert und kompetent unsere Geschäftsstrategie operativ umsetzen. Nicht zuletzt deshalb haben wir den Anspruch, ein attraktiver Arbeitgeber für alle Beschäftigten zu sein.“

Die Postbank wandelt sich seit ihrem Bestehen immer wieder. Und bleibt gerade dadurch auf Dauer ein attraktiver Arbeitgeber. „Besonders jetzt in der Integrationsphase bemühen wir uns, unsere Mitarbeiter bei ihrer täglichen Arbeit zu unterstützen, zu motivieren und langfristig an das Unternehmen zu binden“, sagt Stilla. Die Mitarbeiter fühlen sich ernst genommen. Das zeigten auch 2012 bei der jährlichen Mitarbeiterbefragung die hohen Zustimmungswerte in puncto Identifikation und Bindung mit der Postbank.

Herausforderungen für die Personalverantwortlichen ergeben sich aber nicht nur aus den konzerninternen Entwicklungen. Demografischer Wandel, Fachkräftemangel, „War for Talents“ – der Wettbewerbsdruck um qualifiziertes Personal steigt. Allein in Nordrhein-Westfalen wird die Zahl der Erwerbstätigen bis zum Jahr 2030 – so die Prognosen – um ca. 600.000 sinken. So setzt die Postbank auf nachhaltige und das Consumer Banking fokussierte Personalmarketing-Maßnahmen. Mit Erfolg: In vielen unabhängigen Arbeitgeber- und Employer-Branding-Studien erreicht sie regelmäßig Spitzenplatzierungen.

- „Top Arbeitgeber Deutschland 2012“ in der unabhängigen Studie des CRF Institute (CRF – Corporate Research Foundation)
- Bestplatzierte Bank im Karrierewebsites-Ranking TEWeB – Top Employer Web Benchmark des Marktforschungsinstituts Potentialpark
- Spitzenplatzierungen in der Studie zum Employer Branding „Career's Best Recruiters“ der Kommunikationsagentur GPK sowie in der Studie „Human Resources Benchmark“ der Unternehmensberatung NetFederation GmbH



Postbank und Studierende

Die Postbank fördert auf vielfältige Weise den universitären Nachwuchs. So vermitteln Führungskräfte und Spezialisten regelmäßig – im Rahmen eines Konzernbotschafter-Programms – ihr Praxiswissen in Gastvorlesungen, Fallstudien oder Kamingesprächen an Studierende. Zudem werden jedes Jahr insgesamt zwölf Stipendien von der Postbank vergeben. Und mit dem jährlich verliehenen „Postbank Finance Award“ hat die Postbank bereits 2003 den höchstdotierten deutschen Hochschulwettbewerb im Bereich „Banking & Finance“ ins Leben gerufen.



Astrid Bergen, Abteilungsleiterin Kontoführung,
Postbank Service GmbH

3x1 macht stark!



Wir für
Kinder
Bildung ist Zukunft!



Die Postbank ist im Bereich Corporate Social Responsibility zu Beginn des Jahres 2013 eine neue Partnerschaft mit der Kinderrechtsorganisation Save the Children eingegangen. Ziel ist es, durch ein gemeinsames Bildungsprojekt an deutschen Grundschulen die Bildungschancen in Deutschland nachhaltig zu verbessern.

Save the Children ist die größte unabhängige Kinderrechtsorganisation der Welt. Seit 1919 setzt sich die Organisation in mittlerweile über 120 Ländern für die Rechte der Kinder dieser Welt ein. Das gemeinsam mit der Postbank entwickelte Kinder-Eltern-Schulprojekt „3x1 macht stark!“ richtet sich an Schüler des ersten und des zweiten Schuljahres, deren Eltern und Lehrer. Die Postbank unterstützt das gemeinsame Projekt nicht nur monetär, Mitarbeiter des Konzerns werden sich selbst aktiv einbringen können. Bis 2016 werden durch das Projekt „3x1 macht stark!“ über 16.000 Kinder und Eltern an etwa 100 Schulen in Deutschland erreicht.



A woman in a white shirt and grey pants is lifting a young girl in a blue patterned dress into the air. The girl is upside down, with her feet held by the woman's hands. They are in a grassy field with trees in the background.

verlässlich

Ein gutes Gefühl, immer bestens aufgehoben zu sein.

Meine Bank ist meine Bank, weil ich mich immer auf sie verlassen kann.

UNTERM STRICH ZÄHL ICH.

- www.postbank.de
- Telefon: 0228 5500 5555
- Postbank Finanzcenter
- Postbank Finanzberatung, gerne auch bei Ihnen zu Hause

 **Postbank**



Die Postbank Gruppe ist mit rund 14 Millionen Kunden und mehr als 18.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einer der großen Finanzdienstleister in Deutschland. Den Kern unserer Geschäftsaktivitäten bildet das Geschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden, darüber hinaus sind wir in den Bereichen Transaction Banking und Financial Markets aktiv.

INHALT

AN UNSERE STAKEHOLDER

01

BRIEF DES VORSTANDS	4
VORSTAND	6
ENTWICKLUNGEN IN DEN GESCHÄFTSFELDERN	8
BERICHT DES AUFSICHTSRATS	12

UNSERE VERANTWORTUNG

02

CORPORATE GOVERNANCE BERICHT	
INKLUSIVE ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG	22
NACHHALTIGKEIT	32

KONZERNLAGEBERICHT

03

GESCHÄFTS- UND RAHMENBEDINGUNGEN	36
ANGABEN NACH § 315 ABS. 4 HGB UND ERLÄUTERNDER BERICHT	38
VORSTANDS- UND AUFSICHTSRATSVERGÜTUNG	39
MITARBEITER	40
VOLKSWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN IM JAHR 2012	40
VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE	44
SEGMENTBERICHTERSTATTUNG	46
BILANZENTWICKLUNG	47
NACHTRAGSBERICHT	48
RISIKOBERICHT	49
PROGNOSEBERICHT	85

KONZERNABSCHLUSS

04

GESAMTERGEBNISRECHNUNG	93
BILANZ	94
EIGENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG	95
KAPITALFLUSSRECHNUNG	96
ANHANG – NOTES	98
SEGMENTBERICHTERSTATTUNG (NOTE 42)	135
BESTÄTIGUNGSVERMERK	171

WEITERE INFORMATIONEN

05

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG QUARTALSÜBERSICHT	174
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG MEHRJAHRESÜBERSICHT	175
BILANZ MEHRJAHRESÜBERSICHT	176
SEGMENTBERICHTERSTATTUNG MEHRJAHRESÜBERSICHT	177
ANGEWANDTE RECHNUNGSLEGUNGSVORSCHRIFTEN	178
GREMIEN	180
GLOSSAR	182
ADRESSEN	187

AN UNSERE STAKEHOLDER

BRIEF DES VORSTANDS	4
VORSTAND	6
ENTWICKLUNGEN IN DEN GESCHÄFTSFELDERN	8
BERICHT DES AUFSICHTSRATS	12

01

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Jahr 2012 war für die Finanzindustrie in Deutschland ein schwieriges Jahr. Das anhaltend niedrige Zinsniveau, die höheren regulatorischen Anforderungen sowie die nach wie vor große Verunsicherung der Kunden stellten die Branche vor komplexe Herausforderungen. Sie zu meistern, ist der Postbank mit Erfolg gelungen. Wir haben den Konzerngewinn von 111 Mio € im Vorjahr auf 279 Mio € im Jahr 2012 gesteigert.

Im vergangenen Jahr hat sich einmal mehr gezeigt, dass sich das einzigartige Geschäftsmodell der Postbank auch in Zeiten rascher Veränderungen als außerordentlich robust erweist. Wir haben diese Stärke gezielt weiter ausgebaut, indem wir unser Angebot noch stringenter am Bedarf unserer Kunden ausrichteten und uns von Randaktivitäten trennten. Gleichzeitig haben wir unsere Vertriebskraft weiter gestärkt, die die Postbank in Deutschland so einzigartig macht. Besonders freue ich mich in diesem Zusammenhang, dass wir den Kooperationsvertrag mit der Deutschen Post DHL vorzeitig verlängern und auf eine langfristige Basis stellen konnten. Damit haben wir den Markenkern der Postbank gefestigt, den unsere Kunden sehr schätzen: Keine andere Bank bietet in ihren Filialen eine derart große Produktvielfalt neben dem Bankgeschäft.

Unsere Risiken am Kapitalmarkt haben wir abermals deutlich verringert. Die verbliebenen Bestände an griechischen Staatsanleihen wurden 2012 vollständig veräußert, und unser Portfolio an strukturierten Krediten haben wir auf weniger als die Hälfte reduziert. An unserer Strategie zum beschleunigten Abbau von Kapitalmarktrisiken werden wir konsequent festhalten. Für das höhere Maß an Sicherheit nehmen wir bewusst Veräußerungsverluste in Kauf, die unser Ergebnis schmälern können.

Als Reaktion auf das anhaltend niedrige Zinsniveau haben wir u. a. unser Kreditneugeschäft spürbar ausgeweitet. Bei Ratenkrediten konnten wir das Neugeschäft mit attraktiven Konditionen und einem flexiblen Produktangebot gegen den Markttrend kräftig steigern. Ähnlich erfreulich entwickelte sich die Baufinanzierung. Auch im Girogeschäft haben wir uns nochmals verbessert. Mit 5,1 Millionen privaten Girokonten zum Jahresende 2012 haben wir den Bestand erneut ausgebaut. Damit blieb die Postbank unangefochten der größte Anbieter im deutschen Markt. Das Spar- und das Wertpapierneugeschäft wurden durch das sehr niedrige Zinsniveau und die schwierige Situation an den Märkten gedämpft. Zum Jahresende lag das Volumen der Spar- und Tagesgelder bei 54,3 Mrd €. Es behauptete sich damit nahezu auf dem Niveau des Vorjahres.

Die Integration in den Deutsche Bank Konzern haben wir weiter vorangetrieben. Im März wurde das Filialgeschäft der norisbank auf die Postbank übertragen. Jetzt können die Kunden der norisbank von dem großen Filialnetz, den komfortablen Öffnungszeiten und dem breiteren Dienstleistungsangebot der Postbank profitieren. Im August haben wir sämtliche Aktivitäten im Asset Management an die DWS Gruppe verkauft. Dadurch können wir uns noch besser auf unser eigentliches Geschäft im Consumer Banking konzentrieren. Unsere Verwaltungskosten haben wir trotz der Übernahme von rund 370 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der norisbank und eines ambitionierten Integrationsprogramms mit



knapp 3 Mrd € um 6,4 % unter den Vorjahreswert gesenkt. Dies zeigt erneut, wie diszipliniert die Postbank mit ihren Kosten umgeht. Auch in den kommenden Jahren werden wir unsere Verwaltungsaufwendungen streng kontrollieren, um dem anhaltenden Ertragsdruck standzuhalten.

Meine Damen und Herren, im November hat der Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG eine deutliche Veränderung im Vorstandsteam beschlossen. Susanne Klöß und Dr. Ralph Müller sind mit Wirkung zum 1. Dezember 2012 zu Generalbevollmächtigten der Bank bestellt worden. Susanne Klöß ist für die Produkte der Postbank über alle Zielgruppen hinweg verantwortlich. Dr. Ralph Müller verantwortet als neuer Chief Operating Officer (COO) insbesondere das Kosten-/Ressourcenmanagement der gesamten Bank. Daneben ist er u. a. für die Informationstechnologie und die Back-Office-Prozesse zuständig. Ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit mit beiden.

Die gute Entwicklung des vergangenen Jahres verdankt die Postbank in erster Linie ihren knapp 19.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Sie haben gleichzeitig das Geschäft mit unseren Kunden in wichtigen Bereichen ausgebaut, den Gewinn gesteigert und die zusätzlichen Anforderungen bewältigt, die sich aus dem Integrationsprozess ergeben. Dafür möchte ich mich im Namen des gesamten Vorstands der Postbank herzlich bedanken. Vor der Postbank und der gesamten Finanzindustrie liegen beachtliche Herausforderungen. Angesichts der großen Erfahrung und des hohen Engagements unserer Mitarbeiter bin ich zuversichtlich, dass wir ihnen gewachsen sein werden.

Bonn, 26. März 2013

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'F. Strauß'. The signature is stylized and fluid.

Frank Strauß
Vorsitzender des Vorstands

DER VORSTAND DER DEUTSCHEN POSTBANK AG



Marc Heß CFO



Hanns-Peter Storr CRO



Ralf Stemmer Ressourcen, CAO



Hans-Peter Schmid Filialvertrieb



Frank Strauß CEO



Dr. Ralph Müller COO, Generalbevollmächtigter



Susanne Klöß Produkt, Generalbevollmächtigte

ENTWICKLUNGEN IN DEN GESCHÄFTSFELDERN

PRIVATKUNDENNEUGESCHÄFT BLEIBT AUF KURS

Gegen den Markttrend konnte die Postbank ihr Ratenkreditgeschäft 2012 mit attraktiven Konditionen und einem flexiblen Produktangebot nochmals deutlich ausbauen. Auch im Girogeschäft waren wir mit einer weiteren Steigerung von Bestand und Qualität erfolgreich. Die Entwicklung im Spar- und im Wertpapierneugeschäft hingegen wurde durch das sehr niedrige Zinsniveau und die schwierige Situation an den Märkten gedämpft.

Girokonten-Bestand und Sichteinlagen setzen Wachstum fort

Mit 5,1 Millionen privaten Girokonten zum Jahresende 2012 hat die Postbank ihren Bestand im Vergleich zum Vorjahr erneut ausgebaut. Damit blieb sie unangefochten größter Anbieter im deutschen Markt. Mit gut 493.000 neuen Konten stellte die Postbank abermals ihre Vertriebskraft unter Beweis.

Einen wichtiger Treiber der positiven Bestandsentwicklung bildete neben dem Vertriebs Erfolg auch die gesunkene Kündigungsquote, die sowohl die Attraktivität des Angebots als auch den Erfolg unserer Maßnahmen zur Qualitätssteigerung im Neugeschäft widerspiegelt. Das Volumen der auf Konten von Privat- und Geschäftskunden gehaltenen Sichteinlagen stieg im Vergleich zum Vorjahresende um über 11 % auf 22,9 Mrd €.

Spargeschäft beweist Stabilität

Das Volumen der Spar- und Tagesgelder lag zum Jahresende 2012 bei 54,3 Mrd € und behauptete sich damit nahezu auf dem Niveau des Vorjahres. Das Einwerben neuer Volumen wurde im Berichtsjahr durch das Anhalten der Niedrigzinsphase erschwert.

Zu Beginn des Jahres 2012 fand ein strategischer Wechsel des Fokusprodukts im Spargeschäft statt. Nach dem Postbank Aktiv-Sparen rückte das Postbank Gewinn-Sparen in den Mittelpunkt der Vertriebsaktivitäten. Beim Gewinn-Sparen handelt es sich um ein in Kooperation mit der Aktion Mensch aufgelegtes klassisches Sparprodukt mit Basiszins und einer Bonuskomponente. Durch Extra-Spargeld-Aktionen zu Jahresbeginn sorgte dieses Produkt für einen deutlichen Schub im Neugeschäft; insgesamt konnte hiermit ein Neugeschäftsvolumen von über 2,4 Mrd € akquiriert werden.

In der zweiten Jahreshälfte 2012 wurde darüber hinaus das Produkt Gold-Sparen eingeführt, das die Kunden an einer positiven Entwicklung des Goldpreises teilhaben lässt. Von diesem neuartigen Produkt, das den aktuellen Trend zu Gold und Sachwerten aufgreift und dennoch ein klassisches Sparkonto ist, gingen weitere Impulse für das Neugeschäft aus.

Ratenkreditneugeschäft wächst weiter kräftig

Das Ratenkreditneugeschäft entwickelte sich im gesamten Jahr 2012 sehr erfreulich – das Volumen wuchs gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert um fast 13 % auf ca. 1,7 Mrd €. Als erfolgreichster Vertriebsweg zeigte sich erneut das Internet mit einem Anteil am Neugeschäftsvolumen von mehr als einem Drittel. Die Performance unseres Kreditgeschäfts unter den Marken Postbank und DSL Bank erachten wir als umso überzeugender, als die Postbank damit gegen den Markttrend wuchs: Die Bundesbank weist für 2012 einen Rückgang des Neugeschäfts um über 5 % aus. Auch der Bestand an Ratenkrediten stieg weiter und lag am 31. Dezember 2012 mit 4,4 Mrd € um ca. 260 Mio € über dem entsprechenden Wert des Vorjahres.

Erneut wurde das Kreditangebot der Postbank in unabhängigen Vergleichstests hervorragend bewertet: So kürten n-tv und die FMH Finanzberatung den Postbank Ratenkredit zum „TOP-Ratenkredit“. Börse Online zeichnete die Postbank als „Beste überregionale Filialbank 2012“ in der Kategorie Ratenkredite aus, und „Euro am Sonntag“ vergab für die Beratung der Postbank ebenfalls in der Kategorie Ratenkredite das Gesamturteil „sehr gut“.

Bauspareinlagen steigen bei uneinheitlichem Neugeschäft

Im Bauspargeschäft, das wir unter der Marke BHW betreiben, sank die beantragte Bausparsumme gegenüber dem durch eine Produktumstellung positiv beeinflussten Vorjahreswert auf ca. 11,0 Mrd € (Vorjahr: 13,0 Mrd €).

Das Neugeschäft entwickelte sich in den drei Hauptvertriebswegen unterschiedlich. Während das in den Postbank Filialen generierte Neugeschäftsvolumen mit nahezu 1,7 Mrd € das Niveau des Vorjahres spürbar übertraf, konnten die Postbank Finanzberatung mit rund 7,2 Mrd € und die Kooperationspartner mit rund 1,5 Mrd € ihre Vorjahresergebnisse nicht erreichen.

Die Bauspareinlagen wuchsen seit Jahresende 2011 um etwa 2,3 % auf rund 18,1 Mrd €. Der Marktanteil des beantragten Bausparneugeschäfts lag Ende 2012 bei 9,8 %, der des Bestands an Bauspareinlagen bei rund 12,9 %.

Erfreuliche Entwicklung in der Baufinanzierung

Inklusive ausgezahlter Bauspardarlehen nahmen unsere Kunden bis Ende 2012 Finanzierungsmittel für private Bauvorhaben im Volumen von ca. 8,7 Mrd € auf, rund 6,1 % mehr als im Vorjahr. Dabei war das unter der Marke BHW akquirierte Neugeschäft mit einem Volumen von rund 3,0 Mrd € im Vergleich zum Vorjahr leicht rückläufig. Im Vermittlergeschäft hingegen, in dem wir mit der Marke DSL Bank als „Partnerbank der Finanzdienstleister“ positioniert sind, konnten wir mit einem über Internetplattformen und Vertriebspartner generierten Volumen von ca. 4,5 Mrd € einen sehr deutlichen Zuwachs in Höhe von 25 % erzielen.

Der Marktanteil blieb 2012 mit 9,1 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert nahezu unverändert. Der Bestand an Baufinanzierungen – inklusive erworbener Fremdportfolios – lag am 31. Dezember 2012 bei 74,0 Mrd € und damit knapp über dem Wert zum Jahresende 2011 von ca. 73,9 Mrd €.

Verhaltenes Wertpapier- und Vorsorgegeschäft

Das Wertpapierneugeschäft entwickelte sich aufgrund des schwierigen Umfelds – hier sind vor allem die Staatsschuldenkrise in einigen europäischen Ländern und das niedrige Zinsniveau zu nennen – im Gesamtjahr 2012 sehr verhalten. Die positive Wertentwicklung sorgte jedoch dafür, dass sich das in Kundendepots verwaltete Wertpapiervolumen im Vergleich zum Vorjahr um etwa 4 % auf 12,3 Mrd € erhöhte.

Das Vorsorgegeschäft blieb leicht hinter dem des Vorjahres zurück. Bei der Postbank Versicherung (PBV) konnte das Ergebnis allerdings gesteigert werden: Hierzu trugen die Einführung der neuen Gemeinschaftsprodukte PB Förder-Rente I Premium sowie PB Privat Rente Premium von Postbank Versicherung (PBV) und Deutscher Bank (DWS) im ersten Halbjahr 2012 entscheidend bei.

Der schwunghafte Absatz im Sachversicherungsgeschäft mit der HUK-COBURG führte im Gesamtjahr 2012 zu einem Anstieg der Vertragsanzahl um fast 50 % auf rund 115.000.

Filialgeschäft der norisbank auf die Postbank überführt

Als weiteren Schritt im Rahmen ihrer Kooperationsvereinbarungen haben Postbank und norisbank das Filialgeschäft beider Banken 2012 unter der Marke Postbank zusammengeführt. Verbunden war dies mit der Schließung der bundesweit 90 norisbank Filialen sowie der Integration der norisbank Mitarbeiter in den Postbank Konzern. Die Kunden der norisbank hatten die Möglichkeit, zur Postbank zu wechseln und damit von dem großen Filialnetz, den komfortablen Öffnungszeiten und dem breiteren Dienstleistungsangebot der Postbank zu profitieren.

Mit der Zusammenführung des Filialgeschäfts wurden ein wichtiger Baustein in der Weiterentwicklung des Consumer Banking im Deutsche Bank Konzern umgesetzt und die Vertriebskraft der Postbank weiter gestärkt.

Fokussierung des Firmenkundengeschäfts auf den Mittelstand

Hauptzielgruppe in unserem Firmenkundengeschäft ist der klassische Mittelstand mit seiner von Familienunternehmen geprägten Struktur, dem die Postbank als zuverlässiger und leistungsstarker Partner bundesweit zur Seite steht. Ihre Position als Kernbank für die täglichen Grundbedarfe dieser Unternehmen will die Postbank weiter ausbauen.

Der Bestand an Firmenkundenkrediten ist als Folge des strategisch geplanten selektiven Rückzugs bei Großmandaten und des verhaltenen Neugeschäfts 2012 zurückgegangen. Am 31. Dezember 2012 lag er mit 7,9 Mrd € um 1,7 Mrd € unter dem Niveau zum Jahresende 2011 von 9,6 Mrd €. Das Geschäftsfeld Factoring hat sich im Mittelstand als alternative Finanzierungsform etabliert und rundet das Produktangebot der Postbank für Firmenkunden ab. Die Erträge konnten trotz eines leichten Rückgangs des Finanzierungsvolumens gesteigert werden.

In der Gewerblichen Immobilienfinanzierung fokussieren wir unser selektives Neugeschäft unter Beibehaltung unserer konservativen Vergabepolitik auf die Finanzierung von Bestandsimmobilien für professionelle Immobilieninvestoren. Der entsprechende Kreditbestand lag am 31. Dezember 2012 für die Gesamtbank bei 15,7 Mrd €, 0,9 Mrd € unter dem Wert zum 31. Dezember 2011.

Im Geschäftsfeld Zahlungsverkehr steigerten wir im Jahr 2012 in unserer Hauptzielgruppe deutscher Mittelstand die Menge der abgewickelten Transaktionen gegenüber dem Vorjahr um rund 4 %. Insgesamt wuchs damit die Zahl der im Geschäftsfeld Zahlungsverkehr abgewickelten Transaktionen von 835 Millionen im Jahr 2011 auf 851 Millionen.

Das Anlagevolumen unserer Firmenkunden lag Ende Dezember 2012 mit 16,2 Mrd € erwartungsgemäß deutlich unter dem vergleichbaren Vorjahreswert von 19,8 Mrd €.

Transaction Banking stabil

Im Transaction Banking der Postbank wurden 2012 rund 7,5 Milliarden Transaktionen für die Postbank und drei weitere Mandanten verarbeitet. Bereinigt um den Effekt aus der Übertragung der Transaktionsvolumen der früheren Dresdner Bank an die Commerzbank, entwickelte sich damit der Umsatz mit den bestehenden Mandanten erfreulich stabil.

Financial Markets verschlankt

Der Geschäftsbereich Financial Markets ist für die Geld- und Kapitalmarktaktivitäten des Postbank Konzerns verantwortlich. Zu seinen Aufgaben gehört es, die Konditionsbeiträge aus dem Kundengeschäft durch Aussteuerung der Zins- und Marktrisiken zu sichern und die Liquiditätsposition des Postbank Konzerns zu steuern. Mitte des Jahres 2012 wurden mehrere diesem Geschäftsbereich zugeordnete, im Management und der Verwaltung der Postbank Publikumsfonds tätige Tochtergesellschaften an die ebenfalls zur Deutschen Bank gehörende DWS Gruppe veräußert. Damit konzentriert sich die Postbank nun verstärkt ohne Einschränkung der Produktpalette auf ihr Kerngeschäft „Consumer Banking“.

BERICHT DES AUFSICHTSRATS

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Geschäftsjahr 2012 war das Umfeld für die Deutsche Postbank AG (nachfolgend Postbank) und die Bankenbranche insgesamt sehr herausfordernd. Insbesondere das erste Halbjahr war von einer hohen Volatilität an den Finanz- und Kapitalmärkten sowie der anhaltenden Sorge vor einer weiteren Eskalation der europäischen Schuldenkrise geprägt. Erst das klare Bekenntnis der Europäischen Zentralbank, den gemeinsamen Währungsraum schützen zu wollen und die Einführung eines Ankaufprogramms für Staatsanleihen von finanziell angeschlagenen Euro-Staaten führten zu einer Beruhigung der Lage an den europäischen Finanz- und Kapitalmärkten. Die Schuldenkrise wird aber weiterhin ein herausforderndes Thema für die Bankenbranche bleiben. Das anhaltend niedrige Zinsniveau und der zunehmende Vertrauensverlust der Kunden gegenüber dem Bankensektor wirkten sich auch im Geschäftsjahr 2012 negativ auf die Ergebnisse im gesamten Finanzdienstleistungssektor aus. Die Postbank hat 2012 hierzu ein Kosteneinspar- und Ertragssteigerungsprogramm aufgesetzt. Mit diesem Programm konnte sich die Postbank erneut in einem schwierigen Konjunktur- und Kapitalmarktumfeld beweisen und ihr Ergebnis gegenüber dem Vorjahr steigern.

Die Rückgewinnung des Vertrauens unserer Kunden und die Umsetzung zahlreicher Reformvorhaben und Regulierungsmaßnahmen werden auch 2013 wesentliche Themen für die Bankenbranche bleiben.

Mit der Bestätigung des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags zwischen der DB Finanz-Holding GmbH und der Deutschen Postbank AG durch das Oberlandesgericht Köln im Freigabeverfahren am 11. September 2012 wurden eine wesentliche Voraussetzung zur Erreichung der geplanten Synergiepotenziale und ein weiterer Meilenstein zur Integration der Postbank in den Deutsche Bank Konzern erreicht.

Im Sinne einer intensiven und konstruktiven Zusammenarbeit informierte uns der Vorstand im Geschäftsjahr 2012 regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle unternehmensrelevanten Fragen der Planung, der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung der Bank, der Risikolage, des Risikomanagementsystems, des internen Kontrollsystems und der Compliance. Wir erörterten mit dem Vorstand zudem die Veränderungen des Vergütungssystems, strategische Maßnahmen sowie wichtige Geschäftsvorgänge und -vorhaben wie die Verhandlungen und den Abschluss des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags. Abweichungen im Geschäftsverlauf von der Planung und von den Zielen in den einzelnen Segmenten wurden uns unter Angabe von Gründen erläutert. Wir haben alle uns vorgelegten zustimmungspflichtigen Maßnahmen und die strategische Ausrichtung des Unternehmens eingehend beraten. Soweit nach Gesetz, Satzung oder Geschäftsordnung erforderlich, haben wir nach gründlicher Prüfung und Beratung unser Votum abgegeben. Soweit dies zwischen den terminierten Sitzungen erforderlich war, wurden Beschlüsse im schriftlichen Verfahren gefasst. Zudem wurden der Aufsichtsratsvorsitzende sowie die Vorsitzenden des Prüfungs- und des Kreditausschusses auch zwischen den Aufsichtsratssitzungen vom Vorstand über wichtige Geschäftsvorfälle und anstehende Entscheidungen informiert. Der Aufsichtsratsvorsitzende stand darüber hinaus in ständiger Verbindung mit dem Vorstandsvorsitzenden.



Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat

Im Geschäftsjahr 2012 hat sich der Aufsichtsrat zu insgesamt acht Sitzungen zusammengefunden. Davon wurden zwei Beratungen im Rahmen außerordentlicher Sitzungen abgehalten. Wir wurden in den ordentlichen Sitzungen des Aufsichtsrats vom Vorstand über die aktuelle wirtschaftliche und geschäftliche Situation der Bank, den Geschäftsverlauf in den einzelnen Geschäftsfeldern, die Risikoentwicklung sowie über das Risikomanagement unterrichtet. In einer ganztägigen Klausurtagung haben wir gemeinsam mit dem Vorstand über die geschäfts- und risikostrategische Ausrichtung der Postbank vertiefend beraten und diese eingehend diskutiert.

Weitere Schwerpunkte der Beratungen im Berichtszeitraum bildeten die Entwicklung der Staatsschuldenkrise und deren Auswirkungen auf die Risikostruktur der Postbank, die Auswirkungen aktueller und zukünftiger regulatorischer Änderungen und die Anpassung der Vorstandsvergütung. Ferner haben wir über die voranschreitende Integration der Postbank in den Deutsche Bank Konzern, den Abschluss des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags sowie die Schärfung des Postbank Profils im Konzerngefüge der Deutschen Bank mit dem Vorstand ausführlich diskutiert. Den Mitgliedern des Aufsichtsrats wurden regelmäßig Informationen über die aktuelle Lage des Unternehmens zur Verfügung gestellt.

Bis auf einen Einzelfall haben alle Mitglieder des Aufsichtsrats mindestens an der Hälfte der im Jahr 2012 abgehaltenen Sitzungen des Aufsichtsrats und der Ausschüsse teilgenommen.

In der ordentlichen Sitzung am 13. Februar 2012 haben wir die Zielerreichung des Vorstands im Geschäftsjahr 2011 intensiv diskutiert und die Ziele für den Vorstand für das Geschäftsjahr 2012 festgelegt. Der Vorstand hat uns ausführlich über den Stand der Verhandlungen zum Abschluss des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags mit der Deutschen Bank informiert. Weiterhin berichtete der Vorstand uns über die Neuausrichtung des Asset Managements und die Weiterentwicklung im Filialvertrieb. Im Rahmen der Beteiligungsangelegenheiten erfolgte der Beschluss zur Entlastung nach § 32 Mitbestimmungsgesetz (MitbestG) für Vorstand und Aufsichtsrat der BHW Holding AG, der Betriebs-Center für Banken AG und der Postbank Filialvertrieb AG. Weiterhin haben wir in der Sitzung der Nebentätigkeit von Marc Heß als Chief Financial Officer im Unternehmensbereich Private & Business Clients der Deutsche Bank Gruppe zugestimmt.

In der Bilanzsitzung am 19. März 2012 haben wir nach umfassender eigener Beratung und Prüfung sowie vorhergehender Erörterung mit dem Abschlussprüfer auf Empfehlung des Prüfungsausschusses den Jahres- und den Konzernabschluss 2011 der Postbank gebilligt. Hierzu haben wir uns auch in der Sitzung durch den Vorstand und den Wirtschaftsprüfer über die wesentlichen Feststellungen im Jahr 2011 berichten lassen. Weitere Themen der Aufsichtsratssitzung waren die Risikosituation der Gesamtbank, die Aktualisierung der Geschäftsplanung, der Status der Verhandlungen zum Unternehmensvertrag mit der Deutschen Bank, die Änderung der Vergütungssystematik des Vorstands, die Jahresberichte der Internen Revision und Compliance 2011 sowie der gemeinsame Bericht von Vorstand und Aufsichtsrat zur Unternehmensführung (Corporate Governance). Des Weiteren hat uns der Vorstand über die strategischen Überlegungen für den Bereich der Vermögensberatung und des Postbank Asset Management informiert. Nach gründlicher Beratung sind wir dem Vorschlag des Präsidialausschusses gefolgt, Herrn Frank Strauß als Nachfolger von Herrn Stefan Jütte zum neuen Vorsitzenden des Vorstands der Postbank zu ernennen. Weiterhin haben wir in der Sitzung der Ausübung von Nebentätigkeiten von Herrn Hans-Peter Schmid als Mitglied im Vorstand des Münchener Handelsvereins e.V. und im Beirat der Münchener Handelsverein Holding GmbH & Co. KG zugestimmt.

In unserer außerordentlichen Sitzung am 30. März 2012 haben wir uns vom Vorstand, vom Bewertungsgutachter und vom Vertragsprüfer ausführlich über den Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag berichten lassen und haben nach intensiver Diskussion dem Abschluss des Unternehmensvertrags zwischen der DB Finanz-Holding GmbH und der Postbank zugestimmt. Weiterhin haben wir nach eingehender Beratung den vom Vorstand vorgestellten Maßnahmen zur Schärfung des Profils der Postbank zugestimmt. Hierzu gehörten der Ausstieg der BHW Bausparkasse AG aus dem italienischen Markt, die Einstellung des Closed-end-Fund-Geschäfts und der Ausstieg aus dem Vertriebszweig Vermögensberatung der Postbank Finanzberatung AG sowie die Bündelung und weitere Optimierung der Kreditbearbeitung in der eigens hierfür neu gegründeten BHW Kredit-service GmbH. Gegenstand der Beratungen im Aufsichtsrat waren zudem die Tagesordnung mit den Beschlussvorschlägen des Aufsichtsrats für die Hauptversammlung 2012 sowie die Zustimmung zur Mandatsübernahme von Dr. Michael Meyer im Aufsichtsrat der Deutsche Bank Bauspar AG.

Im Rahmen der Hauptversammlung 2012 hat der Aufsichtsrat am 4. und am 5. Juni 2012 zwei ordentliche Aufsichtsratssitzungen abgehalten. In der Sitzung am 4. Juni wurden wir über den organisatorischen Ablauf der Hauptversammlung informiert und haben uns über die Ergebnisse des ersten Quartals 2012 sowie die Risikosituation der Gesamtbank berichten lassen und haben hierüber mit dem Vorstand diskutiert. Soweit erforderlich haben wir Beschlüsse gefasst.

Die Aufsichtsratssitzung im Anschluss an die Hauptversammlung am 5. Juni hatte die Wahl des stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden und die Neu- bzw. Wiederbesetzung der Ausschüsse aufgrund der Veränderungen im Aufsichtsrat sowie die Anpassung der

Geschäftsordnung des Aufsichtsrats hinsichtlich der Besetzung des Personalausschusses zum Inhalt. Der Aufsichtsrat hat der Erweiterung der Expertise des Personalausschusses zugestimmt und daher die Mitgliederzahl von vier auf sechs erhöht.

In der darauffolgenden Sitzung am 18. September 2012 hat uns der Vorstand über die Finanzlage des Konzerns und in den einzelnen Segmenten berichtet. Wir haben sowohl die dargelegte finanzielle und personelle Situation der Postbank als auch die Risikosituation der Bank intensiv mit dem Vorstand erörtert und kritisch hinterfragt.

In der zweiten außerordentlichen Aufsichtsratssitzung des Jahres am 7. November 2012 haben wir über den neuen Geschäftsverteilungsplan des Vorstands und die damit verbundenen Veränderungen im Vorstand beraten. Dabei haben wir der Niederlegung der Vorstandsmandate von Herrn Dr. Mario Daberkow, Herrn Horst Küpker und Herrn Dr. Michael Meyer zugestimmt. Weiterhin haben wir uns in der Sitzung über die Entwicklung der Veräußerung der PB (USA) Holdings Inc. und die Einrichtung des neuen Segments Non Core Operating Unit vom Vorstand informieren lassen.

In der letzten Aufsichtsratssitzung des Jahres am 20. Dezember 2012 standen die Geschäftsentwicklung, die Geschäftsplanung 2013, die Geschäfts- und Risikostrategie der Postbank sowie die Entsprechenserklärung nach § 161 Aktiengesetz (AktG) im Mittelpunkt der Beratungen im Aufsichtsrat. Der Vorstand hat uns über die aktuelle wirtschaftliche Lage des Unternehmens informiert. Gemeinsam mit dem Vorstand haben wir die Geschäftsplanung 2013 sowie die Geschäfts- und Risikostrategie 2013 der Postbank erörtert. Nach umfangreicher Beratung haben wir dem vorgelegten Geschäftsplan 2013 zugestimmt. Im Rahmen der Umsetzung des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) haben wir Ziele für die Zusammensetzung des Aufsichtsrats der Postbank im Sinne von Ziffer 5.4.1 DCGK beschlossen und haben unsere Entsprechenserklärung nach § 161 AktG abgegeben. Weiterhin haben wir in der Sitzung über Vertragsangelegenheiten und das Vorstandsvergütungssystem beraten und haben der vom Vorstand vorgelegten Geschäftsverteilung zugestimmt sowie erneut über die Veräußerung der PB (USA) Holdings Inc. und die Einrichtung des neuen Segments Non Core Operating Unit beraten.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr haben wir zudem im Rahmen von zwei schriftlichen Verfahren unser Stimmrecht wahrgenommen.

Interessenkonflikt

Neben den in der Entsprechenserklärung dargestellten und vorsorglich erklärten Interessenkonflikten hat Herr Dr. Bänziger an der Abstimmung zur Beschlussfassung zum Abschluss eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags zwischen der DB Finanz-Holding GmbH und der Postbank aufgrund von Interessenkonflikten nicht teilgenommen. Ferner haben die Aufsichtsratsmitglieder Neske, Dr. Ricken, Sewing und Steinmüller bei der Befassung über die Veräußerung der PB (USA) Holdings Inc. einen Interessenkonflikt angezeigt.

Arbeit der Ausschüsse

Der Aufsichtsrat der Postbank hat für seine Arbeit sechs Ausschüsse gebildet. Die aktuelle Zusammensetzung des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse stellt sich wie folgt dar:

Besetzung des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG und dessen Ausschüsse

Aufsichtsrat			
Rainer Neske (Vors.)	Prof. Dr. Edgar Ernst	Hans-Jürgen Kummetat	Eric Stadler
Frank Bsirske (stv. Vors.)	Stefanie Heberling	Dr. Christian Ricken	Werner Steinmüller
Rolf Bauermeister	Timo Heider	Bernd Rose	Gerd Tausendfreund
Susanne Bleidt	Dr. Tessen von Heydebreck	Lawrence A. Rosen	Renate Treis
Wilfried Boysen	Dr. Peter Hoch	Christian Sewing	Wolfgang Zimny

Präsidialausschuss (§ 10 GO AR)		Personalausschuss (§ 13 GO AR)	
Rainer Neske (Vors.)	Dr. Tessen v. Heydebreck	Frank Bsirske (Vors.)	Stefanie Heberling
Frank Bsirske (stv. Vors.)	Eric Stadler	Rainer Neske (stv. Vors.)	Dr. Tessen von Heydebreck
		Susanne Bleidt	Renate Treis

Kreditausschuss (§ 11 GO AR)		Nominierungsausschuss (§ 14 GO AR)	
Werner Steinmüller (Vors.)	Bernd Rose	Rainer Neske (Vors.)	Prof. Dr. Edgar Ernst
Prof. Dr. Edgar Ernst (stv. Vors.)	Renate Treis	Dr. Tessen von Heydebreck	
Stefanie Heberling	Wolfgang Zimny	(stv. Vors.)	

Prüfungsausschuss (§ 12 GO AR)		Vermittlungsausschuss (§ 15 GO AR)	
Dr. Peter Hoch (Vors.)	Bernd Rose	Rainer Neske (Vors.)	Dr. Tessen v. Heydebreck
Prof. Dr. Edgar Ernst (stv. Vors.)	Werner Steinmüller	Frank Bsirske (stv. Vors.)	Eric Stadler
Timo Heider	Gerd Tausendfreund		

In die Kompetenz des Präsidialausschusses fallen u. a. die Vorbereitung der Bestellung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands, die Vorbereitung des Abschlusses, der Änderung und der Beendigung der Anstellungsverträge der Mitglieder des Vorstands sowie die Gewährung von Organkrediten an Vorstandsmitglieder und an Mitglieder des Aufsichtsrats. Außerdem gehören in seinen Aufgabenbereich besondere Themen von übergeordneter Bedeutung und Grundsatzfragen der strategischen Ausrichtung des Unternehmens. Der Ausschuss tagte im Berichtsjahr acht Mal, davon drei Mal in Form von Telefonkonferenzen. Gegenstand der Beratungen waren die Personalplanung im Vorstand, die Anpassung der Vorstandsvergütungssystematik und die Kreditvergabe an Organmitglieder der Postbank Gruppe. Weiterhin bereitete der Präsidialausschuss in seinen Sitzungen Beschlussfassungen für den Aufsichtsrat vor und stimmte der Übernahme von Mandaten von Vorstandsmitgliedern in anderen Unternehmen zu.

Der Kreditausschuss ist zuständig für Kreditentscheidungen, grundsätzliche Fragen der Kreditgewährung, die Gewährung von Organkrediten, soweit nicht der Präsidialausschuss zuständig ist, und für spezielle Investitionsentscheidungen. Der Kreditausschuss trat im Berichtszeitraum sieben Mal zusammen, davon wurden eine Sitzung gemeinsam mit dem Prüfungsausschuss und drei Sitzungen in Form einer Telefonkonferenz abgehalten. Der Kreditausschuss hat in seinen Sitzungen auftragsgemäß über die Neugenehmigung, Prolongation und Erhöhung von diversen Einzelkrediten und Kreditrahmen beraten. Darüber hinaus hat der Kreditausschuss Berichte über das Kreditrisiko entgegengenommen und diese – sowie die Kreditrisikostategie – regelmäßig mit dem Vorstand erörtert. Der Vorstand hat den Kreditausschuss in den Sitzungen des abgelaufenen Geschäftsjahres umfassend und regelmäßig über die Entwicklungen und die Auswirkungen der Finanz- und der Staatsschuldenkrise auf die Postbank informiert. In den Sitzungen wurden die Portfoliostrategien und -strukturen eingehend besprochen und Maßnahmen zur Reduzierung von Risiken diskutiert. Ferner hat sich der Ausschuss intensiv mit den auf regulatorische Anforderungen bezogenen Risikoprojekten beschäftigt. Um hierbei übergreifende Themen effizient begleiten zu können, haben Kredit- und Prüfungsausschuss in enger Abstimmung zusammengearbeitet.

Dem Prüfungsausschuss sind die Themengebiete Rechnungslegung, Risikomanagement, Compliance, Revision, internes Kontrollsystem und Abschlussprüfung zugewiesen. Der Prüfungsausschuss tagte im Berichtszeitraum insgesamt acht Mal. Eine Ausschusssitzung wurde gemeinsam mit dem Kreditausschuss, vier Sitzungen wurden als Telefonkonferenz abgehalten. Gegenstand der Beratungen – im Beisein des Wirtschaftsprüfers – waren die intensive Begleitung des Jahres- und des Konzernabschlusses 2011, die Zwischenberichte sowie die Erörterung der Rechnungslegung. Der Halbjahresbericht und die Quartalsberichte 2012 wurden im Einklang mit der Empfehlung in Ziffer 7.1.2 DCGK vor Veröffentlichung mit dem Vorstand erörtert. Der Prüfungsausschuss hat sich im Berichtszeitraum von der Effizienz des Risikomanagementsystems, des internen Kontrollsystems sowie des Revisionssystems der Postbank überzeugt. Der Ausschuss befasste sich mit der Erteilung der Prüfungsaufträge und legte die Jahresabschlussprüfungsschwerpunkte für das Geschäftsjahr fest. Dabei überzeugte sich der Ausschuss von der Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers gemäß den Vorgaben des DCGK. In seinen Sitzungen hat er sich umfassend mit den Prüfungsergebnissen des Wirtschaftsprüfers, der Arbeit der Internen Revision, mit Fragen der Compliance, der Rechnungslegung und zu Rechtsrisiken sowie mit durchgeführten Sonderprüfungen und Beanstandungen der Aufsichtsbehörden und einer Einlagensicherungsprüfung befasst. Der Ausschuss hat während des gesamten Berichtsjahres die Abarbeitung der Feststellungen eng begleitet. Bezüglich der Staatsschuldenkrise wurde er regelmäßig vom Vorstand über die Entwicklung und die Auswirkungen auf die Postbank informiert. Die vom Vorstand vorgeschlagenen Maßnahmen zur weiteren Reduktion der Risiken wurden seitens des Ausschusses kritisch hinterfragt und intensiv diskutiert. Weiterhin informierte der Vorstand den Prüfungsausschuss regelmäßig über Änderungen im regulatorischen Umfeld und deren Folgen für die Postbank. Soweit dies erforderlich war, wurden eigene Beschlüsse gefasst oder eine entsprechende Beschlussempfehlung an den Aufsichtsrat gegeben.

Der Personalausschuss befasst sich mit den Strukturen der Personalarbeit der Deutschen Postbank AG und den Grundsätzen der Personalentwicklung. Im Geschäftsjahr 2012 hat der Ausschuss zwei Mal getagt. Schwerpunkte der Personalberichte des Vorstands in der

Personalausschusssitzung waren die Personalentwicklung innerhalb des Konzerns inklusive der Diversity, die Altersstruktur in der Deutschen Postbank AG, geplante Ausbildungs- und Qualifizierungskonzepte sowie Informationen zur Personalkosten- und -mengensteuerung. Des Weiteren waren die Verhandlung zu den Optimierungsmaßnahmen der Postbank Banking Services sowie Veränderungen bei den Querschnittsfunktionen im Zuge der voranschreitenden Integration in den Deutsche Bank Konzern wesentliche Themen des Ausschusses.

Der Nominierungsausschuss bereitet den Vorschlag des Aufsichtsrats für die Wahl bzw. die Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner durch die Hauptversammlung vor. Er hat im abgelaufenen Geschäftsjahr zwei Sitzungen zu Nachfolgefragen im Aufsichtsrat abgehalten.

Der Vermittlungsausschuss ist ein nach den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes (MitbestG) zu bildender Ausschuss. Er unterbreitet dem Aufsichtsrat Personalvorschläge für den Fall, dass für die Bestellung oder die Abberufung von Vorstandsmitgliedern die gesetzlich geforderte Zweidrittelmehrheit im Aufsichtsrat nicht erreicht wird. Im Geschäftsjahr bestand hierfür kein Bedarf. Der Vermittlungsausschuss ist im Berichtszeitraum daher nicht zusammengetreten.

Jahres- und Konzernabschlussprüfung

Die von der Hauptversammlung des vergangenen Jahres zum Abschlussprüfer gewählte PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, hat die Buchführung, den Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG und den Konzernabschluss einschließlich der jeweiligen Lageberichte für das Geschäftsjahr 2012 geprüft und jeweils einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Der Abschlussprüfer hat gemäß § 317 Abs. 4 Handelsgesetzbuch (HGB) eine Prüfung des gemäß § 91 Abs. 2 AktG einzurichtenden Risikofrüherkennungssystems vorgenommen und bestätigt, dass der Vorstand Maßnahmen zur Erfüllung der Anforderungen zur Risikostrategie, Risikotragfähigkeit, Risikosteuerung und Risikoüberwachung einschließlich der Einrichtung eines Risikofrüherkennungssystems in geeigneter Form getroffen hat sowie dass das Risikofrüherkennungssystem geeignet ist, Entwicklungen, die den Fortbestand der Bank gefährden, frühzeitig zu erkennen.

Der Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG, der Konzernabschluss, die Lageberichte, der Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie die Prüfungsberichte der Abschlussprüfer haben allen Mitgliedern des Aufsichtsrats vorgelegen und wurden von uns geprüft. Da sich für das Berichtsjahr kein ausschüttungsfähiger Bilanzgewinn ergab, hat der Vorstand dem Aufsichtsrat keinen Gewinnverwendungsvorschlag vorgelegt.

Die Beratungen fanden in Gegenwart von Vertretern des Abschlussprüfers statt. Diese haben über die Durchführung und die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung in der Aufsichtsratsitzung am 22. März 2013 berichtet und haben für ergänzende Auskünfte und Fragen zur

Verfügung gestanden. Der Prüfungsausschussvorsitzende hat uns zudem in der Aufsichtsratssitzung am 22. März 2013 über die Ergebnisse der Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses im Prüfungsausschuss berichtet. Wir haben das Ergebnis der Abschlussprüfung zustimmend zur Kenntnis genommen. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer eigenen Prüfung erheben wir keine Einwände gegen den Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG und den Konzernabschluss.

Wir billigen den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG und den Konzernabschluss, der Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG ist damit festgestellt.

Veränderungen in Vorstand und Aufsichtsrat

Herr Stefan Jütte ist mit Ablauf des 30. Juni 2012 aus dem Amt des Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Postbank AG ausgeschieden. Herr Frank Strauß wurde mit Wirkung vom 1. Juli 2012 durch den Aufsichtsrat zum neuen Vorstandsvorsitzenden ernannt. Die Herren Dr. Mario Daberkow, Horst Küpker und Dr. Michael Meyer haben ihre Ämter als Mitglieder des Vorstands der Deutschen Postbank AG mit Wirkung zum 31. Dezember 2012 niedergelegt.

Frau Susanne Klöß und Herr Dr. Ralph Müller wurden mit Wirkung zum 1. Dezember 2012 zu Generalbevollmächtigten der Postbank ernannt.

In der Besetzung des Aufsichtsrats haben sich folgende Veränderungen ergeben:

Herr Dr. Hugo Bänziger hat sein Aufsichtsratsmandat mit Wirkung zum Ablauf des 30. April 2012 niedergelegt. Weiterhin schieden Herr Wilfried Anhäuser, Frau Marietta Auer, Frau Annette Harms, Herr Elmar Kallfelz und Herr Prof. Dr. Ralf Krüger mit Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung am 5. Juni 2012 aus dem Aufsichtsrat der Postbank aus.

Herr Christian Sewing wurde vom Amtsgericht Bonn am 9. Mai 2012 in den Aufsichtsrat bestellt und durch die Hauptversammlung am 5. Juni 2012 bestätigt. Weiterhin wurde aufseiten der Anteilseigner Herr Dr. Christian Ricken durch die Hauptversammlung in den Aufsichtsrat gewählt. Das Mandat von Herrn Dr. Hoch wurde bis zum Jahr 2014 verlängert. Aufseiten der Arbeitnehmervertreter wurden Frau Susanne Bleidt, Herr Hans-Jürgen Kumentat, Herr Bernd Rose und Herr Wolfgang Zimny durch die Delegiertenversammlung in den Aufsichtsrat berufen.

Herr Dr. Roland Folz wurde von der Hauptversammlung zum Ersatzmitglied der Herren Dr. Christian Ricken und Christian Sewing gewählt.

Wir danken den ausgeschiedenen Vorständen und Aufsichtsratsmitgliedern für ihr großes Engagement und für die konstruktive Begleitung des Unternehmens während der vergangenen Jahre.

Corporate Governance

Vorstand und Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG haben am 20. Dezember 2012 ihre Entsprechenserklärung nach § 161 AktG abgegeben und diese den Aktionären der Postbank dauerhaft auf der Website des Unternehmens zugänglich gemacht. Abgesehen von den genannten Abweichungen ist die Postbank seit der Entsprechenserklärung vom 29. November 2011 sämtlichen Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex, zunächst in der Fassung vom 26. Mai 2010 und zuletzt in der Fassung vom 15. Mai 2012, gefolgt.



Eine ausführliche Erläuterung zur Corporate Governance einschließlich des Wortlauts der Entsprechenserklärung vom 20. Dezember 2012 können Sie dem Corporate Governance Bericht inklusive der Erklärung zur Unternehmensführung auf Seite 22 entnehmen.

Wir danken dem Vorstand, den Arbeitnehmervertretungen sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Konzerns für ihre erfolgreiche Arbeit.

Bonn, 22. März 2013

Der Aufsichtsrat

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Rainer Neske', written in a cursive style.

Rainer Neske
Vorsitzender

UNSERE VERANTWORTUNG

CORPORATE GOVERNANCE BERICHT	
<u>INKLUSIVE ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG</u>	<u>22</u>
<u>NACHHALTIGKEIT</u>	<u>32</u>

02

CORPORATE GOVERNANCE BERICHT

INKLUSIVE ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG

In dieser Erklärung berichtet die Deutsche Postbank AG (nachfolgend auch: Postbank) gemäß § 289a HGB über ihre Prinzipien der Unternehmensführung bzw. gemäß § 161 AktG und Ziffer 3.10 des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) über die Corporate Governance im Unternehmen. Die Erklärung beinhaltet die Entsprechenserklärung, Angaben zu Unternehmensführungspraktiken, die Zusammensetzung und Beschreibung der Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat sowie wesentliche Corporate Governance Strukturen.

Aktuelle Umsetzung neuer bzw. geänderter Kodexregelungen

Die Kommission hat die am 26. Mai 2010 veröffentlichte Version des DCGK überarbeitet und in der Fassung vom 15. Mai 2012 veröffentlicht.



Die Postbank hat auch im abgelaufenen Geschäftsjahr die Änderungen des Kodex umgesetzt. So erfolgt z. B. die Offenlegung der auch 2012 vom Aufsichtsratsplenium überprüften Vorstandsvergütung im Lagebericht und im Anhang ab Seite 39 bzw. ab Seite 155. Darin werden die Grundzüge des Vergütungssystems für die Vorstandsmitglieder dargestellt und Hinweise auf wertpapierorientierte Anreizsysteme im Rahmen der Vergütungsregelungen für die Vorstände gegeben.



Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 20. Dezember 2012 in seiner Zielformulierung zur Zusammensetzung des Aufsichtsrats gemäß Ziffer 5.4.1 DCGK konkrete Ziele genannt, die u. a. auch die Anzahl der unabhängigen Aufsichtsratsmitglieder im Sinne von Ziffer 5.4.2 DCGK berücksichtigen. Ferner sollen bei Wahlvorschlägen an die Hauptversammlung zukünftig die persönlichen und die geschäftlichen Beziehungen eines jeden Aufsichtsratskandidaten zum Unternehmen, zu den Organen der Gesellschaft oder zu einem wesentlich an der Gesellschaft beteiligten Aktionär offengelegt werden, soweit darin Umstände zu sehen sind, die nach der Einschätzung des Aufsichtsrats ein objektiv urteilender Aktionär für seine Wahlentscheidung als maßgebend ansehen würde.

Insgesamt ist eine angemessene Beteiligung von Frauen vorzusehen. Bei der Prüfung potenzieller Kandidaten für eine Neuwahl oder die Nachbesetzung vakant werdender Aufsichtsratspositionen sollen qualifizierte Frauen in den Auswahlprozess einbezogen und bei den Wahlvorschlägen angemessen berücksichtigt werden. Seit den Aufsichtsratswahlen im Jahr 2003 waren zwischen 15 % und 20 % der Mitglieder unseres Aufsichtsrats Frauen. Derzeit gehören drei Frauen dem Aufsichtsrat an, dies entspricht einem Anteil von 15 %. Der Aufsichtsrat ist bestrebt, diesen Anteil mindestens zu wahren und bis zum Jahr 2017 auf 30 % zu erhöhen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Aufsichtsrat lediglich durch seine Wahlvorschläge an die Hauptversammlung Einfluss auf die Besetzung des Aufsichtsrats nehmen kann.

Für die Besetzung des Aufsichtsrats der Postbank wurden außerdem Zielsetzungen formuliert, die sicherstellen sollen, dass seine Mitglieder insgesamt über die erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen verfügen. Bei den zur Wahl vorgeschlagenen Personen soll auf die Integrität, Persönlichkeit, Leistungsbereitschaft, Professionalität und Unabhängigkeit geachtet werden. Wesentliche und nicht nur vorübergehende Interessenkonflikte sollen vermieden werden. Für die Mitglieder des Aufsichtsrats besteht eine Regelaltersgrenze von 72 Jahren. Darüber hinaus ist auf das Vorliegen internationaler Erfahrung zu achten.

Nach Ziffer 5.4.6 Abs. 2 DCGK sollen Mitglieder des Aufsichtsrats eine Vergütung erhalten, die in einem angemessenen Verhältnis zu ihren Aufgaben und der Lage der Gesellschaft steht. Wird den Aufsichtsratsmitgliedern eine erfolgsorientierte Vergütung zugesagt, soll sie auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ausgerichtet sein. Diese Regelung haben Vorstand und Aufsichtsrat zum Anlass genommen, die Entsprechenserklärung vorsorglich anzupassen, da in der Vergütung eine Kurzfristkomponente enthalten ist, die, isoliert betrachtet, den Empfehlungen in Ziffer 5.4.6 Abs. 2 DCGK entgegenstehen könnte.

Entsprechenserklärung

Gute Corporate Governance gilt in der Postbank als Voraussetzung für eine verantwortungsbewusste und werteorientierte Führung von Unternehmen. Insofern legen die Organe der Postbank Wert auf eine möglichst umfassende Umsetzung des DCGK.

Hinsichtlich der DCGK-Empfehlungen vom 15. Mai 2012 haben Vorstand und Aufsichtsrat der Postbank am 20. Dezember 2012 folgende Abweichungen erklärt:

„1. Nach Ziffer 5.4.2 Satz 4 DCGK sollen Aufsichtsratsmitglieder keine Organfunktion oder Beratungsaufgaben bei wesentlichen Wettbewerbern des Unternehmens ausüben. Die Deutsche Bank AG hält seit dem 3. Dezember 2010 mehr als 50 % der Postbank-Aktien und ist damit Muttergesellschaft der Deutsche Postbank AG. Seit dem 17. Dezember 2010 ist Herr Rainer Neske; Vorstand Deutsche Bank AG; Head of Private & Business Clients, Mitglied des Aufsichtsrats der Deutsche Postbank AG. Es ist aus Sicht der Gesellschaft sinnvoll, den Aufsichtsrat auch mit Mandatsträgern der Mehrheitsaktionärin oder deren Tochtergesellschaften, selbst wenn diese wesentliche Wettbewerber der Gesellschaft sein sollten, zu besetzen. In Konzernbeziehungen ist es in der Praxis ausnahmslos üblich, dass Repräsentanten der Muttergesellschaft im Aufsichtsrat der Gesellschaft vertreten sind.

Ziffer 5.4.2 Satz 4 DCGK ist nach Auffassung von Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Postbank AG auf Konzernbeziehungen nicht zugeschnitten. Erfasst werden vielmehr nur Repräsentanten konzernexterner Wettbewerber. Vorstand und Aufsichtsrat haben sich vorsorglich dennoch entschieden, eine Abweichung von Ziffer 5.4.2 Satz 4 DCGK zu erklären.

2. Nach Ziffer 5.5.3 Satz 1 DCGK soll der Aufsichtsrat in seinem Bericht an die Hauptversammlung über aufgetretene Interessenkonflikte und deren Behandlung informieren. In einzelnen oberlandesgerichtlichen Entscheidungen wurden die Anforderungen an den Umfang der Information über Interessenkonflikte im Bericht des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung verschärft. Danach halten es Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Postbank AG nicht für ausgeschlossen, dass der Bericht des Aufsichtsrats im Einzelfall gegebenenfalls nicht den Anforderungen dieser gerichtlichen Entscheidungen an eine Berichterstattung in Einklang mit Ziffer 5.5.3 Satz 1 DCGK entsprechen könnte. Eine über die bisherige Berichtsintensität des Unternehmens hinausgehende Berichterstattung verletzt nach Auffassung des Unternehmens jedoch das gesetzlich geschützte Beratungsgeheimnis und die Vertraulichkeit im Aufsichtsrat. Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Postbank AG haben sich deshalb entschieden, vorsorglich eine Abweichung von Ziffer 5.5.3 Satz 1 DCGK zu erklären.

3. Nach Ziffer 5.4.6 Abs. 2 DCGK erhalten Mitglieder des Aufsichtsrats eine Vergütung, die in einem angemessenen Verhältnis zu ihren Aufgaben und der Lage der Gesellschaft steht. Wird den Aufsichtsratsmitgliedern eine erfolgsorientierte Vergütung zugesagt, soll sie auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ausgerichtet sein. Die in der Satzung der Deutsche Postbank AG festgeschriebene Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder enthält neben einer jährlich festen Komponente und einer erfolgsorientierten Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung auch eine erfolgsorientierte Vergütungskomponente, die sich am Konzerngewinn pro Aktie im jeweiligen Geschäftsjahr orientiert. Mit Blick auf die letztgenannte Vergütungskomponente, die nach Ansicht des Vorstands und Aufsichtsrats isoliert betrachtet nicht den Vorgaben der Ziffer 5.4.6 Abs. 2 DCGK entsprechend auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ausgerichtet ist, haben sich Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Postbank AG entschieden, rein vorsorglich eine Abweichung von Ziffer 5.4.6 Abs. 2 DCGK zu erklären.“

Unternehmensführungspraktiken

Zur Implementierung und Umsetzung der Unternehmensführungspraktiken hat die Postbank eine Vision und eine Mission des Unternehmens sowie Konzernwerte formuliert, welche als richtungsweisende Vorgaben die langfristige Ausrichtung der Unternehmenspolitik bestimmen sollen. Vision und Mission geben einen normativen Rahmen für die strategische und die operative Unternehmensführung vor. Somit dienen sie gleichermaßen der Geschäftsleitung, den Führungskräften und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als Leitbild.

Die Werte der Postbank, an denen sich das geschäftliche Handeln der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der gesamten Postbank Gruppe sowie der Lieferanten ausrichten soll, sind im „Code of Conduct“ sowie im „Supplier Code of Conduct“ dokumentiert. Die Kodizes sind für die leitenden Angestellten der Gruppe verbindlich. Wort und Geist dieser Werte finden ihre Entsprechung in den Richtlinien und Vorschriften der Postbank (z. B. Organisationshandbücher und Arbeitsanweisungen), die das tägliche Arbeits- und Geschäftsleben bestimmen. Die Kodizes spiegeln die Verpflichtung der Postbank zu einem verantwortungsbewussten, ethisch einwandfreien und rechtmäßigen Handeln wider.

Die folgenden sieben Werte der Postbank Gruppe bilden die Eckpfeiler der Unternehmenskultur:

- Exzellente Qualität liefern
- Nachhaltigen Mehrwert für unsere Kunden schaffen
- Offenen Umgang pflegen
- Nach eindeutigen Prioritäten handeln
- Unternehmerisch handeln
- Integrität nach innen und außen leben
- Gesellschaftliche Verantwortung übernehmen.

Die Implementierung des für alle Mitarbeiter geltenden „Verhaltens- und Ethikkodex für die Deutsche Bank“ hat am Ende des Berichtsjahres begonnen. Der Ethikkodex mit besonderen Verpflichtungen für „Senior Financial Officers“ der Deutschen Bank gilt seit Dezember

2012 für den Chief Financial Officer, die Bereichsleiter des Ressorts Finanzen sowie die Chief Financial Officers der Postbank Tochtergesellschaften BHW, Deutsche Postbank International S.A. und PB Capital Corporation.

Darüber hinaus besitzt bei der Postbank das Thema Nachhaltigkeit einen hohen Stellenwert. So werden die Grundsätze der Nachhaltigkeit in einem Nachhaltigkeitsleitbild zusammengefasst.

Die Sicherung der Zukunftsfähigkeit ist das Ziel der Postbank. Zwecks einer strukturierten und umfänglichen Vorgehensweise wendet die Postbank das Drei-Säulen-Modell an und hat ihre Nachhaltigkeit in die drei Bereiche soziale, ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit eingeteilt. Es gehört zum Selbstverständnis der Postbank, einen aktiven Beitrag sowohl zum Klimaschutz als auch zum gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umfeld der Bank zu leisten. Deshalb ist Nachhaltigkeit ein wichtiger Bestandteil der Geschäftsstrategie. Die Postbank verpflichtet sich, für ihre Mitarbeiter attraktive und sichere Arbeitsbedingungen zu schaffen und die natürlichen Ressourcen zu schonen. Als Unternehmen ist die Postbank ein integraler Bestandteil der Gesellschaft, in der sie agiert. Demgemäß will die Postbank ihren Unternehmenserfolg langfristig sichern sowie das Leitbild der Nachhaltigkeit, das tatsächlich gelebt und nicht nur gedacht werden soll, jedem einzelnen Mitarbeiter nahebringen.

Der Fokus der Unternehmensführung richtet sich im Einklang mit Ziffer 4.1.1 DCGK insbesondere auf eine nachhaltige Wertschöpfung. Klare Werte und Mindeststandards für das Verhalten im täglichen Geschäft sowie die Ausrichtung der Vergütung von Mitarbeitern, Führungskräften, Vorständen und Aufsichtsräten nach Maßgabe nachhaltiger, insbesondere dem Unternehmenserfolg verpflichteter Vorgaben sind hierzu die Grundlage. (Weitere Informationen erhalten Sie über die Webseite www.postbank.de/nachhaltigkeit.)



Bei der Besetzung von Führungsfunktionen im Unternehmen (Ziffer 4.1.5 DCGK), bei der Bestellung von Vorständen (Ziffer 5.1.2 DCGK) und bei der Zusammensetzung des Aufsichtsrats (Ziffer 5.4.1 DCGK) wird auf Vielfalt (Diversity) geachtet. Eine angemessene Berücksichtigung von Frauen steht dabei im Vordergrund. Der Vorstand hat im Oktober 2011 das Projekt „Gender Diversity Management“ zur deutlichen Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen bis 2017 ins Leben gerufen.

Unter Beteiligung des Vorstands werden hierbei konzernweit die Weichen für ein erfolgreiches Diversity Management gestellt und die im Rahmen des Projekts zu erreichenden Zielwerte, die zu ergreifenden Maßnahmen sowie mögliche Veränderungen von Prozessen bestimmt.

Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat

Vorstand und Aufsichtsrat arbeiten zum Wohle des Unternehmens eng zusammen. Entsprechend der ihm durch das Aktienrecht zugewiesenen Aufgabe, nimmt der Vorstand seine Unternehmensführungsaufgaben wahr. Der Aufsichtsrat übt seine Überwachungs-, Kontroll- und Beratungsaufgaben aus. Die Aktionäre und damit die Eigentümer der Postbank üben ihre Rechte vor oder während der Hauptversammlung aus.

Vorstand

Der Vorstand leitet die Deutsche Postbank AG in eigener Verantwortung. Er vertritt die Gesellschaft nach außen und führt die Geschäfte. Die Mitglieder des Vorstands tragen dabei gemeinsam die Verantwortung für die gesamte Geschäftsführung. Über die Gesamtverantwortung hinaus führen die einzelnen Mitglieder des Vorstands die durch sie vertretenen Ressorts in eigener Verantwortung.

Zum Wohle der Gesellschaft stellen die Mitglieder des Vorstands untereinander die Verfolgung einheitlicher Ziele sicher. Die Abstimmung und Festlegung gemeinsamer Pläne und Ziele sowie der Maßnahmen zu deren Erreichung ist dabei genauso selbstverständlich wie die Entwicklung und Durchsetzung unternehmensweit verbindlicher Richtlinien. Der Vorstand entwickelt die unternehmerischen Ziele, die grundsätzliche strategische Ausrichtung, die Unternehmenspolitik sowie die Konzernorganisation. Er ist für die Aufstellung der Quartals- und der Halbjahresberichte, den Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG sowie des Gesamtkonzerns einschließlich der Lageberichte verantwortlich. Weiterhin trägt der Vorstand Sorge für die Einhaltung von Rechtsvorschriften und von behördlichen Regelungen.

Der Vorstand stimmt die strategische Ausrichtung des Unternehmens sowie die Unternehmensplanung regelmäßig mit dem Aufsichtsrat ab und unterrichtet ihn über den Stand der Zielerreichung und der Strategieumsetzung.

Der Vorstand berät sich in regelmäßigen Vorstandssitzungen. Diese werden vom Vorstandsvorsitzenden einberufen, der die Arbeit im Vorstand koordiniert. Die Einberufung einer Sitzung durch den Vorstandsvorsitzenden außerhalb des Sitzungsturnus erfolgt bei Eilbedürftigkeit oder auf Antrag zweier Vorstandsmitglieder. Die für die Beschlussfassung innerhalb des Vorstands erforderlichen Mehrheitserfordernisse, die der Verantwortung des Gesamtvorstands vorbehaltenen Angelegenheiten und die jeweils gültige Ressortverteilung der einzelnen Vorstandsmitglieder sind in der Geschäftsordnung des Vorstands geregelt.

Für ein effizientes Entscheidungsmanagement hat der Vorstand aus seiner Mitte heraus Ausschüsse mit eigener Beschluss- bzw. Entscheidungsvorbereitungskompetenz gebildet. Die Zusammensetzung und die Zuständigkeiten der Komitees sind in den jeweiligen Geschäftsordnungen geregelt. Änderungen in den Geschäftsordnungen bedürfen der Zustimmung des Gesamtvorstands. Die gebildeten Ausschüsse sind gegenüber dem Gesamtvorstand berichtspflichtig.

In der Zuständigkeit des Operating-Komitees liegen das Kosten-, Ressourcen- und Infrastrukturmanagement sowie die Steuerung von Projektvorhaben.

Das Bankrisikokomitee stellt die risikoartenübergreifende Steuerung und Planung aller wesentlichen und unwesentlichen Risiken in der Postbank Gruppe sicher. Dem Komitee obliegt die strategische Gesamtsteuerung der Risikosituation und des Risikoprofils der Postbank Gruppe innerhalb der vom Gesamtvorstand gesetzten Rahmenbedingungen. Das Bankrisikokomitee wird bei der Ausübung seiner Aufgaben durch das Marktpreisrisikokomitee, das Komitee für operationelle Risiken, das Deckungsgeschäftskomitee, das Modell- und Validierungskomitee sowie das Kreditrisikokomitee unterstützt.

Das Consumer Banking Executive Committee hat eine beratende, koordinierende und entscheidungsvorbereitende Funktion für den Vorstand der Postbank und das Global Executive Committee im Unternehmensbereich Private & Business Clients der Deutsche Bank Gruppe. Es arbeitet die Vertriebsstrategie aus, führt ein regelmäßiges Monitoring der Vertriebswege und der Produktmaßnahmen durch und gibt Impulse für die Weiter- und Neuentwicklung von Produkten.

Das Implementierungskomitee hat die Steuerung von Projekten, insbesondere im Rahmen der Integration in den Deutsche Bank Konzern, zum Gegenstand.

Aufgabenschwerpunkte des Reputationskomitees sind die Festlegung von Leitlinien und Prüfkriterien für Produkte und Prozesse zur Erkennung, Beurteilung und Eskalierung von möglichen Reputationsschäden sowie die Überwachung dieser Leitlinien.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat bestellt, überwacht und berät den Vorstand. Seine Mitglieder verfügen über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten sowie fachlichen Erfahrungen und Eignungen. In Geschäfte von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen wird der Aufsichtsrat unmittelbar – auch über satzungsgemäß bzw. in der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat festgelegte Zustimmungsvorbehalte – eingebunden. Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit des 20-köpfigen Aufsichtsrats. Zehn Mitglieder werden nach Maßgabe der Vorschriften des AktG von der Hauptversammlung in Einzelwahl gewählt oder bis zur Wahl durch die nächste Hauptversammlung ersatzweise gerichtlich bestellt. Zehn weitere Mitglieder werden von den Arbeitnehmern nach den Regelungen des Mitbestimmungsgesetzes 1976 gewählt. Davon sind sieben Mitglieder des Aufsichtsrats Arbeitnehmer des Unternehmens, darunter ein leitender Angestellter. Drei weitere Aufsichtsratsmitglieder sind Vertreter von den im Unternehmen vertretenen Gewerkschaften. Zur Unterstützung seiner Aufgaben hat der Aufsichtsrat sechs Ausschüsse gebildet, die dem Aufsichtsrat regelmäßig über ihre Arbeit berichten. Dies sind Präsidial-, Prüfungs-, Personal-, Kredit-, Nominierungs- und Vermittlungsausschuss. Der Bericht des Aufsichtsrats enthält nähere Angaben zu Zusammensetzung, Funktion und Sitzungsinhalten des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse (siehe Seite 12).



Die Effektivität der Aufsichtsratsarbeit wird regelmäßig im Rahmen einer Effizienzprüfung hinterfragt.

Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat

Eine wirkungsvolle Zusammenarbeit von Vorstand und Aufsichtsrat basiert auf einer ausreichenden Informationsversorgung des Aufsichtsrats über die Themen des Unternehmens. Dies sicherzustellen ist Aufgabe und gemeinsames Bestreben von Vorstand und Aufsichtsrat.

Die Zusammenarbeit der Organe wird durch die von der Hauptversammlung beschlossene Satzung der Gesellschaft, die Geschäftsordnungen von Aufsichtsrat – sowie seiner Ausschüsse – und Vorstand sowie durch Beschlüsse der Organe im Rahmen der Vorgaben einschlägiger gesetzlicher Regelungen ausgestaltet. Darin ist festgelegt, wie der Aufsichtsrat seinen Überwachungs-, Kontroll- und Beratungspflichten nachzukommen hat. Die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats enthält einen Katalog zustimmungspflichtiger Geschäfte.

Die Informations- und Berichtspflichten des Vorstands sind sowohl in der Geschäftsordnung des Vorstands als auch in der des Aufsichtsrats festgelegt.

Im Sinne einer guten Unternehmensführung und zur nachhaltigen Steigerung des Unternehmenswertes tauschen sich Vorstand und Aufsichtsrat regelmäßig in einem intensiven Dialog zu relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des internen Kontrollsystems, des Risikomanagements, der Compliance und zu strategischen Maßnahmen aus. Insbesondere die Vorsitzenden von Aufsichtsrat und Vorstand stehen in regelmäßigem Kontakt.

Die Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat sind dem Unternehmensinteresse verpflichtet und dürfen bei ihren Entscheidungen keine persönlichen Interessen verfolgen. Interessenkonflikte sind gegenüber dem Aufsichtsrat anzuzeigen. Wesentliche und nicht nur vorübergehende Interessenkonflikte in der Person eines Aufsichtsratsmitglieds führen in der Regel zur Beendigung des Mandats. Der Aufsichtsrat informiert in seinem Bericht an die Hauptversammlung über aufgetretene Interessenkonflikte und deren Behandlung.

Nebentätigkeiten der Vorstandsmitglieder unterliegen der Zustimmung des Aufsichtsrats bzw. des Präsidialausschusses.

Hauptversammlung und Aktionäre

Die Aktionäre üben ihre Rechte vor oder während der Hauptversammlung aus, die der Vorstand im Regelfall ein Mal jährlich unter Angabe der Tagesordnung und Veröffentlichung der geforderten Berichte und Unterlagen einberuft. Die wesentlichen Unterlagen sowie die Einberufung der Hauptversammlung sind im Internet abrufbar. Jede Stückaktie gewährt eine Stimme. Die Aktionäre können ihr Stimmrecht selbst, durch einen Bevollmächtigten oder durch einen weisungsgebundenen Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft ausüben. Vor der Hauptversammlung können die Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft bis zum Vorabend der Hauptversammlung bevollmächtigt werden. Für Aktionäre, die an der Hauptversammlung teilnehmen, sind die Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft während der Hauptversammlung bis zur Abstimmung erreichbar. Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, soweit das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, mit der einfachen Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst.

Die Hauptversammlung der Postbank hat der elektronischen Weitergabe von Informationen an die Aktionäre zugestimmt. Diese Verfahrensweise ist seitdem in § 3 der Satzung der Postbank festgeschrieben.

Weitere Corporate Governance

Transparenz

Die Postbank ist bestrebt, ihre Kunden, Eigentümer, Mitarbeiter und die Öffentlichkeit zeitnah und umfassend zu informieren. Hierzu nutzt sie regelmäßig geeignete Kommunikationsmedien. Um größtmögliche Transparenz zu gewährleisten und das entgegengebrachte Vertrauen der Öffentlichkeit zu bestätigen, werden im Sinne des „Fair Disclosure“ neue Tatsachen allen Interessengruppen zeitgleich zugänglich gemacht. Die Postbank veröffentlicht zu diesem Zweck den jährlichen Geschäftsbericht sowie die Halbjahresberichte und Zwischenmitteilungen. Sie kommuniziert über Pressekonferenzen, Presse- bzw. Investor-Relations-Meldungen, Ad-hoc-Mitteilungen, Meldungen nach § 15a WpHG, Unternehmensberichte sowie die unternehmenseigene Webseite (www.postbank.de). Auf dieser sind sowohl aktuelle als auch historische Daten in deutscher und englischer Sprache abrufbar. Die Termine der wesentlichen wiederkehrenden Veröffentlichungen werden mit ausreichendem Zeitvorlauf im Internet-Finanzkalender publiziert.



Eine Aufstellung der Mandate der Vorstands- und der Aufsichtsratsmitglieder finden Sie ab Seite 162, Note 57.

Rechnungslegung und Abschlussprüfung

Die Rechnungslegung des Postbank Konzerns erfolgt nach den International Financial Reporting Standards (IFRS). Der Jahresabschluss der Postbank wird nach den Vorgaben des Handelsgesetzbuchs (HGB) binnen 90 Tagen erstellt. Zwischenberichte werden innerhalb von 45 Tagen, nachdem sie durch den Prüfungsausschuss mit dem Vorstand erörtert worden sind, veröffentlicht.

Als Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2012 ist die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft durch die letztjährige Hauptversammlung gewählt worden. Die Unabhängigkeit des Prüfers ist, auch für bereits erbrachte oder vereinbarte Leistungen, geprüft und sichergestellt. Der Abschlussprüfer der Postbank ist zusätzlich zu einer internen Rotation verpflichtet. Er ist ferner angehalten, die Gremien unmittelbar über Auffälligkeiten zu unterrichten und Unrichtigkeiten in der Prüfung zu dokumentieren. Im Speziellen muss er Befangenheitsgründe während der Prüfung und Feststellungen, die den Aufsichtsrat betreffen oder Unrichtigkeiten in der Entsprechenserklärung bedeuten, sofort melden. Angaben zur Gesamtvergütung des Abschlussprüfers finden Sie auf Seite 167, Note 58.



Compliance

In der Finanzbranche hat das Vertrauen der Marktteilnehmer allergrößtes Gewicht. Geschäfte und Dienstleistungen müssen daher geprägt sein von Fairness gegenüber anderen Marktteilnehmern und insbesondere gegenüber unseren Kunden. Unser geschäftlicher Erfolg hängt nicht zuletzt von einem soliden, vertrauensvollen Verhältnis zwischen unseren Kunden, der Postbank und unseren Mitarbeitern ab. Verhaltensweisen, die den Kunden schädigen, den Kapitalmarkt in unfairen Weise beeinflussen oder dem Ansehen unserer Bank abträglich sind, müssen vermieden werden. In diesem Sinne hat unser Haus ein einheitliches Compliance-Verständnis entwickelt. „Compliance“ bedeutet sinngemäß das „Handeln in Übereinstimmung mit geltenden Gesetzen, regulatorischen Vorschriften und internen Regelwerken“. Innerhalb der Deutschen Postbank AG wird darunter ein von Fairness, Integrität und Vertrauen getragenes Miteinander von Kunden, Bank und Mitarbeitern verstanden, das auf der Beachtung geltender Gesetze und anderer Regelwerke zum Schutz der Anleger und zur Vermeidung von Interessenkonflikten basiert.

Durch die Beratung und Unterstützung der Geschäftsbereiche und durch andere Maßnahmen, insbesondere regelmäßig durchzuführende Kontroll- und Überwachungstätigkeiten sowie Trainings, trägt die Compliance-Funktion zu einer Gesetzes- oder Regelwidrigkeit vorbeugenden Unternehmensorganisation und damit zur Einhaltung gesetzlicher und anderer Rechtspflichten, die im Zusammenhang mit oder bei der Erbringung von Wertpapierdienstleistungen einzuhalten sind, bei. Zudem werden Compliance-Risiken, also Risiken von gesetzlichen oder regulatorischen Sanktionen, finanziellen Verlusten oder Reputationsverlusten, die dadurch eintreten können, dass die Bank nicht im Einklang mit geltendem Recht, Regularien, Verhaltensregeln oder anerkannten Standards handelt, reduziert.

Für die Fälle, in denen geltendes Recht nicht eingehalten wird, wurde im Dezember 2012 mit der Whistleblowing-Hotline ein Prozess eingeführt, in dem einheitlich geregelt ist, wie mit berechtigten Hinweisen aus der Belegschaft zu verfahren ist. Dieses Hinweisgebersystem ermöglicht jedem Mitarbeiter, Verstöße (auch anonym) zu melden. Hierbei kann sich der Mitarbeiter an Führungskräfte, Vertrauenspersonen verschiedener Bereiche oder an die Hotline direkt wenden.

Innerhalb der Postbank kommt der Compliance-Funktion eine große Bedeutung zu. Diese wird dadurch hervorgehoben, dass die Abteilung Compliance dem Vorstand unmittelbar unterstellt ist.

Die Compliance-Funktion wird im Rahmen der jährlichen Prüfung nach § 36 WpHG (Wertpapierhandelsgesetz) durch einen Wirtschaftsprüfer geprüft.

Risikomanagement

Der Postbank Konzern überwacht und steuert seine Risiken durch ein konzernweites Risikomanagement. Die Deutsche Postbank AG ist in diese Prozesse vollumfänglich eingebunden. Im Rahmen der Einbeziehung der Postbank in das Risikomanagement der Deutschen Bank wurde die Anpassung der Gremienstruktur, eine Vernetzung der Gremien sowie die Einführung funktionaler Berichtslinien zwischen der Postbank und der Deutschen Bank konkretisiert bzw. eingeführt. Zusätzlich erfolgt eine regelmäßige Risikoberichterstattung an die Deutsche Bank zur übergreifenden Erfassung und Steuerung von zentralen Risiken. Die wesentlichen Managementreports sowie Kernkennzahlen wurden definiert, analysiert und gemeinsam berichtet.

Die Grundsätze verantwortungsvollen unternehmerischen Handelns spiegeln sich bei der Postbank auch im Umgang mit Risiken wider. Die Postbank hat, entsprechend den gesellschafts- und bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben, ein umfangreiches Risikomanagementsystem installiert, um die Risiken, die sich aus ihrer Geschäftstätigkeit ergeben, rechtzeitig erkennen, analysieren, überwachen und steuern zu können. Zudem ist dieses System darauf ausgerichtet, die relevanten Daten zur Risikosituation der Postbank zeitnah generieren zu können. Das Risikomanagement findet, um dessen Effizienz zu erhöhen, auf drei verschiedenen Ebenen statt: Vorstand, Risikokomitee und operative Einheiten zur Risikosteuerung und -überwachung. Gemäß den Vorgaben der MaRisk werden die relevanten Berichte und die Strategien zu unterschiedlichen Risikoarten durch den Vorstand im Aufsichtsrat vorgestellt und mit diesem erörtert. Gesteuert werden sowohl Einzel- als auch Portfoliorisiken – dies schließt auch die Steuerung von Konzentrationsrisiken mit ein. Dabei stellt die Postbank die Risiken aus der Geschäftstätigkeit der Risikodeckungsmasse der Gruppe gegenüber, um beurteilen zu können, ob diese unter Berücksichtigung ihrer geschäftspolitischen Ziele in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen. Das Risikomanagementsystem wird kontinuierlich anhand aktueller Entwicklungen überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die Wirksamkeit des Systems wird von der Internen Revision geprüft.



Weitere Erläuterungen und Ausführungen zum Risikomanagement können Sie dem Risikobericht ab Seite 49 entnehmen.

NACHHALTIGKEIT

DIE ZUKUNFT SICHERN

Die nachhaltige Unternehmensführung der Postbank ist in den konzernweit geltenden sozialen, ökologischen und ökonomischen Grundsätzen verankert. Seit 2009 engagiert sich das Competence Center „Nachhaltigkeit und Klimaschutz“ ressort- und standortübergreifend für eine nachhaltige Entwicklung der Postbank.

Soziale Nachhaltigkeit

Es ist die Verpflichtung eines jeden, sich für eine gemeinsame Zukunft in Frieden und Wohlstand einzusetzen. Für die Postbank gehört es daher zum Selbstverständnis, soziale Verantwortung zu übernehmen, indem sie sich für Mitarbeiter, Kunden und die Gesellschaft engagiert. So hat die Postbank beispielsweise die „Charta der Vielfalt“ zur Förderung einer offenen, toleranten und vielfältigen Unternehmenskultur unterzeichnet. Im Rahmen der „Altersvorsorgestudie“ regt sie zudem den Dialog rund um das Thema Vermeidung von Altersarmut an, und sie unterstützt Bildungs- und Forschungseinrichtungen.

Kinder sind unsere Zukunft. Es liegt in unserer Verantwortung, sie zu schützen und in ihrer Entwicklung zu fördern. Seit drei Jahren unterstützen die Postbank und ihre Mitarbeiter das christliche Kinder- und Jugendhilfswerk „Die Arche e.V.“ im Kampf gegen Kinderarmut. In dieser Zeit wurden im Rahmen der „Weihnachtsbaum-Wunschzettelaktion“ bereits über 4.400 Geschenke und 55.000 € zugunsten sozial benachteiligter Kinder gespendet. Schon seit 30 Jahren engagieren sich die Postbank und ihre Mitarbeiter mit der jährlichen Weihnachtsammlung für die Welthungerhilfe. Eine Gesamtsumme von über 430.000 € konnten der Welthungerhilfe bisher zur Verfügung gestellt werden.

Ökologische Nachhaltigkeit

Umweltschutz dient nicht nur dem Erhalt der Existenzgrundlage aller Lebewesen, sondern auch der Sicherung der materiellen Basis unserer Wirtschaft. Bereits 2008 hat sich die Postbank mit der Implementierung eines Umweltmanagementsystems (UMS) zum aktiven Umwelt- und Klimaschutz bekannt. Im März 2012 wurde die erste Re-Zertifizierung unseres UMS gemäß ISO 14001 vom TÜV Rheinland erfolgreich durchgeführt. Geprüft wurden dabei die Postbank Großstandorte Bonn und Frankfurt. Zudem ist es der Postbank – wie angestrebt – gelungen, die CO₂-Emissionen aus ihrem Geschäftsbetrieb im Vergleich zu 2007 um 20 % bis 2012 zu reduzieren. Zudem werden seit dem 1. Januar 2012 alle Postbank Großstandorte vollständig mit Ökostrom versorgt – ein weiterer wichtiger Schritt im Sinne eines ökologisch nachhaltigen Handelns.

Ökonomische Nachhaltigkeit

Die langfristige Leistungsfähigkeit der Postbank zu sichern, ist die Basis unserer nachhaltigen Unternehmensentwicklung. Unser geschäftliches Handeln richtet sich daher an den Wünschen und Belangen der Postbank Stakeholder aus. Grundlage hierfür bildet der verantwortungsvolle Umgang miteinander. Seit 2012 gelten die im Ethikkodex der Deutschen Bank festgelegten Leitlinien für verantwortungsbewusstes Handeln auch für die Postbank. Mögliche Verstöße gegen die Grundsätze des Kodex oder geltendes Recht können von Mitarbeitern – auch anonym – bei der seit Dezember 2012 bestehenden Whistleblowing-Hotline gemeldet werden. Bereits seit fast sieben Jahren profitiert die Postbank von der konstruktiven Kritik eines Kundenbeirats, der die Interessen der Kunden vertritt. In gemeinsamen Diskussionsrunden, über Telefon und E-Mail können die Beiratsmitglieder Verbesserungsvorschläge und Kundenansichten vortragen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen werden von dem aus Postbank Mitarbeitern bestehenden Arbeitskreis Kundenbeirat auf ihre Umsetzbarkeit hin geprüft.

Nachhaltigkeitsberichterstattung

Die transparente Berichterstattung über Aktivitäten und Entwicklungen der Postbank im Bereich der Nachhaltigkeit ist Teil unserer unternehmerischen Verantwortung. Im jährlich erscheinenden Nachhaltigkeitsbericht können Sie sich ausführlich über die entsprechenden Grundsätze und Tätigkeiten der Postbank informieren. Einen ersten Überblick über das Nachhaltigkeitsmanagement der Postbank erhalten Sie unter www.postbank.de/nachhaltigkeit bzw. www.postbank.com/sustainability.



KONZERNLAGEBERICHT

DER DEUTSCHEN POSTBANK AG

GESCHÄFTS- UND RAHMENBEDINGUNGEN	36
ANGABEN NACH § 315 ABS. 4 HGB UND ERLÄUTERNDER BERICHT	38
VORSTANDS- UND AUFSICHTSRATSVERGÜTUNG	39
MITARBEITER	40
VOLKSWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN IM JAHR 2012	40
VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE	44
SEGMENTBERICHTERSTATTUNG	46
BILANZENTWICKLUNG	47
NACHTRAGSBERICHT	48
RISIKOBERICHT	49
PROGNOSEBERICHT	85

03

KONZERNLAGEBERICHT DER POSTBANK

GESCHÄFTS- UND RAHMENBEDINGUNGEN

Organisation und Steuerung des Konzerns

Geschäftstätigkeit, wichtige Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsprozesse

Der Deutsche Postbank Konzern (Postbank) bietet Finanzdienstleistungen für Privat- und Firmenkunden sowie für andere Finanzdienstleister überwiegend in Deutschland an. Der Schwerpunkt des Geschäftstätigkeit liegt im Privatkundengeschäft (Retail Banking). Das Firmenkundengeschäft (Zahlungsverkehr und Finanzierungen), Abwicklungsdienstleistungen (Transaction Banking) sowie Geld- und Kapitalmarktaktivitäten runden die Geschäftstätigkeit ab. Seit dem 3. Dezember 2010 ist die Postbank Teil des Konsolidierungskreises der Deutschen Bank AG, die indirekt mehr als 90 % der Aktien der Deutschen Postbank AG hält.

Mit ihrer Geschäftstätigkeit kommt der Postbank innerhalb des Geschäftsbereichs Private und Business Clients (PBC) der Deutschen Bank hohe Bedeutung zu. Sie stellt eine tragende Säule des Geschäfts mit Privat- und Firmenkunden dar und trägt maßgeblich zur Verwirklichung der Strategie der Deutschen Bank bei, ihre Aktivitäten im Heimatmarkt zu stärken. Die Postbank bildet den wesentlichen Teil des Consumer Bankings Deutschland im Geschäftsbereich Private und Business Clients. Das Consumer Banking versteht sich dabei als Anbieter von Finanzdienstleistungen, der mit einfachen, standardisierten Produkten auf die Bedürfnisse einer breiten Kundenbasis ausgerichtet ist. Ferner realisiert die Postbank mit ihren IT- und Operationseinheiten einen Großteil der gemeinsamen Retail Target Platform (RTP) für Postbank und Deutsche Bank.

Die Postbank hat ihre Aktivitäten in die Geschäftsbereiche Retail Banking, Firmenkunden, Transaction Banking, Financial Markets und den neuen Bereich Non Core Operating Unit (NCOU) gegliedert:

- Im Geschäftsbereich Retail Banking bietet die Postbank Privat- und Geschäftskunden standardisierte, preisgünstige und auf typische Bedarfssituationen ausgerichtete Bank- und Finanzprodukte. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem traditionellen Giro- und Spareinlagengeschäft, Bauspar- und Baufinanzierungsprodukten sowie Privatkrediten. Ergänzt wird das Produktspektrum durch das Angebot von Wertpapieren (insbesondere Fonds) und Versicherungen sowie Konzepten zur Altersvorsorge. Als Multikanalbank vertreibt die Postbank ihre Produkte über Filialen, den mobilen Vertrieb, Direkt-Banking (Internet und Mailing) und Callcenter sowie im Drittvertrieb über Vermittler und Kooperationspartner. In Kooperation mit der Deutschen Post AG erbringt die Postbank in ihrem Filialnetz zudem Postdienstleistungen, wodurch sich der tägliche Besucherstrom in ihren Filialen erhöht und Provisionserträge generiert werden.
- Der Geschäftsbereich Firmenkunden bietet den Firmenkunden der Postbank Dienstleistungen rund um den Zahlungsverkehr sowie Firmenkundenkredite, gewerbliche Immobilienfinanzierung, Factoring und Leasing an. Produkte im Anlagebereich sowie aus dem Zins- und Währungsmanagement komplettieren die Produktpalette.

- Der Geschäftsbereich Transaction Banking der Postbank umfasst die Dienstleistungen rund um das Konto, den Zahlungsverkehr sowie den Kredit.

In der Segmentberichterstattung werden die Ergebnisse aus der Leistungserbringung im Zahlungsverkehr dargestellt, die in der Betriebs-Center für Banken AG (BCB) und der VÖB-ZVD Processing GmbH gebündelt sind. Die BCB erbringt Zahlungsverkehrsdienstleistungen für die Postbank und die Deutsche Bank, aber auch für Drittbanken wie die Hypo-Vereinsbank und die HSH Nordbank. Die VÖB-ZVD Processing GmbH bietet ihren Kunden Dienstleistungen zur Abwicklung des karten- und internetbasierten Zahlungsverkehrs und ist im kartengestützten Zahlungsverkehr einer der größten Netzbetreiber Deutschlands.

- Der Geschäftsbereich Financial Markets ist für die Geld- und Kapitalmarktaktivitäten der Postbank verantwortlich. Zu seinen Aufgaben gehört zum einen, die Konditionsbeiträge aus dem Kundengeschäft durch Aussteuerung der Zins- und Marktrisiken zu sichern. Zum anderem steuert der Geschäftsbereich Financial Markets die Liquiditätsposition der Postbank. Bis Mitte des Jahres 2012 wurden in diesem Geschäftsbereich zudem mehrere Tochtergesellschaften geführt, die das Management und die Verwaltung der Publikumsfonds der Marke Postbank verantworteten. Die wesentlichen Aktivitäten wurden zur Schärfung des strategischen Profils in die DWS Gruppe eingebracht.
- Das neue Segment Non Core Operating Unit (im Folgenden auch NCOU) beinhaltet von der Postbank identifizierte Portfolios und Aktivitäten, die nicht zum Kern der zukünftigen strategischen Ausrichtung gehören. Zur besseren Steuerbarkeit wurden sie aus ihren ursprünglichen Segmenten herausgelöst und in das neue Segment Non Core Operating Unit mit eigener Management-Verantwortlichkeit überführt. Details sind der Segmentberichterstattung zu entnehmen.

Wesentliche Standorte

Die Zentrale der Postbank befindet sich in Bonn. Darüber hinaus betreibt die Postbank ein flächendeckendes Filialnetz mit – per Jahresende 2012 – 1.092 Filialen in Deutschland. Der Sitz der Tochtergesellschaft BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft befindet sich in Hameln.

Darüber hinaus hat die Postbank eine Tochtergesellschaft in Luxemburg und eine Niederlassung in London. Die PB (USA) Holdings, Inc. und ihre Tochtergesellschaften, zu denen auch die PB Capital Corporation, New York, gehört, wurden mit Ablauf des 31. Dezember 2012 innerhalb des Deutsche Bank Konzerns veräußert.

Wesentliche Absatzmärkte und Wettbewerbsposition

Im Retail Banking ist die Deutsche Postbank AG fast ausschließlich in Deutschland aktiv und ist, gemessen an der Kundenzahl, das größte Einzelinstitut. Wesentliche Produktfelder sind das Spargeschäft, das Angebot von Girokonten und privaten Baufinanzierungen sowie das Bauspargeschäft. In allen diesen Feldern gehört die Postbank, mit Blick auf das bilanzielle Volumen, zu den führenden Anbietern in Deutschland. Lösungen zur privaten Altersvorsorge, das Privatdarlehensgeschäft und das Wertpapiergeschäft runden das Angebotsspektrum für Privatkunden ab. In diesen Feldern vermittelt die Postbank zum Teil Produkte und Dienstleistungen im Rahmen der Zusammenarbeit mit anderen

Banken und Versicherungen. Wesentlich ist hierbei die enge Kooperation mit der Deutschen Bank AG, die kontinuierlich intensiviert wird. Bedeutende Wettbewerber der Postbank im Privatkundengeschäft in Deutschland sind Anbieter aus dem Sektor der Sparkassen und der genossenschaftlichen Institute sowie einige Großbanken.

Über das Privatkundengeschäft hinaus ist die Postbank im Firmenkundengeschäft tätig. Hier ist sie als mittelgroßer Marktteilnehmer insbesondere im deutschen Mittelstandsgeschäft engagiert. Mit ihrer Tochtergesellschaft Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main, (BCB) ist die Postbank derzeit einer der größten Anbieter für die Abwicklung von Zahlungsverkehrsdienstleistungen auf dem deutschen Markt. Für die Deutsche Postbank AG und drei weitere Mandanten, darunter die Deutsche Bank AG, wickelte die BCB im Berichtsjahr rund 7,5 Milliarden Transaktionen ab.

Unternehmenssteuerung bei der Postbank

Die Steuerung innerhalb der Postbank basiert auf einem integrierten, konsistenten, konzerneinheitlichen Kennzahlensystem. Es verbindet Zielsetzung, Planung, operative Steuerung, Erfolgsmessung und Vergütung miteinander. Ziel dieses Steuerungsansatzes ist die Optimierung von Rentabilität und Effizienz.

Zentrales Rentabilitätsziel für die kapitalmarktorientierte Steuerung der Postbank ist der Renditeanspruch auf das Eigenkapital nach IFRS, gemessen am Return on Equity (RoE) vor bzw. nach Steuern.

Die Effizienz wird anhand der Cost Income Ratio (CIR) – des zentralen Maßstabs für die Ertrags- und Produktivitätssteuerung – gemessen. Diese stellt das Verhältnis von Verwaltungsaufwand zu den Gesamterträgen (ohne die Sonstigen Erträge) vor Risikoversorge dar.

Die Gesamterträge beinhalten als wichtigste Größe zur Beurteilung und Steuerung der Ertragskraft insbesondere den Zinsüberschuss als zentrale Ertragsgröße im Kundengeschäft.

Auf Segmentebene steuert die Postbank ihre Aktivitäten auf der Grundlage eines Management-Informationensystems, dessen zentraler Bestandteil die betriebswirtschaftliche Rechnung nach Geschäftsfeldern ist. Die Steuerung erfolgt dadurch grundsätzlich analog zur Konzernebene, wobei sich der Renditeanspruch am RoE vor Steuern bemisst. Die Allokation des Eigenkapitals auf die Segmente richtet sich dabei nach deren Risikokapitalbedarf.

Als operative Steuerungskennzahlen auf Segmentebene dienen die oben genannten Indikatoren. Im Kerngeschäft werden zusätzlich die Ertragstreiber Volumen, Margen und Risiko sowie Deckungsbeiträge in der Steuerung berücksichtigt.

Die strategischen und die operativen Ziele werden für die operative Steuerung in Key Performance Indicators (KPIs) auf Basis von Balanced Scorecards weiter konkretisiert und in regelmäßigen Reviews nachgehalten. Dadurch wird sichergestellt, dass alle Geschäftsaktivitäten auf die Erreichung der Unternehmensziele ausgerichtet sind.

Derzeit wird der Prozess dieser regelmäßigen Reviews überarbeitet. Hintergrund sind die geänderte Geschäftsverteilung im Vorstand sowie die im Zuge der Integration in den Deutsche Bank Konzern erweiterte Gremien-/Komiteestruktur für die Postbank.

Ergänzend zu den genannten, etablierten Steuerungskennzahlen ermittelt die Postbank Risiko-Rendite-Kennzahlen für die interne Steuerung. In Anlehnung an den RoE wird dabei die Rendite auf das regulatorische Kapital berechnet (RoReC), die auf Einzelgeschäfts- und auf aggregierter Ebene bereits eine wesentliche Entscheidungsgrundlage bildet. Zudem erfolgt eine Steuerung der Rendite auf den Ebenen Gesamtbank, Segmente sowie Steuerungsportfolios auf Basis des ökonomischen Kapitals (RoRaC). Der ökonomische Kapitalbedarf wird determiniert durch die relevanten Risikoarten je Steuerungsebene (z. B. Kreditrisiko, Marktpreisrisiko, Operationelles Risiko). Beide Ressourcen – regulatorisches Eigenkapital und ökonomisches Eigenkapital – werden mit Verzinsungsansprüchen in Form von Hurdle Rates belegt, die von den Renditeerwartungen des Kapitalmarkts abgeleitet werden und von der Postbank insgesamt ebenso wie von den einzelnen Geschäftseinheiten zu erwirtschaften sind.

Die variable Vergütung des Vorstands, der Führungskräfte und der Mitarbeiter der Postbank ist mit diesem Steuerungssystem eng verknüpft. Sie orientiert sich an den individuellen Zielen, den Ressortzielen und den Konzernzielen der Postbank Gruppe, die am Ergebnis vor Steuern und an der CIR gemessen werden. Den aufsichtsrechtlichen Anforderungen sowie dem Unternehmensziel des nachhaltigen Erfolgs entsprechend, fließt bei unseren Führungskräften, den Risk Takern und dem Vorstand ein Nachhaltigkeitsfaktor in die Berechnung des langfristigen Teils der variablen Vergütung (Langfristkomponente) ein. Weitere Details finden sich im Vergütungsbericht ab Seite 39 bzw. ab Seite 155.

Der Nachhaltigkeitsfaktor orientiert sich am Konzept des Economic Value Added und verankert damit die wertorientierte, nachhaltige Perspektive im Anreizsystem der Postbank.

Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag

Nach entsprechender Beschlussfassung in Vorstand und Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG hat der Vorstand der Deutschen Postbank AG den Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der Deutschen Postbank AG als abhängigem Unternehmen und der DB Finanz-Holding GmbH, Frankfurt am Main (einer 100 %igen Tochtergesellschaft der Deutschen Bank AG), als herrschendem Unternehmen unterzeichnet.

Die ordentliche Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG hat am 5. Juni 2012 dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen DB Finanz-Holding GmbH und Deutscher Postbank AG zugestimmt. Der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag wurde mit Eintragung im Handelsregister am 20. Juni 2012 wirksam. Mit Beschluss des Oberlandesgerichts Köln vom 11. September 2012 im Freigabeverfahren wurde der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag bestandskräftig. Eine Anfechtungsklage gegen den vorgenannten Zustimmungsbeschluss wurde aufgrund eines außergerichtlichen Vergleichs in der Folge zurückgenommen.

39

155

ANGABEN NACH § 315 ABS. 4 HGB UND ERLÄUTERNDER BERICHT

Grundkapital, Stimmrechte und Übertragung von Aktien

Am 31. Dezember 2012 betrug das Grundkapital 547.000.000 €, eingeteilt in 218.800.000 auf den Namen lautende Stückaktien. Jede Aktie vermittelt die gleichen gesetzlich vorgesehenen Rechte und Pflichten und gewährt in der Hauptversammlung je eine Stimme. Keinem Aktionär und keiner Aktionärsgruppe stehen derzeit Sonderrechte, insbesondere solche, die Kontrollbefugnisse verleihen, zu.

Die Ausübung der Stimmrechte und die Übertragung der Aktien richten sich nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen und der Satzung der Gesellschaft, die beides nicht beschränkt. § 17 der Satzung bestimmt, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um als Aktionär an der Hauptversammlung teilzunehmen und sein Stimmrecht auszuüben. Gegenüber der Gesellschaft gilt als Aktionär nur, wer als solcher im Aktienregister eingetragen ist. Dem Vorstand sind keine Vereinbarungen zwischen Aktionären bekannt, die das Stimmrecht oder die Aktienübertragung beschränken.

Kapitalbeteiligungen über 10 %

Die Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, hielt mittelbar über die DB Finanz-Holding GmbH und die DB Valoren S.à r.l. bzw. die DB Equity S.à r.l. am 31. Dezember 2012 ca. 94,1 % der Aktien der Deutschen Postbank AG.

Der an den Börsen gehandelte Streubesitz der Deutschen Postbank AG beträgt somit rund 5,9 %.

Befugnisse des Vorstands zur Möglichkeit der Ausgabe oder des Rückkaufs von Aktien

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 22. April 2009 der Deutschen Postbank AG ist der Vorstand ermächtigt worden, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 21. April 2014 durch Ausgabe neuer auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen (einschließlich sogenannter gemischter Sacheinlagen) ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 273,5 Mio € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital).

Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand ist ermächtigt worden, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten einer Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzulegen.

Die Hauptversammlung hat am 29. April 2010 die satzungsmäßige Voraussetzung für eine bedingte Erhöhung des Grundkapitals um bis zu 273,5 Mio € durch Ausgabe von bis zu 109,4 Millionen neuen auf den Namen lautenden Stückaktien geschaffen (Bedingtes Kapital). Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von auf den Namen lautenden Stückaktien an die Inhaber bzw. Gläubiger von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen, Gewinnschuldverschreibungen und/oder Genussrechten (bzw. Kombinationen dieser Instrumente), die aufgrund der von der Hauptversammlung vom 29. April 2010 beschlossenen Ermächtigung von der Gesellschaft oder von ihr abhängigen oder im Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehenden Unternehmen bis zum 28. April 2015 begeben oder garantiert werden und ein Wandlungs- bzw. Optionsrecht auf neue auf den Namen lautende Stückaktien der Gesellschaft gewähren bzw. eine Wandlungspflicht begründen.

Des Weiteren ist in der Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG vom 29. April 2010 der Vorstand ermächtigt worden, eigene Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG bis zu 5 % des jeweiligen Grundkapitals bzw. für andere Zwecke nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG bis zu insgesamt 10 % des Grundkapitals zu erwerben. Entsprechend der gesetzlichen Regelung dürfen die insgesamt gehaltenen eigenen Aktien nicht mehr als 10 % des Grundkapitals betragen. Die Ermächtigungen sind mit Ablauf der erwähnten Hauptversammlung wirksam geworden und gelten bis zum 28. April 2015.

Die Bank hat im Berichtsjahr von der Ermächtigung, eigene Aktien zu erwerben, keinen Gebrauch gemacht. Zum Bilanzstichtag waren keine Bestände an eigenen Aktien zu verzeichnen.

Ernennung von Vorstandsmitgliedern

Die Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft werden gemäß §§ 84 AktG, 31 MitbestG vom Aufsichtsrat auf höchstens fünf Jahre bestellt. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist entsprechend den gesetzlichen Regelungen möglich. Nach § 5 der Satzung der Gesellschaft besteht der Vorstand aus mindestens zwei Mitgliedern. Im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Zahl der Mitglieder des Vorstands und kann zudem einen Vorsitzenden des Vorstands sowie einen stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands ernennen sowie stellvertretende Vorstandsmitglieder bestellen.

Gemäß §§ 24 Abs. 1 Nr. 1, 33 Abs. 2 Kreditwesengesetz muss der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Deutschen Bundesbank vor der beabsichtigten Bestellung von Vorstandsmitgliedern nachgewiesen werden, dass sie in ausreichendem Maße theoretische und praktische Kenntnisse in den Geschäften der Bank sowie Leitungserfahrung haben.

Satzungsänderungen

Die Satzung der Deutschen Postbank AG kann nach den Regelungen der §§ 119 Abs. 1 Nr. 5, 179 AktG geändert werden. Hiernach bedürfen Satzungsänderungen eines Beschlusses der Hauptversammlung. Darüber hinaus ist der Aufsichtsrat gemäß § 19 Abs. 3 der Satzung zu Änderungen der Satzung ermächtigt, die lediglich die Fassung betreffen. Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden gemäß § 19 Abs. 2 der Satzung der Gesellschaft, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, soweit das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, mit der einfachen Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst.

Entschädigungsvereinbarung bei Übernahmeangeboten

Eine Entschädigungsvereinbarung für den Fall eines Übernahmeangebots besteht mit keinem amtierenden Vorstandsmitglied der Deutschen Postbank AG.

§ 289a HGB Erklärung zur Unternehmensführung

Die Erklärung zur Unternehmensführung ist im Internet auf unserer Homepage unter https://www.postbank.de/postbank/wu_corporate_governance_unternehmensfuehrung.html abrufbar.



VORSTANDS- UND AUFSICHTSRATSVERGÜTUNG

Struktur der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2012

Die Gesamtstruktur der Vorstandsvergütung sowie die wesentlichen Elemente der Vorstandsverträge werden vom Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG festgelegt und regelmäßig überprüft.

Das Vorstandsvergütungssystem wurde im Berichtsjahr in folgenden Punkten angepasst: Mit Beschluss des Aufsichtsrats vom 19. März 2012 wurde für die aktienbasierten Vergütungskomponenten der Stichtagsaktienkurs auf einen Durchschnittsaktienkurs der letzten zehn Handelstage, die vor dem Tag liegen, an dem der Aufsichtsrat endgültig und ohne Vorbehalt die Zielerreichung bzw. die Erfüllung des Nachhaltigkeitskriteriums feststellt, bzw. der letzten zehn Handelstage der einjährigen Sperrfrist umgestellt. Mit Beschluss des Aufsichtsrats vom 20. Dezember 2012 wurden für gesperrte sowie zukünftige Komponenten die virtuellen Aktien (Phantom Shares) der Deutschen Postbank AG durch solche der Deutschen Bank AG ersetzt.

Auf Vorschlag des Präsidialausschusses beschließt der Aufsichtsrat über die Angemessenheit der Vergütung der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG unter Berücksichtigung des Ergebnisses, der Branche und der Zukunftsaussichten.

Maßgebliches Kriterium für die Ausgestaltung der Struktur der Vorstandsvergütung ist neben den Aspekten Angemessenheit und Nachhaltigkeit auch das Ziel, Anreize für das Eingehen unverhältnismäßig hoher Risiken zu vermeiden. Daher ist eine Obergrenze für das Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung festgelegt. Ferner orientiert sich die Festlegung der Vergütungshöhe für die Mitglieder des Vorstands an der Größe und der Tätigkeit des Unternehmens, seiner wirtschaftlichen und finanziellen Lage sowie an den Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds. Die Vergütung ist so bemessen, dass sie im nationalen und im internationalen Vergleich angemessen und wettbewerbsfähig ist und damit einen Anreiz für eine engagierte und erfolgreiche Arbeit bietet. Die Vergütungshöhe ist leistungsorientiert und so ausgestaltet, dass die Vorstandsmitglieder motiviert sind, die in den Strategien der Bank niedergelegten Ziele zu erreichen und somit zur nachhaltigen Unternehmensentwicklung beizutragen.

Die Gesamtvergütung besteht aus erfolgsunabhängigen und erfolgsabhängigen Komponenten.

Erfolgsunabhängige Komponenten sind die Grundvergütung (Fixum), Nebenleistungen und Pensionszusagen. Die Grundvergütung wird in zwölf gleichen Teilen monatlich als Gehalt bar gezahlt.

Erfolgsabhängige Komponente ist die variable Vergütung. Die variable Vergütung der Vorstandsmitglieder wird auf der Grundlage quantitativer und qualitativer Zielsetzungen ermittelt. Diese Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres (Basisjahr) zu treffenden Zielvereinbarung. Die Höhe der variablen Vergütung richtet sich nach dem Erreichen darin festgelegter Zielwerte. Die maximale variable Vergütung ist einzelvertraglich auf einen Höchstbetrag (Cap) begrenzt.

Die variable Vergütung ist aufgeteilt in eine Kurzfristkomponente (Anteil 40 %) und eine Langfristkomponente (Anteil 60 %). Sie wird, auch wenn die vereinbarten Ziele erreicht wurden, nicht vollständig bar ausgezahlt.

Die Kurzfristkomponente wird zur Hälfte in bar unmittelbar im Folgejahr – nach Feststellung der Zielerreichung – ausgezahlt (Kurzfristkomponente I). Die zweite Hälfte der Kurzfristkomponente (Kurzfristkomponente II) wird in virtuelle Aktien (Phantom Shares) der Deutschen Bank AG umgewandelt. Hierfür wird der Eurobetrag der Kurzfristkomponente II durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Aktie der Deutschen Bank AG der letzten zehn Handelstage dividiert, die vor dem Tag liegen, an dem der Aufsichtsrat die Zielerreichung festgestellt hat bzw. der letzten zehn Handelstage der Sperrfrist. Nach Ablauf einer einjährigen Sperrfrist werden die Phantom Shares auf aktueller Kursbasis zurückgewandelt und ausgezahlt. Den Phantom Shares werden während der Sperrfrist Dividendenäquivalente, die der tatsächlich ausgeschütteten Dividende entsprechen, gutgeschrieben.

Die Langfristkomponente steht insgesamt unter dem Vorbehalt eines nachhaltigen Erfolgs der Postbank Gruppe, der nach Maßgabe des Erreichens eines Nachhaltigkeitskriteriums während des sich anschließenden dreijährigen Bemessungszeitraums (drei Kalenderjahre nach dem Basisjahr) festgestellt wird. Im unmittelbar auf das zu vergütende Geschäftsjahr folgenden Jahr wird das Erreichen der für das zu vergütende Jahr festgelegten Ziele vom Aufsichtsrat überprüft und festgestellt sowie das Nachhaltigkeitskriterium für den Bemessungszeitraum festgesetzt. Dieses ist definiert als das sogenannte adjustierte Ergebnis nach Kapitalkosten (AEK). Der nachhaltige Konzernerfolg und das Nachhaltigkeitskriterium sind erreicht, wenn der Wert des AEK gleich oder besser oder – am Ende der Nachhaltigkeitsphase – durchschnittlich kumuliert besser als der Wert des AEK im Basisjahr ist.

Die Langfristkomponente wird – der dreijährigen Nachhaltigkeitsphase entsprechend – in drei jeweils gleiche Tranchen aufgeteilt, die wiederum jeweils zur Hälfte zur Barauszahlung vorgesehen (Langfristkomponente I) bzw. in Phantom Shares (Langfristkomponente II) umgewandelt werden. Die Umwandlungen und Wertermittlungen der Phantom Shares erfolgen nach den oben beschriebenen Verfahren.

Wird zum Ablauf eines jeden Jahres des dreijährigen Bemessungszeitraums die Erfüllung des Nachhaltigkeitskriteriums durch den Aufsichtsrat festgestellt, erfolgt unmittelbar anschließend die Auszahlung der anteiligen Barkomponente (Langfristkomponente I) sowie die Umwandlung des anteiligen Betrags in Phantom Shares (Langfristkomponente II).

Wird in einem Jahr des Bemessungszeitraums das Nachhaltigkeitskriterium nicht erfüllt, wird die Auszahlung der entsprechenden Tranchen der Langfristkomponente in das folgende Jahr zur erneuten Überprüfung anhand des Nachhaltigkeitskriteriums aufgeschoben. Ist das Nachhaltigkeitskriterium am Ende des Bemessungszeitraums nicht erreicht, entfällt die Auszahlung auch aller aufgeschobenen Langfristkomponenten ersatzlos. Damit nimmt die Vorstandsvergütung während des gesamten Bemessungszeitraums an etwaigen negativen Unternehmensentwicklungen teil (sogenanntes Malus-System). In Form eines zusätzlichen Malus-Systems

kann die Auszahlung von noch nicht ausgezahlten Komponenten auf Basis der Gesamtleistung des einzelnen Vorstandsmitglieds während des Bemessungszeitraums rückwirkend gesenkt oder ganz aufgehoben werden. Den Vorstandsmitgliedern ist es nicht gestattet, die Risikoorientierung von aufgeschobenen Vergütungskomponenten mit Absicherungsgeschäften oder anderen Gegenmaßnahmen einzuschränken oder aufzuheben.

Der Aufsichtsrat kann bei außerordentlichen Leistungen eine angemessene Sondervergütung beschließen. Deren Höhe ist implizit begrenzt durch die vom Aufsichtsrat festgelegte Obergrenze für das Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung.

Entsprechend der Empfehlung des Deutschen Corporate Governance Kodex, wird bei einer vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit, die nicht durch einen wichtigen Grund veranlasst ist, die Deutsche Postbank AG nicht mehr als die restliche Vertragslaufzeit vergüten und die Zahlung auf maximal zwei Grundvergütungen zuzüglich maximal 40 % des zweifachen Wertes der maximalen variablen Vergütung (Abfindungs-Cap) begrenzen.

Bei vorzeitiger Beendigung von Vorstandsverträgen durch dauernde Dienstunfähigkeit oder Tod wird die Vergütung pro rata temporis bis zum Ende der vereinbarten Vertragslaufzeit, maximal für sechs Monate, fortgezahlt.

Vergütung des Aufsichtsrats im Jahr 2012

Die Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG hat die Vergütung des Aufsichtsrats letztmals im Jahr 2004 geändert und an die Vorgaben des Corporate Governance Kodex angepasst. Das Vergütungssystem wurde in § 15 der Satzung der Deutschen Postbank AG festgeschrieben. Danach besteht die jährliche Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats aus einer festen und einer jährlichen erfolgsabhängigen sowie einer erfolgsabhängigen Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung. Sie trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsarbeit sowie dem wirtschaftlichen Erfolg der Deutschen Postbank AG Rechnung. Vorsitz, stellvertretender Vorsitz und Ausschusstätigkeit werden bei Bemessung der Vergütungshöhe berücksichtigt.

Die Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds ohne Ausschussmitgliedschaft setzt sich wie folgt zusammen: Die feste jährliche Vergütung (Fixum) beträgt 15.000 €, die erfolgsorientierte jährliche Vergütung 300 € für jeweils 0,03 €, um die der Konzerngewinn pro Aktie im jeweiligen Geschäftsjahr den Betrag von 2,00 € übersteigt. Ein Anspruch auf eine erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung besteht in Höhe von 300 € für jeweils 1%, um die der Konzerngewinn pro Aktie des zweiten dem jeweiligen Geschäftsjahr nachfolgenden Geschäftsjahres den Konzerngewinn pro Aktie des dem jeweiligen Geschäftsjahr vorangegangenen Geschäftsjahres übersteigt.

Die erfolgsorientierte Vergütungskomponente, die sich am Konzerngewinn pro Aktie im jeweiligen Geschäftsjahr bemisst, ist nach Ansicht des Vorstands und des Aufsichtsrats – isoliert betrachtet – nicht, den Vorgaben der Ziffer 5.4.6 Abs. 2 des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) entsprechend, auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ausgerichtet. Daher haben Vorstand und Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG entschieden, rein vorsorglich eine Abweichung von Ziffer 5.4.6 Abs. 2 DCGK zu erklären.

Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache der Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds, sein Stellvertreter das 1,5-Fache. Die Übernahme des Vorsizes in einem Aufsichtsratsausschuss erhöht die Vergütung um das 1-Fache, die einfache Ausschussmitgliedschaft jeweils um das 0,5-Fache. Dies gilt nicht für die Mitgliedschaft im Vermittlungs- und im Nominierungsausschuss.

Weitere Angaben und Erläuterungen zu den Vorstands- und Aufsichtsratsvergütungen entnehmen Sie bitte dem Corporate Governance Bericht oder dem Anhang des Konzernabschlusses unter der Notesangabe 55.

22

152

MITARBEITER

Die Postbank beschäftigte am Jahresende 2012, auf Vollzeitkräfte umgerechnet, 18.599 Mitarbeiter, das waren 345 weniger als am 31. Dezember 2011. In der Gesamtzahl und im Vorjahresvergleich berücksichtigt sind 374 Mitarbeiter der norisbank, die am 1. August 2012 in die Postbank Filialvertrieb AG übernommen wurden, sowie eine integrationsbedingt angepasste Berechnungsbasis für Mitarbeiterzahlen. Der Anteil der Beamten an unserer Mitarbeiterschaft lag mit – auf Vollzeitkräfte umgerechnet – 5.734 Personen bei ca. 31%. Etwa 25 % unserer Mitarbeiter befinden sich in einem Teilzeitbeschäftigungsverhältnis.

Unsere externe Fluktuation im Jahr 2012 belief sich auf rund 6,9%. Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit aller Mitarbeiter liegt bei etwa 22 Jahren. Die Postbank entlohnt nahezu alle Mitarbeiter nach leistungs- sowie erfolgsabhängigen Kriterien, die in einen variablen Entgeltbestandteil einfließen.

VOLKSWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN IM JAHR 2012

Schwaches Wachstum der Weltwirtschaft

Die Weltwirtschaft hat im Jahr 2012 deutlich an Schwung verloren. Belastet wurde die globale Konjunktur vor allem durch die EWU-Staatsschuldenkrise, die ein erneutes Abgleiten des Euroraums in die Rezession zur Folge hatte. Zugleich entwickelte sich die Wirtschaft in den meisten anderen Industrieländern verhalten. In den aufstrebenden Märkten setzte sich das Wachstum zwar fort, dessen Dynamik wurde jedoch spürbar durch die schwache Nachfrage aus den Industrieländern gebremst. Insgesamt stieg die globale Wirtschaftsleistung 2012 laut Internationalem Währungsfonds (IWF) um 3,2 % nach 3,9 % im vorangegangenen Jahr.

In den Vereinigten Staaten belebte sich die Konjunktur 2012 leicht. Positive Impulse gingen vor allem von den Bruttoanlageinvestitionen aus. Zwar schwächte sich der Aufwärtstrend bei den Ausrüstungsinvestitionen ab, doch die Bauinvestitionen verstärkten sich deutlich. Dies war nicht zuletzt den Wohnungsbauinvestitionen zu verdanken, die ihr Tief überwandten und einen zweistelligen prozentualen Zuwachs erzielten. Das Wachstum des privaten Verbrauchs fiel hingegen verhalten aus, und auch vom Außenhandel gingen bei moderat gestiegenen Exporten und Importen per saldo keine nennenswerten Impulse aus. Zudem wurde die Konjunktur weiterhin durch den erneut rückläufigen Staatsverbrauch belastet. Insgesamt jedoch erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2012 um 2,2 % und damit etwas stärker als im Vorjahr.

Die asiatischen Schwellenländer wiesen 2012 zwar weiterhin die höchste wirtschaftliche Dynamik aller Regionen auf, das Tempo des Aufschwungs verringerte sich jedoch markant. In China schwächte sich das BIP-Wachstum auf 7,8 % ab. Dies ist die geringste Zuwachsrate seit der Jahrtausendwende. Nach einer kräftigen Belebung zu Jahresbeginn erlitt die japanische Wirtschaft im weiteren Verlauf des Jahres einen Rückschlag. Insbesondere die Exporte gingen in der zweiten Jahreshälfte massiv zurück. In der Folge waren die Ausfuhren 2012 auch insgesamt leicht rückläufig. Dagegen waren beim privaten Verbrauch und bei den Investitionen vergleichsweise hohe Zuwachsraten zu verzeichnen. Insgesamt erhöhte sich das BIP in Japan 2012 solide um 1,9 %.

Der Euroraum glitt im Berichtsjahr erneut in eine Rezession ab. Das EWU-BIP reduzierte sich in jedem Quartal. Insgesamt ergab sich ein Rückgang um 0,5 % gegenüber dem Vorjahr. Verantwortlich für die negative Entwicklung waren die EWU-Staatsschuldenkrise und der dadurch erzwungene harte finanzpolitische Konsolidierungskurs in einigen Mitgliedsländern. Zwar wurde der reale Staatsverbrauch im EWU-Durchschnitt nur leicht gesenkt, jedoch führten Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen zu starken Rückgängen beim privaten Verbrauch, bei den Bruttoanlageinvestitionen sowie den Lagerinvestitionen der Unternehmen. In der Summe ließ dies die Binnennachfrage deutlich um rund 2 % sinken. Abgefedert wurde die rezessive Entwicklung noch durch den Außenhandel, der einen positiven Wachstumsbeitrag in Höhe von 1,5 Prozentpunkten lieferte. Bei einer deutlich schwächeren wirtschaftlichen Basis als im Vorjahr blieben die Wachstumsunterschiede innerhalb des Euroraums sehr groß. Während die südlichen Mitgliedsländer nahezu ausnahmslos starke Rückgänge des BIP erlitten und die Wirtschaftsleistung in Frankreich stagnierte, konnten Deutschland und Österreich zumindest noch moderat positive Wachstumsraten erzielen.

Deutliche konjunkturelle Abkühlung in Deutschland

Die deutsche Konjunktur hat sich im Verlauf des Jahres 2012 deutlich abgeschwächt. Nachdem im ersten Halbjahr noch ein solides Wachstum erzielt worden war, stagnierte die deutsche Wirtschaft in der zweiten Jahreshälfte weitgehend. In der Folge erhöhte sich das BIP 2012 nur noch um 0,7 %. Positive Impulse resultierten dabei aus dem Außenhandel. Ein deutlicher Rückgang war insbesondere bei den Ausrüstungsinvestitionen zu verzeichnen; angesichts des von der EWU-Staatsschuldenkrise geprägten unsicheren Umfelds agierten die Unternehmen vorsichtiger und stellten Investitionen zurück. Auch die Bauinvestitionen reduzierten sich leicht gegenüber dem Vorjahreswert. Begründet ist dies durch einen außerordentlich kräftigen Rückgang bei den öffentlichen Bauinvestitionen, eine moderate Abschwächung der gewerblichen Bauinvestitionen sowie – diesem Trend entgegen – eine weitere spürbare Steigerung der Wohnungsbauinvestitionen.

Der private Verbrauch wurde nur leicht ausgeweitet. Trotz erneut deutlich gestiegener Löhne und Gehälter erhöhten sich die verfügbaren Einkommen insgesamt merklich schwächer als im Vorjahr. Da zugleich die Inflationsrate nur leicht von 2,3 % im Jahr 2011 auf 2,0 % nachgab, blieb der Spielraum für eine reale Konsumsteigerung gering. Aufgrund der konjunkturellen Abschwächung kam auch der Aufschwung am Arbeitsmarkt im Jahresverlauf weitgehend zum Erliegen. Im Jahresdurchschnitt reduzierte sich die Zahl der Arbeitslosen dennoch um 79.000 auf 2.897.000, die Arbeitslosenquote

ging von 7,1 % auf 6,8 % zurück. Die Zahl der Erwerbstätigen erhöhte sich jahresdurchschnittlich um rund 450.000 auf 41,61 Millionen.

Zusammenfassend betrachtet, verlief die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland 2012 ungünstiger, als wir zum Zeitpunkt des letzten Geschäftsberichts erwartet hatten.

Entwicklung an den Märkten

Die anhaltende Staatsschuldenkrise im Euroraum belastete die globalen Märkte im Jahresverlauf. Verstärkt wurde diese negative Prägung durch die spürbare Abschwächung der Weltkonjunktur. In der zweiten Jahreshälfte führten jedoch umfangreiche Maßnahmen der Notenbanken zur Stützung der Finanzmärkte in Verbindung mit wieder positiveren Konjunkturerwartungen zu einer deutlichen Aufhellung der Stimmung an den Märkten, die sich in kräftigen Kursanstiegen spiegelte.

Nach hoher Volatilität in der ersten Jahreshälfte stiegen die Notierungen am deutschen Aktienmarkt ab der Jahresmitte stark an. Die Maßnahmen der Europäischen Zentralbank (EZB) zur Eindämmung der EWU-Staatsschuldenkrise sorgten gemeinsam mit der Aussicht auf längerfristig niedrige Zinsen einerseits sowie auf eine allmähliche konjunkturelle Belebung andererseits für einen markanten Kursaufschwung. Der DAX legte im Jahresverlauf 2012 um 29,1 % zu. Nicht in ganz so hohem Maße wie der DAX, aber dennoch positiv entwickelte sich auch der EURO STOXX 50 mit einem Plus von 13,8 %. Vergleichbare Kursgewinne waren in den USA zu verzeichnen. Der S&P 500 stieg 2012 um 13,4 %. Von den unterjährigen Entwicklungen profitierten auch Unternehmensanleihen: Die Risikoaufschläge sowohl für Anleihen mit hoher Bonität als auch für Anleihen mit schwachen Ratings gingen in der zweiten Jahreshälfte 2012 deutlich zurück.

Die Verwerfungen am Markt für Staatsanleihen der Euro-Länder hielten im Jahr 2012 an, zeitweise verstärkten sie sich sogar nochmals. Im Februar einigten sich EWU-Staaten und IWF auf ein neues Hilfspaket für Griechenland, das neben neuen Krediten und einer Senkung der Zinssätze für bereits ausgezahlte Darlehen u. a. einen Forderungsverzicht privater Investoren über gut 100 Mrd € vorsah. Aufgrund der weiterhin angespannten Finanzlage im öffentlichen Sektor wurden bereits im November 2012 weitere Hilfen für Griechenland auf den Weg gebracht. Danach wurden die Zinssätze für bereits ausgezahlte Hilfskredite nochmals gesenkt und die Laufzeit der Kredite deutlich verlängert. Im Gegenzug musste Griechenland Staatsanleihen zu stark reduzierten Kursen zurückkaufen, um so die ausstehenden Schulden zu reduzieren. Auch die zunächst noch unsichere politische Situation in Griechenland sorgte für Unruhe an den Märkten. Bei Neuwahlen im Juni konnten die Befürworter des Sparkurses jedoch einen klaren Sieg erringen. Damit wurde die Gefahr eines Reformstillstands und eines möglichen Austritts Griechenlands aus der Eurozone zunächst gebannt.

Neben Griechenland standen 2012 erneut Italien und Spanien im Fokus der Märkte. Zu deren wachsender Verunsicherung trugen neben den immer noch unzureichenden Fortschritten bei der Konsolidierung der Staatshaushalte insbesondere die anhaltend schlechten konjunkturellen Perspektiven in der Eurozone bei. Hinzu kamen als Komplikation die problembehafteten Immobilienkredite in Spanien und die

damit verbundenen Belastungen für den dortigen Bankensektor.

Eine Einigung der EU-Staaten auf Hilfen für den spanischen Finanzsektor, nach der betroffenen Banken bis zu 100 Mrd € zur Verfügung gestellt wurden, konnte nur kurzzeitig für eine Beruhigung der Märkte sorgen. Eine signifikante und länger anhaltende Erholung bei den Anleihen der hoch verschuldeten Euro-Staaten setzte erst ein, als die EZB im Sommer ein neues Ankaufprogramm für Staatsanleihen ankündigte. Das sogenannte „Outright Monetary Transactions (OMT)“-Programm sieht einen theoretisch unbegrenzten Ankauf von Staatsanleihen vor. Die Käufe sollen sich auf Anleihen mit einer Laufzeit zwischen einem Jahr und drei Jahren konzentrieren. Die betreffenden Staaten müssen an einem angemessenen Programm der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) oder des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) teilnehmen, einen bevorzugten Gläubigerstatus der EZB wird es nicht geben. Bereits die Ankündigung des – bisher nicht in Anspruch genommenen – OMT-Programms sorgte für einen deutlichen Rückgang der Risikoprämien am Anleihemarkt.

Als weiterer Meilenstein in der Bekämpfung der Staatsschuldenkrise fand auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum ESM Mitte September 2012 positive Resonanz an den Märkten. Danach kann sich Deutschland unter Beachtung moderater Auflagen im Hinblick auf eine stärkere Beteiligung des deutschen Parlaments wie vorgesehen am permanenten Hilfsfonds der EU beteiligen. Damit konnte der ESM Anfang Oktober formal in Kraft treten und steht seither bereit, in Not geratene Mitgliedstaaten durch Garantien, Kredite oder Ankäufe von Staatsanleihen zu unterstützen. Nach Schaffung einer einheitlichen Bankenaufsicht für systemrelevante Banken in der Eurozone soll der ESM zudem die Möglichkeit erhalten, direkte Hilfen an notleidende Banken zu gewähren.

In der Summe führten die Maßnahmen und Beschlüsse zu einer deutlichen Entspannung in der EWU-Staatsschuldenkrise. Die Rendite 10-jähriger spanischer Staatsanleihen fiel von rund 7,6 % Ende Juli 2012 auf 5,3 % zum Jahresresultimo. Italienische Staatsanleihen gleicher Laufzeit rentierten Ende 2012 nur noch bei 4,5 %, dies bedeutet einen Rückgang um über 200 Basispunkte, verglichen mit dem im Sommer verzeichneten Renditehoch.

Die Geldpolitik im Euroraum war auch im Jahr 2012 sehr expansiv ausgerichtet. Im Februar begab die EZB ihren zweiten 3-Jahres-Tender. Zusammen mit dem ersten – Ende 2011 durchgeführten – langfristigen Refinanzierungsgeschäft dieser Art stellte sie dem europäischen Bankensektor brutto rund 1 Billion € zur Verfügung. Diese Maßnahme zielte darauf ab, sowohl einer möglichen Liquiditätskrise bzw. Kreditklemme als auch der EWU-Staatsschuldenkrise entgegenzuwirken. Zur Jahresmitte ließ die EZB eine Senkung des Leitzinses um 0,25 Prozentpunkte auf das Rekordtief von 0,75 % folgen. In ihrer Gesamtheit führten die Beschlüsse der EZB zu einem nochmals wesentlich expansiveren geldpolitischen Kurs. Dies schlug sich auch in den Geldmarktzinsen nieder, die im Verlauf des Jahres 2012 massiv fielen. Der 3-Monats-Euribor lag Ende 2012 nur noch bei 0,19 % und damit um 1,17 Prozentpunkte niedriger als zum Vorjahresresultimo.

Auch die US-Notenbank hielt an ihrer sehr expansiven Geldpolitik fest. Die Zielgröße für die Fed Funds Rate lag im gesamten Jahr bei 0 % bis 0,25 %. Zudem stellte die Fed in Aussicht, dass sich dies für geraume Zeit nicht ändern wird: Der geldpolitische Kurs soll fortgesetzt werden, solange die Arbeitslosenquote über 6,5 % und die erwartete Inflationsrate unter 2,5 % liegen. Darüber hinaus beschloss die Fed, ab Anfang 2013 langfristige US-Staatsanleihen im Volumen von monatlich 45 Mrd US \$ anzukaufen. Auch das Programm zum Ankauf hypothekenbesicherter Agency-Anleihen soll über das Jahresende 2012 hinaus fortgeführt werden. Mit den verkündeten Interventionsmaßnahmen am Anleihemarkt verstärkte die US-Notenbank die expansive Ausrichtung ihrer Geldpolitik.

Die schwache Konjunktur im Euroraum, die geldpolitischen Maßnahmen der EZB sowie die Flucht in Qualitätspapiere als Reaktion auf die EWU-Staatsschuldenkrise führten zu einem nochmaligen deutlichen Rückgang der Renditen deutscher Bundesanleihen. Im Juli 2012 erreichte die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen mit 1,17 % ein neues historisches Tief. Infolge der leichten Entspannung in der europäischen Krise stieg sie im weiteren Jahresverlauf wieder moderat an. Zum Jahresende lag die Rendite bei 1,32 % (Vorjahr: 1,83 %). Der noch stärkere Rückgang der Geldmarktzinsen sorgte dafür, dass die Zinskurve in Deutschland im Verlauf des Jahres 2012 dennoch deutlich steiler wurde. Die Rendite 10-jähriger US-Staatsanleihen, die zwischenzeitlich ebenfalls auf einen historischen Tiefstand gefallen war, gab dagegen bis Ende 2012 im Vergleich zum Vorjahresresultimo lediglich um 0,12 Prozentpunkte auf 1,76 % nach. Die Steigung der US-Zinskurve hat sich im Verlauf des Berichtsjahres nicht wesentlich verändert.

Die Kursentwicklung des Euro war 2012 vor allem von den Entwicklungen in der europäischen Staatsschuldenkrise geprägt. Die Maßnahmen der EZB zur Vermeidung einer Kreditklemme und zur Eindämmung der EWU-Staatsschuldenkrise ließen den Kurs des Euro im Februar zunächst auf das Jahreshoch von knapp 1,35 US \$ steigen. Zu Beginn der zweiten Jahreshälfte fiel er jedoch als Folge der neuerlichen Verschärfung der europäischen Krise und der EZB-Zinssenkung auf das Jahrestief von knapp 1,21 US \$. Im weiteren Jahresverlauf wirkten sich dann jedoch die Maßnahmen der EZB zur Beruhigung der Märkte auch positiv auf den Außenwert des Euro aus: Bis zum Jahresende stieg dieser auf knapp 1,32 US \$, dies bedeutet ein Plus gegenüber dem Vorjahr von 1,8 %.

Die Entwicklung an den Märkten wich in Teilen deutlich von unseren Erwartungen zum Zeitpunkt des letzten Geschäftsberichts ab. Wir waren für 2012 von einer moderaten Erhöhung der Kapitalmarktzinsen in Deutschland ausgegangen. Hinsichtlich des EZB-Leitzinses und der EWU-Geldmarktzinsen hatten wir mit einer Seitwärtsbewegung gerechnet. Die Versteilerung der Zinskurve hatten wir dagegen in der eingetretenen Größenordnung erwartet.

Branchensituation

Für den europäischen Bankensektor war die Schuldenkrise in den sogenannten Peripheriestaaten des Euroraums im Jahr 2012 erneut das dominierende Thema. Insbesondere spanische Banken, die nach dem Immobilienboom der Vergangenheit mit einem enormen Volumen an problembehafteten Krediten zu kämpfen hatten, standen im Fokus der Märkte. Mit der Beantragung von Hilfgeldern aus dem

Rettungsfonds und der Gründung einer Auslagerungsgesellschaft für die betroffenen Kredite hat die spanische Regierung wichtige Schritte zur Restrukturierung des Finanzsektors eingeleitet. Insgesamt waren die Banken in den Peripheriestaaten der Eurozone auch 2012 auf eine Liquiditätsversorgung durch die EZB angewiesen. Eine Liquiditätsbeschaffung über den Geldmarkt blieb den meisten Finanzinstituten wegen der anhaltenden Vertrauenskrise weiterhin verwehrt.

Mitte Dezember 2012 einigten sich die Finanzminister der EU-Länder auf die Schaffung einer einheitlichen Aufsicht für systemrelevante Banken. Danach sollen Kreditinstitute mit einer Bilanzsumme von mehr als 30 Mrd € respektive von mehr als 20 % des BIP ihres Heimatlandes künftig durch die EZB beaufsichtigt werden. Dies soll auch für Institute gelten, die bereits öffentliche Hilfen erhalten haben. Die neue Bankenaufsicht wird für die 17 Euro-Länder gelten, andere EU-Staaten können sich freiwillig anschließen. Sie ist eine Voraussetzung dafür, dass angeschlagene Banken direkt Finanzspritzen aus dem Euro-Rettungsfonds ESM erhalten können. Dies wird voraussichtlich nicht vor März 2014 möglich sein, denn frühestens zu diesem Zeitpunkt soll die neue Aufsicht voll arbeitsfähig sein.

Per Bilanzstichtag 30. Juni 2012 wurden die Bilanzen der im Stresstest der European Banking Authority im Jahr 2011 geprüften Kreditinstitute erneut bewertet. Am 3. Oktober 2012 veröffentlichten Deutsche Bundesbank und BaFin die Ergebnisse der Überprüfung. Alle zwölf deutschen Banken erfüllten die Stresstestauflagen. Die fünf Geldhäuser, die per 30. September 2011 Kapitallücken aufgewiesen hatten, haben diese inzwischen geschlossen.

Der Bundestag hat am 23. November 2012 eine Verlängerung der Laufzeit des staatlichen Bankenrettungsfonds SoFFin beschlossen. Er kann nun bis Ende 2014 angeschlagenen Geldhäusern beistehen. Allerdings sollen die Banken nun selbst für die Kosten der Hilfen aufkommen. Für etwaige Verluste aus künftigen SoFFin-Hilfen soll auf Mittel des – bereits bestehenden – Fonds zurückgegriffen werden, der durch die Bankenabgabe finanziert wird.

Anfang Oktober präsentierte eine EU-Expertengruppe unter der Leitung des finnischen Notenbankchefs Liikanen einen Vorschlag zur Einführung eines Trennbankensystems. Kernpunkt des sogenannten Liikanen-Berichts ist die Anregung, dass Banken ab einer gewissen Größe oder mit einem hohen Anteil an Handelsaktiva ihre risikobehafteten Handelsaktivitäten in eigenständige Tochtergesellschaften ausgliedern, die nicht auf das Kapital aus der Einlagenbank zurückgreifen können. Frankreich und Deutschland haben bereits erste Gesetzentwürfe präsentiert, die sich an den im Liikanen-Bericht enthaltenen Vorschlägen orientieren.

Die kurzfristige Liquiditätsquote für Banken (Liquidity Coverage Ratio, LCR), die ab 2015 greifen sollte, wird nun ab 2015 nur schrittweise eingeführt werden. Anfang Januar 2013 beschloss der Baseler Ausschuss, dass Banken von 2015 an zunächst eine Mindest-LCR von 60 % erfüllen müssen, die dann jährlich in 10 %-Schritten angehoben wird, sodass die LCR schließlich ab 2019 in vollem Umfang einzuhalten wäre.

Bei insgesamt moderatem Wachstum verlief das Kreditgeschäft in Deutschland 2012 in den einzelnen Teilsegmenten uneinheitlich. Das Volumen der an inländische Unternehmen und Privatpersonen in Deutschland ausgereichten Kredite

stieg 2012 um 0,8 % auf 2.436 Mrd €, nachdem es sich im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres etwas stärker erhöht hatte. Dabei wurden die Kredite an Unternehmen um 0,4 % auf 989 Mrd € ausgeweitet, die Ausleihungen an wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen kletterten um 1,4 % auf 388 Mrd €. Die Kredite an wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen erhöhten sich um 1,0 % auf 1.045 Mrd €, womit der Zuwachs etwas schwächer ausfiel als im Vorjahr. Hierunter wiederum wurden die Wohnungsbaukredite um 1,8 % auf 820 Mrd € gesteigert. Ein klarer, direkter Einfluss der europäischen Staatsschuldenkrise auf das Kreditgeschäft mit Unternehmen und Privatpersonen in Deutschland ist nicht erkennbar. Die hiervon ausgehende konjunkturelle Dämpfung dürfte die Zuwächse aber gebremst haben.

Die Zahl der Insolvenzen in Deutschland sank zwischen Januar und November des Jahres 2012 im Vergleich mit dem entsprechenden Vorjahreszeitraum deutlich um 4,2 %. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen gab dabei um 4,3 % nach. Der hier bereits in den beiden Vorjahren zu registrierende positive Trend setzte sich damit fort. Die Abschwächung der Konjunktur hat sich somit noch nicht negativ bemerkbar gemacht, wozu auch das sehr niedrige Zinsniveau beigetragen haben dürfte. Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen (einschließlich der Insolvenzen ehemals Selbstständiger sowie sonstiger Insolvenzen) fiel um 4,1 %, nachdem es hier im Vorjahr zu einem noch etwas kräftigeren Rückgang gekommen war. Die weitere Zunahme der Erwerbstätigkeit und vergleichsweise kräftige Lohn- und Gehaltssteigerungen dürften sich erneut positiv ausgewirkt haben. Die Staatsschuldenkrise hatte im Jahr 2012 auf die Insolvenzentwicklung in Deutschland keinen erkennbaren Einfluss.

Auch 2012 blieb die Drei-Säulen-Struktur des deutschen Bankenmarktes, bestehend aus privaten, öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Instituten, unverändert. Als nennenswertes Ereignis im Bankenmarkt sticht lediglich die Abwicklung der WestLB hervor.

Bei der Analyse der Geschäftsentwicklung deutscher Banken haben wir wie gewohnt die drei im Prime Standard Banken der Deutschen Börse gelisteten Banken und die Deutsche Postbank AG berücksichtigt. Wir haben die Geschäftszahlen der Institute für den Zeitraum Januar bis September 2012 mit den entsprechenden Vorjahreswerten verglichen. Alle vier Kreditinstitute erwirtschafteten sowohl vor als auch nach Steuern Überschüsse. Während dabei zwei Institute ihren Gewinn vor und nach Steuern steigern konnten, verzeichneten zwei Häuser Rückgänge in diesen Kennzahlen. Die Aufwand-Ertrags-Quote konnten drei der vier Institute verbessern. Die Eigenkapitalrendite nach Steuern wurde nur von drei Banken veröffentlicht, in zwei Fällen wurde dabei eine Verschlechterung gemeldet. Alle Kreditinstitute sahen sich mit einem gesunkenen Zinsergebnis konfrontiert. Bei drei Banken verringerten sich Provisions- und Handlungsergebnis, eine ebenso große Zahl von Häusern konnte den Verwaltungsaufwand reduzieren.

Im Gesamtjahr 2012 legte der DAX um knapp 30 % zu. Die Dividendenpapiere der vier Kreditinstitute verzeichneten im genannten Zeitraum ebenfalls eine positive Performance. Die Aktien der vier Banken notieren allerdings weiterhin unter ihren jeweiligen Kursniveaus vor Ausbruch der Finanzkrise Mitte 2007.

Wichtige Ereignisse bei der Postbank im Jahr 2012

10. Januar 2012: Postbank und Deutsche Bank starten Verhandlungen über den Abschluss eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags.

31. Januar 2012: Postbank und norisbank GmbH, Berlin, schließen eine Kooperationsvereinbarung, durch die beide Häuser die Möglichkeit erhalten, die Zusammenarbeit künftig auszubauen.

19. März 2012: Der Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG wählt Frank Strauß mit Wirkung zum 1. Juli 2012 zum Vorsitzenden des Vorstands.

28. März 2012: Die Filialkunden der norisbank erhalten das Angebot, mit ihren Bankprodukten zur Postbank zu wechseln, und den Filialmitarbeitern wird von der Postbank ein Anstellungsangebot unterbreitet.

30. März 2012: Nach entsprechender Beschlussfassung in Vorstand und Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG unterzeichnet der Vorstand der Deutschen Postbank AG den Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der Deutschen Postbank AG als abhängigem Unternehmen und der DB Finanz-Holding GmbH, Frankfurt am Main (einer 100 %igen Tochtergesellschaft der Deutschen Bank AG), als herrschendem Unternehmen.

5. Juni 2012: Die Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG stimmt sämtlichen Beschlussvorschlägen mit großer Mehrheit zu. Insbesondere genehmigt sie den Abschluss des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags mit der DB Finanz-Holding GmbH.

20. Juni 2012: Der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der Deutschen Postbank AG und der DB Finanz-Holding GmbH wird im Handelsregister eingetragen.

15. August 2012: Die Deutsche Postbank AG verkauft alle Geschäftsanteile der PB Vermögens-Management S.A. an die DWS S.A. sowie das Portfoliomanagement der Postbank Financial Services GmbH an die DWS Investment GmbH.

17. August 2012: Die Deutsche Postbank AG führt ihre Dienstleistungen zur Abwicklung des kartengestützten Zahlungsverkehrs in der „VÖB-ZVD Processing GmbH“ in Frankfurt am Main zusammen.

11. September 2012: Mit Beschluss des OLG Köln im Freigabeverfahren wird der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der Deutschen Postbank AG und der DB Finanz-Holding GmbH bestandskräftig.

1. Oktober 2012: Die von einer Aktionärin bei dem Landgericht Köln anhängig gemachte Anfechtungsklage gegen die Beschlussfassung der ordentlichen Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG vom 5. Juni 2012 zu Tagesordnungspunkt 7 (Zustimmung zum Abschluss eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags) ist durch außergerichtlichen Vergleich und anschließende Rücknahme der Klage beendet worden.

7. November 2012: Dr. Mario Daberkow (IT/Operations), Horst Küpker (Financial Markets) sowie Dr. Michael Meyer (Retail) legen ihre Mandate im Vorstand der Postbank zum 31. Dezember 2012 nieder.

Der Vorstand der Deutschen Postbank AG bestellt zum 1. Dezember 2012 Susanne Klöß und Dr. Ralph Müller zu Generalbevollmächtigten der Bank. Susanne Klöß ist für die Produkte der Postbank über alle Zielgruppen hinweg verantwortlich. Als neuer COO (Chief Operating Officer) verantwortet Dr. Ralph Müller insbesondere das Kosten-/ Ressourcenmanagement der gesamten Bank. Daneben ist er u. a. für die IT und die Back-Office-Prozesse zuständig.

1. Dezember 2012: Die Postbank etabliert den neuen Geschäftsbereich „Non Core Operating Unit“.

Investitionsschwerpunkte der Postbank im Jahr 2012

Die Investitionen der Postbank werden nach den Kategorien „Geschäftsentwicklung“, „Gesetzlich“, „Lifecycle“ und – mit Blick auf die Integration in den Deutsche Bank Konzern – „Retail Target Platform (RTP)“ gegliedert.

Wie bereits 2011 konzentrierten sich die Investitionen im Bereich „Geschäftsentwicklung“ im Berichtsjahr vor allem auf Projekte zur Optimierung der Vertriebskanäle und zur Schaffung innovativer Techniken für den Ausbau einer flexiblen Bargeldversorgung, u. a. durch die Kooperation mit Geschäftspartnern. Weiterhin im Vordergrund standen zudem Maßnahmen zur Optimierung des Kapitalbedarfs im Kreditgeschäft und der Risikostruktur.

Schwerpunkte der gesetzlich bedingten Investitionen bildeten die Herstellung der SEPA-Fähigkeit (Einheitlicher Euro-Zahlungsverkehrsraum), die Erfüllung regulatorischer Anforderungen aus Basel III und die Umsetzung diverser Verbraucherschutzthemen, wie z. B. der standardisierten Erfassung der Werbeerlaubnis und der Schaffung kostenloser Warteschleifen.

Die Lifecycle-Investitionen des Jahres 2012 betrafen in erster Linie Maßnahmen zur Optimierung und Vereinheitlichung der bestehenden Systemlandschaft und der damit verbundenen technischen Prozesse in allen Vertriebskanälen der Postbank.

Das Programm RTP dient der Schaffung einer gemeinsamen Retail-Plattform für Postbank und Deutsche Bank und ist darauf ausgelegt, durch die Vereinheitlichung von Systemen Synergien zu erreichen. Ihm wird auch in den nächsten Jahren größtes Gewicht im Investitionsportfolio der Postbank zukommen.

VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Die Postbank erreichte im Geschäftsjahr 2012 einen Konzerngewinn von 279 Mio € nach 111 Mio € im Vorjahr. Das Ergebnis vor Steuern lag bei 386 Mio € (Vorjahr: 78 Mio €).

Dieser insgesamt erfreuliche Ergebnistrend ist maßgeblich auf die Entwicklung unseres – nachhaltig stabilen – Geschäfts mit Privat- und Firmenkunden zurückzuführen. Allerdings hatten wir, wie bereits im letztjährigen Konzernlagebericht prognostiziert, einen Rückgang der Summe aus Zins- und Provisionsüberschuss zu verzeichnen. Hierin spiegeln sich u. a. die dämpfenden Effekte aus dem anhaltend niedrigen Zinsniveau, dem strategiekonformen Abbau unserer Finanzanlagebestände sowie der Kaufzurückhaltung unserer Kunden im Wertpapiergeschäft wider.

Das kombinierte Handels- und Finanzanlageergebnis verbesserte sich hingegen signifikant. Im Vorjahr hatten wir hier deutliche Belastungen aus unseren Beständen an griechischen Staatsanleihen zu verrechnen, die wir im Jahr 2012 komplett abgebaut haben. Angesichts des anhaltenden Drucks auf die Erträge haben wir dem Kostenmanagement hohe Aufmerksamkeit gewidmet und konnten so einen spürbaren Rückgang der Verwaltungskosten erreichen. Die Risikovorsorge blieb vor dem Hintergrund unseres größtenteils aus hoch besicherten deutschen Baufinanzierungen bestehenden Portfolios und der anhaltend guten Arbeitsmarktsituation in Deutschland stabil auf dem niedrigen Niveau des Vorjahres.

Im Folgenden werden die einzelnen Ergebnis- und Bilanzpositionen detailliert erläutert. Die Kommentierungen der einzelnen Ergebnispositionen beziehen sich – wenn nicht anders angegeben – auf den Vergleich mit den Zahlen des Geschäftsjahres 2011.

Erfolgsrechnung

Zinsüberschuss

Der Zinsüberschuss ging im Berichtsjahr um 7,1% auf 2.703 Mio € zurück. Diese von uns erwartete Entwicklung ist wesentlich durch das auch 2012 von Niedrigständen geprägte Zinsumfeld begründet, das für einlagen- und liquiditätsstarke Banken wie die Postbank eine Herausforderung darstellt. Darüber hinaus wirkte sich hier die konsequente Fortsetzung unserer Strategie zum Abbau kapitalmarktbezogener Bestände und Risiken aus; im Berichtsjahr haben wir unsere Finanzanlagen um weitere gut 6 Mrd € reduziert.

Bei der Entwicklung des Zinsüberschusses ist ferner zu berücksichtigen, dass sich die Zinserträge aus wertgeminderten Vermögenswerten (Unwinding) gegenüber dem Vorjahr um 29 Mio € auf 55 Mio € vermindert haben. Auch das Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen ging von 38 Mio € im Jahr 2011 auf –9 Mio € zurück.

Handelsergebnis

Das Handelsergebnis sank von 64 Mio € im Vorjahr auf –103 Mio €. Negativ zu Buche schlug hier zum einen die von 4 Mio € im Vorjahr auf –32 Mio € gesunkene Bewertung eingebetteter Derivate – inklusive der Aussteuerung von Fremdwährungsrisiken – im strukturierten Kreditersatzgeschäft. Zum anderen resultierte aus der Sicherung von mittel- bis langfristiger Fremdwährungsliquidität ein negatives Ergebnis von –36 Mio € nach einem positiven Ergebnis von 76 Mio € im Jahr 2011.

Das Ergebnis der bei unserer Tochtergesellschaft BHW Bausparkasse AG zur Steuerung von Zinsänderungsrisiken angewandten Fair-Value-Option lag im Jahr 2012 bei –27 Mio € nach –24 Mio € im Vorjahr.

Finanzanlageergebnis

Das Ergebnis aus Finanzanlagen verbesserte sich sehr deutlich von –554 Mio € im Jahr 2011 auf –15 Mio € im Berichtsjahr. Nachdem im Vorjahr in dieser Position Belastungen aus griechischen Staatsanleihen in Höhe von –634 Mio € zu verzeichnen waren, beliefen sich die entsprechenden Belastungen im Berichtsjahr auf –36 Mio €. Im dritten Quartal 2012 wurden sämtliche Bestände an griechischen Staatsanleihen veräußert.

Darüber hinaus realisierten wir durch den beschleunigten Abbau des Portfolios von strukturierten Krediten von 2,0 Mrd € auf 0,9 Mrd € Verkaufsverluste in Höhe von –123 Mio € (Vorjahr: –17), was weit überwiegend der Realisierung der auf diesen Positionen liegenden negativen Neubewertungsrücklage entspricht. Das Bewertungsergebnis auf Positionen dieses Portfolios lag 2012 bei –1 Mio € (Vorjahr: –6 Mio €). Das Bewertungsergebnis auf noch im Bestand befindliche Publikumsfonds und Beteiligungen belief sich im Berichtsjahr auf –4 Mio €, nachdem es im Vorjahr bei –8 Mio € gelegen hatte.

Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss sank um 98 Mio € bzw. 7,8% auf 1.154 Mio €. Positiv entwickelte sich das Provisionsergebnis im Girogeschäft mit einem Anstieg um 6,8% auf 359 Mio €. Gleichzeitig verringerte sich der Provisionsüberschuss aus dem Wertpapiergeschäft jedoch aufgrund der weiterhin unsicheren Umfeldbedingungen und der Veräußerung von Portfoliomangement-Aktivitäten an die DWS um 40 Mio € auf 50 Mio €. Auch die im sonstigen Provisionsüberschuss erfassten Erträge aus dem Versicherungsgeschäft fielen geringer aus als im Vorjahr. Belastet wird der Jahresvergleich zudem dadurch, dass der Vorjahreswert noch den in den ersten vier Monaten 2011 erzielten Provisionsüberschuss aus der Zahlungsverkehrsabwicklung der früheren Dresdner Bank enthält, die Mitte des zweiten Quartals 2011 an die Commerzbank übertragen wurde. Nur leicht rückläufig entwickelte sich der Provisionsüberschuss aus dem Geschäft mit postalischen und neuen Dienstleistungen.

Gesamterträge

Die Gesamterträge der Postbank erhöhten sich von 3.672 Mio € im Jahr 2011 auf 3.739 Mio €.

Risikovorsorge

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft entwickelte sich mit 384 Mio € nach 383 Mio € im Vorjahr erfreulich beständig. Die Nettozuführungsquote, bezogen auf den Kundenkreditbestand, lag – ebenfalls anhaltend niedrig – bei 36 Basispunkten nach 35 Basispunkten im Jahr 2011. Hier profitieren wir nach wie vor von einer vergleichsweise hohen Stabilität des Kreditportfolios im Privatkundengeschäft mit einem signifikanten Anteil hoch besicherter deutscher Immobilienfinanzierungen sowie der weiterhin guten Situation am deutschen Arbeitsmarkt. Wie von uns erwartet, zeigen unsere Portfolios im Privatkundengeschäft – mit einem signifikanten Anteil hoch besicherter deutscher Immobilienfinanzierungen – aber auch die Portfolios des Kerngeschäfts im Firmenkundenbereich eine äußerst positive Entwicklung. Diesen erfreulichen Trend können wir ebenfalls für unser inländisches gewerbliches Immobiliengeschäft feststellen.

Die dem Segment NCOU zugeordneten Portfolios weisen erwartungsgemäß teilweise höhere Risikokosten aus.

Verwaltungsaufwand

Der Verwaltungsaufwand sank im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr um 205 Mio € bzw. 6,4% auf 2.999 Mio €. Die im Verwaltungsaufwand enthaltenen einmaligen Belastungen reduzierten sich von –237 Mio € im Jahr 2011 auf –131 Mio €. Bereinigt ging der Verwaltungsaufwand somit um 99 Mio € bzw. rund 3,3% zurück.

Trotz der Übernahme von 374 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der norisbank Mitte des Jahres 2012 ging der Personalaufwand um 11,8 % auf 1.433 Mio € zurück. Im Vorjahr waren in dieser Position Einmalaufwendungen für personalbezogene Rückstellungen in Höhe von 219 Mio € enthalten, im Berichtsjahr waren es 80 Mio €.

Aufgrund des anhaltenden Ertragsdrucks wird die Postbank dem Management der Verwaltungsaufwendungen auch künftig eine hohe Bedeutung zumessen.

Sonstige Erträge und Aufwendungen

Der Saldo der Sonstigen Erträge und Aufwendungen lag bei 30 Mio € nach –7 Mio € im Vorjahr. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf positive Veräußerungsergebnisse aus weitgehend abgeschriebenen oder nicht bilanzierten Positionen zurückzuführen.

Ergebnis vor Steuern und Konzerngewinn

Das Ergebnis vor Steuern betrug 386 Mio € nach 78 Mio € im Vorjahr.

Nach Abzug der Ertragsteuern in Höhe von 106 Mio € lag der Konzerngewinn im Jahr 2012 bei 279 Mio € (Vorjahr: 111 Mio €).

Die Neubewertungsrücklage verbesserte sich signifikant von –306 Mio € Ende 2011 auf 72 Mio € am Ende des Berichtsjahres. In der Folge erhöhte sich das so berechnete Gesamtergebnis der Postbank von 87 Mio € im Jahr 2011 auf 652 Mio €.

Ergebnis je Aktie

Das Ergebnis je Aktie betrug 1,28 € (Vorjahr: 0,51 €). Die Eigenkapitalrendite nach Steuern belief sich auf 4,6 % nach 1,9 % im Vorjahr, die Cost Income Ratio lag bei 80,2 % (Vorjahr: 87,3 %).

SEGMENTBERICHTERSTATTUNG

Zum 1. Dezember 2012 wurde das Segment Non Core Operating Unit (NCOU) neu etabliert. Es beinhaltet Portfolios und Aktivitäten, die in der Ausrichtung der Bank nicht mehr zum Kerngeschäft gehören und zur besseren Steuerbarkeit aus den ursprünglichen Segmenten herausgelöst und zu NCOU überführt wurden. Ziele des Segments sind insbesondere der weitere Abbau von Risiken und die Reduzierung von Risikoaktiva wie auch eine Rückführung der Passiva. Die vorgenommenen Änderungen sind den Segmentbeschreibungen zu entnehmen. Die Vergleichswerte des Vorjahres wurden entsprechend angepasst. Hierzu wird ergänzend auf die Note 42 verwiesen.

Retail Banking

Im Segment Retail Banking wuchs das Ergebnis vor Steuern im Jahr 2012 um 9,8 % auf 1.064 Mio €.

Der Zinsüberschuss stieg leicht um 1,4 % auf 2.461 Mio €. Das anhaltend niedrige Zinsniveau wirkte sich hierbei insbesondere im Einlagengeschäft belastend aus. Durch eine Ausweitung des Kreditgeschäfts im Bereich der privaten Baufinanzierung und im Ratenkreditgeschäft konnten diese negativen Effekte jedoch überkompensiert werden.

Das Handelsergebnis, das ausschließlich in der diesem Segment zugeordneten Tochtergesellschaft BHW Bausparkasse AG

entsteht, lag bei –29 Mio € und damit um 20 Mio € unter dem Wert des Vorjahres. Die Entwicklung resultiert insbesondere aus Bewertungseffekten der zur Absicherung gegen Zinsänderungsrisiken von Baufinanzierungsbeständen genutzten Fair-Value-Option.

Der um 4,9 % auf 981 Mio € gesunkene Provisionsüberschuss spiegelt das rückläufige Wertpapier- und Versicherungsgeschäft ebenso wie die leicht fallenden Erträge aus dem postalischen Geschäft.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft ging um 49 Mio € bzw. 16,8 % auf 242 Mio € zurück. Dies ist auf die weiterhin gute Entwicklung in unserem großen Bestand an hoch besicherten privaten Baufinanzierungen, aber auch auf die gute Entwicklung im Ratenkreditbestand zurückzuführen. Hier profitieren wir auch von der anhaltend guten Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt.

Der Verwaltungsaufwand reduzierte sich deutlich um 96 Mio € oder 4,4 % auf 2.108 Mio €.

Die Cost Income Ratio des Segments verbesserte sich, dem positiven Ergebnistrend folgend, von 63,9 % auf 61,8 %. Die Eigenkapitalrendite vor Steuern betrug 42,8 % nach 41,1 % im Vorjahr.

Firmenkunden

Im Segment Firmenkunden sank das Ergebnis vor Steuern um 42 Mio € bzw. 12,0 % auf 307 Mio €. Hier wirkte sich vor allem der um 52 Mio € bzw. 11,8 % rückläufige Zinsüberschuss belastend aus. Maßgeblich zu Buche schlugen im Zinsüberschuss die um 10 Mio € geringeren Zinserträge aus wertgeminderten Vermögenswerten (Unwinding nach IAS 39), die erstmalige Verrechnung der gemäß MaRisk für die Liquiditätsbereitstellung angefallenen Kosten in Höhe von 22 Mio € sowie ein Rückgang der Erträge aus dem Kundengeschäft um 18 Mio €, der u. a. auf das anhaltend niedrige Zinsniveau zurückzuführen ist.

Positiv wirkte die um 20 Mio € auf 48 Mio € reduzierte Risikovorsorge. Der Verwaltungsaufwand lag unverändert bei 129 Mio €.

Die Eigenkapitalrendite vor Steuern des Segments sank von 51,9 % im Vorjahr auf 43,3 % im Jahr 2012. Die Cost Income Ratio lag bei 27,1 % nach 24,1 % im Vorjahr.

Transaction Banking

Das Ergebnis vor Steuern des Segments Transaction Banking sank von 48 Mio € im Jahr 2011 auf 29 Mio € im Berichtsjahr. Im Wesentlichen begründet ist der Rückgang dadurch, dass im Vorjahresergebnis noch die in den ersten vier Monaten 2011 erzielten Provisionserträge aus der Abwicklung des Zahlungsverkehrs der ehemaligen „Dresdner Bank“ (jetzt Commerzbank) enthalten waren. Der Hauptergebnisbestandteil Provisionsüberschuss ging dementsprechend um 33 Mio € auf 294 Mio € zurück. Der Verwaltungsaufwand lag mit 277 Mio € um 18 Mio € unter dem Vorjahreswert. Hierin enthalten sind Einmalaufwendungen von 17 Mio €. Bei Bereinigung dieser hätte der Rückgang durch unser intensives Kostenmanagement sogar 35 Mio € betragen.

Die Cost Income Ratio des Segments erhöhte sich von 89,7 % auf 93,9 %.

Financial Markets

Das Ergebnis vor Steuern im Segment Financial Markets reduzierte sich von 73 Mio € im Jahr 2011 auf –55 Mio € im Berichtsjahr. Maßgeblich bedingt durch die anhaltend ungünstige Entwicklung der Zinsstrukturkurve einerseits und die durch das De-Risking nochmals verbesserte Liquiditätsausstattung andererseits, sank der Zinsüberschuss des Segments um 136 Mio € auf –44 Mio €. Das Finanzanlageergebnis erhöhte sich um 3 Mio € auf 70 Mio €.

In der Risikovorsorge entstand im Berichtsjahr ein Ertrag von 5 Mio € nach einem Aufwand von –3 Mio € im Vorjahr. Der Verwaltungsaufwand verminderte sich um 24 Mio € bzw. 23,3% auf 79 Mio €.

Die Eigenkapitalrendite des Segments war in der Folge negativ.

Non Core Operating Unit (NCOU)

Das Segment Non Core Operating Unit wurde neu etabliert, um Portfolios und Aktivitäten, die gemäß der aktuellen Ausrichtung der Bank nicht mehr zum Kerngeschäft gehören, zielgerichteter steuern zu können. Das Ergebnis des Segments beinhaltet u. a. ausgewählte Finanzanlagebestände, wie das seit 2008 im Abbau befindliche strukturierte Kreditportfolio, Teile der internationalen gewerblichen Immobilienfinanzierungen, ausgewählte Firmenkundenkredite, bestimmte Auslandsaktivitäten, nicht mehr im Vertrieb befindliche Produkte im Kundengeschäft sowie besicherte und unbesicherte Emissionen.

Das Ergebnis vor Steuern des Segments betrug –443 Mio € nach –808 Mio € im Vorjahr.

Der Zinsüberschuss sank um 50 Mio € auf –109 Mio €, was auf den signifikanten Abbau der in diesem Segment zusammengefassten Aktiva zurückzuführen ist.

Das Handelsergebnis ging um 128 Mio € auf –66 Mio € zurück. Diese Entwicklung resultiert u. a. aus der Bewertung eingebetteter Derivate – inklusive der Aussteuerung von Fremdwährungsrisiken – im strukturierten Kreditersatzgeschäft sowie der Sicherung mittel- bis langfristiger Fremdwährungsliquidität.

Das Finanzanlageergebnis stieg deutlich um 581 Mio €. Es lag bei –98 Mio €, nachdem es im Vorjahr noch –679 Mio € betragen hatte. Begründet ist die Verbesserung im Wesentlichen durch den Rückgang der Belastungen aus unserem Engagement in griechischen Staatsanleihen. Die Belastungen hieraus, die sich 2011 noch auf 634 Mio € belaufen hatten, betragen 2012 nur noch 35 Mio €.

Der Verwaltungsaufwand des Segments stieg um 7 Mio € auf 111 Mio €.

Die Risikovorsorge lag bei –99 Mio € nach –21 Mio € im Vorjahr, was auf die Notwendigkeit höherer Einzelwertberichtigungen bei einzelnen Engagements im Firmenkundengeschäft sowie im Bereich der hier zugeordneten internationalen gewerblichen Immobilienfinanzierungen zurückzuführen ist.

Cost Center/Konsolidierung

Dieses Segment enthält im Wesentlichen die nicht verrechneten Kosten der Zentralfunktionen inklusive der hierauf entfallenden Integrationsaufwendungen sowie die internen

Transaktionen zwischen den in der Postbank konsolidierten Gesellschaften.

Das Ergebnis vor Steuern des Segments stieg um 37 Mio € auf –516 Mio €. Die Verbesserung resultierte insbesondere aus dem Rückgang des Verwaltungsaufwands um 74 Mio € auf 295 Mio €. Im Vorjahr hatten hier hohe personalbezogene Rückstellungen sowie Effekte aus der Vereinheitlichung der bilanziellen Abbildung von Verpflichtungen aus Alterszeitprogrammen belastend gewirkt.

Das Finanzanlageergebnis betrug 16 Mio € nach 59 Mio € im Vorjahr. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf das im ersten Quartal 2011 vereinnahmte Ergebnis aus dem Verkauf unserer indischen Tochtergesellschaft zurückzuführen.

Der Provisionsüberschuss lag bei –217 Mio € nach –204 Mio € im Vorjahr. In dieser Position werden vor allem Leistungen für die Erbringung von Zahlungsverkehrsdienstleistungen für die Postbank mit entsprechenden Verwaltungsaufwendungen konsolidiert, die im Segment Transaction Banking erfolgswirksam vereinnahmt werden.

BILANZENTWICKLUNG

Bilanzsumme

Die Bilanzsumme der Postbank lag am Jahresende 2012 mit 193,8 Mrd € leicht über dem Vorjahreswert von 191,9 Mrd €. Auf der Aktivseite der Bilanz haben wir den Abbau der Finanzanlagen weiter vorangetrieben. Die frei gewordenen Mittel wurden größtenteils in besicherte Anlagen bei Kreditinstituten investiert. Die Struktur der Passivseite blieb weitestgehend unverändert.

Bei der nachfolgenden Kommentierung ist zu berücksichtigen, dass die Vermögenswerte und Schulden der PB (USA) Holdings, Inc. sowie weiterer kleinerer Gesellschaften aufgrund der Veräußerungsabsicht bilanziell separiert wurden. Hieraus ergeben sich in einigen Bilanzpositionen signifikante Veränderungen gegenüber dem Vorjahresausweis.

Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden, die verbriefte Forderungen wie Schuldscheindarlehen enthalten, reduzierten sich gegenüber dem Jahresende 2011 um 4,4 Mrd € auf 106,3 Mrd €. Dies ist im Wesentlichen auf die in dieser Bilanzposition nun nicht mehr ausgewiesenen Bestände der PB Capital Corporation zurückzuführen, die zum Jahresende 2012 3,1 Mrd € betragen.

Die Bestände in der privaten Baufinanzierung lagen in Summe leicht über dem Vorjahresendwert und betragen 71,6 Mrd € (Vorjahr: 71,3 Mrd €). Das Ratenkreditgeschäft wuchs deutlich um 0,4 Mrd € bzw. 9,1% auf 4,8 Mrd €.

Geld- und Kapitalmarktanlagen

Geld- und Kapitalmarktanlagen, bestehend aus Finanzanlagen, Handelsaktiva und Forderungen an Kreditinstitute, erhöhten sich im Berichtsjahr um 1,1 Mrd € auf 74,8 Mrd €.

Unserer De-Risking-Strategie folgend, reduzierten wir unseren Bestand an Finanzanlagen 2012 erneut kräftig, und zwar um 9,5 Mrd € auf 37,0 Mrd €. Hiervon entfallen 3,2 Mrd € auf die hier nicht mehr erfassten Bestände der PB Capital Corporation. Das Nominalvolumen unseres in

dieser Bilanzposition enthaltenen strukturierten Kreditportfolios sank von 2,0 Mrd € am 31. Dezember 2011 auf 0,9 Mrd € am Jahresende 2012. Erreicht wurde die Verminderung bei unseren Finanzanlagen überwiegend durch den Verzicht auf die Wiederanlage auslaufender Positionen sowie durch den aktiven Abbau. Unser ursprünglich für Ende 2013 definiertes Ziel, das Volumen der Finanzanlagen auf rund 45 Mrd € zu verringern, haben wir damit nicht nur bereits erreicht, sondern den Zielwert sogar schon sehr deutlich unterschritten.

Die Anlage der aus dem Abbau von Finanzanlagen frei werdenden Liquidität am Geldmarkt führte, verglichen mit dem Vorjahreswert, zu einer Steigerung der Forderungen an Kreditinstitute um 8,0 Mrd € auf 28,3 Mrd €. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um besicherte Forderungen.

Die Handelsaktiva stiegen – im Wesentlichen als Folge von Effekten aus dem niedrigen Zinsniveau – gegenüber dem Vorjahresresultimo um 2,6 Mrd € auf 9,4 Mrd €.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Auf der Passivseite der Bilanz verminderten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden im Vergleich zu dem hohen Niveau des Jahres 2011 um 2,4 Mrd € auf 131,7 Mrd €. Dabei lagen die Spareinlagen unverändert bei 47,9 Mrd €, während die Bauspareinlagen sich leicht um 0,4 Mrd € auf 18,3 Mrd € erhöhten. Die anderen Verbindlichkeiten sanken von 68,3 Mrd € auf 65,5 Mrd €.

Geld- und Kapitalmarktverbindlichkeiten

Die Geld- und Kapitalmarktverbindlichkeiten, die aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, verbrieften Verbindlichkeiten und Handelspassiva bestehen, reduzierten sich im Jahr 2012 um 8,2 % bzw. 3,4 Mrd € auf 38,0 Mrd €.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sanken im Vergleich zum Vorjahreswert um 2,8 Mrd € auf 17,3 Mrd €. Dieser Rückgang ist fast vollständig auf die hier nicht mehr erfasste Position der PB Capital Corporation zurückzuführen.

Unsere gute Liquiditätssituation, verbunden mit einem geringen Erfordernis von Neuemissionen und der Fälligkeit von Beständen führten zu einer Verringerung der verbrieften Verbindlichkeiten um 3,3 Mrd € auf 9,4 Mrd € am Ende des Berichtsjahres.

Analog zu den Handelsaktiva stiegen die Handelspassiva gegenüber dem 31. Dezember 2011 um 2,6 Mrd € auf 11,2 Mrd €.

Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital erhöhte sich gegenüber dem Jahresende 2011 um 652 Mio € auf 6.309 Mio €. Dies ist zum einen auf den Konzerngewinn in Höhe von 279 Mio € und zum anderen auf den deutlichen Anstieg der Neubewertungsrücklage von –306 Mio € Ende 2011 auf 72 Mio € Ende 2012 zurückzuführen.

Die Kernkapitalquote (Tier 1 Ratio) nach Basel II des Postbank Konzerns stieg deutlich und betrug 12,0 % nach 10,8 % am Jahresende 2011.

Gesamtaussage Geschäftslage 2012

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank ist deutlich gestärkt. Dieser positive Ergebnistrend ist maßgeblich auf die Entwicklung unseres – nachhaltig stabilen – Geschäfts mit Privat- und Firmenkunden zurückzuführen. Die Vermögenslage ist unverändert geprägt durch das Kreditgeschäft. Das Kundengeschäft blieb trotz weiterhin schwieriger Rahmenbedingungen stabil. Entsprechend unserer De-Risking-Strategie, wurde der Bestand an Finanzanlagen weiter reduziert.

Das RoE vor Steuern beträgt 6,4 % (Vorjahr: 1,3 %). Die Cost Income Ratio lag bei 80,2 % nach 87,3 % im Vorjahr.

Zur Finanzlage verweisen wir auf die Ausführungen im Risikobericht „Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken“.

78

NACHTRAGSBERICHT

Am 21. Dezember 2012 wurden ein Vertrag zur Veräußerung der PB (USA) Holdings, Inc.-Gruppe und ein Vertrag zur Veräußerung des Stammkapitals der amerikanischen Tochtergesellschaften Deutsche Postbank Funding LLC I, Wilmington, Delaware, USA, Deutsche Postbank Funding LLC II, Wilmington, Delaware, USA, Deutsche Postbank Funding LLC III, Wilmington, Delaware, USA, Deutsche Postbank Funding LLC IV, Wilmington, Delaware, USA, und Deutsche Postbank Funding Trust I, Wilmington, Delaware, USA, Deutsche Postbank Funding Trust II, Wilmington, Delaware, USA, Deutsche Postbank Funding Trust III, Wilmington, Delaware, USA, Deutsche Postbank Funding Trust IV, Wilmington, Delaware, USA, zwischen der Postbank und der Deutschen Bank AG mit Wirkung zum 1. Januar 2013 geschlossen. Die Veräußerung erfolgte wie geplant mit Ablauf des 31. Dezember 2012.

85

Details zu den zu erwartenden Auswirkungen von Basel III finden sich im Prognosebericht ab Seite 85.

RISIKOBERICHT

Zusammenfassender Überblick über die Risikolage

Externe Einflüsse auf das Risikoprofil

Die Wirtschaft befindet sich zur Jahreswende 2012/13 in einer ausgeprägten Schwächeperiode. Der Konjunkturabschwung, der sich im zweiten Halbjahr 2012 verstärkt hat, nahm sowohl in Deutschland als auch im Euroraum insgesamt größere Ausmaße an, als zu Jahresbeginn erwartet. Nach einem schwachen Jahresauftakt 2013 dürfte die Konjunktur in Deutschland jedoch im weiteren Verlauf des Jahres, gestützt durch ein solides Konsumwachstum und steigende Exporte in Länder außerhalb der Eurozone, wieder Fahrt aufnehmen. Dämpfende Effekte für die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland gehen unverändert von den hoch verschuldeten Euro-Staaten aus, die immer noch in einer Rezession stecken. Die Postbank geht davon aus, dass das deutsche Wirtschaftswachstum 2013 insgesamt wegen des schwachen Jahresauftakts etwas geringer ausfallen wird als 2012. Die Arbeitsmarktsituation dürfte sich dabei – wie im vorangegangenen Jahr – nur leicht verschlechtern. Die Liquiditätssituation der Banken im Euroraum bleibt angespannt. Der Zugang zum Interbankenmarkt ist für viele Institute, insbesondere aus den Euro-Peripheriestaaten, weiterhin versperrt. Zuletzt waren allerdings erste Anzeichen für eine Verbesserung der Refinanzierungssituation von Banken in den Euro-Peripheriestaaten erkennbar. Die umfangreichen Maßnahmen der Europäischen Zentralbank (EZB) zur Sicherstellung der Liquiditätsversorgung haben in Verbindung mit Maßnahmen zur Restrukturierung des Finanzsektors in den betroffenen Staaten das Risiko einer erneuten Verschärfung der Krise im Finanzsektor verringert. Dies hat sich in einem Rückgang der Risikoauflage sowohl für Bank- als auch für Staatsanleihen niedergeschlagen. Gleichwohl ist das Risiko von Rückschlägen nach wie vor hoch, da die fundamentalen Ursachen der Krise – wie beispielsweise zu hohe Staats- und Außenhandelsdefizite sowie Ineffizienzen am Arbeitsmarkt, im öffentlichen Sektor und in der Wirtschaftsstruktur – in einigen Euro-Staaten fortbestehen. Folglich kann auch die Volatilität in den Asset-Märkten jederzeit wieder ansteigen. Für 2014 gehen wir von einer leichten Verbesserung der Wirtschaftsentwicklung in Deutschland mit einer entsprechenden positiven Auswirkung auf die Risikosituation der Euro-Staaten aus.

Die zahlreichen Verschärfungen der bankaufsichtlichen Regelungen stellen weiterhin eine große Umsetzungslast für die Banken dar. Das Jahr 2012 stand auch bei der Postbank im Zeichen der Vorbereitungen zur Umsetzung des Basel-III-Regelwerks, der im Dezember 2012 veröffentlichten Novelle der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) sowie weiterer neuer aufsichtsrechtlicher Vorgaben. Daneben wurden im Risikomanagement der Postbank weitere Anpassungen zur Umsetzung der Risikomanagementstandards der Deutschen Bank sowie zur konzernweiten Integration der Risikosteuerungsprozesse vorgenommen.

Im Verlauf des Jahres 2012 wurde die Integration des Risikomanagements in den Deutsche Bank Konzern im Rahmen des Projekts „Powerhouse“ entscheidend vorangetrieben, u. a. mit dem Ziel, die Voraussetzungen für die Nutzung des sogenannten „Waiver“ nach § 2a KWG zu schaffen. Ein wirksamer Waiver geht mit Erleichterungen einher im Hinblick auf die Einhaltung der Eigenmittelvorschriften, die Liquiditätssteuerung, die Überwachung der Großkreditobergrenze sowie andere Bereiche. Die Inanspruchnahme des Waivers wurde der

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) mit Schreiben vom 19. Dezember 2012 angezeigt. Die BaFin hat noch Vorbehalte bezüglich der Anwendbarkeit. Diesbezüglich steht die Postbank derzeit im Gespräch mit der BaFin.

Im Rahmen der Einbeziehung der Postbank in das Risikomanagement der Deutschen Bank wurden die Anpassung der Gremienstruktur, eine Vernetzung der Gremien sowie die Aufsetzung funktionaler Berichtslinien zwischen der Postbank und der Deutschen Bank konkretisiert bzw. eingeführt. Zusätzlich erfolgt eine regelmäßige Risikoberichterstattung an die Deutsche Bank zur übergreifenden Erfassung und Steuerung von Risiken. Die wesentlichen Managementreports sowie Kernkennzahlen wurden definiert, analysiert und gemeinsam berichtet.

Gesamtbankkrise

Die Risikonahme zur Ergebniserzielung stellt für den Postbank Konzern eine Kernfunktion der unternehmerischen Tätigkeit dar. Die eingegangenen Risiken werden im Rahmen des ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process) regelmäßig identifiziert, gemessen, überwacht und limitiert sowie im Kontext der Risikotragfähigkeitsrechnung in die Gesamtbanksteuerung einbezogen. Im Jahr 2012 sind die für Markt-, Kredit- und Operationelle Risiken festgesetzten Limite auf Konzernebene stets eingehalten worden. Die Risikotragfähigkeit des Konzerns war jederzeit gegeben. Durch den fortgeführten Abbau von Risikopositionen konnte der Postbank Konzern das zur Abdeckung seiner Risiken genehmigte Risikokapital im Verlauf des Berichtsjahres 2012 senken.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das Risikoprofil der Postbank nur marginal verändert. Die ausgewiesenen Marktrisiken lagen zum Jahresultimo 2012 aufgrund der insbesondere in der zweiten Jahreshälfte rückläufigen Zins- und Spread-Volatilitäten an den europäischen Anleihemärkten deutlich unter dem Niveau des Vorjahresendes. Das Kreditgeschäft mit privaten und gewerblichen Kunden wurde im Berichtsjahr von einem gegenüber den Vorjahren positiveren konjunkturellen Umfeld in Deutschland begünstigt, vor allem gestützt durch die nach wie vor sehr gute Situation am Arbeitsmarkt sowie die solide Entwicklung der deutschen Industrie. Dies schlug sich – neben den nachhaltigen risikoreduzierenden Maßnahmen der Bank – positiv in der Risikovorsorge nieder.

Die Postbank hat im Rahmen der Segmentsteuerung den neuen Geschäftsbereich Non Core Operating Unit (NCOU) zur Steigerung von Transparenz und Managementfokus in die Risikosteuerung aufgenommen (siehe Note 42 bzw. Abschnitt „Segmentberichterstattung“ des Konzernlageberichts). Die jeweiligen Risikosteuerungsimpulse zu den Non-Core-Portfolios werden weiterhin zentral durch die Risikokomitees sowie durch die jeweiligen Einheiten im Risikomanagement betreut.

Entwicklungsbeeinträchtigende oder gar bestandsgefährdende Risiken sind aktuell nicht erkennbar. Eine von unseren derzeitigen Annahmen deutlich abweichende, negativere Entwicklung der europäischen Staatsschuldenkrise, verbunden mit einer spürbaren Eintrübung der makroökonomischen Rahmenbedingungen, könnte jedoch die Entwicklung des Bankensektors insgesamt und so auch der Postbank beeinträchtigen.

46

135

Kreditrisiken

Die Risikovorsorge lag 2012 aufgrund des positiven Verlaufs im Kundengeschäft – auch zurückzuführen auf ein vorteilhaftes makroökonomisches Umfeld, gute Verwertungserlöse in der Baufinanzierung, niedrigen Wertberichtigungsbedarf bei privaten Kontokorrentkonten und konsequentes Risikomanagement – wieder auf dem guten Vorjahresniveau.

Das Nominalvolumen des Structured-Credit-Products-Portfolios (SCP-Portfolios) sank im Jahr 2012 im Wesentlichen als Folge eines – im Vergleich zum Vorjahr – nochmals verstärkten aktiven Bestandsabbaus weiter von 1.988 Mio € zum Ultimo 2011 auf 917 Mio €.

Mit Blick auf die aktuelle Verschuldungssituation der sogenannten GIIPS-Staaten (Griechenland, Irland, Italien, Portugal, Spanien) wird das entsprechende Exposure im Postbank Konzern sehr eng überwacht. Das Exposure (nominal) gegenüber Kreditnehmern in diesen Ländern reduzierte sich im Berichtsjahr insbesondere aufgrund von Fälligkeiten, aber auch durch aktiven Abbau um 4,8 Mrd € auf 13,3 Mrd €.

Im ersten Quartal 2012 hat die Postbank an der Umtauschaktion für griechische Staatsanleihen teilgenommen und die dadurch erhaltenen neuen griechischen Staatsanleihen erstmals zum 12. März 2012 bilanziell erfasst. Aus dem Umtausch resultierte eine Belastung des Finanzanlageergebnisses in Höhe von 12 Mio €. Die Postbank hat im dritten Quartal 2012 das Engagement in griechische Staatsanleihen vollständig aufgelöst. Insgesamt resultierte im Jahr 2012 aus griechischen Staatsanleihen ein negativer Effekt in Höhe von 36 Mio € (Vorjahr: 634 Mio €).

Für das Jahr 2013 erwarten wir eine auf dem Niveau des Berichtsjahres liegende Risikoentwicklung, einhergehend mit einer insgesamt positiven makroökonomischen Entwicklung.

Marktrisiken

Das Marktrisiko des Postbank Konzerns war wie im Vorjahr auch 2012 insbesondere von der Zins- und der Credit-Spread-Entwicklung an den europäischen Anleihemärkten geprägt. Wenngleich die Postbank im Berichtsjahr den Abbau von Finanzanlagen weiter fortgeführt hat, sieht sie ihre Kapitalmarktbestände weiterhin den Marktwertschwankungen ausgesetzt, die zu entsprechenden Barwertveränderungen und einem erhöhten Risikoausweis führen können. Nach einem – durch die deutlichen Spread-Schwankungen bei europäischen Staats- und Bankenanleihen verursachten – spürbaren Anstieg des Value-at-Risk (VaR) im zweiten Quartal 2012 ging das ausgewiesene Marktrisiko aufgrund einer Beruhigung der Anleihemärkte im Verlauf des zweiten Halbjahres kontinuierlich zurück und lag zum Jahresultimo deutlich unter dem Vergleichswert des Vorjahresultimos.

Liquiditätsrisiken

Die Liquiditätssituation der Postbank ist aufgrund der stabilen Refinanzierungsbasis aus den Kundeneinlagen und dank des umfangreichen Bestands an hochliquiden Wertpapieren weiterhin solide.

Die Risikosituation und das Risikomanagement des Postbank Konzerns sowie die vom Konzern ergriffenen Maßnahmen werden im Folgenden detailliert beschrieben.

Entwicklungen im Risikomanagement

Die in diesem Bericht dargelegten Methoden, Systeme, Prozesse und das darauf aufbauende Berichtswesen unterliegen kontinuierlichen Überprüfungen und Verbesserungen, um den marktbedingten, betriebswirtschaftlichen und regulatorischen Anforderungen gerecht zu werden.

Um den gestiegenen Anforderungen an das Risikomanagement Rechnung zu tragen, wurde die Organisationsstruktur des Chief-Risk-Office (CRO)-Bereichs mit Wirkung zum 1. Januar 2012 angepasst. Im Detail sind die Veränderungen im Kapitel „Organisation des Risikomanagements“ beschrieben.

Im Zusammenhang mit dem Projekt „A-IRBA“ strebt die Bank die Zulassung zum fortgeschrittenen Ansatz zur Kreditrisikomessung unter Verwendung eigener Verlustschätzungen im Falle des Ausfalls an. Diesbezüglich hat die Aufsicht die Eignung der internen Verfahren geprüft. Der Bericht zu den Prüfungsergebnissen liegt noch nicht vor.

Im Laufe des Berichtsjahres 2012 wurde das Marktrisikomodell turnusmäßig validiert und u. a. dahingehend überarbeitet, dass nun auch wesentliche spezifische Credit-Spread-Risiken im Marktrisiko-VaR berücksichtigt werden.

Mit Blick auf das Liquiditätsrisikomanagement hat die Postbank bereits im Jahr 2011 ein Projekt zur Erfüllung neuer bzw. konkretisierter regulatorischer Anforderungen aufgesetzt und 2012 weiter vorangetrieben. Dabei liegt der Fokus auf dem Aufbau bzw. der Vervollständigung der notwendigen IT- und Prozessinfrastruktur sowie der künftigen Meldung der neuen Basel-III-Liquiditätskennziffern. Die wesentlichen Projektmeilensteine konnten bislang erreicht werden. Da sich einige regulatorische Vorgaben (Basel III, CRD IV, EBA Technical Standards) verzögert haben und noch nicht final vorliegen, werden sich die notwendigen Umsetzungsarbeiten in das Jahr 2013 sowie in Teilen auch auf 2014 erstrecken.

Im Berichtsjahr 2012 wurde das Liquiditätssteuerungskonzept der Postbank um eine stressbasierte Steuerung erweitert und mit entsprechenden Limitierungs- und Eskalationsmechanismen ausgestattet. Außerdem hat die Postbank ein Benchmark-Konzept zur Ermittlung der Liquiditätspufferkosten eingeführt.

Die Anforderungen aus der Neufassung der MaRisk vom 14. Dezember 2012 werden – entsprechend den regulatorisch vorgegebenen Umsetzungs- und Übergangsfristen – schrittweise im Rahmen eines 2012 aufgesetzten Projekts umgesetzt. Geplante Schwerpunkte der Umsetzung im Jahr 2013 sind insbesondere die neuen Anforderungen zur Compliance-Funktion und zur Risk Governance sowie Aspekte der Kapitalplanung und des Liquiditätsrisikomanagements.

Im Berichtsjahr 2012 hat die Postbank konsequent die erforderlichen Maßnahmen vorangetrieben, um die ab 2013 stufenweise steigenden Anforderungen aus Basel III zu erfüllen. Diese betreffen die Eigenkapitalausstattung, die Minimalanforderungen zur Liquiditätsausstattung sowie die Neuregelungen zur Unterlegung von Adressenausfallrisiken, zum Reporting, zur Steuerung der Leverage Ratio und zur Vermeidung von prozyklischen Wirkungen. Weitere Details hierzu finden sich im Abschnitt „Aufsichtsrechtliche

Anforderungen“. Die rechtliche Umsetzung des Basel-III-Regelwerks in der Europäischen Union hat sich verzögert; die finalen Regelwerke werden erst im Laufe des Jahres 2013 vorliegen.

Integration in das Risikomanagement der Deutschen Bank

Aufgrund der Übernahme der Mehrheit der Aktien der Postbank durch die Deutsche Bank hat die Bank unter Beachtung der maßgeblichen bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben die Voraussetzungen für ein integriertes Risikomanagement geschaffen. Unter Berücksichtigung der rechtlichen Rahmenbedingungen richtet sich das Hauptaugenmerk dabei auf die Umsetzung eines gemeinsamen, angemessenen und wirksamen Risikomanagements. Dazu wurden bestehende Regelungen angemessen angepasst, anhand derer sich die finanzielle Lage des Instituts jederzeit mit hinreichender Genauigkeit auf Konzernebene bestimmen lässt. Ebenso wurde ein geeignetes System zur Überwachung und Einstufung der Risiken aufgebaut, das einen vollständigen Überblick über die Risikosituation sowie das institutsbezogene Sicherungssystem insgesamt liefert und dem Konzern die entsprechende Einflussnahme ermöglicht. Hierzu gehören auch die Harmonisierung der Prozesse zur Identifizierung, Beurteilung, Steuerung sowie Überwachung und Kommunikation der Risiken, die Strategien und Verfahren zur Ermittlung und Sicherstellung der Risikotragfähigkeit sowie entsprechende interne Kontrollverfahren. Durch eine gemeinsame, einheitliche Risk-Governance-Struktur wird die gemeinsame Risikokultur weiterentwickelt.

Arten von Risiken

Die im Postbank Konzern betrachteten Risikoarten werden im Rahmen einer konzernweiten Risikoinventur ermittelt. Die Materialität dieser Risikoarten sowie die Existenz weiterer bisher nicht betrachteter Risiken werden im Rahmen der jährlichen Risikoinventur überprüft. Der Postbank Konzern greift im Rahmen der Risikoinventur auf Instrumente zurück, die in ihrer Gesamtheit alle wesentlichen organisatorischen Bereiche und Risikobereiche der Bank abdecken.

Der Postbank Konzern unterscheidet folgende Risikoarten:

• Markt Risiken

Mögliche finanzielle Verluste aufgrund der Änderung von Marktpreisen (z. B. Aktienkursen, Wechselkursen, Rohwarenpreisen) oder marktpreisbestimmenden Faktoren (z. B. Zinssätzen, Spreads oder Volatilitäten). Die Wertveränderungen werden dabei unabhängig von der bilanziellen Betrachtung aus der täglichen Marktbewertung abgeleitet. Es wird damit nicht unterschieden zwischen Forderungen und Verbindlichkeiten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt werden, und solchen, die zum Fair Value bilanziert werden.

• Kreditrisiken

Mögliche Wertverluste infolge von Bonitätsverschlechterungen oder durch die Zahlungsunfähigkeit eines Geschäftspartners (z. B. durch Insolvenz eines Emittenten, Kontrahenten bzw. Landes oder durch Wertverlust bei der Abwicklung oder Verrechnung von Transaktionen). Die Postbank unterscheidet vier Arten von Kreditrisiken: Bonitäts- und Ausfallrisiken, Abwicklungsrisiken, Kontrahentenrisiken und Länderrisiken.

• Liquiditätsrisiken

Zahlungsunfähigkeitsrisiko als Volumenrisiko, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen

nicht vollständig oder nicht zeitgerecht nachkommen zu können.

Liquiditätsfristentransformationsrisiko (LFT-Risiko) als Kostenrisiko eines erhöhten Refinanzierungsaufwands bei Schließung der Fristentransformation aufgrund einer Erhöhung der eigenen Refinanzierungsaufschläge auf den Swapsatz.

• Operationelle Risiken

Mögliche Verluste, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten können. Die Definition umfasst auch Rechtsrisiken; Reputations- und strategische Risiken bleiben hierbei unberücksichtigt. Rechtsrisiken beinhalten u. a. die potenzielle Verpflichtung zur Zahlung von Bußgeldern, Schadenersatzleistungen, Geldstrafen oder sonstigen Strafzahlungen aus aufsichtsrechtlichen Maßnahmen oder privatrechtlichen Vereinbarungen. Sie ergeben sich auch durch eine geänderte Rechtslage aufgrund neuer Rechtsprechung bzw. durch Gesetzesänderungen, die Auswirkungen auf bereits abgeschlossene Geschäfte haben, umfassen aber nicht die Kosten für die Prozessänderung zur Umsetzung der geänderten Rahmenbedingungen.

• Beteiligungsrisiken

Potenzielle Verluste aus Marktwertschwankungen des strategischen Beteiligungsbesitzes, sofern diese nicht bereits in den anderen Risikoarten erfasst werden. Als Beteiligungen werden dabei sämtliche Gesellschaftsanteile definiert, die im Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG unter den Positionen „Beteiligungen“ sowie „Anteile an verbundenen Unternehmen“ bilanziert werden, sowie Anteile an Unternehmen gemäß § 16 Abs. 2 und 4 AktG.

• Immobilienrisiken

Mietausfallrisiken, Teilwertabschreibungsrisiken sowie Veräußerungsverlustrisiken, bezogen auf den Immobilienbesitz des Postbank Konzerns.

• Kollektivrisiken

Potenzielle negative Auswirkungen aufgrund von Abweichungen der tatsächlichen Verhaltensweisen von Bausparern von den prognostizierten Verhaltensannahmen, d. h. Abweichungen der tatsächlichen von der prognostizierten Entwicklung des Bausparkollektivs. Die Kollektivrisiken stammen als spezifische Geschäftsrisiken aus dem Bauspargeschäft der BHW Bausparkasse AG.

• Geschäftsrisiken

Gefahr eines Ergebnisrückgangs aufgrund unerwarteter Änderungen von Geschäftsvolumen und/oder Margen und korrespondierenden Kosten. Der Begriff umfasst Spar- und Girorisiken (ehemals: Modellrisiken) sowie residuale Geschäftsrisiken (strategische Risiken und Reputationsrisiken):

a) Spar- und Girorisiken: Mögliche Verluste, die, ausgelöst durch unerwartete Verhaltensweisen von Spar- und Girokunden, als Folge von Volumen- oder Margenänderungen auftreten können.

b) Residuale Geschäftsrisiken: Risiken eines Ergebnisrückgangs aufgrund unerwarteter Abweichungen der Ertragszahlen und der korrespondierenden Kosten von der ursprünglichen Planung, die nicht auf Spar- und Girorisiken oder Kollektivrisiken zurückzuführen sind.

Sie umfassen auch nicht separat quantifizierbare strategische Risiken und Reputationsrisiken:

- **Strategische Risiken:** Gefährdung der Ergebnisreichung infolge einer unzureichenden Ausrichtung des Konzerns auf das jeweilige – möglicherweise kurzfristig veränderte – Geschäftsumfeld.
- **Reputationsrisiken:** Gefahr von Ereignissen, die das Ansehen des Postbank Konzerns bei seinen Anspruchsgruppen (Stakeholdern) derart beschädigen, dass daraus ein mittelbarer oder unmittelbarer finanzieller Schaden für den Postbank Konzern entstehen kann.

Organisation des Risikomanagements

Der Postbank Konzern verfügt über eine Risikomanagementorganisation, die durch die Identifikation aller wesentlichen Risiken und Risikotreiber sowie die unabhängige Messung und Bewertung dieser Risiken die Grundlage für eine risiko- und ertragsorientierte Gesamtbanksteuerung bildet. Risiken werden im Rahmen des ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process) unter strikter Beachtung von Risikotragfähigkeitssichtspunkten zur Erzielung des Risk>Returns und zur Nutzung von Marktopportunitäten limitiert und gesteuert.

Das Risikomanagement wird konzernweit durch die zentralen und die angebandenen dezentralen Einheiten wahrgenommen. Aussagen im Risikobericht beziehen sich, wenn nicht anders vermerkt, auf diese Konzernfunktionen. Tochtergesellschaften werden entsprechend ihrer Wesentlichkeit für den Konzern in das Risikomanagement einbezogen. Spezielle aufsichtsrechtliche Vorgaben auf Ebene der Tochtergesellschaften werden stets berücksichtigt.

Verantwortlichkeiten und Risikostrategie

Der Gesamtvorstand trägt die Verantwortung für das Risiko- und das Kapitalprofil, die Risikostrategie, das Risikotragfähigkeitskonzept, die ordnungsgemäße Organisation des Risikomanagements, die Überwachung des Risikos aller Geschäfte sowie die Risikosteuerung.

Die Kontrolle erfolgt durch den Aufsichtsrat bzw. im Kreditausschuss des Aufsichtsrats. Diese werden regelmäßig durch den Vorstand über das Risiko- und das Kapitalprofil des Postbank Konzerns unterrichtet.

Die Risikostrategie des Konzerns ist, wie in den Vorgaben der MaRisk gefordert, konsistent mit der Geschäftsstrategie und berücksichtigt alle wesentlichen Geschäftsfelder und Risikoarten. Die Risikostrategie gilt konzernweit: Die in einzelnen Konzerneinheiten (z. B. BHW) beschlossenen Risikostrategien sind konsistent mit der Konzernrisikostrategie.

Art und Umfang der Risikonahme sowie der Umgang mit den Risiken ergeben sich aus den Strategien der einzelnen Geschäftsfelder im Abgleich mit dem Risikoappetit, dem Risikoprofil und den Renditezielen des Postbank Konzerns. Sie werden im Rahmen der jährlich verabschiedeten Risikostrategie, die auf den Geschäftsfeldstrategien basiert, definiert und dokumentiert.

Risikokomitees

Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben wird der Vorstand durch das Bankrisikokomitee (BRK) als das zentrale Risikokomitee unterstützt. Als Steuerungs- und Überwachungsausschuss des Vorstands verfügt das BRK über wesentliche Entscheidungsbefugnisse. Das Risikomanagement wurde vom Vorstand für die einzelnen Risikoarten an weitere nachgeordnete Risikokomitees delegiert. Die Aufgaben der Komitees veranschaulicht folgende Grafik:

Aufgaben der Risikokomitees						
	Bankrisiko- komitee (BRK)	Kreditrisiko- komitee (KRK)	Marktrisiko- komitee (MRK)	OpRisk- Komitee (ORK)	Deckungs- geschäfts- komitee (DGK)	Modell- und Validierungs- komitee (MVK)
Tagungs- frequenz	monatlich	vierteljährlich	monatlich	halbjährlich	monatlich	vierteljährlich
Aufgaben	Beratung des Vorstands hinsichtlich: • Risikoappetit (ökonomisch, regulatorisch) • Risikostrategien und Risikoprofil • Allokation von Risikokapital • Maßnahmen zur Begrenzung und Steuerung der Gesamtbank-Risikopositionen	Limitallokation der Kreditrisiken Definition des Limitsystems Analyse und Bewertung der Kreditrisiken Vorgabe von Leitlinien zur Steuerung der Kreditrisiken	Limitallokation der Marktrisiken Steuerung der strategischen Ausrichtung des Bankbuchs Erörterung der Ergebnis- und Risikosituation	Definition der Mindestanforderungen für Konzern-einheiten Definition der Rahmenbedingungen für OpRisk Allokation der Risikokapitalbeträge auf die Geschäftsfelder	Regelung von Deckungsgeschäftsregisterthemen Umsetzung regulatorischer Anforderungen bezüglich des Pfandbriefgeschäfts Sicherung der Zielkonformität bezüglich der strategischen Ausrichtung und hinsichtlich der Emissionsfähigkeit	Überwachung und Validierung aller Rating-systeme und Risikoklassifizierungsverfahren Jährliche Validierung sämtlicher Modelle Änderungen von Ratingsystemen, Risikoklassifizierungsverfahren und internen Modellen

Das Bankrisikokomitee agiert konzernweit als übergreifendes Risikokomitee mit Vorstandsbesetzung. Es trägt alle Risikothemen aggregiert an den Gesamtvorstand heran. Vom Senior Management geleitet werden das Kreditrisikokomitee, das Marktrisikokomitee, das OpRisk-Komitee (Komitee für Operationelle Risiken), das im vierten Quartal 2012 implementierte Deckungsgeschäftskomitee sowie das Modell- und Validierungskomitee. Das Deckungsgeschäftskomitee entwickelt Steuerungsimpulse für das Deckungsgeschäft des Postbank Konzerns. Das Modell- und Validierungskomitee ist für Änderungen und Erweiterungen von Risikomodellen und Risikoklassifizierungsverfahren sowie für die Abnahme der Validierungsberichte zuständig.

Innerhalb der Postbank besteht ein Risikomanagementsystem, das die Identifizierung, Beurteilung, Steuerung und Überwachung der mit den einzelnen Geschäftssegmenten verbundenen Risiken sicherstellt. Die entsprechenden Prozesse haben eine permanente Verbesserung der Ertrags-, Kapital- und Risikosteuerung zum Ziel, wobei die stetige Steigerung der Qualität als ressortübergreifende Aufgabe verstanden wird. In diesem Kontext werden die Portfolios im Rahmen der Gesamtbanksteuerung auch Analysen aus Risk/Return-Perspektive unterworfen.

Zentrale Risikoüberwachung und -steuerung

Der Chief Risk Officer (CRO) ist konzernweit für die risikouberwachenden und -steuernden Funktionen zuständig. Er berichtet regelmäßig dem Gesamtvorstand und dem Aufsichtsrat über die Gesamtrisikolage des Konzerns.

Mit Wirkung vom 1. Januar 2012 wurde die Organisationsstruktur des CRO-Bereichs auf Basis von im Jahr 2011 angestoßenen Veränderungen angepasst. Die neue Organisationsstruktur des CRO-Bereichs dient der aktiven risikartenübergreifenden Portfoliosteuerung sowie der Bündelung sämtlicher Kreditentscheidungen. Damit werden in einem „Chief Operating Office“ die Einhaltung der Standards für die Kreditbearbeitung sichergestellt und die zentrale Projekt- und Ressourcensteuerung für den CRO-Bereich umgesetzt. Über die Bereiche „Risikosteuerung“ und „Kreditrisikocontrolling“ wird die Steuerung sämtlicher Risikoarten sichergestellt. Das „Credit Office“ mit den Bereichen „Kreditanalyse“ und „Kreditservice Workout & Collections“ bündelt alle Kreditentscheidungen und gestaltet in enger Zusammenarbeit mit den Vertriebseinheiten die Umsetzung der Geschäfts- und der Risikostrategie. Nachstehende Übersicht veranschaulicht die Aufgaben der einzelnen Bereiche des CRO.

Bereiche des Risikomanagements und deren Aufgaben	
Bereich	Aufgaben
Chief Operating Office	Management und Reporting Kreditfachliche Regelwerke/Kreditrichtlinien Sicherheitenmanagement
Risiko-steuerung	Gesamtbankrisikosteuerung und -reporting inklusive Risikotragfähigkeit und integrierter Stresstests Definition der Risikostrategie und des Risikoprofils Management und Reporting der Markt-, Liquiditäts-, Geschäfts-, Kollektiv-, Beteiligungs- und Immobilienrisiken sowie Operationeller Risiken Qualitätssicherung von Marktdaten und Fair Values für Risikosteuerung und Bilanzierung
Kreditrisiko-controlling	Verantwortung für sämtliche Rating- und Scoringverfahren Portfoliomanagement Kreditrisikoreporting Koordination des Risikovorsorgeprozesses und der Watchlist Methoden- und Modellhoheit zur Risikoquantifizierung, bezogen auf alle Risikoarten
Kreditanalyse	Kreditgenehmigung, Betreuung und Kreditüberwachung für Banken, Staaten, Unternehmen und Immobilienfinanzierungen
Kreditservice Workout & Collections	Problemkreditbearbeitung Abwicklung der Kreditbeziehung Beitreibung Sicherheitenverwertung Erhöhung der Recovery Rate

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems im Postbank Konzern. Sie ist organisatorisch dem Vorstand Ressourcen unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Die Qualifikation der Mitarbeiter im Risikomanagement wird durch fortlaufende Schulungsmaßnahmen sichergestellt. Im Rahmen des zentralen Qualifizierungsangebots der Postbank werden daher auch Veranstaltungen durchgeführt, die sich ausschließlich mit Aspekten des Risikomanagements (insbesondere mit dem Kreditrisiko) befassen.

Operative Risikosteuerung

Die Verantwortung für die operative Risikosteuerung im Sinne der Positionsnahe ist im Konzern auf mehrere zentrale Einheiten verteilt. Dazu gehören in erster Linie das Ressort Financial Markets, die Kreditbereiche Unternehmensfinanzierungen, Gewerbliche Immobilien und Banken & Kapitalmärkte sowie die Kreditfunktionen des Privatkundengeschäfts. Darüber hinaus steuern die Tochtergesellschaften BHW Bausparkasse AG, Deutsche Postbank International S.A. (Luxemburg) und PB Factoring GmbH sowie die Niederlassung in London ihre Risiken eigenständig im Rahmen separat definierter Risikolimits, Verfahren und Prozesse. Gleiches galt bisher für die Tochtergesellschaft PB Capital Corporation (New York), die mit Wirkung zum 1. Januar 2013 an die Deutsche Bank veräußert wurde. In Bezug auf das Liquiditätsrisiko hingegen findet die Steuerung der Niederlassung London zentral von Bonn aus statt.

Das Ressort Financial Markets ist aufgegliedert in den Bereich Treasury und das Chief Operating Office Financial Markets. Im Bereich Treasury erfolgt die operative Steuerung der Marktrisiken im Konzern. Darüber hinaus steuert Treasury operativ das Liquiditätsrisiko im Konzern mit dem Fokus auf Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit im Sinne des „Lender of Last Resort“. Das Chief Operating Office Financial Markets ist für das Management des Portfolios der strukturierten Kredite (SCP) der Gesamtbank verantwortlich.

Die Entwicklung, Validierung und Kalibrierung der Ratingmodelle erfolgt in der Abteilung Risikomodelle, während die Limitüberwachungs-, die Reporting- und die Steuerungsfunktion der Kreditrisiken in der Abteilung Kreditrisikomanagement wahrgenommen werden. Die Abteilung Risikostandards erlässt die grundlegenden Regelungen für den Umgang mit Adressrisikopositionen.

Für die operative Steuerung der Operationellen Risiken existiert je Bereich bzw. Tochtergesellschaft eine zweistufige Organisationsstruktur mit dezentralen OpRisk-Managern. Die zentrale Koordinations- und Reportingfunktion wird durch das OpRisk-Controlling wahrgenommen. Die Verantwortung für die Identifizierung und Steuerung der Rechtsrisiken trägt vorrangig der Bereich Recht der Postbank.

Das Beteiligungsrisiko wird operativ durch die Einbindung in die Risikosteuerungs- und die dazugehörigen Komiteestrukturen des Konzerns sowie durch das Beteiligungsmanagement u. a. im Rahmen der Organbetreuung im Sinne der Beteiligungsstrategie gesteuert. Auf die Geschäfts- und die Risikopolitik der Beteiligungsunternehmen nimmt die Bank insbesondere durch die Vertretung in den Eigentümer- und Aufsichtsgremien, in der Regel durch Vorstandsmitglieder, Einfluss.

Die laufende Überwachung und Steuerung der Risiken aus Immobilienbesitz wird im Postbank Konzern einheitlich durch die im Bereich „Immobilien, Support, Sicherheit“ des Ressorts Ressourcen der Postbank angesiedelte Abteilung Immobilienmanagement wahrgenommen.

Die operative Risikosteuerung und -überwachung der Kollektivrisiken erfolgt dezentral durch die BHW Bausparkasse AG.

Die zentrale Analyse- und Reportingfunktion für Spar- und Girorisiken sowie residuale Geschäftsrisiken nimmt die Abteilung Marktrisikomanagement wahr, die Verantwortung dieser Geschäftsrisiken verbleibt in den Marktbereichen.

Jedes Ressort ist operativ dafür verantwortlich, seine im Rahmen der Geschäftsstrategie definierten Ziele zu erreichen bzw. die definierten Rahmenbedingungen einzuhalten, und trägt somit zur operativen Steuerung des Geschäftsrisikos bei.

Übergreifendes Risikomanagement

Risikotragfähigkeit

Die Risikotragfähigkeit der Bank wird sowohl aus einer Liquidationsperspektive (ökonomischer Gläubigerschutz) als auch aus einer Going-Concern-Perspektive (regulatorischer Going-Concern-Ansatz) beurteilt. Der Postbank Konzern sieht seine Risikotragfähigkeit als gegeben an, wenn die Risikodeckungsmasse größer als das zugewiesene Risikokapital und größer als das momentane Gesamtrisiko (VaR) ist.

Unter dem Blickwinkel des ökonomischen Gläubigerschutzes wird das Risikopotenzial zu einem Konfidenzniveau von 99,93 % berechnet. Die Risikodeckungsmasse wird hierbei als sogenannter ökonomischer Substanzwert aus der nach den International Reporting Standards (IFRS) erstellten Konzernbilanz abgeleitet und dient vor allem dem Schutz erst-rangiger Verbindlichkeiten in einem Liquidationsszenario.

Bei der Betrachtung unter dem Aspekt des regulatorischen Going-Concern-Ansatzes wird die Differenz zwischen dem regulatorischen Kernkapital und einem dem Risikoappetit der Postbank entsprechenden mindestens erforderlichen Kernkapital berechnet. Das so ermittelte freie Kernkapital und die geplanten Erträge stellen die Risikodeckungsmasse dar. Das Risikopotenzial in dieser Perspektive wird dabei zu einem Konfidenzniveau von 95 % ermittelt.

Die Postbank hat mit Blick auf die Risikotragfähigkeit die regulatorischen Anforderungen – auch im Hinblick auf das von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) am 7. Dezember 2011 veröffentlichte Papier „Aufsichtsrechtliche Beurteilung bankinterner Risikotragfähigkeitskonzepte“ – einschließlich der neuen MaRisk erfüllt.

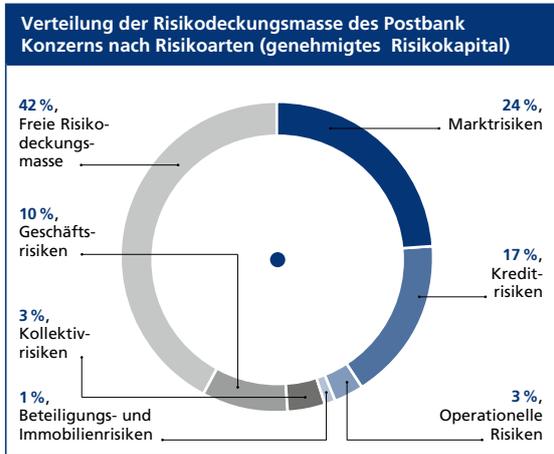
Risikokapital und Limitierung

Das aus der Risikodeckungsmasse auf die jeweiligen Einheiten und Risikoarten allokierte Kapital wird als Risikokapital bezeichnet. Die Risikokapitalallokation wird mindestens quartalsweise vom Gesamtvorstand bzw. vom BRK überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die weitere Verteilung des den einzelnen Risikoarten zugeordneten Risikokapitals sowie, falls erforderlich, eine Adjustierung der Einzellimite der Risikoarten erfolgen durch die Risikokomitees.

Für die im Kapitel „Arten von Risiken“ aufgeführten Risikoarten wird mit Ausnahme des Liquiditätsrisikos ökonomisches Kapital bereitgestellt. Zur Absicherung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos hält die Postbank einen Liquiditätspuffer aus hochliquiden und liquiden Vermögensgegenständen für eine zweimonatige Survival Period im Stressszenario gemäß MaRisk vor. Das Immobilien- und das Beteiligungsrisiko werden als nicht wesentlich betrachtet.

Bei der Risikokapitalallokation werden mögliche Schwankungen der Risikodeckungsmasse durch den Einfluss der Ertragslage und sonstiger Effekte auf die Eigenkapitalbestandteile sowie risikoartenübergreifende Stressszenarien berücksichtigt. Hierfür wird ein Puffer gebildet, indem nur ein Teil der zur Verfügung stehenden Risikodeckungsmasse tatsächlich als Limite für die einzelnen Risikoarten allokiert wird. Für die Ermittlung des Gesamtrisikokapitalbedarfs werden Diversifikationseffekte auf Basis von Korrelationen zwischen den Risikoarten auf Basis von Postbank spezifischen Daten konservativ ermittelt, die das bereitgestellte Risikokapital entsprechend reduzieren. Geschäftsmodell-spezifische Risiken (Operationelle Risiken, Kollektivrisiken, Spar- und Girorisiken sowie residuale Geschäftsrisiken) tragen hierbei in besonderem Maße zum Diversifikationseffekt bei. Markt-, Kredit-, Immobilien- und Beteiligungsrisiken weisen in der Regel mittlere Diversifikationseffekte auf.

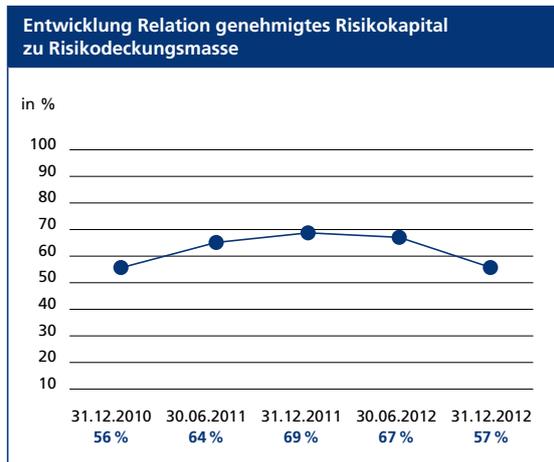
Die prozentuale Aufteilung der Risikodeckungsmasse „Ökonomischer Gläubigerschutz“ des Postbank Konzerns nach Risikoarten und nach Berücksichtigung von Korrelations-effekten im Geschäftsjahr 2012 (Berechnung per 31. Dezember 2012) stellt sich wie folgt dar:



Die absolute Höhe der Risikodeckungsmasse „Ökonomischer Gläubigerschutz“ und eine nach Risikoarten differenzierte Aufteilung der absoluten Risikokapitalbeträge (Stichtag 31. Dezember 2012 und Vorjahr) werden in Note 50 des Konzernanhangs dargestellt.



Nachstehende Grafik veranschaulicht die Entwicklung des genehmigten Risikokapitals im Verhältnis zur gesamten Risikodeckungsmasse:



Die Auslastung der Risikodeckungsmasse, bezogen auf das verteilte Risikokapital nach Diversifikation, belief sich zum Berichtsstichtag auf 57%. Aufgrund der verringerten Allokation von Risikokapital sowie der positiven Entwicklung der Neubewertungsrücklage im Jahr 2012 ergibt sich dennoch gegenüber dem 31. Dezember 2011 eine geringere Auslastung der Risikodeckungsmasse.

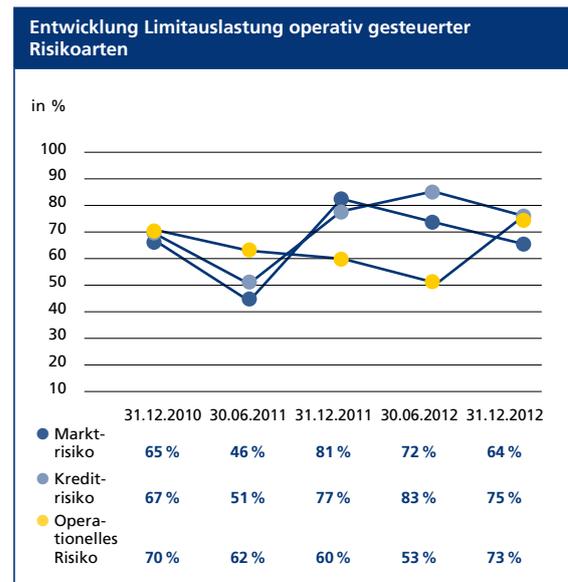
Auch in einer Going-Concern-Perspektive ist das ermittelte Risikopotenzial ausreichend durch die zur Verfügung stehende Risikodeckungsmasse (freies Kernkapital) gedeckt.

Neben der Limitierung der Risikopositionen für die einzelnen Risikoarten auf Basis des allokierten Risikokapitals kommen Produkt-, Volumen- und Sensitivitätslimite zum Einsatz, um über die eigentlichen Risikopositionen hinaus auch Risikokonzentrationen in Einzelpositionen oder Risikoarten zu beschränken.

Bei den Marktrisiken erfolgt die Steuerung über die Zuteilung von VaR- und Verlustlimiten auf Konzernebene sowie für die jeweiligen Portfolios. Die Steuerung von Kreditrisiken erfolgt für Forderungen gegenüber Banken, Unternehmen und Staaten (Zentral-, Regionalregierungen und Kommunen) im Wesentlichen durch Limitierung auf Portfolioebene sowie durch Vorgabe eines Zielfortfolios. Das Volumen des Mengengeschäfts wird durch Soll-Ist-Vergleiche mit den Planvorgaben gesteuert. Für Operationelle Risiken werden Limite und Warnschwellen je Segment festgelegt. Die weiteren Risikoarten werden nicht durch operative Limite gesteuert. Das allokierte Risikokapital stellt den konservativ ermittelten zukünftigen Kapitalbedarf dar.

Die Postbank verfolgt das Ziel, durch ein aktiveres Limitmanagement die Steuerungswirkung auf die Risiken zu verbessern, weshalb generell mit höheren Auslastungen der Limite zu rechnen ist. Im Rahmen des fortgeführten Abbaus von Risikopositionen hat der Postbank Konzern 2012 begonnen, sein genehmigtes Risikokapital zu reduzieren. Gesenkt werden konnte das genehmigte Risikokapital insbesondere für die Risikoarten Kreditrisiko, Marktrisiko und Kollektivrisiko, in kleinerem Umfang auch für das Operationelle Risiko.

Nachstehende Grafik veranschaulicht die Entwicklung der Limitauslastung operativ gesteuerter Risikoarten im Zeitablauf:



Zum Stichtag 31. Dezember 2012 sank die Auslastung des für Marktrisiken genehmigten Risikokapitals nach Berücksichtigung von limitverzehrenden Verlusten in der freien Risikodeckungsmasse auf 64 % (31. Dezember 2011: 81 %). Eine im ersten Quartal 2012 vorübergehend vorgenommene Erhöhung des Markrisikokapitals konnte am Ende des Berichtsjahres wieder zurückgeführt werden. Gegenüber dem Vorjahresende wurde das für Marktrisiken genehmigte Risikokapital leicht reduziert. Das Gleiche gilt bezogen auf das für Kreditrisiken genehmigte Risikokapital. Die Limitauslastung lag zum Ende des Berichtsjahres bei 75 % (31. Dezember 2011: 77 %). Die Reduktion resultiert im Wesentlichen aus Diversifikationseffekten, Modellweiterentwicklungen und -kalibrierungen im Retail-Segment, Ratingmigrationen im Segment Firmenkunden sowie einem signifikanten Abbau von Beständen im Segment Financial Markets. Der Anstieg der Limitauslastung des für Operationelle Risiken genehmigten Risikokapitals von 60 % zum 31. Dezember 2011 auf 73 % erklärt sich vor allem durch die Absenkung des Limits zum Jahresultimo 2012, durch eine veränderte Verteilung der über das Datenkonsortium „Operational Risk Data Exchange (ORX)“ bezogenen externen Retail-Schadenfalldaten sowie durch eine positive Entwicklung bei den qualitativen Adjustierungsfaktoren. Die Risikotragfähigkeit des Postbank Konzerns war jederzeit gegeben.

Risikokonzentrationen und Stresstesting

Konzentrationen bei Kredit-, Liquiditäts-, Markt- und sonstigen Risiken werden u. a. über Sensitivitätsanalysen und Stresstests identifiziert und überwacht und über Risikofaktor- oder Gap-Limite (im Bereich Zins- und Spread-Risiken) begrenzt. Sensitivitätsanalysen und Stressszenarien beschreiben hierbei hypothetische zukünftige Entwicklungen der jeweiligen Portfolios, Wert- und Risikotreiber. Über alle Risikoarten hinweg werden daher makroökonomische Szenarien hinsichtlich Inflation, Stagflation, Rezession sowie weitere hypothetische oder historische Szenarien berechnet.

Das Management der Konzentrationsrisiken erfolgt im Rahmen der Steuerung (z. B. über Hedging-Maßnahmen). Hinsichtlich ihres Spread-Risikos sind hierbei insbesondere die Bestände in europäischen Staats-, Länder- und Bankenanleihen relevant.

Im Rahmen des Kreditportfoliomanagements werden systematisch Risikokonzentrationen auf der Ebene von Kreditnehmereinheiten sowie auf sektoraler Ebene (Branchen, Regionen, Sicherheitenkategorien etc.) identifiziert, reportet und über einen geregelten Prozess unter Berücksichtigung von Risikotragfähigkeit und Risikorendite begrenzt. Leitplanken zur verbesserten Steuerung der Risikokonzentration sind in den Organisationsanweisungen verankert. Im Mittelpunkt stehen hierbei die identifizierten Sektoren gewerbliche Immobilienfinanzierungen, Banken sowie Staaten, für die – über die gültige Limitmatrix für Firmenkunden hinaus – weitergehende Regelungen bestehen. Durch die segment-spezifischen Risk Assessment Reports und die steuerungsrelevanten Risikozirkel werden Risikokonzentrationen zeitnah eng überwacht.

Im Segment Financial Markets wird neben einer Reduktion des Staatsanleihen-Portfolios vor allem im Banken-Portfolio weiterhin aktives De-Risking u. a. zur Reduzierung von Konzentrationsrisiken betrieben. Dabei wurde gezielt der Abbau des Exposure in den GIIPS-Staaten vorangetrieben.

Für das Commercial-Real-Estate-Portfolio wird eine Strategie zur Vermeidung von regionalen Einzelkonzentrationsrisiken in den USA und in Großbritannien verfolgt.

Aktuell sind auf Basis des ökonomischen Kapitals Risikokonzentrationen insbesondere im Bereich des Staaten-Exposure sowie im Portfolio der strukturierten Kredite erkennbar. Die monatliche Berichterstattung zum ökonomischen Kapitalbedarf aus Kreditrisiken und Risikokonzentrationen ist wesentlicher Bestandteil des Kreditrisikoreports der Postbank.

Die Postbank unterliegt aufgrund ihres Geschäftsmodells, d. h. als überwiegend im deutschen Markt tätige Retail-Bank, zudem Ertragsrisiken in der Form, dass die aus Kundengeschäften erwirtschafteten Erträge geringer als geplant ausfallen können. Die Überwachung solcher Ertragsrisiken erfolgt im Planungsprozess unter Einbindung des Bereichs Controlling. Hierbei werden Ertragsrisikokonzentrationen anhand von Sensitivitätsanalysen und statistischen Methoden überwacht und durch entsprechende Maßnahmen gesteuert.

Zur Gewährleistung einer gesamthaften Risikobeurteilung werden zumindest die wesentlichen operativ limitierten Risikoarten (Kredit-, Markt- Geschäfts- und Operationelle Risiken) im Rahmen der Risikotragfähigkeitsbetrachtung regelmäßig den definierten Szenarioanalysen und Stresstests unterzogen. Neben den risikoartenübergreifenden Gesamtbankstresstests werden auch inverse Stresstests und risikoartenspezifische Stresstests durchgeführt. Die Stresstests werden in Abhängigkeit von der Marktentwicklung und basierend auf dem Risikoprofil der Postbank stetig und dynamisch weiterentwickelt.

Neue-Produkte-Prozess

Die Risikofaktoren neuer Produkte und Produktmodifikationen werden über einen Prozess Neue Produkte/Neue Märkte (NPNM) systematisch MaRisk-konform identifiziert, in einer Produktdatenbank dokumentiert und ihren Risiken entsprechend in die Risikomessung und -überwachung des Postbank Konzerns eingebunden.

Konzernweites Risikoreporting

Das Risikoreporting in der Postbank beleuchtet die Risikotragfähigkeit und die Risikoauslastung in den einzelnen Risikoarten und umfasst eine Vielzahl regelmäßiger und spezieller Berichte. Über das reguläre Managementreporting hinaus existieren Regeln für ein nach Risikoarten differenziertes Ad-hoc-Frühwarnreporting. Die Adressaten werden somit zeitnah über Veränderungen von relevanten Einflussfaktoren informiert. Die nachfolgende Tabelle stellt, gegliedert nach den einzelnen Risikoarten, den Inhalt der wesentlichen Berichte, deren Publikationsturnus und deren Empfängerkreis dar.

Konzernweites Reporting			
Thema	Berichtsinhalte	Turnus	Adressat
Risikoarten-übergreifend	Risikotragfähigkeit, Einzelrisiken, Konzentrationsrisiken, Stresstestergebnisse	quartalsweise	Aufsichtsrat, Gesamtvorstand, Bankrisikokomitee
Markt Risiken	Risikokennzahlen, Limitauslastungen, Umsätze, barwertige Ergebnisentwicklung	täglich	Gesamtvorstand, operative Markteinheiten
	Marktentwicklung, Entwicklung der Markt Risiken, Ergebnisse und Risikokennzahlen, Stresstest- und Szenarioanalysen, Risikokonzentrationen, Ergebnisse Backtesting	monatlich	Gesamtvorstand, operative Markt- und Marktfolgeeinheiten, Aufsicht
	Risikokennzahlen, Limitauslastungen, barwertige Ergebnisentwicklung, Stresstest- und Backtestingergebnisse, Risikokonzentrationen	monatlich	Markttrisikokomitee
	Risikokennzahlen, barwertige Ergebnisentwicklung, Stresstestergebnisse	quartalsweise	Gesamtvorstand, Bankrisikokomitee, Aufsichtsrat
Kreditrisiken	Adresslimitüberwachung	täglich	Gesamtvorstand, operative Markt- und Marktfolgeeinheiten
	Portfolioentwicklung/-früherkennung, spezifische Portfolioanalysen, Key Performance Indicators, Ratingverteilungen, Länderrisiko inklusive GILPS-Reporting, Limitauslastungen inklusive EC/RTF-Entwicklung, Risikovororgeentwicklung inklusive Plan-Ist-Abgleich, Problemkredite/ Watch-List, Risikokonzentrationen, RWA-Entwicklung, EL-Entwicklung, Ergebnisse aus Szenarioanalysen/Stresstests, MaRisk-Pflichtangaben	quartalsweise	Gesamtvorstand, Kreditausschuss, Bankrisikokomitee, Kreditrisikokomitee
Liquiditätsrisiken	Liquiditätsstatus inklusive Limitauslastung, Cashflows, Liquiditätsquellen	täglich	Gesamtvorstand, Markttrisikokomitee, Financial Markets
	Liquiditätsstatus inklusive Limitauslastung, Cashflows, Liquiditätsquellen, Ergebnisse der Szenarioanalysen/Stresstests	wöchentlich	Bankrisikokomitee operative Markteinheiten
	Liquiditätsstatus, Stresstest, Liquiditätsreserve, Funding-Struktur	monatlich	Gesamtvorstand, Markttrisikokomitee, Aufsicht
Operationelle Risiken	Aufgetretene Schadenfälle	wöchentlich	Fraud-Gremium, OpRisk-Komitee
	Schadenfälle (Indikatoren), Einhaltung von Warnschwellen, Frequenzschäden, Auslastung der VaR-Limite, Ergebnisse aus den Szenarioanalysen und Self-Assessment	monatlich	Gesamtvorstand, OpRisk-Komitee
Geschäftsrisiken	Volumenentwicklung Kundenprodukte	täglich	Gesamtvorstand, operative Markt- und Marktfolgeeinheiten
	Risikokennzahlen, Stresstestergebnisse	monatlich	Gesamtvorstand, Markttrisikokomitee

Die übrigen Risikoarten – Beteiligungsrisiken, Immobilienrisiken und Kollektivrisiken – werden im Rahmen der Berichterstattung zu den Gesamtbankrisiken entsprechend als Einzelrisiken berichtet. Über die Kollektivrisiken wird darüber hinaus monatlich auch das MRK informiert.

Risikoartenunabhängig besteht eine Ad-hoc-Eskalationspflicht für alle entscheidungsrelevanten Ereignisse und Entwicklungen.

Aufsichtsrechtliche Anforderungen

Eigenmittelausstattung

Die Postbank nutzt für die Kalkulation der Eigenmittelanforderungen den IRB-Basis-Ansatz sowie den IRB-Ansatz für das Mengengeschäft auf Basis der Vorgaben von Basel II.

Für die folgenden Portfolios – gegliedert nach Forderungsklassen gemäß Solvabilitätsverordnung (SolvV) – hat die Postbank per Stichtag 31. Dezember 2012 die aufsichtsrechtliche Eigenmittelunterlegung nach den Regelungen der internen Ratingansätze kalkuliert: Zentralregierungen (Staaten), Institute (Banken), Unternehmen (Firmenkunden Inland, Firmenkunden Ausland, Gewerbliche Finanzierungen Inland, Gewerbliche Finanzierungen Ausland, Angekaufte Forderungen Unternehmen, Versicherungsgesellschaften), Mengengeschäft (Baufinanzierungen Deutsche Postbank AG, Baufinanzierungen BHW, Ratenkredite, Girokredite für wirtschaftlich Selbstständige und Geschäftskunden, Angekaufte Forderungen Retail), Beteiligungen (soweit nicht nach § 338 Abs. 4 SolvV ausgenommen), Verbriefungen und sonstige kreditunabhängige Aktiva.

Für die nicht nach den IRB-Ansätzen kalkulierten Restportfolios wendet die Postbank den Kreditrisiko-Standardansatz an. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um folgende Portfolios: Kontokorrentkredite und Beitreibungsgeschäft im Privatkundensegment, Portfolios der anderen Tochtergesellschaften des Postbank Konzerns mit Ausnahme der BHW Baufinanzierungen, Geschäfte aus auslaufenden Geschäftsbereichen und Forderungen gegenüber Geschäftspartnern aus dem öffentlichen Sektor des europäischen Wirtschaftsraums.

Bei Verbriefungspositionen erfolgt die Behandlung gemäß IRB-Ansatz oder Kreditrisiko-Standardansatz auf Basis der zugrunde liegenden Geschäfte. Die Eigenmittelunterlegung für Verbriefungen wird in der Regel auf Basis des rating-basierten Ansatzes mittels externer Ratings bzw. mittels des aufsichtlichen Formelansatzes kalkuliert. Für die von der Postbank originierte Verbriefungstransaktion PB Domicile 2006-1 wendet die Postbank eine abgeleitete Bonitätsbeurteilung an. Verbriefungspositionen, für die sich ein Risikogewicht von 1.250 % errechnet, werden vom Eigenkapital abgezogen.

Für Beteiligungen des Anlagebuchs, die nicht aufsichtsrechtlich zu konsolidieren oder von den Eigenmitteln abzuziehen sind, ermittelt die Postbank die Eigenmittelunterlegung portfoliospezifisch ebenso wie für kreditunabhängige Aktiva auf Basis von aufsichtlich vorgegebenen Risikogewichten. Bereits vor dem 1. Januar 2008 gehaltene strategische Beteiligungen sind befristet von der IRBA-Eigenmittelunterlegung ausgenommen und werden gemäß Kreditrisiko-Standardansatz kalkuliert.

Die Postbank hat sich in entsprechenden Umsetzungsprojekten auf eine zukünftige Anwendung des fortgeschrittenen IRB-Ansatzes zur Ermittlung der Eigenmittelanforderungen für Adressenausfallrisiken unter Verwendung selbst geschätzter Verlustquoten auch für die Nicht-Mengengeschäft-Portfolios vorbereitet. Die Anwendung des fortgeschrittenen IRB-Ansatzes und die damit erwartete Entlastung sowohl bei den risikogewichteten Aktiva als auch bei der Eigenkapitalquote werden für das erste Halbjahr 2013 angestrebt, vorbehaltlich der entsprechenden Zulassung durch die Aufsichtsbehörden.

Die Berechnung der Eigenmittelanforderungen für die Marktrisiken erfolgt bei der Postbank derzeit nach den aufsichtsrechtlichen Standardmethoden. Für die Berechnung der Eigenmittelanforderungen für Operationelle Risiken nutzt die Postbank einen fortgeschrittenen Messansatz (Advanced Measurement Approach – AMA).

Liquiditätsanforderungen

Die Deutsche Postbank AG erfüllt die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Liquidität gemäß § 11 KWG in Verbindung mit der am 1. Januar 2007 in Kraft getretenen Liquiditätsverordnung (LiqV). Die Postbank kalkuliert die Liquiditätskennzahlen auf Basis der aufsichtsrechtlichen Standardmethode gemäß §§ 2 bis 7 LiqV. Die Prozesse zur konzernweiten Identifikation, Messung, Überwachung und Steuerung der Liquiditätsrisiken orientieren sich an den in den „Principles for Sound Liquidity Risk Management and Supervision“ formulierten Anforderungen.

Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk)

Die Anforderungen aus der Neufassung der MaRisk vom 14. Dezember 2012 werden – entsprechend den regulatorisch vorgegebenen Umsetzungs- und Übergangsfristen – schrittweise im Rahmen eines 2012 aufgesetzten Projekts umgesetzt. Geplante Schwerpunkte der Umsetzung im Jahr 2013 sind insbesondere die neuen Anforderungen zur Compliance-Funktion, zur Risk Governance sowie Aspekte der Kapitalplanung und des Liquiditätsrisikomanagements.

Aufsichtsrechtliche Neuerungen

Derzeit bereitet sich die Postbank im Rahmen entsprechender Projekte auf die Umsetzung der Basel-III-Anforderungen (Capital Requirements Directive – CRD IV/Capital Requirements Regulation – CRR I) vor. Diese beinhalten zahlreiche Neuerungen im Hinblick auf die Ermittlung der anrechenbaren Eigenmittel sowie der Eigenmittelanforderungen für Adress- und Marktrisiken. Zusätzlich sind künftig neue aufsichtsrechtliche Berichte zur Liquiditätsausstattung sowie zur Verschuldung (Leverage Ratio) laufend zu erstellen. Die hierfür erforderlichen Erweiterungen in den Datenhaushalten und Meldesystemen wurden 2012 konsequent vorangetrieben. Schließlich sind mit der Umsetzung von Basel III auch umfangreiche prozessuale Änderungen verbunden, die ebenfalls im Rahmen diesbezüglicher Projekte erarbeitet und dokumentiert werden.

Parallel soll ab 2013 sukzessive auch die Einführung der Neuerungen des Gesetzespakets „Modernisierung des bankaufsichtlichen Meldewesens“ erfolgen. Diese umfassen neben Neuerungen im Meldewesen für die Solvabilität (Common Solvency Ratio Reporting – COREP), im Großkredit- sowie im Millionenkredit-Meldewesen auch neue Meldungen mit unterjährigen Finanzdaten nach HGB und IFRS. Auch diese neuen Anforderungen werden im Rahmen entsprechender Projekte technisch und prozessual implementiert.

Überwachung und Steuerung von Marktrisiken

Zur Steuerung ihrer Marktrisiken bedient sich die Postbank einer Kombination aus Risikokennzahlen, Ergebnisgrößen und sonstigen Kennzahlen. Die Wertveränderungen der mit Marktrisiken behafteten Positionen werden aus der täglichen Marktbewertung abgeleitet. Bei inaktiven Marktsegmenten wird im Rahmen eines gesonderten Prozesses regelmäßig überprüft, inwieweit die verfügbaren Marktdaten noch adäquate Bewertungen ermöglichen. Für definierte Bestände werden deshalb aus Bewertungsmodellen abgeleitete Kurse verwendet. Die Ergebnissteuerung der Marktrisikopositionen erfolgt primär mit einem barwertigen Fokus. Sämtliche Marktrisiken werden auf Value-at-Risk-Basis gemessen. Risiken aus möglichen Spread-Veränderungen sind in der Risikomessung berücksichtigt. Als weitere Steuerungskennzahlen werden Sensitivitätsmaße und Fristigkeitenstrukturen herangezogen.

Die vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise 2008 eingeleitete De-Risking-Strategie wurde auch im Jahr 2012 planmäßig mit dem Ziel fortgeführt, bis 2013 den Bestand an Finanzanlagen im Wesentlichen durch Fälligkeiten und Verkäufe um 45 % (Vergleichsstichtag 30. September 2008) abzubauen. Zum 31. Dezember 2012 wurde dieses Ziel von der Bank bereits erreicht. Das Risiko aus Aktienbeständen ist unverändert vernachlässigbar.

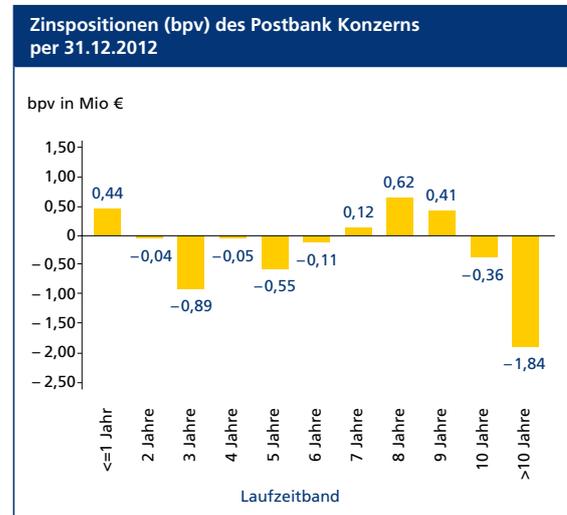
Um der relativen Bedeutung der Marktrisiken für die Postbank gerecht zu werden, sind für die kritischen Steuerungsgrößen sowie für exogene Ereignisse Eskalationsmechanismen definiert, die eine zeitnahe Reaktion bei Limitannäherungen, bei Limitüberschreitungen oder im Falle von – für die Postbank relevanten – extremen Marktbewegungen ermöglichen.

Risikosteuerung von Zinsänderungsrisiken

Zinsänderungsrisiken ergeben sich, wenn die zinssensitiven Aktiva und Passiva in den einzelnen Laufzeitbändern voneinander abweichende Beträge und Zinssätze aufweisen. Zur Quantifizierung der Zinsänderungsrisiken werden für die Kundengeschäfte mit wesentlichen impliziten Optionen spezielle Verhaltensannahmen auf der Basis von in der Vergangenheit beobachteten Verhaltensmustern getroffen. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die variabel verzinslichen Kundeneinlagen bei der Deutschen Postbank AG, die Positionen des Bausparkollektivs der BHW Bausparkasse AG sowie das Kundenkreditgeschäft. Spezielle Abbildungsregeln und Bodensatzdefinitionen ergänzen das Konzept zur Risikoüberwachung und -steuerung. Die dazu verwendeten Modellierungsmethoden werden laufend überprüft und weiter verfeinert. Das Verhalten von Anlegern bei unbefristeten Einlagen wird gemäß den internen Modellen und Verfahren zur Steuerung und Überwachung der Zinsänderungsrisiken modelliert. Eigenkapitalbestandteile, die dem Institut zeitlich unbegrenzt zur Verfügung stehen, werden nicht in die Ermittlung der Zinsänderungsrisiken einbezogen.

Die Analyse der Zinsrisiken ist integraler Bestandteil der täglichen Marktrisikomessung im Handels- und im Anlagebuch. Die nachstehende Grafik zeigt das Profil der offenen Zinspositionen des Postbank Konzerns zum 31. Dezember 2012 in Form einer Basis-point-value (bpv)-Darstellung. Positionen mit einem negativen Wert stellen ein aktivisches Zinsänderungsrisiko dar, hier besteht also ein Überhang der Aktivpositionen. Positive Werte sind analog als Passivüberhang zu interpretieren. In Summe ist die Postbank zum

31. Dezember 2012 weiterhin mit einem aktivischen Zins-Exposure positioniert.



Die Abbildung zeigt, dass sich die aktivischen Überhänge zum Stichtag 31. Dezember 2012 im Wesentlichen auf den mittleren Laufzeitbereich – 2 bis 6 Jahre – sowie den Bereich langfristiger Laufzeiten von 10 Jahren und mehr konzentrieren. Vor dem Hintergrund fallender Geld- und Kapitalmarktsätze wurde die in Summe aktivische Zinspositionierung auch 2012 beibehalten. Der Gesamt-bpv lag zum 31. Dezember 2012 bei ca. –2,2 Mio € nach ca. –2,0 Mio € am 31. Dezember 2011. Die Zinssensitivitäten resultieren überwiegend aus Euro- (bpv: ca. –1,1 Mio €) und aus US-Dollar-Positionen (bpv: ca. –1,1 Mio €); die Zinssensitivitäten gegenüber anderen Währungen sind unwesentlich. Als Instrument zur aktiven Steuerung der Zinsänderungsrisiken dient der Postbank im Wesentlichen der Abschluss von Zinsswaps.

Value-at-Risk-Messung, Limitierung und Backtesting

Die Quantifizierung und Überwachung der eingegangenen Marktrisiken erfolgt im Postbank Konzern auf Basis des Value-at-Risk (VaR)-Konzepts. Der VaR eines Portfolios bestimmt die potenzielle negative Marktwertveränderung, die in einem bestimmten Zeitraum mit einer vorgegebenen Wahrscheinlichkeit in dem betreffenden Portfolio nicht überschritten wird. Die Berechnung wird auf alle mit Marktrisiken behafteten Positionen des Handelsbuchs und des Anlagebuchs konsistent und ohne Berücksichtigung ihres jeweiligen bilanziellen Ausweises angewandt.

Die Ermittlung des VaR erfolgt im Postbank Konzern einheitlich auf Basis einer Monte-Carlo-Simulation. Bei der operativen Steuerung werden ein Konfidenzniveau von 99 % und eine Haltedauer von 10 Tagen (Anlagebuch) bzw. 1 Tag (Handelsbuch) zugrunde gelegt. Als maßgebliche Risikofaktoren werden bei der VaR-Berechnung Zins- und Spread-Kurven, Aktienkurse, Wechselkurse sowie Volatilitäten berücksichtigt. Im Jahr 2012 wurde das Marktrisikomodell dahingehend überarbeitet, dass nun auch wesentliche spezifische Credit-Spread-Risiken im Marktrisiko-VaR berücksichtigt werden.

Korrelationseffekte zwischen den Risikofaktoren leiten sich aus historischen Beobachtungswerten ab. Neben dem Gesamt-VaR, der sämtliche Korrelationseffekte der Risikofaktoren berücksichtigt, werden auch VaR-Beiträge für die wesentlichen Unterarten des Marktrisikos (Zins-, Spread-, Aktien- und Währungsrisiken) täglich ermittelt und analysiert.

Die Marktrisiken werden durch ein System risikobegrenzender Limite gesteuert. Das Gesamtisrisikokapital für Markt- risiken wird vom Bankrisikokomitee beschlossen und vom Marktrisikokomitee in Form von operativen Sublimiten den einzelnen Einheiten bzw. Portfolios zugeteilt. Neben Limiten, bezogen auf den Gesamt-VaR sowie die wesentlichen Unterarten des Marktrisikos, werden Verlustlimite für potenzielle Marktwertverluste in einzelnen Portfolios allokiert. Die Risikomessung und -überwachung erfolgt für die Gesamtbank auf End-of-Day-Basis, für die Handelsportfolios besteht zusätzlich eine Intraday-Überwachung des Marktrisikos. Die Limite werden ergebnisabhängig dynamisiert; über das Verlustlimit hinausgehende aufgelaufene Verluste reduzieren das Limit, aufgelaufene Gewinne füllen es wieder bis maximal auf das ursprünglich festgelegte Niveau auf. Im Jahr 2012 führte der Prozess der Limitdynamisierung aufgrund aufgetretener Marktwertverluste und steigender VaR-Werte auf Subportfolioebene tageweise zur Überschreitung von Warngrenzen. Die eingeräumten VaR-Limite auf Konzern- und Portfolioebene wurden aber jederzeit eingehalten.

Neben den VaR-Limiten sind vom Marktrisikokomitee Sensitivitätslimite festgelegt worden, die die Credit-Spread- und die Zins-Sensitivitäten in den verschiedenen Segmenten, Portfolios und Laufzeiten begrenzen.

Die zur Berechnung des VaR angewandten Verfahren werden regelmäßig validiert und im Hinblick auf ihre Zuverlässigkeit überprüft. Dabei wird die Prognosegenauigkeit des berechneten VaR u. a. durch Vergleich mit den eingetretenen Gewinnen und Verlusten infolge tatsächlicher Marktwertveränderungen, aber unverändertem Bestand, überprüft (Clean Mark-to-Market Backtesting). Per Ultimo 2012 zeigt das Backtesting (einseitiger Binomialtest gemäß Baseler Ampel-Ansatz) im Rahmen der statistisch zu erwartenden Bandbreiten liegende Ergebnisse (Ampelfarbe Grün) und bestätigt damit die grundsätzliche Angemessenheit des verwendeten VaR-Verfahrens.

Stresstesting

Zusätzlich zu den VaR-Berechnungen werden zur besonderen Analyse der Auswirkungen extremer Marktbewegungen sowie zur Identifikation von Risikokonzentrationen in regelmäßigen Abständen Szenarioanalysen und Stresstests durchgeführt. Diese Analysen quantifizieren die Auswirkungen außergewöhnlicher Ereignisse und extremer Marktbedingungen auf die entsprechenden Positionen des Postbank Konzerns. Die Szenarioanalysen und Stresstests werden für alle wesentlichen Risikofaktoren durchgeführt. Die den Stresstests zugrunde liegenden Annahmen unterliegen einer laufenden Validierung.

Auch im Berichtsjahr wurden die Szenarioannahmen und die Stressparameter regelmäßig überprüft, und darüber hinaus wurde das Spektrum der durchgeführten Stresstests erweitert. Die Stresstests umfassen sowohl aus historisch beobachteten Risikofaktoränderungen abgeleitete Szenarien als auch

hypothetische Extremszenarien. Der Gesamtvorstand, die Mitglieder des BRK und des MRK sowie der Aufsichtsrat werden über die wesentlichen Ergebnisse der Szenarioanalysen regelmäßig informiert. Die im Jahr 2012 durchgeführten Szenarioanalysen zeigen, dass die Risikotragfähigkeit des Postbank Konzerns auch bei einer neuerlichen Verschärfung der Marktsituation gewährleistet wäre. Bei den regelmäßig durchgeführten internen Stresstests für Marktrisiken zeigen sich die größten Anfälligkeiten weiterhin im Zins- und im Spread-Bereich. Demgegenüber sind die Sensitivitäten gegenüber Aktienkurs-, Währungskurs- und Volatilitätsveränderungen deutlich geringer. Die hierbei angewendeten Stressparameter werden regelmäßig auf Angemessenheit geprüft.

Auch beim nachteiligsten der betrachteten historischen Stressszenarien wäre das für Marktrisiken zur Verfügung stehende Risikokapital ausreichend, um resultierende markt- wertige Verluste zu decken.

Der Maßgabe, Risikokonzentrationen zu berücksichtigen, wird in der Marktrisikomessung gesondert Rechnung getragen. Hierzu werden regelmäßig die Auswirkungen assetklassen-, rating- oder währungsspezifischer Stresstests analysiert und mithilfe von Sensitivitätsanalysen vorhandene Risikokonzentrationen identifiziert. Instrumente hierfür sind Zinsgapstruktur-Analysen, nach Emittenten, Assetklassen und Bonitäten differenzierte Analysen von Credit-Spread-Sensitivitäten sowie Analysen der Aktien- und der Fremdwährungspositionen des Konzerns.

Marktgerechte Bedingungen

Neben der Überwachung der Marktrisiken führt die Postbank auch eine Prüfung der im eigenen Namen für eigene Rechnung abgeschlossenen Handelsgeschäfte auf marktgerechte Preise (Marktgerechtheitskontrolle) durch. Die Überwachung erfolgt durch vom Handel unabhängige interne Kontrollstellen.

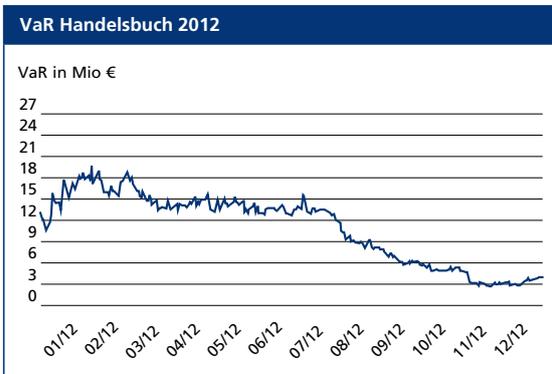
Risikokennzahlen

Für das Handelsbuch des Postbank Konzerns wurden für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2012 (sowie für das Vergleichsjahr 2011) folgende VaR-Werte (Konfidenzniveau: 99 %, Haltedauer: 10 Tage) ermittelt:

Value-at-Risk-Handelsbuch	2012 Mio €	2011 Mio €
VaR am Jahresende	3,9	12,3
Minimaler VaR	2,8	3,4
Maximaler VaR	18,7	25,8
Durchschnittlicher VaR	10,7	10,2
Limit am Jahresende ¹	10,0	23,0

¹Nach Berücksichtigung von limitverzehrenden Verlusten in der freien Risikodeckungsmasse

Die Entwicklung des VaR für das Handelsbuch ist der folgenden Grafik zu entnehmen.



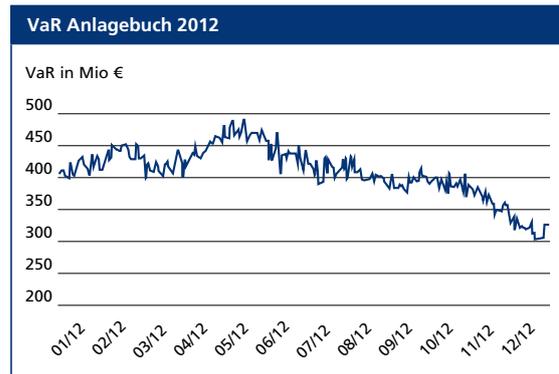
Im Verlauf des VaR für das Handelsbuch spiegelt sich die veränderte Handelsstrategie der Postbank wider, die eine deutliche Reduktion der Handelsaktivitäten und einen Abbau der Risikopositionen vorsieht. Zum 31. Dezember 2012 lag der VaR des gesamten Handelsbuchs nur noch bei 3,9 Mio € (zum Vergleich: 12,3 Mio € per 31. Dezember 2011). Die VaR-Limitauslastung wird laufend überwacht, die Limite wurden jederzeit auch auf Subportfolioebene eingehalten.

Für das Anlagebuch, auf das der weitaus größte Teil der Marktrisiken entfällt, betrug der VaR (Konfidenzniveau: 99 %, Haltedauer: 10 Tage) zum 31. Dezember 2012 327,3 Mio € (zum Vergleich: 441,7 Mio € per 31. Dezember 2011).

Value-at-Risk-Anlagebuch	2012 Mio €	2011 Mio €
VaR am Jahresende	327,3	441,7
Minimaler VaR	305,0	245,7
Maximaler VaR	496,8	441,7
Durchschnittlicher VaR	416,1	345,0
Limit am Jahresende ¹	500,0	523,0

¹Nach Berücksichtigung von limitverzehrenden Verlusten in der freien Risikodeckungsmasse

In die Berechnung werden alle wesentlichen marktrisikotragenden Bestände des Anlagebuchs einbezogen. Bedingt durch die Geschäftsstrategie des Postbank Konzerns, wird die Höhe der Marktrisiken im Anlagebuch im Wesentlichen durch Zins- und Spread-Risiken determiniert. Fremdwährungsrisiken haben eher eine untergeordnete Bedeutung und entstehen vor allem durch die Geschäftsaktivitäten der ausländischen Töchter der Postbank. Die aus Fremdwährungspositionen resultierenden barwertigen Risiken sind Bestandteil der täglichen Marktrisikomessung und -berichterstattung. In der Steuerung liegt der Fokus zum einen auf der barwertigen Betrachtung und zum anderen auf der Minimierung möglicher GuV-Risiken aus Fremdwährungspositionen. Aktienrisiken, die u. a. auch aus der Steuerung der Risiken aus Kundenprodukten resultieren, sind gering.



Die seit dem zweiten Halbjahr 2011 beobachtete Erhöhung des VaR im Anlagebuch der Postbank – verursacht durch einen sprunghaften Anstieg der Spread-Volatilitäten europäischer Sovereigns und Banken als Folge der eskalierenden Staatsschuldenkrise – setzte sich nach einer kurzfristigen Beruhigung zunächst auch im zweiten Quartal 2012 fort. Ab Mitte des Berichtsjahres sank der VaR im Anlagebuch jedoch wieder sukzessive, verbunden mit einer deutlichen Einengung der relevanten Credit-Spreads. Zum Jahresende 2012 lag das Marktrisiko deutlich unter dem Niveau des Vorjahresresultimos.

Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken

Der Postbank Konzern orientiert sich in der Gesamtzusammensetzung des Kreditportfolios mit den Schwerpunkten Firmenkunden inklusive gewerbliche Immobilienfinanzierungen, Banken, Staaten (Zentral- und Regionalregierungen sowie Kommunen) und Retail sowie den damit einhergehenden Risikokonzentrationen an einem Zielfortfolio. Dieses Zielfortfolio wurde nach der Maßgabe eines ausgewogenen Verhältnisses von Rendite und Risiko aufgestellt. Auf dessen Basis werden die Ratingklassen-, Branchen- und Regionenverteilungen strukturiert. Quartalsweise erfolgt ein Abgleich des aktuellen Forderungsportfolios mit dem Zielfortfolio. Zum 31. Dezember 2012 wurde die Portfoliostruktur um das Segment Non Core Operating Unit erweitert. Für das Firmenkundengeschäft erfolgt zusätzlich eine einzelbezogene Rentabilitätsbetrachtung mittels des Return-on-Equity, des Verhältnisses von risikoadjustierter Nettomarge zu gebundenem Eigenkapital. Das Privatkundengeschäft ist aufgrund der ausgeprägten Risikodiversifikation im Rahmen der Definition des Zielfortfolios nicht grundsätzlich limitiert, sondern wird über die Nettomargenerwartungen nach Abzug des erwarteten Risikos gesteuert.

Das Management und die Überwachung des Adressenausfallrisikos und damit die Umsetzung der Kreditrisikostategie finden zum einen auf Basis des Einzelrisikos und zum anderen auf Portfolioebene statt.

**Steuerung der Einzelrisiken
Kreditgenehmigungsverfahren**

Die Kreditrichtlinien des Postbank Konzerns enthalten detaillierte Vorgaben für alle Kreditgeschäfte. Kreditgenehmigungen unterliegen einer festgelegten Kompetenzordnung, in deren Rahmen Entscheidungsträger oder -gremien zum Abschluss von Kreditgeschäften autorisiert sind. Die Kreditkompetenzen werden anhand festgelegter Höchstkreditgrenzen pro Gruppe verbundener Kunden (vgl. § 19 Abs. 2 KWG) in Abhängigkeit von der Bonitätseinstufung

(Rating) und der Höhe bei Firmenkunden und Geschäften im Geschäftsbereich Financial Markets definiert. Ein wesentliches Merkmal des Kreditgenehmigungsverfahrens ist die Trennung zwischen Markt (Vertrieb/Handel) und Marktfolge, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben (MaRisk). Eine bankaufsichtsrechtlich zulässige Ausnahme von der strengen Funktionstrennung bildet das standardisierte Kreditvergabeverfahren im nicht risikorelevanten Geschäft, worunter die Postbank private Wohnungsbaufinanzierungen bis 1 Mio €, andere Retail-Kreditprodukte sowie im Geschäftsbereich Firmenkunden Kredite bis 750 T€ versteht, für die vereinfachte und standardisierte Verfahren Anwendung finden.

Scoring und Rating

Die Postbank verfügt über interne Ratingsysteme, die zur Nutzung des IRB-Ansatzes nach Basel II bzw. gemäß Solvabilitätsverordnung zugelassen sind. Neben methodischen und prozessual-organisatorischen Anforderungen haben diese Ratingsysteme ihre Eignung bei der Klassifizierung des Bestands- bzw. des Neugeschäfts bewiesen. Unabhängig von der Größe und der Art des Kreditgeschäfts wird im Kreditgenehmigungsverfahren sowie mindestens jährlich und anlassbezogen ein individuelles Rating oder Scoring durchgeführt.

Die Verantwortung für die Konzeption, die methodische Überwachung, die Kalibrierung, die Validierung aller eingesetzten und die Implementierung der in internen Datenverarbeitungen umgesetzten internen Ratingverfahren obliegt der Abteilung Kreditrisikocontrolling Risikomodelle. Ein für die Prozessunterstützung eingerichtetes Modell- und Validierungskomitee (MVK) stellt – gemeinsam mit dem ihm untergeordneten Model-Change-Policy-Komitee (MCPK) – auch die Einbindung der Ergebnisse aus der Überwachung der internen Ratingverfahren in das interne Berichtswesen und die Steuerungsprozesse der Bank sicher. Der Vorstand wird regelmäßig von den zuständigen Gremien (BRK, KRK, MVK) über die Funktionsfähigkeit der Ratingsysteme sowie über die Ratingergebnisse im Rahmen des Managementreportings informiert. Die Prozessüberwachung liegt in der im Chief Operating Office des CRO-Bereichs angesiedelten Abteilung Risikostandards. Die Weiterentwicklung, laufende Validierung und gegebenenfalls Rekalibrierung der Scoring- und Ratingsysteme stellte im Jahr 2012 einen Tätigkeitsschwerpunkt des Kreditrisikocontrollings der Bank dar. Die Interne Revision prüft jährlich die Angemessenheit der internen Ratingsysteme inklusive der Einhaltung der Mindestanforderungen an den Einsatz der Ratingsysteme.

Im Retail Banking erfolgen Kreditvergabe, Prolongationsentscheidung und die Gestaltung der Konditionen, basierend auf den Ergebnissen statistischer Scoringmodelle und über Genehmigungsrichtlinien. Die bei der Postbank eingesetzten Scoringmodelle verwenden interne und externe Informationen über den Kreditnehmer und schätzen mittels statistischer Verfahren individuell die PD (Probability of Default = Ausfallwahrscheinlichkeit) eines Kreditnehmers bzw. eines Kredits. Im Rahmen der Berechnung der LGD (Loss Given Default = Verlustquote) werden, bezogen auf die anrechenbaren Sicherheiten, individuell die Verwertungsquoten sowie im Falle des kleinteiligen unbesicherten Mengengeschäfts pauschal die Wiedereinbringungsquoten geschätzt. Im Rahmen der CCF-Ermittlung (Credit Conversion Factor = Konversionsfaktor) wird der Ausnutzungsgrad der offenen Linien zum Ausfallzeitpunkt geschätzt.

Für Kunden sowie Garantiegeber im Bereich Firmenkunden, Banken und Staaten werden für die Kreditentscheidung und die Konditionengestaltung Ratingmodelle verwendet, die in der Regel aus einem statistischen Bilanzrating oder einer Simulation der erwarteten Zahlungsströme bestehen und zusätzlich über eine heuristische Komponente qualitative und kurzfristigere Informationen in das interne Rating einbeziehen. Verflechtungen eines Kreditnehmers werden über ein Konzept für Schuldnergesamtheiten berücksichtigt.

Alle internen Ratings und Scorings werden auf einer einheitlichen Masterskala abgebildet, die jedem Rating- oder Scoringergebnis eine Ratingklasse und die für die Klasse festgelegte Ausfallwahrscheinlichkeit zuordnet. Die Postbank lehnt sich hierbei an die Bezeichnungen der Ratingagentur Standard & Poor's an.

Die Validierung der Rating- und der Scoringverfahren findet bei der Postbank im Rahmen der jährlichen Modellvalidierung und des laufenden Monitoringprozesses statt. Die Modellvalidierung stützt sich auf standardmäßige Kernanalysen, die die Gesichtspunkte Stabilität der Modellformel bzw. der geschätzten Parameter und der Verteilungen, die Trennschärfe des Ratingmodells sowie die Bestätigung der Vorhersagekraft der Modelle beinhalten, beleuchtet aber auch qualitative Aspekte. Im Rahmen der Validierung werden auch eventuelle Veränderungen in der Verlusthistorie durch Anpassung der Parameter berücksichtigt.

Grundsätzlich ergibt sich aus der Einbindung der Modellvalidierung in die Prozesse der Postbank die Möglichkeit, geschäftspolitische und modellrelevante Maßnahmen aus den Ergebnissen der Kernanalysen direkt abzuleiten. In der Datenverarbeitung werden alle relevanten Inputfaktoren und die Ergebnisse der durchgeführten Ratings gespeichert, sodass eine lückenlose Ratinghistorie für jeden Kunden bzw. jedes Geschäft besteht.

Rating- und Scoringergebnisse dienen – über die Unterstützung im Kreditentscheidungsprozess hinaus – u. a. auch als Grundlage für die Berechnung des erwarteten Verlusts, also des Verlusts, der im statistischen Mittel über den Zeitraum eines Jahres zu erwarten ist. Sie fließen neben anderen Größen über die Standardrisikokosten (vgl. nachstehenden Abschnitt) indirekt in die Margenkalkulation ein.

Risiko-/Rendite-Steuerungsgrößen

Für erwartete Ausfälle im Kreditgeschäft des Postbank Konzerns werden die durchschnittlichen Standardrisikokosten in der Vorkalkulation kreditindividuell berücksichtigt. Dadurch können alle Kreditgeschäfte im Rahmen der Vorkalkulation bewertet werden. Die Standardrisikokosten fließen als Prämie für den erwarteten Verlust in die Preisbestimmung und in Form einer Return-on-Equity-Kennziffer (RoE) in die Rentabilitätsberechnung der Forderungen bei Firmenkunden ein. Die Rentabilitätsbetrachtung zielt auf eine ganzheitliche Bewertung der Kundenbeziehung ab und findet für den Retail-Bereich auf Produkt- bzw. Portfolioebene, für den Non-Retail-Bereich individuell statt.

Sicherheitenmanagement

Das Sicherheitenmanagement ist wichtiger und integraler Bestandteil des Kreditmanagementprozesses der Postbank. An die Qualität (z. B. die rechtliche Wirksamkeit und die Durchsetzbarkeit) der hereingenommenen Sicherheiten werden strenge Maßstäbe angelegt. Die Werthaltigkeit der

Sicherheit wird nicht nur bei Kreditgewährung, sondern auch während der Laufzeit des Kredits auf Basis konzern-einheitlicher Standards kontinuierlich überwacht. Die entsprechenden Sicherheitenprozesse werden regelmäßig hinsichtlich regulatorischer Anforderungen überprüft und weiter verbessert. Im Jahr 2012 wurden die Prozesse für die Hereinnahme und Überwachung von Grundpfandrechten und Guthabenverpfändungen in der gewerblichen Immobilienfinanzierung der Deutschen Postbank AG weiter optimiert; die neuen Prozesse greifen ab Jahresanfang 2013. Als Sicherungsinstrumente nutzt die Postbank hauptsächlich Grundpfandrechte zur Absicherung von Immobilienfinanzierungen, Garantien und Kreditderivate sowie finanzielle Sicherheiten und sonstige Sachversicherungen.

Die Verantwortung für das Sicherheitenmanagement liegt in der Marktfolge (mit partiellen Erleichterungen für das nicht risikorelevante Geschäft der Deutschen Postbank AG) und umfasst die Anerkennung als Sicherheit, die rechtliche Beordnung und die regelmäßige Überprüfung und Bewertung sowie die Verwaltung der anrechenbaren Sicherheiten. Die immobilien Sicherheiten werden in den positionsführenden Systemen erfasst. Die Wertansätze der anrechenbaren Sicherheiten werden in Abhängigkeit von der Art der Besicherung nach festgelegten Überwachungsfrequenzen, im Regelfall jährlich bzw. bei kritischen Engagements in kürzeren Intervallen, überprüft.

Garantien und Kreditderivate müssen unwiderruflich und unbedingte sein, um als Kreditrisikominderungsinstrument bei der Mindesteigenkapitalberechnung für Adressrisiken angerechnet werden zu können. Anerkannt werden nur Garantien von Staaten (Zentral- und Regionalregierungen sowie Kommunen), sonstigen staatlichen Stellen, Banken, supranationalen Organisationen und juristischen Personen mit einem Rating von mindestens A-. Garantie- sowie Sicherheitengeber im Zusammenhang mit Kreditderivaten unterliegen den gleichen Risikoklassifizierungs-, Risikolimitierungs- und Risikoüberwachungsverfahren wie Kreditnehmer.

Grundpfandrechte werden bei der Berechnung des möglichen Verlusts bei Ausfall eines Kredits berücksichtigt. Im Falle einer dauerhaften Zahlungsunfähigkeit des Kreditnehmers erfolgt die Verwertung der Sicherheiten.

Bei grundpfandrechten Kreditsicherheiten im Firmenkundengeschäft erfolgen turnusmäßig, mindestens jährlich, eine objektbezogene Wertüberprüfung sowie im Inland eine marktbezogene Überwachung auf Basis des Marktwertschwankungskonzepts der Deutschen Kreditwirtschaft (ehemals: Zentraler Kreditausschuss (ZKA)). Daneben erfolgt eine fortlaufende qualitative Beobachtung der relevanten Branchen und Immobilienmärkte durch den Markt- und den Marktfolgebereich. Bei Krediten bzw. Immobilienwerten im Volumen von mehr als 3 Mio € wird die Bewertung grundsätzlich spätestens nach drei Jahren durch unabhängige, qualifizierte Kreditspezialisten überprüft bzw. eine Neubewertung durch Immobiliensachverständige vorgenommen.

Sofern die sofortige Verwertung von der Postbank zur Kreditsicherung übertragenen Sicherheiten aus rechtlichen oder wirtschaftlichen Gründen nicht möglich oder sinnvoll ist, kann die Liquidation dieser Sicherheiten bis zur Klärung der rechtlichen Voraussetzungen bzw. bis zum Eintritt einer wirtschaftlich sinnvoller Situation unter bestmöglicher

Bewirtschaftung und Entwicklung zunächst zurückgestellt werden (aktives bzw. passives Halten).

Bei der BHW Bausparkasse AG und der BHW Kreditservice GmbH ist die Einführung eines neuen Sicherheitenverwaltungssystems bis Ende 2013 geplant. Für die Deutsche Postbank AG ist die Weiterentwicklung der vorhandenen Sicherheitenmanagement-Systemlandschaft vorgesehen.

Kreditüberwachung und Problemerkreditverfahren

Bei nicht standardisierten Krediten erfolgt eine Überwachung der Kreditrisiken durch mindestens jährliche Bonitätsprüfungen sowie infolge von Ereignissen, die die Bonität eines Schuldners beeinflussen können. Die Kontrollen werden, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben, von den operativen Krediteinheiten in der Marktfolge und bei Handelsgeschäften zusätzlich vom Risikocontrolling durchgeführt.

Im Bereich des individuellen Kreditgeschäfts mit Firmenkunden sowie im Bereich der Baufinanzierung (hier ab 750 T€ je Kreditnehmer bzw. Kreditnehmereinheit) hat die Postbank, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen, einen Kreditüberwachungsprozess implementiert, durch den anhand definierter qualitativer und quantitativer Frühwarn- und Risikoindikatoren (z. B. Brancheninformationen, betriebswirtschaftliche Daten, Kunden- und Kontoführungsdaten und Ratingveränderungen) erhöht risikobehaftete Kredite identifiziert werden. Die frühzeitige Erkennung des zunehmenden Kreditausfallrisikos anhand der Frühwarn- und Risikoindikatoren ermöglicht der Postbank, zeitnah Maßnahmen zur Risikominderung zu ergreifen, gegebenenfalls Sanierungsmodelle mit dem Schuldner zu entwickeln und umzusetzen oder eine Kreditabwicklung einzuleiten.

Bei Identifikation eines Firmenkundenkredits als erhöht risikobehaftet wird der betreffende Kreditnehmer bei Frühwarnindikatoren in die Beobachtungs- und bei Risikoindikatoren als Intensivbetreuungs-, Sanierungs- oder Abwicklungsgeschäft (Watch-List) eingestuft. Der Einzelkredit ist bei Vorliegen harter („regelgebundener“) Risikoindikatoren zwingend und bei Vorliegen lediglich weicher („prinzipienorientierter“) Risikoindikatoren nach Ermessen des betreuenden Kreditspezialisten in Zusammenarbeit mit den Sanierungsspezialisten entsprechend einzustufen. Die Watch-List wird laufend von den verschiedenen Kreditabteilungen aktualisiert und dem Ressortvorstand CRO sowie dem KRK quartalsweise vorgelegt. Die größten Einzelengagements sowie Kredite, die in der Entscheidung des Gesamtvorstands lagen, werden als Teil des vierteljährlichen Kreditrisikoberichts an den Gesamtvorstand und den Kreditausschuss des Aufsichtsrats berichtet.

Steuerung der Kreditrisiken auf Portfolioebene

Portfoliosteuerung

Über die Überwachung der Einzelrisiken hinaus ermittelt der Postbank Konzern das notwendige ökonomische Kapital (auch Economic Capital bzw. EC) für den gesamten mit Kreditrisiken behafteten Forderungsbestand des Konzerns. Das von der Postbank genutzte Kreditportfoliomodell berücksichtigt interne und externe Risikoparameter, Konzentrationsrisiken im Kreditportfolio sowie Wiederanlageeffekte bei Restlaufzeiten von unter einem Jahr und die Aufgliederung bis auf einzelne Schuldner.

Das EC ist die potenzielle negative Veränderung des Barwerts des Gesamtkreditportfolios durch eingetretene oder potenzielle Verluste aufgrund von Kreditrisiken, die innerhalb eines Jahres mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,93 % nicht überschritten wird. Im Rahmen des konzernübergreifenden Risikotragfähigkeitskonzepts der Postbank ist das EC als Maß für den unerwarteten Verlust aus Kreditrisiken durch Risikokapital zu unterlegen.

Im Unterschied zum EC ist der in der Tabelle „Kreditrisiken“ im Abschnitt Portfoliostruktur angegebene erwartete Verlust der Erwartungswert von Verlusten aus Kreditrisiken des Konzernportfolios, bezogen auf ein Zeitintervall von einem Jahr. Dieser berechnet sich näherungsweise als Produkt der Ausfallwahrscheinlichkeit, der Gesamtforderungshöhe bei Ausfall und der Verlustquote bei Ausfall und ist abhängig vom Rating des Kontrahenten bzw. des Geschäfts und der Laufzeit des Geschäfts. Der erwartete Verlust trägt nicht zum Gesamtrisiko der Bank bei, sondern wird über die Standardrisikokosten in der Margenkalkulation berücksichtigt.

Die Berechnung des EC basiert auf dem Migrationsverhalten der schuldnerepezifischen Bonitäten und den Korrelationswirkungen im Portfolio, um Risiken aus einer unvorteilhaften Konzentration der Kreditnehmer bezüglich ihrer Branchen-, Bonitäts- und Länderzugehörigkeit zu quantifizieren. Die Wahrscheinlichkeit einer Ratingveränderung (Migration) wird kontinuierlich aktualisiert und an die beobachteten Veränderungen der aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst. Zur Berechnung des EC werden alle Forderungen mit ihren zukünftigen Zahlungsströmen erfasst und auf den Betrachtungszeitpunkt diskontiert, sodass neben einem Kapitalausfall innerhalb des Betrachtungszeitraums von einem Jahr auch der barwertige Effekt aller über den Betrachtungszeitraum hinaus auftretenden Bonitätsveränderungen gemessen wird. Die Bewertung der Kreditrisiken erfolgt hierbei auf Basis der aktuellen internen und externen Bonitätsbeurteilungen sowie intern und extern abgeleiteter Parameterschätzungen für Verlustquoten.

Als externe Eingangsgrößen fließen in die EC-Berechnung u. a. fortlaufend aktualisierte Daten der Ratingagenturen, abgeleitete Migrationstabellen, Zinskurven sowie eine Kovarianzmatrix der im Korrelationsmodell verwendeten Risikofaktoren ein. Homogene, granulare Forderungen werden bei der Berechnung des EC zusammengefasst und nicht auf Einzelgeschäftsebene berechnet. Dies sind vor allem Produkte des Mengengeschäfts.

Mit den jeweils aktualisierten Bestands- und Marktdaten wird monatlich das EC des Konzernkreditportfolios berechnet. Die Berechnung des EC im Konzernkreditportfolio berücksichtigt die Diversifikationseffekte zwischen den Portfolios der Geschäftsbereiche. Die Auslastung der vom KRK den einzelnen Profitcentern zur Verfügung gestellten EC-Limite und des Gesamtlimits für Kreditrisiken wird regelmäßig überwacht.

Zusätzlich zur Berechnung des EC wird das Konzernkreditportfolio regelmäßig einem risikoartenübergreifenden Stresstesting und Sensitivitätsanalysen unterzogen mit dem Ziel, die Verluste zu quantifizieren, die als Folge extremer Ereignisse ausgelöst werden könnten.

Portfoliostruktur

Die Tabellen in diesem Kapitel beinhalten auch die zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerte, die im Wesentlichen auf die PB (USA) Holdings Gruppe entfallen und mit Wirkung zum 1. Januar 2013 an die Deutsche Bank verkauft wurden.

Zum 31. Dezember 2012 ist das Segment Non Core Operating Unit neu in die Portfoliostruktur aufgenommen worden (für weitere Portfoliodetails siehe Note 42 bzw. Abschnitt „Segmentberichterstattung“ des Konzernlageberichts).

Wesentliche Kennzahlen zur Beschreibung der Kreditrisiken für die unterschiedlichen Profitcenter zum 31. Dezember 2012 im Vergleich zum Jahresende 2011 werden in der folgenden Tabelle dargestellt (Volumen: IFRS-Buchwerte).

Kreditrisiken	Volumen		Erwarteter Verlust		Economic Capital (EC) ¹	
	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2011 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2011 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2011 Mio €
Retail	77.057	81.219	236	195	987	824
Firmenkunden	18.546	26.422	32	67	350	538
Financial Markets	66.686	78.070	11	143	310	1.104
Non Core Operating Unit ²	27.159	n.a.	83	n.a.	651	n.a.
Gesamt	189.448	185.711	363	405	2.297	2.466

¹Das zugrunde liegende Konfidenzniveau beträgt 99,93 %.

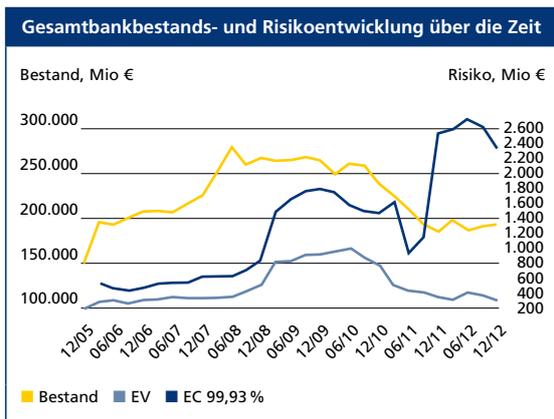
²Das Segment Non Core Operating Unit wird erstmals zum 31. Dezember 2012 reportet.

Der Rückgang der Risikokennzahlen für den Erwarteten Verlust und das Economic Capital resultiert im Wesentlichen aus dem Abbau und der Tilgung risikobehafteter Assets (inklusive des Engagements in GIIPS-Staaten, des Structured-Credit-Portfolios und des Geschäfts mit gewerblichen Immobilienfinanzierungen) und zu einem kleineren Teil aus Ratingmigrationen. Im Segment Retail ist der Anstieg des Erwarteten Verlusts und des Economic Capital auf Weiterentwicklungen von Ratingmodellen und Modellkalibrierungen zurückzuführen.

46

135

Nachfolgende Grafik zeigt Bestand, Economic Capital (EC) und erwarteten Verlust (EV) im Zeitablauf. Der Anstieg zum Jahresultimo 2011 ist ausschließlich auf die Einführung des neuen Kreditportfoliomodells zurückzuführen. Wie die Bestandsentwicklung zeigt, wurde auch 2012 das in den Vorjahren begonnene De-Risking fortgeführt. Dies spiegelt sich bereits im Rückgang des erwarteten Verlusts in den Jahren 2010 und 2011 wider. Im Jahr 2012 konzentrierte sich das De-Risking auf ausgewählte Bestände mit hohem Risiko und ist daher in den Risikokennzahlen für das Economic Capital und den Erwarteten Verlust, nicht jedoch in der Bestandsentwicklung zu erkennen.



Die Tabelle „Maximale Adressenausfallrisiken“ stellt das maximale Kreditrisiko zum 31. Dezember 2012 im Vergleich zum 31. Dezember 2011 dar. Die Darstellung „Maximale Adressenausfallrisiken“ zeigt einen Aufriss des maximalen Kreditrisikos gemäß IFRS 7.36 (a) nach Klassen der risikotragenden Finanzinstrumente. Diese Größe stellt eine Bruttoexposition dar, da risikotragende Finanzinstrumente jeweils ohne Anrechnung von Kreditrisikominderungstechniken angesetzt und bewertet werden, das bilanzielle Geschäft zu Buchwerten ausgewiesen wird und die maximalen Adressenausfallrisikobeträge aus der Inanspruchnahme von unwiderruflichen Kreditzusagen bzw. sonstigen außerbilanziellen Positionen den gesamten extern zugesagten Linien entsprechen. In diese Darstellung fließen keinerlei Informationen über Ratings ein, wie dies bei der ökonomischen Risikobetrachtung in der Tabelle „Kreditrisiken“ gegeben ist.

Die Tabelle „Maximale Adressenausfallrisiken“ und die sich anschließenden Tabellen „Risikokonzentrationen nach Branchen bzw. Schuldnergruppen“ bzw. „Risikokonzentrationen nach geografischen Gebieten“ enthalten die zum 1. Januar 2013 veräußerten Vermögenswerte. Dies betrifft in den folgenden Tabellen zum 31. Dezember 2012: Handelsaktiva in Höhe von 158 Mio €, Hedging-Derivate in Höhe von 12 Mio €, Forderungen an Kreditinstitute in Höhe von 484 Mio €, Forderungen an Kunden in Höhe von 3.131 Mio €, Risikovorsorge in Höhe von 44 Mio € und Finanzanlagen in Höhe von 3.158 Mio €. Die im Berichtsverlauf später folgenden Tabellen „Kreditqualität von Finanzinstrumenten im Non-Retail-Geschäft, die weder überfällig noch wertgemindert sind“, „Kreditqualität von Finanzinstrumenten im Retail-Geschäft, die weder überfällig noch wertgemindert sind“, „Überfälligkeiten von nicht wertgeminderten Finanzinstrumenten“ und „Wertgeminderte Finanzinstrumente“ beinhalten in Summe die gleichen Vermögenswerte. Weitere Erläuterungen zu den zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten weisen wir im Anhang des Finanzberichts in der Note 29 aus.

Maximale Adressenausfallrisiken								
Risikotragende Finanzinstrumente	Maximaler Adressenausfallrisikobetrag		Sicherheiten		Garantien/ Kreditderivate		Maximaler Adressenausfallrisikobetrag nach Kreditrisikominderung	
	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2012 Mio	31.12.2011 Mio €
Handelsaktiva	9.604	6.892	156	163	–	22	9.448	6.707
Held for Trading	9.604	6.892	156	163	–	22	9.448	6.707
Hedging-Derivate	1.480	1.277	–	–	–	–	1.480	1.277
Forderungen an Kreditinstitute	28.781	20.322	20.953	12.184	50	50	7.778	8.088
Loans and Receivables	28.781	20.322	20.953	12.184	50	50	7.778	8.088
Wertpapierpensionsgeschäfte	20.953	12.184	20.953	12.184	–	–	–	–
Tagesgelder	5.038	4.252	–	–	–	–	5.038	4.252
Darlehen	1.702	2.459	–	–	50	50	1.652	2.409
Namenschuldverschreibungen	329	348	–	–	–	–	329	348
Termingelder	595	104	–	–	–	–	595	104
Sonstige Forderungen	164	975	–	–	–	–	164	975
Forderungen an Kunden	109.397	110.740	81.351	83.092	459	388	27.587	27.260
Loans and Receivables	102.558	103.227	74.748	75.845	459	388	27.351	26.994
Private Baufinanzierungen	64.789	63.750	62.711	61.500	–	–	2.078	2.250
Bauspardarlehen	3.801	3.830	3.669	3.696	–	–	132	134
Gewerbliche Kredite	24.390	26.125	8.368	10.649	459	385	15.563	15.091
Forderungen an öffentliche Haushalte	3.178	3.517	–	–	–	3	3.178	3.514
Ratenkredite	4.847	4.352	–	–	–	–	4.847	4.352
Sonstige Forderungen	1.553	1.653	–	–	–	–	1.553	1.653
Fair-Value-Option	6.839	7.513	6.603	7.247	–	–	236	266
Private Baufinanzierungen	6.839	7.513	6.603	7.247	–	–	236	266
Finanzanlagen	40.186	46.480	–	–	332	912	39.854	45.568
Loans and Receivables	30.881	39.976	–	–	332	738	30.549	39.238
Available for Sale	9.305	6.504	–	–	–	174	9.305	6.330
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	9.198	6.338	–	–	–	174	9.198	6.164
Aktien	0	2	–	–	–	–	0	2
Investmentfondsanteile	81	128	–	–	–	–	81	128
Beteiligungen	19	18	–	–	–	–	19	18
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	7	18	–	–	–	–	7	18
Zwischensumme	189.448	185.711	102.460	95.439	841	1.372	86.147	88.900
Eventualverpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien	415	827	–	–	–	–	415	827
Andere Verpflichtungen (unwiderrufliche Kreditzusagen)	19.895	20.077	–	–	1	2	19.894	20.075
Gesamt	209.758	206.615	102.460	95.439	842	1.374	106.456	109.802

Den Bestand an Finanzanlagen baut die Postbank im Rahmen des Programms zum Abbau von finanzmarktbezogenen Beständen und Risiken seit dem dritten Quartal 2008 gezielt ab. Im Berichtsjahr 2012 erfolgte eine weitere Reduktion im Volumen von 6,3 Mrd €.

Ergänzend zu den in der Tabelle dargestellten Sicherheiten und Garantien/Kreditderivaten hat die Postbank zum Jahresultimo 2012 Nettingeffekte in Höhe von 8,9 Mrd € (31. Dezember 2011: 6,6 Mrd €), bezogen auf die Handelsaktiva und die Hedging-Derivate, risikomindernd genutzt. Bei den Wertpapierpensionsgeschäften wurden zum Jahresultimo 2012 Nettingeffekte in Höhe von 0,4 Mrd € (31. Dezember 2011: 23,4 Mrd €) bereits im Ausweis des maximalen Adressenausfallrisikobetrags vor Sicherheiten berücksichtigt.

Bei dem Ausweis zum Jahresultimo 2012 in der Position „Finanzanlagen“ und zu einem geringen Teil auch in der Position „Forderungen an Kreditinstitute“ handelt es sich in Höhe von 8,9 Mrd € um gedeckte Schuldverschreibungen (31. Dezember 2011: 11,8 Mrd €). Daneben sind die ebenso in der Position „Finanzanlagen“ enthaltenen Investorverbriefungen zum Jahresultimo 2012 in Höhe von 0,8 Mrd € (31. Dezember 2011: 1,7 Mrd €) als vollbesichert anzusehen.

Branchenstruktur des Kreditportfolios

Nachstehende Tabelle veranschaulicht die Risikokonzentrationen nach Branchen bzw. Schuldnergruppen, aufgegliedert nach Bilanzposition, Haltekategorie und Produktgruppe.

Risikokonzentrationen nach Branchen bzw. Schuldnergruppen																
Risikotragende Finanzinstrumente	Retail-Kunden		Banken/Versicherungen/Finanzdienstleister		Staaten		Gewerbliche Real-kredite		Dienst-leister/Handel		Industrie		Sonstige Branchen		Gesamt	
	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2011 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2011 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2011 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2011 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2011 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2011 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2011 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2011 Mio €
Handelsaktiva	161	169	8.948	6.230	-	-	-	-	121	151	58	81	316	261	9.604	6.892
Held for Trading	161	169	8.948	6.230	-	-	-	-	121	151	58	81	316	261	9.604	6.892
Hedging-Derivate	-	-	1.480	1.277	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.480	1.277
Forderungen an Kreditinstitute	-	-	28.697	20.168	-	-	79	-	-	0	-	-	5	154	28.781	20.322
Loans and Receivables	-	-	28.697	20.168	-	-	79	-	-	0	-	-	5	154	28.781	20.322
Wertpapier-pensionsgeschäfte	-	-	20.953	12.184	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	20.953	12.184
Tagesgelder	-	-	5.038	4.252	-	-	-	-	-	0	-	-	-	0	5.038	4.252
Darlehen	-	-	1.621	2.458	-	-	79	-	-	-	-	-	2	1	1.702	2.459
Namenschuld-verschreibungen	-	-	329	346	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	329	348
Termingelder	-	-	595	104	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	595	104
Sonstige Forderungen	-	-	161	824	-	-	-	-	-	-	-	-	3	151	164	975
Forderungen an Kunden	83.332	82.690	702	908	2.916	3.269	15.686	16.276	3.682	4.002	1.816	2.216	1.263	1.379	109.397	110.740
Loans and Receivables	76.493	75.185	702	908	2.916	3.269	15.686	16.276	3.682	4.000	1.816	2.216	1.263	1.373	102.558	103.227
Private Baufinan-zierungen	64.549	63.291	10	11	-	7	-	0	45	160	1	19	184	262	64.789	63.750
Bauspardarlehen	3.801	3.830	-	-	-	0	-	-	-	0	-	-	-	0	3.801	3.830
Gewerbliche Kredite	1.805	2.171	666	856	-	1	15.686	16.274	3.548	3.748	1.815	2.197	870	878	24.390	26.125
Forderungen an öffentliche Haushalte	-	-	-	0	2.916	3.261	-	-	86	90	-	-	176	166	3.178	3.517
Ratenkredite	4.847	4.351	-	0	-	-	-	-	-	1	-	-	-	0	4.847	4.352
Sonstige Forderungen	1.491	1.542	26	41	-	-	-	2	3	1	-	-	33	67	1.553	1.653
Fair-Value-Option	6.839	7.505	-	-	-	0	-	-	-	2	-	-	-	6	6.839	7.513
Private Baufinan-zierungen	6.839	7.505	-	-	-	0	-	-	-	2	-	-	-	6	6.839	7.513
Finanzanlagen	-	-	19.965	23.962	16.318	18.257	-	-	1.823	2.090	1.454	1.444	626	727	40.186	46.480
Loans and Receivables	-	-	15.376	20.215	12.766	16.803	-	-	1.259	1.384	1.104	1.116	376	458	30.881	39.976
Available for Sale	-	-	4.589	3.747	3.552	1.454	-	-	564	706	350	328	250	269	9.305	6.504
Schuldverschrei-bungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-	-	4.498	3.608	3.552	1.454	-	-	564	706	350	328	234	242	9.198	6.338
Aktien	-	-	-	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2
Investmentfonds-anteile	-	-	80	118	-	-	-	-	-	0	-	-	1	10	81	128
Beteiligungen	-	-	4	1	-	-	-	-	-	0	-	-	15	17	19	18
Anteile an nicht kon-solidierten Tochter-unternehmen	-	-	7	18	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0	7	18
Zwischensumme	83.493	82.859	59.792	52.545	19.234	21.526	15.765	16.276	5.626	6.243	3.328	3.741	2.210	2.521	189.448	185.711
Eventualverpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien	19	318	42	131	-	0	26	34	223	223	64	63	41	58	415	827
Andere Verpflichtungen (unwiderrufliche Kreditzusagen)	16.421	16.066	94	130	28	45	458	553	1.969	2.107	677	747	248	429	19.895	20.077
Gesamt	99.933	99.243	59.928	52.806	19.262	21.571	16.249	16.863	7.818	8.573	4.069	4.551	2.499	3.008	209.758	206.615

Insgesamt zeigt die Branchenaufteilung des Volumens der kreditrisikotragenden Instrumente mit Ausnahme der Konzentration bei Banken und Staaten eine ausgewogene Struktur. Das Konzernkreditportfolio besteht schwerpunktmäßig aus Krediten an Retail-Kunden mit Fokus auf private Baufinanzierungen in Deutschland. Daneben bestehen Kreditengagements im Bereich Firmenkunden überwiegend aus dem Geschäft mit gewerblichen Kunden in Deutschland bzw. in Form nationaler und internationaler gewerblicher Immobilienfinanzierungen. Der Bestand an Finanzanlagen besteht vornehmlich aus einem Portfolio von Staatsanleihen, überwiegend Deutschlands und anderer europäischer Nationen, sowie Anleihen von Banken (inklusive Covered Bonds und Pfandbriefe), Versicherungen und sonstigen Finanzdienstleistern.

Zur Steuerung der Investitionen im Non-Retail-Bereich ist in der Kreditrisikostategie ein Zielportfolio definiert, das unter Diversifikationsaspekten ausgerichtet wurde.

Regionale Aufteilung des Kreditportfolios

Zur Steuerung des Länderrisikos hat der Postbank Konzern länderspezifische Limite für die Kreditvergaben eingerichtet. Die Höhe der Länderlimite wird maßgeblich bestimmt durch interne und externe Ratings und die am Bruttoinlandsprodukt gemessene Wirtschaftskraft des jeweiligen Landes. In einer konzernweiten Datenbank werden neben den jeweils zugewiesenen Länderlimiten und deren aktueller Ausnutzung auch volkswirtschaftliche Daten erfasst, die zur Einordnung eines Landes in eine Risikoklasse herangezogen werden. Als Konsequenz aus der Finanzmarktkrise wurde die Systematik der Länderlimite grundsätzlich überarbeitet und um eine Frühwarnsystematik ergänzt.

Risikokonzentrationen nach geografischen Gebieten								
Risikotragende Finanzinstrumente	Deutschland		Westeuropa		Sonstige Regionen		Gesamt	
	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Handelsaktiva	1.723	2.454	7.329	3.986	552	452	9.604	6.892
Held for Trading	1.723	2.454	7.329	3.986	552	452	9.604	6.892
Hedging-Derivate	150	179	1.232	871	98	227	1.480	1.277
Forderungen an Kreditinstitute	21.515	13.164	6.946	6.546	320	612	28.781	20.322
Loans and Receivables	21.515	13.164	6.946	6.546	320	612	28.781	20.322
Wertpapierpensionsgeschäfte	17.112	8.099	3.841	4.085	–	0	20.953	12.184
Tagesgelder	2.969	2.469	1.972	1.358	97	425	5.038	4.252
Darlehen	417	1.171	1.065	1.103	220	185	1.702	2.459
Namenschuldverschreibungen	329	348	–	0	–	–	329	348
Termingelder	595	104	–	0	–	–	595	104
Sonstige Forderungen	93	973	68	–	3	2	164	975
Forderungen an Kunden	93.449	94.388	11.383	12.717	4.565	3.635	109.397	110.740
Loans and Receivables	86.631	86.899	11.366	12.696	4.561	3.632	102.558	103.227
Private Baufinanzierungen	60.502	59.362	4.229	4.337	58	51	64.789	63.750
Bauspardarlehen	3.775	3.805	23	22	3	3	3.801	3.830
Gewerbliche Kredite	12.977	14.450	6.923	8.105	4.490	3.570	24.390	26.125
Forderungen an öffentliche Haushalte	3.021	3.347	157	170	–	–	3.178	3.517
Ratenkredite	4.830	4.339	14	12	3	1	4.847	4.352
Sonstige Forderungen	1.526	1.596	20	50	7	7	1.553	1.653
Fair-Value-Option	6.818	7.489	17	21	4	3	6.839	7.513
Private Baufinanzierungen	6.818	7.489	17	21	4	3	6.839	7.513
Finanzanlagen	13.193	12.820	21.620	27.513	5.373	6.147	40.186	46.480
Loans and Receivables	8.974	10.940	16.928	23.373	4.979	5.663	30.881	39.976
Available for Sale	4.219	1.880	4.692	4.140	394	484	9.305	6.504
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.140	1.788	4.666	4.071	392	479	9.198	6.338
Aktien	–	2	–	0	–	–	–	2
Investmentfondsanteile	70	75	9	50	2	3	81	128
Beteiligungen	9	15	10	1	–	2	19	18
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	–	0	7	18	–	–	7	18
Zwischensumme	130.030	123.005	48.510	51.633	10.908	11.073	189.448	185.711
Eventualverpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien	356	666	59	64	–	97	415	827
Andere Verpflichtungen (unwiderrufliche Kreditzusagen)	19.411	19.512	386	466	98	99	19.895	20.077
Gesamt	149.797	143.183	48.955	52.163	11.006	11.269	209.758	206.615

Die regionale Aufteilung des Kreditvolumens zeigt weiterhin eine strategiekonforme Konzentration auf den Heimatmarkt Deutschland sowie ausgewählte Engagements in Westeuropa und Nordamerika, die u. a. von den ausländischen Tochtergesellschaften und Niederlassungen eingegangen wurden.

Die nachstehende Tabelle beinhaltet sämtliche Engagements gegenüber Kreditnehmern ausgewählter europäischer Länder. Ausgewiesen werden die IFRS-Buchwerte.

Engagements gegenüber Kreditnehmern ausgewählter Länder ¹												
Land	Staaten		Banken/Ver- sicherungen/ Finanzdienst- leister		Retail		Unternehmen ²		Sonstige ³		Gesamt	
	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2011 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2011 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2011 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2011 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2011 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2011 Mio €
Griechenland	0,0	195,2	0,0	3,7	2,0	2,1	1,4	2,8	0,0	0,0	3,4	203,8
Irland	377,7	358,5	450,4	617,7	5,2	6,7	28,1	19,2	285,4	420,7	1.146,8	1.422,8
Italien	3.464,6	4.628,6	1.404,1	1.961,7	2.858,6	2.934,7	250,9	247,7	0,0	12,5	7.978,2	9.785,2
Portugal	64,1	64,1	313,4	683,7	4,7	4,1	2,8	6,6	0,0	0,0	385,0	758,5
Spanien	497,7	1.217,6	3.195,7	3.936,9	34,0	33,9	542,0	530,7	11,8	41,9	4.281,2	5.761,0
Gesamt	4.404,1	6.464,0	5.363,6	7.203,7	2.904,5	2.981,5	825,2	807,0	297,2	475,1	13.794,6	17.931,3

¹Basis sind die IFRS-Buchwerte. Für die Bestände in der Kategorie „Available for Sale“ ist dies der Fair Value.

²Beinhaltet auch gewerbliche Immobilien

³Beinhaltet Investorverbriefungen

Ergänzend zu den ausgewiesenen Werten, hatte die Postbank gegenüber staatlichen Kreditnehmern in der Kategorie „Held for Trading“ zum 31. Dezember 2012 Credit Default Swaps für die Adresse Italien im Bestand. Die Postbank tritt mit einem Volumen von 68,2 Mio € (per 31. Dezember 2011: 69,4 Mio €) als Protection Buyer sowie als Protection Seller auf, sodass sich das Nett nominalvolumen auf 0 € beläuft. Zum Jahresultimo betrug der diesbezügliche negative Marktwert per saldo 3,4 Mio € (per 31. Dezember 2011: 3,8 Mio €). Die Veränderung im Berichtsjahr 2012 ergab sich im Wesentlichen aus der Umschuldung Griechenlands sowie aus Verkäufen von Staatsanleihen.

Bonitätsstruktur des Kreditportfolios

Die folgende Tabelle zeigt die Kreditqualität der risikotragenden Finanzinstrumente, bezogen auf das Non-Retail-Geschäft der Postbank, die zum Stichtag 31. Dezember 2012 weder überfällig noch einzelwertgemindert waren (ausgenommen „Eventualverbindlichkeiten“ und „Andere Verbindlichkeiten“).

Im Rahmen der Risikosteuerung stellt die Postbank grundsätzlich auf das für die Eigenkapitalunterlegung verwendete Rating ab, d. h. in der Regel auf das Emittentenrating anstelle des Emissionsratings. Die Postbank besitzt ein umfangreiches Portfolio aus Pfandbriefen und ähnlich gedeckten Emissionen mit einem relativ geringen Risikogehalt. Aus diesem Grunde wird beim Ausweis der Tabelle auf Emissionsratings abgestellt. Die Verteilung der Ratingklassen des Konzernkreditportfolios spiegelt die konservative Ausrichtung des Postbank Konzerns wider. Es dominieren die guten Ratingklassen: 94 % des gerateten Portfolios sind Investmentgrade (Rating BBB oder besser).

Kreditqualität von Finanzinstrumenten im Non-Retail-Geschäft, die weder überfällig noch wertgemindert sind														
Risikotragende Finanzinstrumente	AAA		AA		A		BBB		< BBB		Ohne Rating		Gesamt	
	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2011 Mio €												
Handelsaktiva	120	80	488	1.133	7.577	4.383	962	742	148	144	148	240	9.443	6.722
Held for Trading	120	80	488	1.133	7.577	4.383	962	742	148	144	148	240	9.443	6.722
Hedging-Derivate	2	0	140	301	1.327	954	10	3	-	-	1	19	1.480	1.277
Forderungen an Kreditinstitute	2.584	2.289	1.254	5.758	23.938	8.079	927	3.747	37	84	18	283	28.758	20.240
Loans and Receivables	2.584	2.289	1.254	5.758	23.938	8.079	927	3.747	37	84	18	283	28.758	20.240
Wertpapierpensionsgeschäfte	-	-	184	4.556	20.769	5.192	-	2.436	-	-	-	-	20.953	12.184
Tagesgelder	2.322	2.049	383	874	2.051	1.026	263	119	-	-	13	119	5.032	4.187
Darlehen	157	179	134	217	1.024	990	331	961	37	84	2	11	1.685	2.442
Namensschuldverschreibungen	-	-	1	111	94	47	234	188	-	-	-	2	329	348
Termingelder	52	61	500	-	-	0	43	43	-	-	-	-	595	104
Sonstige Forderungen	53	0	52	0	0	824	56	0	-	-	3	151	164	975
Forderungen an Kunden	3.519	3.761	6.885	6.496	3.551	3.727	5.242	5.920	4.263	3.989	1.044	2.176	24.504	26.069
Loans and Receivables	3.519	3.761	6.885	6.496	3.551	3.727	5.242	5.920	4.263	3.989	1.044	2.176	24.504	26.069
Private Baufinanzierungen	17	30	21	45	12	21	52	15	49	150	26	125	177	386
Gewerbliche Kredite	3.452	3.622	4.145	3.670	3.493	3.706	5.150	5.901	4.156	3.797	703	1.371	21.099	22.067
Forderungen an öffentliche Haushalte	48	109	2.686	2.781	46	0	39	4	58	2	290	610	3.167	3.506
Sonstige Forderungen	2	-	33	-	-	0	1	0	-	40	25	70	61	110
Finanzanlagen	8.153	13.008	13.855	17.483	9.649	5.946	6.175	6.379	2.012	2.247	180	850	40.024	45.913
Loans and Receivables	4.755	11.724	10.852	15.944	8.615	5.258	5.000	4.763	1.418	1.554	108	340	30.748	39.583
Available for Sale	3.398	1.284	3.003	1.539	1.034	688	1.175	1.616	594	693	72	510	9.276	6.330
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.396	1.284	2.986	1.489	1.034	688	1.175	1.616	593	679	1	460	9.185	6.216
Aktien	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-	2
Investmentfondsanteile	-	-	-	31	-	-	-	-	-	12	70	33	70	76
Beteiligungen	2	-	10	1	-	-	-	-	1	2	1	15	14	18
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	-	-	7	18	-	0	-	-	-	-	-	0	7	18
Gesamt	14.378	19.138	22.622	31.171	46.042	23.089	13.316	16.791	6.460	6.464	1.391	3.568	104.209	100.221

Im Vergleich zum Jahresabschluss 2011 konnte der Bestand an ungerateten Volumen weiter abgebaut werden. Das Volumen in den guten Ratingklassen ist weiterhin hoch. Verschiebungen im Investmentgrade-Bereich ergeben sich im Wesentlichen aus Ratingmigrationen. Die Volumenreduzierungen bei Finanzanlagen lassen sich auf Fälligkeiten und aktiven Abbau im Rahmen des De-Risking – speziell im Hinblick auf das Exposure in GIIPS-Staaten – zurückführen. Die zu verzeichnende Erhöhung der Forderungen an Kreditinstitute ist im Wesentlichen auf einen Zuwachs bei den Wertpapierpensionsgeschäften begründet.

Analog veranschaulicht die folgende Tabelle die Kreditqualität der risikotragenden Finanzinstrumente, bezogen auf das Retail-Geschäft der Postbank, die zum Stichtag 31. Dezember 2012 weder überfällig noch einzelwertgemindert waren (ausgenommen „Eventualverbindlichkeiten“ und „Andere Verbindlichkeiten“). Das Retail-Geschäft der Postbank weist – vor allem als Folge der Einführung neuer Bestandsmodelle für Ratenkredit- und Baufinanzierungsportfolios sowie als Folge der Rekalibrierung bestehender Ratingmodelle – eine Verschiebung der Ratingstruktur zu weniger guten Ratingklassen auf. Begründet ist dies u. a. darin, dass Altbestände zuvor mittels Pool-Ratings abgebildet wurden und nun mit dem neu eingeführten Bestandsrating für Baufinanzierungen individuell bewertet werden.

Kreditqualität von Finanzinstrumenten im Retail-Geschäft, die weder überfällig noch wertgemindert sind														
Risikotragende Finanzinstrumente	AAA		AA		A		BBB		< BBB		Basel-II-Pool-Rating/ ohne Rating		Gesamt	
	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2011 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2011 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2011 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2011 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2011 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2011 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2011 Mio €
Handelsaktiva	1	1	4	4	19	21	60	62	62	65	15	16	161	169
Held for Trading	1	1	4	4	19	21	60	62	62	65	15	16	161	169
Forderungen an Kunden	374	3.102	846	6.794	4.829	9.589	24.612	16.721	35.149	18.444	15.281	25.205	81.091	79.855
Loans and Receivables	368	3.098	712	6.656	4.166	8.902	22.501	14.539	33.299	16.489	13.286	22.761	74.332	72.445
Private Baufinanzierungen	191	3.059	423	6.288	3.422	7.985	21.120	12.814	28.708	13.991	9.537	17.408	63.401	61.545
Bauspardarlehen	53	29	278	303	666	665	918	875	479	388	1.246	1.367	3.640	3.627
Gewerbliche Kredite	–	–	–	–	–	0	–	0	115	23	1.688	2.148	1.803	2.171
Ratenkredite	124	10	8	65	67	249	412	837	3.783	1.948	31	828	4.425	3.937
Sonstige Forderungen	–	–	3	–	11	3	51	13	214	139	784	1.010	1.063	1.165
Fair-Value-Option	6	4	134	138	663	687	2.111	2.182	1.850	1.955	1.995	2.444	6.759	7.410
Private Baufinanzierungen	6	4	134	138	663	687	2.111	2.182	1.850	1.955	1.995	2.444	6.759	7.410
Gesamt	375	3.103	850	6.798	4.848	9.610	24.672	16.783	35.211	18.509	15.296	25.221	81.252	80.024

Überfälliges und nicht wertgemindertes Kreditvolumen

Die folgende Tabelle zeigt diejenigen risikotragenden Finanzinstrumente, die zum Stichtag 31. Dezember 2012 überfällig, jedoch nicht wertgemindert waren.

Überfälligkeiten von nicht wertgeminderten Finanzinstrumenten												
Risikotragende Finanzinstrumente und Sicherheiten	Überfällige, nicht wertgeminderte Finanzinstrumente								Gesamt	Fair Value der Sicherheiten überfälliger, nicht wertgeminderter Finanzinstrumente		
	Verzug ≤ 3 Monate		Verzug > 3 Monate, ≤ 6 Monate		Verzug > 6 Monate, ≤ 1 Jahr		Verzug > 1 Jahr					
	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2011 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2011 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2011 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2011 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2011 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2011 Mio €
Handelsaktiva	-	-	-	-	-	-	-	1	-	1	-	-
Held for Trading	-	-	-	-	-	-	-	1	-	1	-	-
Forderungen an Kunden	316	411	55	123	63	94	199	412	633	1.040	505	829
Loans and Receivables	315	411	55	122	54	85	180	386	604	1.004	480	797
Private Baufinanzierungen	268	365	18	117	46	71	133	287	465	840	373	700
Bauspardarlehen	4	5	2	3	6	4	13	13	25	25	23	22
Gewerbliche Kredite	3	15	32	0	-	9	31	84	66	108	80	75
Ratenkredite	16	10	1	1	1	1	1	1	19	13	-	-
Sonstige Forderungen	24	16	2	1	1	-	2	1	29	18	4	0
Fair-Value-Option	1	0	-	1	9	9	19	26	29	36	25	32
Private Baufinanzierungen	1	0	-	1	9	9	19	26	29	36	25	32
Gesamt	316	411	55	123	63	94	199	413	633	1.041	505	829

Der Rückgang der überfälligen, jedoch nicht wertgeminderten Engagements im Jahr 2012 basiert im Wesentlichen auf der Anpassung der Verzugstageermittlung für die Auslandsniederlassungen der BHW Bausparkasse AG.

Der Buchwert der finanziellen Vermögenswerte, deren Konditionen neu ausgehandelt wurden (nachverhandeltes Volumen) und die ansonsten überfällig oder wertgemindert wären, betrug 630 Mio € (per 31. Dezember 2011: 584 Mio €).

Kreditrisikoversorge

Die Risikoversorge im Kreditgeschäft beinhaltet Einzelwertberichtigungen, pauschalierte Einzelwertberichtigungen und Wertberichtigungen auf Portfoliobasis.

Eine Einzelwertberichtigung ist zu bilden, wenn der unter Berücksichtigung der Sicherheiten voraussichtlich erzielbare Betrag der Kreditforderungen niedriger ist als deren Buchwert, wenn also die Forderung ganz oder teilweise uneinbringlich ist und daher eine dauerhafte Wertminderung vorliegt (Impairment). Die Höhe der Einzelwertberichtigungen bemisst sich aus den jeweiligen Blankoanteilen als den Unterschiedsbeträgen der Gesamtforderung und den Barwerten der erwarteten künftigen Zahlungen, u. a. aus der Verwertung von Sicherheiten. Für die Abzinsung der Zahlungsströme wird generell der ursprüngliche Effektivzinssatz, bei variabler

Verzinsung der Effektivzinssatz der aktuellen Fixing-Periode verwendet. Bei den Sicherheiten werden individuell Verwertungserlöse und Verwertungszeitpunkte berücksichtigt. Alle Engagements werden laufend daraufhin untersucht, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen, und gegebenenfalls einem Impairment-Test unterzogen. Darüber hinaus wird für alle Engagements auf der Watch-List quartalsweise ein Impairment-Test durchgeführt.

Eine pauschalierte Einzelwertberichtigung erfolgt auf die Kredite in einem Portfolio gleichartiger homogener Kredite, sofern diese Kredite objektive Hinweise auf eine Wertminderung erkennen lassen und der Betrag der Wertminderung pro Einzelkredit sich anhand statistischer Erfahrungswerte schätzen lässt. Bei der Bemessung der pauschalierten Einzelwertberichtigung wird auf sogenannte Flow Rates sowie die Verlustquote (LGD) zurückgegriffen. Die kombinierte Flow Rate gibt an, mit welcher Wahrscheinlichkeit ein Forderungsanteil in einen zu kündigenden Bestand überführt werden wird. Der LGD gibt die Höhe bzw. den prozentualen Anteil des wirtschaftlichen Verlusts vom ausstehenden Engagementbetrag an. Die Quote wird regelmäßig aus den Mittelrückflüssen des Beitreibungsprozesses ermittelt. Der Postbank Konzern bildet pauschalierte Einzelwertberichtigungen im Bereich der Dispositions- und Ratenkredite, der Kreditkartenforderungen sowie pauschal berechnete Einzelwertberichtigungen bei Baufinanzierungen mit Überfälligkeiten von drei bis sechs Monaten.

Die folgende Tabelle weist alle wertgeminderten finanziellen Vermögenswerte zu den Stichtagen 31. Dezember 2012 und 31. Dezember 2011 aus, jeweils aufgeteilt in einzelwertgeminderte Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden sowie Finanzanlagen, für die Impairments gebildet wurden. Im Detail wird der Buchwert nach Wertminderung als Differenz zwischen dem Buchwert vor Wertminderung und dem Umfang der Wertminderung gezeigt.

Wertgeminderte Finanzinstrumente								
Wertgeminderte risikotragende Finanzinstrumente und Sicherheiten	Buchwert vor Wertminderung		Betrag der Wertminderung ¹		Buchwert nach Wertminderung		Fair Value der Sicherheiten wertgeminderter Instrumente	
	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	23	82	13	37	10	45	–	–
Loans and Receivables	23	82	13	37	10	45	–	–
Tagesgelder	6	65	–	24	6	41	–	–
Darlehen	17	17	13	13	4	4	–	–
Forderungen an Kunden	3.169	3.776	1.642	1.649	1.527	2.127	1.693	2.017
Loans and Receivables	3.118	3.709	1.640	1.647	1.478	2.062	1.647	1.958
Private Baufinanzierungen	746	979	451	483	295	496	572	748
Bauspardarlehen	136	178	2	7	134	171	121	159
Gewerbliche Kredite	1.422	1.779	577	562	845	1.217	936	1.051
Forderungen an öffentliche Haushalte	11	11	–	–	11	11	–	–
Ratenkredite	403	402	312	250	91	152	–	–
Sonstige Forderungen	400	360	298	345	102	15	18	–
Fair-Value-Option	51	67	2	2	49	65	46	59
Private Baufinanzierungen	51	67	2	2	49	65	46	59
Finanzanlagen	439	1.575	277	1.008	162	567	–	–
Loans and Receivables	397	1.386	264	993	133	393	–	–
Available for Sale	42	189	13	15	29	174	–	–
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	16	133	3	11	13	122	–	–
Aktien	2	2	2	2	–	0	–	–
Investmentfondsanteile	15	54	4	2	11	52	–	–
Gesamt	3.631	5.433	1.932	2.694	1.699	2.739	1.693	2.017

¹Keine Betrachtung von Portfoliowertberichtigungen

Die wertgeminderten Finanzinstrumente konnten im Berichtsjahr durch aktives De-Risking und ein konsequentes Risikomanagement weiter reduziert werden.

Die Wertberichtigungen auf Portfoliobasis berücksichtigen alle Verluste aus Krediten, die eingetreten sind, jedoch von der Postbank noch nicht identifiziert werden können, da z. B. der Kunde seinen Zahlungsverpflichtungen noch nachkommt. Die Postbank berücksichtigt dabei die erwarteten Ausfallwahrscheinlichkeiten, die Verlustquoten und die Abschätzung der Zeitintervalle zwischen Ausfall und Ausfallidentifizierung (LIP-Faktor) jeweils in Abhängigkeit von Produktart und Kundengruppe. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten und die Verlustquoten bei Ausfall auf Portfolioebene werden portfoliospezifisch ermittelt bzw. bei Bedarf im Rahmen der Erkenntnisse aus der jährlichen Validierung und Rekalibrierung der IRBA-Ratingsysteme aktualisiert, während die LIP-Faktoren in Abhängigkeit von den Prozessen zur Risikoüberwachung individuell geschätzt, regelmäßig überprüft und bei Bedarf angepasst werden.

Verbriefungen

Die Verbriefung von Finanzaktiva (Asset Securitisation) ermöglicht die Übertragung der zugrunde liegenden Kreditrisiken an Dritte. Im Regelfall werden ganze Forderungspools übertragen, die sich aus zwei oder mehr untereinander abgestuften Risikosegmenten (Tranchen) mit unterschiedlichen Risikograden zusammensetzen.

Die Postbank nimmt bei der Asset Securitisation sowohl die Rolle des Investors als auch die des Originators ein.

Investor

Im Rahmen der Durchführung von Kreditersatzgeschäften hat die Postbank u. a. in strukturierte Kreditprodukte investiert (sogenannte Structured Credit Products (SCP)). Konkret handelt es sich um Asset Backed Securities (ABS), Collateralized Debt Obligation (CDO), Collateralized Loan Obligation (CLO),

Residential Mortgage Backed Securities (RMBS) und Commercial Mortgage Backed Securities (CMBS). Die Investorpositionen des Bankbuchs werden je nach Intention und Struktur des Investments den IFRS-Kategorien „Loans and Receivables“ oder „Available for Sale“ zugerechnet und entsprechend bewertet. Die Verbriefungspositionen sind in der Regel von mindestens einer anerkannten Ratingagentur (Standard & Poor's, Moody's oder Fitch Ratings) geratet. Die periodische Bewertung des Portfolios erfolgt mithilfe eines eigenen Bewertungsmodells, das die einzelnen Portfoliobestandteile auf Underlying-Ebene analysiert.

Das Portfolio hatte per 31. Dezember 2012 ein Gesamtnominalvolumen von 917 Mio € (Stand per 31. Dezember 2011: 1.988 Mio €). Die Reduzierung des Bestands ist im Wesentlichen auf einen – im Vergleich zum Vorjahr – nochmals verstärkten aktiven Bestandsabbau zurückzuführen. Die SCP-Bestände werden von der Postbank sehr eng überwacht und unterliegen monatlichen Impairment-Tests. Auf Basis einer regelmäßigen Bewertung des Portfolios mit einem eigenentwickelten Modell wurden 2012 Impairments in Höhe von insgesamt 1 Mio € vorgenommen sowie belastende Bewertungseffekte bei eingebetteten Derivaten in Höhe von 31 Mio € berücksichtigt. Seit Beginn der Finanzmarktkrise Mitte 2007 wurden somit Impairments von 405 Mio € bzw. Bewertungsverluste bei eingebetteten Derivaten in Höhe von 1.866 Mio € auf betroffene Bestände in der Gewinn- und Verlustrechnung gebucht. Darüber hinaus wurden 16 Mio € an Fair-Value-Änderungen belastend in der Neubewertungsrücklage berücksichtigt. Hinsichtlich der Bewertung siehe Note 4 (h) des Konzernanhangs.

Die Postbank hatte zum 31. Dezember 2012 folgende Verbriefungspositionen im Bestand:



Verbriefungspositionen: Volumen nach Ratingklassen ¹												
Verbriefungspositionen	AAA		AA		A		BBB		< BBB		Gesamt	
	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2011 Mio €										
CMBS	0	1	0	9	7	85	0	37	0	3	7	135
RMBS	2	74	7	69	40	133	12	39	38	20	99	335
Corporate CDO	50	5	112	169	59	62	74	82	365	760	660	1.078
Non Corporate CDO	0	0	2	15	0	8	0	27	75	75	77	125
Other ABS ²	0	180	0	2	19	39	0	12	55	82	74	315
Gesamt	52	260	121	264	125	327	86	197	533	940	917	1.988

¹Beinhaltet Positionen der zum 1. Januar 2013 veräußerten Gesellschaften

²Hauptsächlich Consumer ABS und Commercial ABS

Die folgende Tabelle zeigt die Verbriefungspositionen, gegliedert nach regionalem Schwerpunkt:

Verbriefungspositionen: Volumen nach regionalem Schwerpunkt ¹													
		CMBS		RMBS		Corporate CDO		Non Corporate CDO		Other ABS ²		Gesamt	
		31.12. 2012	31.12. 2011	31.12. 2012	31.12. 2011	31.12. 2012	31.12. 2011	31.12. 2012	31.12. 2011	31.12. 2012	31.12. 2011	31.12. 2012	31.12. 2011
Mio €	Deutschland	7	49	79	103	–	–	–	–	–	–	86	152
	UK	–	51	–	64	–	–	–	–	–	–	–	115
	Frankreich	–	2	–	–	–	–	–	–	–	–	–	2
	Spanien/ Portugal	–	–	13	80	–	–	–	–	–	–	13	80
	Restliches Europa	–	33	7	86	358	379	75	75	–	19	440	592
	USA	–	–	–	–	295	364	–	42	55	258	350	664
	Übrige ³	–	–	–	2	7	335	2	8	19	38	28	383
	Gesamt	7	135	99	335	660	1.078	77	125	74	315	917	1.988
Relative Verteilung	Deutschland	100 %	36 %	79 %	31 %	–	–	–	–	–	–	9 %	8 %
	UK	–	38 %	–	19 %	–	–	–	–	–	–	–	6 %
	Frankreich	–	1 %	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0 %
	Spanien/ Portugal	–	–	14 %	24 %	–	–	–	–	–	–	2 %	4 %
	Restliches Europa	–	25 %	7 %	25 %	54 %	35 %	97 %	60 %	–	6 %	48 %	30 %
	USA	–	–	–	–	45 %	34 %	–	34 %	74 %	82 %	38 %	33 %
	Übrige ³	–	–	–	1 %	1 %	31 %	3 %	6 %	26 %	12 %	3 %	19 %
	Gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %				

¹Beinhaltet Positionen der zum 1. Januar 2013 veräußerten Gesellschaften

²Hauptsächlich Consumer ABS und Commercial ABS

³Bzw. ohne speziellen Schwerpunkt

Per Stichtag 31. Dezember 2012 waren keine Verbriefungspositionen über Monoliner abgesichert. Im CDO-Portfolio befanden sich darüber hinaus einige synthetische Verbriefungsstrukturen, die Exposure gegenüber Anleiheversicherern aufwiesen.

Der Bestand an Investorpositionen der Postbank an handelbaren Commercial-Real-Estate-Krediten (CMBS) betrug zum Stichtag 7 Mio € (per 31. Dezember 2011: 135 Mio €). Bei dieser Position handelt es sich um einen europäischen CMBS mit regionalem Schwerpunkt in Deutschland.

Originator

Neben der Rolle als Investor tritt die Postbank als Originator am Markt auf. Die nachstehenden synthetischen Verbriefungsstrukturen in Form der Verbriefung von Forderungen auf Wohnimmobilien – bezogen auf Deutschland und Italien – führen einerseits zu einer Entlastung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelunterlegung, andererseits zu einer Reduktion von Risikokonzentrationen. Bei den ausgewiesenen Werten handelt es sich um die aufsichtsrechtlichen Bemessungsgrundlagen. Zum Berichtsstichtag hatte die Postbank keine Verbriefungsstrukturen im Zusammenhang mit revolving Adressenausfallrisiken durchgeführt.

- PB Domicile 2006-1 1.471 Mio € (Deutsche Postbank AG)
- Provide Blue 2005-2 1.415 Mio € (BHW Bausparkasse AG)
- PB Domicilio 2007-1 674 Mio € (BHW Bausparkasse AG)

Darüber hinaus hat die Postbank die synthetische Originator-Verbriefung Provide Domicile 2009-1 strukturiert, zu der bislang kein wesentlicher Risikotransfer bewirkt wurde. Die Originator-Verbriefungsstruktur Provide Blue 2005-1 war im Januar 2010 gekündigt worden. Diese Transaktion befindet sich in der Deferred Redemption, und es liegt ein Restbestand von ca. 30 Mio € vor.

Umweltrisiken

Bei ihren Kreditentscheidungen berücksichtigt die Postbank auch Umweltrisiken. In der Kreditpolitik wie auch in den einzelnen Kreditentscheidungen wissen sich der Postbank Konzern und seine Mitarbeiter ihrer gesellschaftlichen Verantwortung verpflichtet.

Die Identifizierung und die Quantifizierung von Umweltrisiken bilden einen Bestandteil der üblichen Risikobeurteilungs- und Risikomanagementverfahren im In- und im Auslandsgeschäft. Im Hinblick auf die Kunden betrachtet die Postbank die Erfüllung der geltenden Umweltauflagen und einen verantwortungsbewussten Umgang mit der Umwelt

als wesentliche Faktoren für die Beurteilung der Unternehmensführung.

Damit erfüllt die Postbank die Anforderungen an ein nachhaltiges und zukunftsorientiertes Wirtschaften sowie die Orientierung an supranationalen Leitlinien wie dem UN Global Compact.

Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken

Aufgabe des Liquiditätsrisikomanagements ist es, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Postbank auch in bestimmten Stresssituationen zu gewährleisten. Die operative Liquiditätsrisikosteuerung erfolgt grundsätzlich zentral im Ressort Financial Markets der Deutschen Postbank AG. Die BHW Bausparkasse AG sowie die ausländischen Tochtergesellschaften in New York und in Luxemburg steuern ihre Risiken eigenständig im Rahmen konzernweit einheitlicher Verfahren und Prozesse. Im Falle eines lokalen Liquiditätsengpasses übernimmt die Deutsche Postbank AG die Funktion eines „Lender of Last Resort“. Im Liquiditätsnotfall auf Postbank Konzernebene besteht eine eindeutige Verantwortung und Weisungsbefugnis des Liquiditätsnotfall-Krisengremiums gegenüber sämtlichen Bestandsverantwortlichen der Postbank sowie den Bestandsverantwortlichen der Tochtergesellschaften und der Auslandsniederlassungen.

Der Postbank Konzern hat in der übergreifenden Risikostrategie u. a. die Grundlagen für den Umgang mit Liquiditätsrisiken definiert.

Die Postbank verfügt aufgrund ihrer geschäftspolitischen Ausrichtung als Retail-Bank über eine breite Refinanzierungsbasis im Kundengeschäft und weist daher nur eine vergleichsweise geringe Abhängigkeit vom Geld- und Kapitalmarkt auf. Aktuell sind keine nennenswerten Maßnahmen mit Blick auf die Aktivitäten am Geld- und Kapitalmarkt geplant. Konzentrationsrisiken bei der Refinanzierung werden im Rahmen der Stresstests berücksichtigt. Wesentliche Konzentrationsrisiken gegenüber einzelnen Gläubigern werden aufgrund der geschäftspolitischen Ausrichtung aus Liquiditätssicht nicht gesehen. Für den Fall eines unerwarteten Liquiditätsabflusses werden Barmittel, Zentralbankguthaben sowie ein erheblicher Bestand an frei verfügbaren, hochliquiden sowie zentralbankfähigen Wertpapieren vorgehalten, der kurzfristig zur Liquiditätsbeschaffung, auch auf privaten (Repo-)Märkten, genutzt werden kann. Zur weiteren Diversifikation der Refinanzierungsbasis besitzt die Postbank die Pfandbrieflizenz zur Emission von öffentlichen Pfandbriefen und Hypothekenpfandbriefen. Während die Emission öffentlicher Pfandbriefe im Rahmen des Registers E zukünftig nicht mehr geplant ist, bleibt die Emission von Hypothekenpfandbriefen im Rahmen des Registers D als mögliches Instrument der langfristigen Refinanzierung bestehen.

Der Steuerungsprozess basiert auf mehreren Säulen. Auf Basis von Liquiditätsablaufbilanzen und Cashflow-Prognosen stellt das Liquiditätsrisikomanagement geschäftstäglich den Liquiditätsstatus des Postbank Konzerns sowohl unter Normal- als auch unter Stressbedingungen fest. Darauf aufbauend erfolgt die operative Steuerung. Darüber hinaus basiert die Steuerung auch auf der regelmäßigen konzernweiten Liquiditäts- und Emissionsplanung sowie einer Reihe von weitergehenden Analysen und Forecasts.

Die Maßnahmen zur Steuerung sind vor allem darauf ausgerichtet, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit – auch in extremen Stresssituationen – sicherzustellen. Mit Blick auf die Anforderungen aus den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) vom 15. Dezember 2010 hat die Postbank Ende 2011 die Szenarien für den Liquiditätsstress gemäß BTR 3.2 Ziffer 3 überarbeitet (BTR = Besonderer Teil, Anforderungen an die Risikosteuerungs- und -controlling-prozesse). Hierbei wurden nicht nur die Stressparameter modifiziert, sondern auch eine über die Vorgaben der MaRisk hinausgehende Survival Period von zwei Monaten definiert sowie das Liquiditätspufferreporting insbesondere zur Differenzierung von hochliquiden Vermögensgegenständen gemäß BTR 3.2 Ziffer 2 erweitert. Die Szenarien bilden sowohl institutsspezifische als auch marktweite Ursachen sowie im MaRisk-Szenario die Kombination aus beiden Ursachen ab. So werden Veränderungen diverser Marktfaktoren, panikartige Kundenreaktionen und Strukturveränderungen innerhalb der Refinanzierungsbestände, z. B. aufgrund von abnehmender Marktliquidität, berücksichtigt. Im MaRisk-Szenario werden gravierende Abflüsse von Spar-, Sicht- und Firmenkundeneinlagen, ein eingeschränkter Zugang zum unbesicherten Geldmarkt sowie erhöhte Haircuts auf zentralbankfähige Wertpapiere simuliert. Für alle Stressszenarien wurde als Anforderung festgelegt, den Bestand an Kundenkrediten auch im Stress mindestens konstant zu halten.

Im Jahr 2012 wurde das Liquiditätssteuerungskonzept der Postbank um eine stressbasierte Steuerung erweitert. So erfolgte die Umstellung von einem statischen Liquiditätspuffermanagement gemäß Managementtrigger auf ein dynamisches Puffermanagement unter Stressbedingungen mit einer Survival Period von zwei Monaten auf Basis eines täglichen Steuerungsreports, das mit entsprechenden Limitierungs- und Eskalationsmechanismen ausgestattet ist.

Außerdem hat die Postbank ein Benchmark-Konzept zur Ermittlung der Liquiditätspufferkosten eingeführt. 2012 erfolgte die verursachungsgerechte Verrechnung der Liquiditätspufferkosten auf Segmentebene.

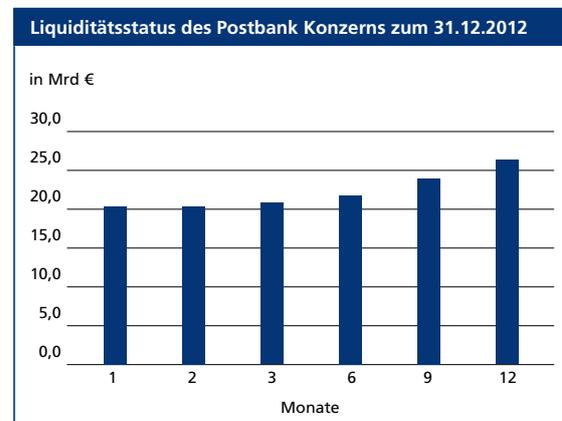
Die Postbank bereitet sich im Rahmen eines regulatorischen Liquiditätsprojekts auf die Meldung und Steuerung der zukünftig regelmäßig zu reportenden Liquiditätsrisikokennzahlen Liquidity Coverage Ratio (LCR) und Net Stable Funding Ratio (NSFR) sowie die Erstellung zusätzlicher Monitoring-Tools vor.

Die folgende Tabelle zeigt die finanziellen Verbindlichkeiten zum Stichtag 31. Dezember 2012 sowie zum 31. Dezember 2011, differenziert nach Restlaufzeiten. Die Tabelle beinhaltet auch die Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten. Diese entfallen im Wesentlichen auf: Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 4.196 Mio €, Verbindlichkeiten gegenüber Kunden in Höhe von 1.460 Mio €, Verbriefte Verbindlichkeiten in Höhe von 1.250 Mio €, Nachrangkapital in Höhe von 1.932 Mio €, Sonstige Passiva in Höhe von 8 Mio €, Eventual- und andere Verbindlichkeiten in Höhe von 130 Mio €.

Verbindlichkeiten nach Restlaufzeiten												
Verbindlichkeiten	Täglich fällig		≤ 3 Monate		> 3 Monate und ≤ 1 Jahr		> 1 Jahr und ≤ 5 Jahre		> 5 Jahre		Gesamt	
	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2011 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2011 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2011 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2011 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2011 Mio €	31.12. 2012 Mio €	31.12. 2011 Mio €
Nicht-derivative Verbindlichkeiten	64.334	59.524	63.248	69.756	26.190	28.272	22.188	19.821	23.756	27.025	199.716	204.398
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.286	293	5.560	6.792	2.233	2.628	8.209	5.489	6.109	5.147	23.397	20.349
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	42.740	38.327	54.115	59.404	21.957	22.742	7.091	5.582	13.140	16.068	139.043	142.123
Verbrieftete Verbindlichkeiten	8	–	2.964	2.249	518	1.483	4.693	6.731	3.270	3.888	11.453	14.351
Nachrangkapital	–	–	609	621	1.482	1.419	2.195	2.019	1.237	1.922	5.523	5.981
Sonstige Passiva	–	–	0	690	–	–	–	–	–	–	0	690
Eventual- und andere Verpflichtungen	20.300	20.904	–	–	–	–	–	–	–	–	20.300	20.904
Derivative Verbindlichkeiten	–	–	736	592	2.479	1.844	7.887	6.948	2.875	2.668	13.977	12.052
Hedging-Derivate	–	–	104	69	306	235	1.200	1.132	587	708	2.197	2.144
Handelsspassiva	–	–	632	523	2.173	1.609	6.687	5.816	2.288	1.960	11.780	9.908
Gesamt	64.334	59.524	63.984	70.348	28.669	30.116	30.075	26.769	26.631	29.693	213.693	216.450

Hierbei werden die undiskontierten vertraglichen Cashflows der bilanziellen und der außerbilanziellen Verbindlichkeiten in die jeweiligen Klassen eingestellt. Die Darstellung der juristischen Cashflow-Fälligkeiten der finanziellen Verbindlichkeiten erfolgt anforderungsgemäß nach dem Worst-Case-Prinzip, d. h., bei Vorliegen von Wahlrechten bzw. Kündigungsmöglichkeiten wird der jeweils aus Liquiditätsgesichtspunkten ungünstigste Fall angenommen. Dies ist insbesondere relevant bei den Sicht- und Spareinlagen, die für den Kunden täglich verfügbar sind bzw. eine kurze vertragliche Laufzeit von in der Regel drei Monaten haben, der Bank aber statistisch gemessen deutlich länger zur Verfügung stehen.

Im Gegensatz zur Darstellung der juristischen Zahlungsströme der finanziellen Verbindlichkeiten zeigt der folgende Liquiditätsstatus des Postbank Konzerns zum 31. Dezember 2012 eine kumulierte Darstellung der für die folgenden zwölf Monate erwarteten Mittelzu- und -abflüsse und der vorhandenen Liquiditätsquellen nach den Grundsätzen der internen Liquiditätssteuerung:



Die Erwartungswerte hinsichtlich des Abflusses von Verbindlichkeiten ohne feste Kapitalbindung, wie z. B. Spar- und Giroeinlagen, der Ziehungswahrscheinlichkeit unwiderruflicher Kreditzusagen und der Güte der vorhandenen fungiblen Aktiva zur Sicherstellung der Liquidität basieren zum Teil auf historischen Beobachtungswerten und zum Teil auf Schätzungen, die regelmäßig validiert werden. Danach zeigen sich über sämtliche Laufzeitbereiche deutliche Liquiditätsüberhänge, die entsprechende Liquiditätspuffer für Stresssituationen darstellen und so die angemessene Liquiditätsposition des Postbank Konzerns unterstreichen.

Auch die Ergebnisse der Stresstests im Jahr 2012 unterstreichen die komfortable Liquiditätsposition des Postbank Konzerns. So ergaben sich auch nach Berücksichtigung der kombinierten Stresseffekte im MaRisk-Szenario stets komfortable Überschüsse bei der Nettoliquiditätsposition innerhalb der Survival Period sowie darüber hinaus.

Im Rahmen der Integration in den Deutsche Bank Konzern hat die Postbank bei der Überarbeitung der Szenarien für den Liquiditätsstress eine Angleichung an die Parameter der Deutschen Bank vorgenommen und die Funding-Matrix-Methodologie der Deutschen Bank eingeführt. Die Postbank ist in den Liquiditätsrisikomanagement-Prozess der Deutschen Bank integriert. Überdies hat die Postbank beschlossen, im Jahr 2013 – als Ergänzung der bereits bestehenden Limitierungsregelungen – das Konzept zur Limitierung von besicherten und unbesicherten Geldmarktaufnahmen (Maximum-Cash-Outflow-Limitierung) gemäß der Methodologie des Deutsche Bank Konzerns einzuführen.

Überwachung und Steuerung von Operationellen Risiken

Die ökonomische Kapitalunterlegung für die Operationellen Risiken wird sowohl für die Gesamtbank als auch für die einzelnen Geschäftsfelder anhand des internen Kapitalmodells ermittelt. Das Advanced-Measurement-Approach (AMA)-Kapitalmodell der Postbank basiert auf einem Verlustverteilungsansatz (Loss Distribution Approach – LDA). Als Grundlage der Berechnung dienen zunächst interne und externe Verlustfälle sowie Szenariodaten. Zur qualitativen Adjustierung der für die Geschäftsfelder mittels Monte-Carlo-Simulation berechneten Kapitalbeträge wird eine Scorecard zur Bewertung der Güte des OpRisk-Managements der Geschäftsfelder eingesetzt, die auch einen materiellen Anreiz zur Verbesserung des OpRisk-Managements setzt.

Das VaR-Limit für Operationelle Risiken auf Gesamtbankebene lag zum Ultimo 2012 bei 485 Mio €. Im Fall von Limitüberschreitungen wird das Limit für die Operationellen Risiken – auch unterjährig – zulasten anderer Risikoarten oder der noch freien Risikodeckungsmasse erhöht. Den Geschäftsfeldern des Postbank Konzerns sind spezielle Risikokapitalbeträge zugewiesen. Die Auslastung dieser Limite wird ebenfalls vierteljährlich überwacht.

Neben der regulären Berechnung der OpRisk-Kennzahlen werden quartalsweise zusätzlich Stresstests durchgeführt. Anhand der Ergebnisse der Stresstests wird das Verhalten der Risikokennzahlen unter extremen Bedingungen analysiert. So wird z. B. untersucht, welche Auswirkungen ein genereller Anstieg der Schadenfrequenzen oder ein zusätzlicher „künstlicher“ Großschaden haben.

Die Postbank setzt neben dem Quantifizierungsmodell insbesondere folgende Instrumente konzernweit ein:

- strukturierte Erfassung interner Schadenfälle ab 1.000 € (Betrugsfälle ab 0 €),
- Definition von Risikoindikatoren als Frühwarninstrument,
- halbjährliches Self-Assessment zur Bewertung des internen Kontrollgefüges,
- Definition von Szenarien zur Bewertung von spezifischen Risikosituationen,
- IT-gestützte zentrale Maßnahmenverfolgung zur Reduzierung von Operationellen Risiken.

Der Gesamtaufwand für Schäden aus Operationellen Risiken (inklusive der Beiträge an den EKS-Haftungsfonds (EKS = Eurokartensysteme)) ist mit 65 Mio € im Vergleich zum Vorjahr gestiegen (2011: 56 Mio €). Während sich bei den externen Betrugsdelikten die positive Entwicklung des Vorjahres fortsetzte, blieb der Aufwand aus Klagen und Beschwerden im Bereich der Anlageberatung, u. a. bedingt durch eine geänderte Rechtsprechung zur Offenlegung von Kick-Back-Zahlungen/Provisionen, auf hohem Niveau. Thematisch im Zentrum stand hierbei die Vermittlung von geschlossenen Fonds aus den Jahren bis zum Ausbruch der Finanzmarktkrise 2008. Nachdem bereits 2009 und 2010 zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung der Situation entwickelt und umgesetzt worden waren, wurde im ersten Halbjahr 2012 die Entscheidung getroffen, den Vertrieb von geschlossenen Fonds über die Vertriebskanäle der Postbank zum 30. Juni 2012 einzustellen.

Kriminelle Handlungen, die überwiegend extern verursacht wurden, führten im Jahr 2012 zu einem Gesamtschaden von 22 Mio €. Dies bedeutet einen Rückgang gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert um rund 30% (2011: 31 Mio €). Im Zentrum der Betrugsbekämpfung stehen insbesondere die zeitnahe und bankweite Kommunikation aller bedeutenden Betrugs Sachverhalte über das FRAUD-Komitee sowie die Sensibilisierung der in die relevanten Prozesse involvierten Mitarbeiter, um eine systematische und flächendeckende Früherkennung von Betrugsfällen sicherzustellen. Flankierend wurden verschiedene technische Maßnahmen umgesetzt, die in den letzten Jahren signifikant zur Verbesserung der Situation beigetragen haben. In den sonstigen OpRisk-Kategorien (Abwicklungsfehler, Kontroll- und Prozessschwächen, IT- und Personalausfälle etc.) waren 2012 keine gravierenden Nettoschäden zu verzeichnen.

In der nachfolgenden Tabelle ist der Operational Value-at-Risk (OpVaR) nach Adjustierung auf Gesamtbank- und Geschäftsfeldebene bei einem Konfidenzniveau von 99,93 % dargestellt:

Geschäftsfeld	Operational Value-at-Risk (OpVaR)	
	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Retail Banking	187	188
Firmenkunden	41	38
Transaction Banking	58	27
Financial Markets	67	80
Postbank Konzern	354	333

Die in der Tabelle enthaltenen Angaben zu den Geschäftsfeldern umfassen jeweils sowohl Core- als auch Non-Core-Portfolios.

Die strategische Ausrichtung der Postbank auf das Privat- und Geschäftskundensegment schlägt sich auch in den geschäftsfeldspezifischen OpVaR-Kennzahlen nieder. Der mit Abstand größte Kapitalbedarf zeigte sich mit 187 Mio € (per 31. Dezember 2011: 188 Mio €) im Geschäftsfeld Retail Banking.

Die Postbank betreibt Business Continuity Management (BCM) entlang der Wertschöpfungskette für Geschäftstätigkeiten und für kritische Konzernfunktionen. Das BCM beinhaltet die Beschreibung der Umsetzung vorbeugender und wiederherstellender Maßnahmen in Form von Notfall-, Krisen- und Testplänen für jedes Ressort. Im Rahmen des BCM werden regelmäßig Business-Impact-Analysen und Risk Identification and Assessments (RIAs) zur Beurteilung wesentlicher Geschäftsprozesse und deren Kritikalität durchgeführt. Durch Tests wird die Funktionsfähigkeit der Notfallpläne nachgewiesen.

Überwachung und Steuerung von Beteiligungsrisiken

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2012 hielt die Deutsche Postbank AG 59 unmittlere und eine Vielzahl von mittelbaren Unternehmensbeteiligungen. Im Geschäftsjahr 2012 hat sich die Zahl der Anteile an verbundenen Unternehmen/ Beteiligungen gegenüber dem Vorjahr moderat reduziert.

Bei den Unternehmensbeteiligungen handelt es sich zum überwiegenden Teil um strategische Beteiligungen zur Abbildung von Produkt-/Leistungsfeldern des Postbank Konzerns sowie zur Erbringung interner Serviceleistungen für den Postbank Konzern. Eine Reihe dieser Beteiligungen werden dabei wie Bereiche der Postbank geführt. In einigen dieser Fälle werden einzelne Zentralfunktionen wie beispielsweise Buchhaltung, Finanzen, Controlling, Recht, Personal und Revision durch zuständige Organisationseinheiten der Deutschen Postbank AG wahrgenommen. Risiken aus Beteiligungen mit kreditnahem oder kreditsubstituierendem Charakter werden durch die zuständigen Kreditabteilungen der Postbank überwacht.

Die Postbank hält unverändert keine Beteiligungen im Sinne eines Investment- oder Private-Equity-Ansatzes.

Der Postbank Konzern hat Verfahren eingerichtet, die eine angemessene Steuerung und Überwachung der wesentlichen Beteiligungsrisiken auf Konzernebene sicherstellen. Darin einbezogen sind auch die von der Postbank gehaltenen Gesellschaftsanteile an Zweckgesellschaften. Im Berichtsjahr bestanden diese insbesondere zur Emission von nachrangig haftenden Wertpapieren sowie zur temporären Übernahme von Immobilienbesitz. Die Postbank hält keine Gesellschaftsanteile an Zweckgesellschaften zur Auslagerung von Aktiva. Die Vielfalt der bestehenden und sich laufend weiterentwickelnden Steuerungs- und Überwachungssysteme gewährleistet, dass die Postbank jederzeit in der Lage ist, Risiken aus Anteilseignerbesitz, einschließlich strategischer Beteiligungsrisiken, zu überwachen und zu steuern.

Überwachung und Steuerung von Immobilienrisiken

Bei den Immobilien im Eigenbestand handelt es sich im Wesentlichen um selbst genutzte Objekte der Deutschen Postbank AG und der BHW Bausparkasse AG. Zur laufenden Überprüfung der Werthaltigkeit der Immobilien werden diese in einem Abstand von drei Jahren einer Neubewertung unterzogen. Entsprechend den Grundsätzen zur Bewertung – hier: Valuation Statement (PS) 3.2 der RICS Valuation Standards (8. Auflage) der Royal Institution of Chartered Surveyors (RICS), London –, basiert diese Überprüfung im Wesentlichen auf der Anwendung des wie folgt definierten Marktwertes: „Der geschätzte Betrag, zu dem eine Immobilie zum Bewertungsstichtag zwischen einem verkaufsbereiten Verkäufer und einem kaufbereiten Erwerber nach angemessenem Vermarktungszeitraum in einer Transaktion im gewöhnlichen Geschäftsverkehr verkauft werden sollte, wobei jede Partei mit Sachkenntnis, Umsicht und ohne Zwang handelt.“ (Übersetzung durch RICS Deutschland, Valuation Faculty Board, 8. Fassung, März 2012).

Die Überwachung des Immobilienbestands konzentriert sich auf die regelmäßige unter Risikoaspekten durchgeführte Bewertung der Objekte sowie die Analyse der Veränderungen des Immobilienportfolios.

Konzentrationsrisiken aus dem Eingehen von Immobilienpositionen sind nicht erkennbar.

Überwachung und Steuerung der Kollektivrisiken

Als Grundlage zur Risikoquantifizierung nutzt die BHW Bausparkasse AG ein Kollektiv-Simulationsmodell. In diesem Modell werden geplante Neuabschlüsse und erwartete Verhaltensweisen der Bausparer, wie z. B. Sparverhalten, Kündigungen, Bestandsfinanzierungen, Zuteilungen und Tilgungen, modelliert. Auf Basis einer Vielzahl von Verhaltensparametern ermittelt das Simulationsmodell vierteljährlich, ausgehend von den Einzelverträgen, auf Ebene des Gesamtkollektivs den statistisch zu erwartenden Gesamt-Cashflow sowie die GuV- und Bilanzdaten für die Planungsrechnung.

Im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme der Ausnahmeregelung nach § 1 Abs. 4 BSpkV wurden Plausibilität und Prognosegüte des Kollektivsimulationsmodells von einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bestätigt. Darüber hinaus erfolgt eine jährliche Qualitätssicherung des Modells durch Backtesting und Soll-Ist-Vergleiche.

Die komplexe baupartechnische Simulation mit einer Vielzahl von Parametern leitet Annahmen über das Verhalten von Bausparern unter verschiedenen Zinsszenarien aus historischen Datenreihen ab. Diese aufwendige statistische Modellierung könnte die relevanten baupartechnischen Parameter falsch abschätzen, woraus negative Auswirkungen auf die Ertrags- und Vermögenslage resultieren können.

In die Kollektivsimulation gehen neben den existierenden Beständen auch Annahmen zum Neugeschäft der nächsten Jahre ein. Gravierende Effekte für die mittelfristige Ertragslage ergeben sich, wenn das tatsächliche Neugeschäft deutlich unterhalb der Annahmen liegt, da der Bausparkasse in diesem Fall weniger niedrig verzinsliche Kundenmittel zur Verfügung stehen.

Die Postbank sieht die aus dem Bauspargeschäft resultierenden Kollektivrisiken als wesentlich an. Zur Quantifizierung des für Kollektivrisiken erforderlichen Risikokapitalbedarfs wird ein szenariobasiertes Modell eingesetzt.

Überwachung und Steuerung von Geschäftsrisiken

Die Quantifizierungsverfahren zur Bestimmung der Geschäftsrisiken stehen in einem direkten konsistenten Zusammenhang mit der Ermittlung des ökonomischen Kapitals innerhalb des Risikotragfähigkeitskonzepts der Postbank.

Zur Umsetzung der Steuerung von Zinsänderungsrisiken werden für Kundengeschäfte mit nicht deterministischen Zins- und Kapitalbindungen – insbesondere Spar- und Giroeinlagen – Ablauktionen definiert, die das Zinsanpassungs- und Kapitalbindungsverhalten in diesen Kundenprodukten in geeigneter Form widerspiegeln. Durch unerwartetes Kundenverhalten oder eine Veränderung der eigenen Zinsanpassungspolitik – aber auch durch fehlende Zinsanpassungsmöglichkeiten in Grenzbereichen – kann es im Zeitablauf zu unerwarteten Volumen- oder Margenschwankungen kommen, die die Erzielung eines langfristig stabilen Zinsüberschusses gefährden und somit auch das ökonomische Kapital beeinträchtigen können (Spar- und Girorisiko).

Als Grundlage zur Abschätzung der residualen Geschäftsrisiken dienen historische Soll-Ist-Vergleiche der Perioden.

Die Quantifizierung und Überwachung dieser Geschäftsrisiken erfolgt teilweise auf Basis des Value-at-Risk-Konzepts, teilweise durch Anwendung von Szenarioanalysen, dabei werden die angewandten Verfahren regelmäßig im Hinblick auf ihre Güte überprüft. Die Limite werden vom BRK beschlossen.

Zur Analyse von außergewöhnlichen Ereignissen werden darüber hinaus in regelmäßigen Abständen weitere sowohl historisch abgeleitete als auch hypothetische Szenarioanalysen und Stresstests durchgeführt.

Im Sinne eines Frühwarnsystems werden vom Controlling und von den Geschäftsfeldern laufend Markt- und Wettbewerbsdaten zur Identifizierung potenzieller Risiken erhoben und analysiert sowie entsprechende Gegenmaßnahmen entwickelt.

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Im Folgenden werden im Sinne des § 315 Abs. 2 Nr. 5 Handelsgesetzbuch (HGB) die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Konzernrechnungslegungsprozess beschrieben. Die Postbank erachtet Informationen als wesentlich im Sinne des § 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB, wenn ihr Weglassen die auf der Basis des Konzernabschlusses sowie der weiteren Bestandteile der Rechnungslegung getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Adressaten beeinflussen könnte. Die Wesentlichkeit ist nicht allgemeingültig bestimmbar, sondern wird sachverhaltsabhängig festgelegt. Die Beurteilung der Wesentlichkeit ist abhängig von Art und Umfang des jeweils abgebildeten Sachverhalts. Zur Beurteilung der Frage, ob ein Sachverhalt wesentlich ist, geht die Postbank von dessen Bedeutung in Bezug auf den Konzernabschluss aus.

Aufgaben des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Die Postbank hat einen hohen Qualitätsanspruch an die korrekte Abbildung der Geschäftsvorfälle in der Rechnungslegung. Die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Rechnungslegung ist Bestandteil des internen Kontrollsystems.

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem der Postbank besteht aus Regelungen zur Steuerung der Unternehmensaktivitäten (internes Steuerungssystem bzw. Risikomanagementsystem) und Regelungen zur Überwachung der Einhaltung dieser Regelungen (internes Überwachungssystem).

Das interne Kontrollsystem der Postbank hat folgende Aufgaben:

- Sicherung der Wirksamkeit und der Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit entsprechend der Unternehmensstrategie,
- Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und der externen Rechnungslegung sowie
- Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen rechtlichen Vorschriften.

Der Vorstand der Postbank ist für die Einrichtung des internen Kontrollsystems verantwortlich. Die Umsetzung wird durch entsprechende Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen sichergestellt.

Organisation des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Der Vorstand ist für die Aufstellung des Jahres- und des Konzernabschlusses sowie für die (Konzern-)Lageberichterstattung verantwortlich. Der Vorstand hat die Verantwortlichkeiten für die einzelnen Bestandteile und Prozessschritte im Zusammenhang mit der Rechnungslegung in Form von Organisationsrichtlinien klar definiert und einzelnen Organisationseinheiten zugeordnet. Am Erstellungsprozess sind im Wesentlichen die Ressorts Finanzen, Konzernsteuerung, Ressourcen und Chief Risk Office beteiligt.

Die Postbank stellt ihren Konzernabschluss nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, auf. Des Weiteren berücksichtigt sie die ergänzend anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften gemäß § 340i HGB i. V. m. § 315a Abs. 1 HGB und die Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS), die branchenspezifischen Vorschriften für Kreditinstitute und die rechtsformspezifischen Vorschriften für Aktiengesellschaften (§§ 150–161 AktG).

Für Zwecke der Einbeziehung von Tochtergesellschaften erstellen die einzubeziehenden Unternehmen und Zweckgesellschaften Berichte (Konzern-Packages), die nach Konzernvorgaben der Bank aufgestellt werden.

Die Rechnungslegung erfolgt überwiegend durch die Bereiche im Ressort Finanzen, die folgende wesentliche Aufgaben haben:

- Überwachung gesetzlicher Neuerungen,
- Erstellung und Pflege der Bilanzierungsrichtlinien,
- ordnungsgemäße Erfassung und Verarbeitung der rechnungslegungsbezogenen Daten/Geschäftsvorfälle in den IT-Anwendungen,
- Zusammenstellung des Konzernabschlusses nebst Konzernlagebericht,
- Bereitstellung der Informationen für die Segmentberichterstattung.

Darüber hinaus erfolgen bestimmte Tätigkeiten in den Bereichen des Ressorts Konzernsteuerung, die folgende wesentliche Aufgaben haben:

- Koordination der Entsprechenserklärung im Sinne des § 161 AktG,
- Bereitstellung bestimmter Anhangangaben,
- Bereitstellung der offenzulegenden Informationen hinsichtlich der Markt-, Kredit-, Liquiditäts- und Operationellen Risiken.

Das Ressort Ressourcen ist im Rahmen des Rechnungslegungsprozesses insbesondere mit den folgenden Tätigkeiten betraut:

- Berechnung der Personal- und Pensionsrückstellungen sowie Bereitstellung der damit in Zusammenhang stehenden Anhangangaben,

- Bereitstellung relevanter Angaben zu Anhang und Risikobericht.

Das Chief Risk Office nimmt folgende Aufgaben wahr:

- Erstellung von Beschlüssen zu Einzelwertberichtigungen von in- und ausländischen Krediten,
- Bereitstellung der offenzulegenden Informationen hinsichtlich der Markt-, Kredit-, Liquiditäts- und Operationellen Risiken,
- Bereitstellung relevanter Angaben zu Anhang und Risikobericht.

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand zu überwachen. Im Rahmen der Rechnungslegung fällt ihm die Billigung des Konzernabschlusses der Postbank zu. Der vom Aufsichtsrat gebildete Prüfungsausschuss hat folgende Aufgaben:

- Beratung und Überwachung hinsichtlich Rechnungslegung, internes Kontrollsystem, Risikomanagement und -controlling, soweit nicht der Kreditausschuss zuständig ist, Interne Revision und Compliance,
- Befassung mit Fragen der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers,
- Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten, Festlegung der Honorarvereinbarung.

Der Prüfungsausschuss bedient sich zur Erfüllung seiner Aufgaben seines Auskunftsrechts gegenüber der Internen Revision.

Darüber hinaus hat die Interne Revision der Postbank eine prozessunabhängige Überwachungsfunktion. Sie führt im Auftrag des Vorstands Prüfungen in sämtlichen Unternehmensbereichen durch und ist ihm direkt unterstellt und berichtspflichtig. Neben der Ordnungsmäßigkeit und der Funktionssicherheit der Prozesse und Systeme beurteilt sie insbesondere die Wirksamkeit und die Angemessenheit des internen Kontrollsystems sowie des Risikomanagements im Allgemeinen.

Der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht sind, bevor der Konzernabschluss gebilligt wird, durch den von der Hauptversammlung gewählten Abschlussprüfer zu prüfen. Der vom Abschlussprüfer anzufertigende Prüfungsbericht ist dem Aufsichtsrat der Postbank vorzulegen.

Komponenten des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Als eine Komponente des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems stellt das Kontrollumfeld der Postbank den Rahmen dar, innerhalb dessen die bestehenden Regelungen im Postbank Konzern eingeführt und angewendet werden. Es ist geprägt durch die Grundeinstellungen, das Problembewusstsein und das Verhalten des Managements in Bezug auf das interne Kontrollsystem. Das Kontrollumfeld beeinflusst wesentlich das Kontrollbewusstsein der Mitarbeiter. Ein günstiges Kontrollumfeld ist Voraussetzung für die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems.

Die ordnungsgemäße fachliche Berücksichtigung der Geschäftsvorfälle wird durch Bilanzierungsrichtlinien und andere Regelungen sichergestellt, die einer fortlaufenden Überprüfung unterzogen und bei Bedarf angepasst werden. Für die Verbuchung verwendet die Postbank das System SAP. Darüber hinaus wird auf individuelle Tools zur Datenverarbeitung (DV) zurückgegriffen, deren Ausgestaltung im Rahmen des Monitoring der individuellen Datenverarbeitung überwacht wird. Die Konzern-Packages der einzubeziehenden Gesellschaften werden von den Gesellschaften in das System SAP SEM geladen oder in Einzelfällen manuell eingepflegt. Aus diesen Daten sowie auf Basis weiterer von den zu konsolidierenden Gesellschaften zur Verfügung gestellten Informationen erstellt die Bank ihren Konzernabschluss.

Dem Risiko einer nicht regelungskonformen Abschlusserstellung wird durch entsprechende Vorgaben in den Richtlinien entgegengesteuert. Die Konzern-Packages werden einer Prüfung auf Konformität mit den Konzernhandbüchern unterzogen. Der Konzernabschluss wird im Bereich Rechnungswesen qualitätsgesichert. Die Tochtergesellschaften werden monatlich über Fristen und Änderungen für die Erstellung des Konzernabschlusses informiert. Die Konzernrichtlinien werden regelmäßig aktualisiert und in ihrer jeweilig jüngsten Fassung an die Tochtergesellschaften kommuniziert.

Es kommen allgemein anerkannte Bewertungsverfahren zum Einsatz. Die angewendeten Verfahren sowie die zugrunde liegenden Parameter werden regelmäßig kontrolliert und soweit erforderlich angepasst.

Maßgeblicher Grundsatz für die Ausgestaltung der Prozesse ist die klare Trennung von unvereinbaren Tätigkeiten. In diesem Zusammenhang kommt dem Vier-Augen-Prinzip eine hohe Bedeutung zu. Bei der Verarbeitung der Geschäftsvorfälle erfolgt die Buchung grundsätzlich im Vier-Augen-Prinzip. Hierbei ist entweder ein technisches oder ein organisatorisches Vier-Augen-Prinzip oder die Kombination beider vorgesehen.

Der Rechnungslegungsprozess für den Jahresabschluss umfasst die fachliche Begleitung der auftretenden Geschäftsvorfälle, die Datenerfassung und -verarbeitung, die Berichterstellung sowie die Veröffentlichung der Bestandteile der Rechnungslegung. Die Konzernabschlusserstellung umfasst darüber hinaus im Wesentlichen die Bestimmung des Konsolidierungskreises, die Meldungen der einbezogenen Gesellschaften, die Intercompany-Abstimmung, die

Währungsumrechnung, automatisierte und manuelle Konsolidierungsbuchungen sowie die letztendliche Generierung des Konzernabschlusses.

Der gesamte Rechnungslegungsprozess wird durch IT-Anwendungen unterstützt. Bei den Anwendungen handelt es sich um Standardprogramme und Individualsoftware. Ausgehend von der IT-Strategie und der Risikostrategie des Postbank Konzerns, bestehen Regelungen und Verfahren bezüglich der Programmentwicklung und -änderung, der Datensicherung sowie der Zugriffsberechtigung, die die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sicherstellen.

Als prozessintegrierte Kontrollen werden programmintegrierte Plausibilisierungen sowie automatisierte und manuelle Abstimmungen vorgenommen. So führt die Bank regelmäßig Haupt- und Nebenbuchabstimmungen durch.

Interne Revision

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems im Postbank Konzern. Sie ist organisatorisch dem Vorstand Ressourcen unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Die Interne Revision ist den Standards des Institute of Internal Auditors (IIA) bzw. des Deutschen Instituts für Interne Revision verpflichtet. Sie prüft, entsprechend den MaRisk, risikoorientiert und prozessunabhängig die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements im Allgemeinen und des internen Kontrollsystems im Besonderen sowie die Ordnungsmäßigkeit grundsätzlich aller Aktivitäten und Prozesse. Darüber hinaus erstreckt sich ihre Aufgabenwahrnehmung in abgestufter Form auch auf die Tochtergesellschaften im Postbank Konzern. Die Tätigkeiten in den Tochtergesellschaften reichen von einer Beratungsfunktion bis hin zur vollständigen Ausübung der Internen Revision. Der Prüfungsplanungsprozess der Internen Revision wurde im Geschäftsjahr von einer intervallbasierten statischen Mehrjahresplanung auf ein dynamisches Verfahren umgestellt. In einem kontinuierlichen Risk Assessment werden die den Geschäftsfeldern innewohnenden Risiken und die korrespondierenden Kontrollmaßnahmen analysiert und bewertet. Hieraus abgeleitet, ergibt sich der risikoorientierte Prüfungsplan für das Geschäftsjahr, mit dessen Durchführung die Interne Revision durch den Vorstand beauftragt wird.

Neben regelmäßigen Prüfungen führt die Interne Revision anlassbezogen Sonderuntersuchungen durch und ist bei der Einführung und Umsetzung von wesentlichen Projekten begleitend prüferisch tätig. Die Prüfungskonzepte werden laufend den Erkenntnissen aus den Risk Assessments entsprechend angepasst. So werden z. B. neue Produkte, Veränderungen im internen Kontrollsystem oder Organisationsveränderungen in der Prüfungsdurchführung ebenso berücksichtigt wie Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen.

Vergütungssysteme

Das Bundesfinanzministerium hatte am 6. Oktober 2010 aufgrund des § 25a Abs. 5 Sätze 1–3 und 5 KWG die Verordnung über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme von Instituten (InstitutsVergV) erlassen, die das Rundschreiben 22/2009 der BaFin vom 21. Dezember 2009 ablöste.

Die Vergütungssysteme des Postbank Konzerns erfüllen die in der InstitutsVergV geregelten allgemeinen und besonderen Anforderungen. Sie stehen im Einklang mit den in den Strategien niedergelegten Zielen und sind so ausgerichtet, dass negative Anreize vermieden werden. Die Mitarbeiter werden entsprechend ihren Aufgaben und ihrer Verantwortung angemessen vergütet; die Vergütungssysteme werden jährlich auf ihre Angemessenheit hin überprüft.

Bezüglich der besonderen Anforderungen an die Vergütungssysteme von Geschäftsleitern und Mitarbeitern, deren Tätigkeit wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil hat, wurden die Vergütungssysteme so ausgestaltet, dass diese die auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Unternehmensziele noch stärker unterstützen. Die Vergütungssysteme stehen im Einklang mit den Anforderungen der InstitutsVergV. Soweit dies zivil-, arbeits- und gesellschaftsrechtlich möglich war, wurden die notwendigen Anpassungen nach Prüfung gemäß § 10 InstitutsVergV in den Anstellungsverträgen nachgezogen.

PROGNOSEBERICHT**Weltwirtschaft**

Die globale Wirtschaft befindet sich zu Beginn des Jahres 2013 in einer unsicheren Lage. Risiken gehen weiterhin vor allem von der EWU-Staatsschuldenkrise aus, die sich zwar abgeschwächt hat, aber noch nicht überwunden ist. Sollte diese weiter eingedämmt werden, wäre eine wichtige Voraussetzung für eine Beschleunigung des globalen Wachstums gegeben. Konjunkturimpulse dürften insbesondere von den Schwellenländern ausgehen. In vielen von ihnen haben Notenbanken und Regierungen inzwischen Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft eingeleitet. Der IWF rechnet für 2013 mit einer Zunahme der globalen Wirtschaftsleistung um 3,5 % nach 3,2 % im Jahr 2012. Im Jahr 2014 sollte das globale BIP laut IWF noch etwas stärker zulegen.

In den USA dürfte die Wirtschaft weiterhin kontinuierlich, aber verhalten wachsen. Die Ausrüstungsinvestitionen sollten weiter gesteigert werden. Die Bauinvestitionen könnten, nachdem der Markt für Wohnimmobilien seine Talsohle klar durchschritten hat, sogar erneut recht kräftig ausgeweitet werden. Der private Verbrauch sollte bei steigender Beschäftigung und leicht sinkender Arbeitslosigkeit moderat wachsen. Exporte und Importe dürften in annähernd gleichem Ausmaß gesteigert werden, sodass vom Außenhandel per saldo keine Impulse auf das Wachstum ausgehen. Der Staatsverbrauch wird die Konjunktur wohl anders als in den Vorjahren nicht mehr in nennenswertem Umfang belasten. Trotz der breit aufgestellten Aufwärtsbewegung dürfte sich das BIP-Wachstum 2013 aufgrund einer ungünstigeren Ausgangsposition zum Jahreswechsel gegenüber dem Vorjahr leicht abschwächen. Wir rechnen mit einem Zuwachs von 2,1%. Für das Jahr 2014 erwarten wir eine deutliche Verstärkung des Wirtschaftswachstums.

Die japanische Wirtschaft durchläuft zur Jahreswende 2012/13 eine tiefe Delle. Selbst wenn die Konjunktur im Verlauf des Jahres 2013 wieder besser Tritt fasst, sind die Voraussetzungen für das Gesamtjahr daher ungünstig. Privater Verbrauch und Investitionen dürften weitgehend stagnieren, und die Exporte werden wohl nur sehr mäßig zulegen. Das BIP-Wachstum sollte deshalb 2013 mit 0,3 % sehr schwach ausfallen. Für 2014 rechnen wir mit einem etwas höheren, aber immer noch verhaltenen Wachstum der japanischen Wirtschaft. China dürfte 2013 von der leichten Belebung der Weltkonjunktur sowie von Maßnahmen der Regierung zur Förderung der Binnennachfrage profitieren. Das BIP-Wachstum sollte sich deshalb 2013 leicht verstärken und 2014 weiter beschleunigen.

An der Schwelle zum Jahr 2013 befindet sich die Wirtschaft im Euroraum in einer Rezession. Es bestehen jedoch Anzeichen, dass sich die Konjunktur zu Beginn des Jahres stabilisieren und nachfolgend erholen könnte. Diese Erholung dürfte aber vor allem vor dem Hintergrund der weiter schwelenden Staatsschuldenkrise und der daraus resultierenden Konsolidierungszwänge nur schwach ausfallen. Die Binnennachfrage wird 2013 voraussichtlich weiter sinken. Negativ sind insbesondere die Aussichten für die Investitionen. Doch auch der private Verbrauch dürfte aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit sowie steuererhöhungsbedingter Einkommenseinbußen weiter nachgeben. Das Tempo der Rückgänge sollte sich jedoch jeweils verlangsamen. Der Außenhandel dürfte die Konjunktur bei moderat steigenden Exporten und leicht zunehmenden Importen weiter stützen, allerdings nicht

mehr in dem Maß wie 2012. Trotz der für den Jahresverlauf erwarteten Belebung der Wirtschaft dürfte das BIP des Euro-raums 2013 aufgrund des niedrigen Ausgangsniveaus zu Jahresbeginn nochmals leicht um 0,1% sinken. 2014 sollte das BIP-Wachstum dann wieder positiv ausfallen, ohne dass die Wirtschaft jedoch eine größere Dynamik entfaltet.

Konjunkturausblick für Deutschland

Die deutsche Konjunktur zeigt sich zum Jahreswechsel 2012/2013 in einer schwachen Verfassung. Frühindikatoren, wie z. B. der ifo-Geschäftsklimaindex, deuten aber auf eine baldige Stabilisierung und einen nachfolgenden Aufschwung hin. Dieser sollte allerdings zunächst verhalten bleiben, da ein kräftiger Konjunkturtreiber nicht in Sicht ist. So dürfte das Exportwachstum nicht zuletzt aufgrund der anhaltend schwachen Nachfrage aus dem europäischen Ausland 2013 geringer ausfallen als im Vorjahr. Dagegen sollten die Importe etwas kräftiger zulegen, sodass der Außenhandel per saldo voraussichtlich keine Wachstumsimpulse liefert. Die Ausrüstungsinvestitionen dürften sich zwar im Jahresverlauf wieder beleben, im Jahresdurchschnitt aber, bedingt durch das niedrige Ausgangsniveau, gegenüber 2012 leicht schrumpfen. Dagegen dürften die Bauinvestitionen moderat steigen, wobei der Wohnungsbau erneut spürbar zulegen sollte. Die schwache Investitionstätigkeit dürfte sich negativ auf den Arbeitsmarkt niederschlagen. Die Erwerbstätigkeit wird 2013 wohl weitgehend stagnieren, die Arbeitslosigkeit leicht steigen. Vor diesem Hintergrund ist auch beim privaten Verbrauch – trotz weiter steigender Einkommen – nur mit einem verhaltenen Zuwachs zu rechnen. Insgesamt dürfte das BIP-Wachstum 2013 mit 0,6% geringer ausfallen als im Vorjahr. Für 2014 gehen wir von einer konjunkturellen Belebung und einem leicht überdurchschnittlichen BIP-Wachstum von 1,5% aus.

Märkte

Die EWU-Staatsschuldenkrise dürfte die globalen Märkte trotz der jüngsten Entspannungstendenzen auch 2013 belasten. Angesichts immer noch hoher Staatsdefizite kann die Nervosität der Marktteilnehmer sehr schnell steigen und in erneuten Kursrückschlägen münden. Wie in den Vorjahren könnten hiervon insbesondere die Anleihen hoch verschuldeter Euro-Staaten betroffen sein. Die Geldpolitik der führenden Notenbanken dürfte 2013 expansiv bleiben. Angesichts der schwachen Konjunktur im Euroraum und der europäischen Staatsschuldenkrise wird die EZB ihren Leitzins 2013 unserer Einschätzung nach konstant bei 0,75% halten. Dabei wird sie wohl gegebenenfalls auch eine neuerliche Überschreitung ihres Inflationsziels von knapp unter 2% in Kauf nehmen. Mit Leitzinserhöhungen rechnen wir frühestens für die zweite Hälfte des Jahres 2014. Zudem gehen wir davon aus, dass die EZB auf absehbare Zeit an ihren unkonventionellen Maßnahmen, wie z. B. der Vollzuteilung bei ihren Refinanzierungsgeschäften, festhalten wird. Das OMT-Programm könnte aktiviert werden, wenn sich die EWU-Staatsschuldenkrise wieder zuspitzen und dann Spanien oder Italien Anpassungsprogramme vereinbaren sollten. Es könnte aber auch dann zum Einsatz kommen, wenn sich die Krise weiter entspannt. Länder wie Irland oder Portugal, die bereits Anpassungsprogramme vereinbart haben, könnten dann nämlich Unterstützung durch die EZB erhalten, um wieder vollen Zugang zum Kapitalmarkt zu bekommen. Die US-Notenbank hat bereits angekündigt, dass sie an ihrer extrem expansiven Geldpolitik festhalten wird, solange die Arbeitslosenquote über 6,5% und die erwartete Inflationsrate unter 2,5% liegen. Doch selbst wenn diese Bedingungen

nicht mehr erfüllt sind, führt dies nicht notwendigerweise zu Zinsanhebungen. Für 2013 erwarten wir deshalb ein konstantes Leitzinsniveau von 0% bis 0,25%, und auch für 2014 sehen wir eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass die Fed den Leitzins auf seinem historischen Tiefstand belässt.

Die Kapitalmarktzinsen in Deutschland sind auf ihrem derzeitigen Niveau unseres Erachtens nach unten verzerrt, was vor allem in einem negativen Realzins zum Ausdruck kommt. Die immer noch schwelende EWU-Staatsschuldenkrise dürfte zwar weiterhin Bundesanleihen mit ihrem Ruf als „sicherer Hafen“ begünstigen, aber nicht mehr in dem Maße wie im vergangenen Jahr. 2013 wird sich die Krise unserer Einschätzung nach abschwächen – dies spricht für tendenziell steigende Kapitalmarktzinsen, wobei dem Anstieg aufgrund der anhaltenden Unsicherheit und der unverändert expansiven Geldpolitik enge Grenzen gesetzt sein sollten. Wir rechnen deshalb für 2013 nur mit einer leichten Erhöhung der Rendite 10-jähriger Bundesanleihen auf 2,0%. Bei konstant niedrigen Leitzinsen dürfte die Zinsstrukturkurve etwas steiler werden. Im Jahr 2014 sollten die Kapitalmarktzinsen bei einer konjunkturellen Belebung und der dann näher rückenden Straffung der Geldpolitik weiter steigen. Die Zinsstrukturkurve sollte in diesem Umfeld noch etwas steiler werden.

Prinzipiell sollten Unternehmensanleihen von der erwarteten konjunkturellen Belebung und den anhaltend niedrigen Leitzinsen profitieren. Die Risikoprämien sind aber bereits deutlich gefallen und haben sich ihren Niveau vor Ausbruch der Finanzkrise 2007 stark angenähert. Die aktuellen Corporate Spreads sind unseres Erachtens fundamental zwar noch gerechtfertigt, bieten aber kein Potenzial mehr für eine weitere Einengung.

Im Hinblick auf die Risikoauflagen, die für Staatsanleihen der sogenannten Peripherieländer in der Eurozone verlangt werden, halten wir eine weitere Einengung für möglich, sofern die Haushaltsdefizite nachhaltig gesenkt werden und die betroffenen Länder allmählich aus der Rezession herausfinden. Die Risikoauflagen sind aber in einigen Fällen bereits so weit zurückgegangen, dass hier von einer massiven Übertreibung nicht mehr gesprochen werden kann. Die Spielräume für ein weiteres Hereinlaufen der Spreads sind deshalb inzwischen eng begrenzt. Gleichzeitig dürften die Märkte für Staatsanleihen bei einem Wiederaufflammen der Krise sehr anfällig für Rückschläge bleiben.

Branchensituation

Die regulatorischen Rahmenbedingungen für Finanzinstitute sind auf europäischer Ebene in vielen Punkten weiterhin nicht abschließend fixiert. Offen sind z. B. die Frage einer Harmonisierung der Einlagensicherung, die Novelle der EU-Finanzmarktrichtlinie MiFID II („Markets in Financial Instruments Directive“), die Umsetzung der Eigenkapitalanforderungen für Banken nach CRD IV (Gesetzesentwurf zur nationalen Umsetzung der internationalen Basel-III-Regelungen bzw. ihres europäischen Pendant) oder die Einführung einer EU-weiten Bankenabgabe. Einen Schritt hin zur Umsetzung hat dagegen die Finanztransaktionssteuer genommen. Der Rat der EU-Finanzminister hat den elf EU-Staaten, die eine kleine Lösung anstreben, formell die Erlaubnis erteilt, eine Finanztransaktionssteuer in ihren Geltungsbereichen einzuführen. Unter den elf Ländern sind Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien. Im ersten Quartal 2013 soll ein Gesetzesentwurf vom EU-Steuerkommissar

vorgelegt werden, der die Anwendung der Finanztransaktionssteuer definiert.

Anfang Februar 2013 hat das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf zur Bankenregulierung verabschiedet, der u. a. eine Trennung riskanter Handelsgeschäfte vom Einlagengeschäft vorsieht. Demnach soll das Kundengeschäft abgeschirmt werden, wenn die riskanten Geschäfte mehr als 20 % der gesamten Bilanzsumme ausmachen oder ein Volumen von 100 Mrd € überschreiten. Aktivitäten im Rahmen des Eigenhandels und Kreditgeschäfte mit Hedgefonds müssten dann in eine eigenständige, organisatorisch getrennte Tochtergesellschaft ausgelagert werden. Der Entwurf lehnt sich eng an die Vorschläge der Liikanen-Expertengruppe an, sieht aber – im Unterschied zum Liikanen-Papier – kein weitreichendes Verbot des sogenannten Market-Making vor. Nach Angaben des Bundesfinanzministeriums könnten die Pläne bis zu ein Dutzend Banken treffen. Es wird erwartet, dass von der EU-Kommission im Laufe des Jahres ein EU-weit greifender Vorschlag zur Trennung von Bankgeschäften präsentiert wird.

Die konjunkturelle Eintrübung, die auch Deutschland erreicht hat, sollte das operative Geschäft der Branche 2013 erschweren. Die gute Bonität deutscher Kreditnehmer dürfte sich in diesem Umfeld grundsätzlich nicht weiter verbessern. Das anhaltend niedrige Zinsniveau drückt zunehmend auf die Zinsmarge und damit auf die Ertragsentwicklung vieler deutscher Banken. Das Nachgeben der Zinsüberschüsse der vier beispielhaft analysierten deutschen Kreditinstitute unterstreicht diese Tendenz. Der harte Wettbewerb im deutschen Privatkunden- und KMU-Segment (kleine und mittlere Unternehmen), der in den mehrheitlich rückläufigen Provisionsergebnissen dieser Institute im Analysezeitraum zum Ausdruck kommt, belastet die Geschäftsentwicklung zusätzlich. Wir erwarten für 2013 keine nennenswerte Entspannung des Wettbewerbs im deutschen Privatkunden- und KMU-Segment und auch nur eine moderate Versteilerung der Zinsstrukturkurve. Mehrheitlich dürften daher deutsche Kreditinstitute rückläufige Zins- und/oder Provisionsüberschüsse für das Gesamtjahr 2013 ausweisen. Die Ergebnisbeiträge aus Investmentbanking und Eigenhandel sollten bei vielen deutschen Instituten in Anbetracht des schwierigen Kapitalmarktumfelds und der erhöhten Eigenkapitalanforderungen unsicher bleiben. In Anbetracht des schwierigen operativen Umfelds dürften viele Kreditinstitute auch 2013 ihre Kostenstruktur auf Einsparpotenziale hin überprüfen. Für die Mehrheit der deutschen Banken erwarten wir daher für 2013 im günstigsten Fall ein Geschäftsergebnis auf Vorjahresniveau bzw. moderat darüber.

An der Drei-Säulen-Struktur der deutschen Bankenlandschaft, bestehend aus privaten, öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Instituten, wird sich nach unserer Einschätzung mittelfristig nur wenig ändern.

Auch 2014 dürfte kein einfaches Jahr für die deutsche Bankenbranche werden. Zum einen sollte der harte Wettbewerb im Privat- wie im Firmenkundengeschäft anhalten, und zum anderen ist eine deutliche Versteilerung der Zinsstrukturkurve – verbunden mit einer positiven Wirkung für die Zinsmarge – auch für 2014 derzeit nicht in Sicht. Die Chancen auf deutlich steigende Zins- und Provisionsüberschüsse erscheinen daher begrenzt. Auch Verbesserungen bei den Erträgen aus Investmentbanking oder Eigenhandel sollten mit Blick auf die noch ausstehenden regulatorischen

Entscheidungen, die vor allem diese Geschäftsfelder betreffen, limitiert sein. Das Thema Kostenoptimierung dürfte auch 2014 bei vielen Banken auf der Agenda stehen. Bei der Mehrheit der Institute sollte in diesem schwierigen Umfeld das operative Ergebnis stagnieren bzw. nur leicht zulegen.

Investitionsschwerpunkte der Postbank

Auch in den Jahren 2013 und 2014 wird die Postbank ihr Augenmerk auf die Weiterentwicklung der Retail Target Platform (RTP) sowie auf die Umsetzung einer Reihe von regulatorischen Anforderungen richten. Zu den Letztgenannten zählen u. a. die Erfüllung von Liquiditäts- und Kapitalanforderungen sowie von bilanzrechtlichen Vorgaben, SEPA, Basel III, die 4. MaRisk-Novelle und verschiedene Verbraucherschutzthemen. Lifecycle-Investitionen werden im Jahr 2013 – soweit technisch notwendig – umgesetzt, jedoch nach Möglichkeit vermieden, soweit ihr Erfordernis im Zuge der RTP-Einführung entfällt.

Größere Investitionen der Kategorie „Geschäftsentwicklung“ werden 2013 und 2014 nur vereinzelt erfolgen und mit den Aktivitäten zum Programm RTP abgeglichen.

Auswirkungen von Basel III und Eigenkapitalsituation

Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht (BCBS) hat am 16. Dezember 2010 die Regelungen zu den künftigen internationalen Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen (Basel III) final verabschiedet. Dieses Regelwerk wird derzeit auf europäischer wie auf nationaler Ebene in den entsprechenden Richtlinien und Verordnungen umgesetzt; die konkreten Einführungsstermine sind derzeit noch offen. In Reaktion auf die Finanzkrise wird eine Vielzahl von Verschärfungen der regulatorischen Rahmenbedingungen vorgenommen, die eine größere Widerstandsfähigkeit des weltweiten Bankensystems zum Ziel haben. Vorgesehen sind sowohl höhere Anforderungen an die Qualität und die Quantität des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals als auch höhere Anrechnungsbeträge der mit Eigenkapital zu unterlegenden Aktiva. Zusätzlich werden künftig Mindestanforderungen an die Liquiditätsausstattung der Banken gestellt, und der Verschuldungsgrad der Banken wird überwacht.

Die Umstellung auf die neuen Regelungen von Basel III wird bei den Banken tendenziell zu einer Minderung des aufsichtsrechtlich anerkannten Eigenkapitals und einem Anstieg der risikogewichteten Aktiva führen. Dies gilt auch für die Postbank. Die regulatorischen Neuerungen werden jedoch zeitlich gestaffelt in einer Übergangsperiode bis 2022 eingeführt, um den Banken die nötige Zeit zur Anpassung an die verschärften Anforderungen zu geben. Parallel hierzu werden sukzessive bis 2018 die Mindestkapitalquoten angehoben, und es sind ein zusätzlicher Kapitalerhaltungspuffer sowie gegebenenfalls ein antizyklischer Kapitalpuffer aufzubauen.

Die Postbank hat ihre Eigenkapitalbasis bereits in den vergangenen Jahren deutlich gestärkt und ist so für die Umsetzung von Basel III gut vorbereitet. Auch in den kommenden Perioden werden Maßnahmen zum Ausbau der Eigenkapitalposition vorangetrieben. Beispiele hierfür sind die Einführung weiterer fortgeschrittener Modelle zur Ermittlung der Eigenkapitalanforderungen (IRB-Advanced-Ansatz) sowie der fortgesetzte Abbau von Finanzanlagen. Mit Beginn des Jahres 2013 wird jedoch die Kernkapitalquote des Postbank Konzerns insbesondere infolge des Abgangs des Hybridkapitals durch den im Nachtragsbericht erwähnten Verkauf

der Deutsche Postbank Funding LLC I-IV und der Deutsche Postbank Funding Trust I-IV zunächst absinken. Die Kernkapitalquote der Deutschen Postbank AG ist davon nicht betroffen.

Die De-Risking-Strategie der Postbank wird darüber hinaus auch dazu beitragen, den von den Aufsichtsbehörden zunächst nur beobachteten, nicht aber limitierten Verschuldungsgrad weiter zu reduzieren.

Ausblick für den Postbank Konzern

Erwartete Entwicklung der Ergebnissituation des Postbank Konzerns

Die folgende Einschätzung des voraussichtlichen Geschäftsverlaufs der Postbank in den Jahren 2013 und 2014 basiert auf den in diesem Lagebericht skizzierten volkswirtschaftlichen Grundannahmen und Erwartungen. Eine erneute Verschärfung der Staatsschuldenkrise und/oder mögliche Rückschläge und Verwerfungen an den internationalen Kapital- und Immobilienmärkten könnten sich negativ auf dieses Szenario auswirken. Auch die anhaltende Diskussion um eine weitere Verschärfung der regulatorischen Vorschriften für den Bankensektor könnte einen signifikanten Einfluss auf die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage der Postbank haben, der im folgenden Basisszenario nicht berücksichtigt wurde.

Spürbare Synergien erwarten wir aus der Integration der Postbank Gruppe in den Deutsche Bank Konzern; diese sollten die kurz-, mittel- und langfristige Ergebnissituation der Postbank und ihrer Geschäftsbereiche positiv beeinflussen. Aus Maßnahmen zum Erzielen von Synergien werden allerdings kurz- und mittelfristig Sonderbelastungen entstehen, so z. B. aus der Realisierung der gemeinsamen IT-Plattform. Die derzeit erwarteten Ergebnisse aus der Integration sind im nachfolgenden Ausblick berücksichtigt.

Das Geschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden mit seinen soliden Ertragsströmen bildet unverändert die Basis für die künftige Ergebnisentwicklung der Postbank. Im Fokus steht dabei u. a. die Verbesserung der – um integrationsbedingte Aufwendungen bereinigten – Kostenbasis. Hier werden sich durch die Einbindung in den Deutsche Bank Konzern verstärkt Effizienzpotenziale ergeben.

An unserer De-Risking-Strategie werden wir festhalten und dabei auch die ergebniswirksame Realisierung von Verlusten in Kauf nehmen, die naturgemäß zu Abweichungen zum nachfolgenden Ausblick führen könnten.

Im Einzelnen erwarten wir, dass der Zinsüberschuss im Jahr 2013 zunächst spürbar absinken, ab 2014 aber wieder wachsen wird. Neben weiter anhaltenden Belastungen aus der Niedrigzinssituation und dem fortschreitenden Abbau von Finanzanlagen trägt insbesondere der Verkauf unserer Tochter PB Capital Corporation zum sinkenden Zinsüberschuss im Jahr 2013 bei. Für das Jahr 2014 rechnen wir derzeit mit wieder leicht steigenden Zinsen am Geld- und Kapitalmarkt und einem Geschäftswachstum. Dies sollte nach heutiger Einschätzung zu einem gegenüber 2013 steigenden Zinsüberschuss führen. Der Provisionsüberschuss dürfte sich in den Jahren 2013 und 2014 weitgehend konstant zeigen, da planmäßige Rückgänge aus dem postalischen Geschäft durch wachsende Erträge insbesondere aus dem Wertpapier- und Girogeschäft kompensiert werden sollten.

Der beschleunigte Abbau von Risikopositionen im Rahmen des neuen Segments „Non Core Operating Unit (NCOU)“ führt im Jahr 2013 im Finanzanlageergebnis voraussichtlich zu deutlichen Belastungen. Für das Jahr 2014 erwarten wir derzeit ein nahezu ausgeglichenes Ergebnis aus Finanzanlagen.

Im Handelsergebnis gehen wir für die Jahre 2013 und 2014 von leicht positiven Ergebnisbeiträgen aus und erwarten damit eine deutliche Verbesserung im Vergleich zum Jahr 2012, das durch Belastungen insbesondere aus dem Segment NCOU geprägt war.

Bei der Risikovorsorge dürfte die Postbank von der geringfügigen wirtschaftlichen Erholung in den Jahren 2013 und 2014 sowie dem Wegfall der Belastungen aus der in der risikobehafteten internationalen gewerblichen Immobilienfinanzierung aktiven PB Capital Corporation profitieren, sodass wir hier von einer weitestgehend stabilen Entwicklung ausgehen.

Im Hinblick auf den Verwaltungsaufwand erwarten wir für das Jahr 2013 eine leicht steigende Tendenz, da sich hier noch integrationsbedingte Aufwendungen bemerkbar machen werden. Ab dem Jahr 2014 sollten sich Synergieeffekte und die Effizienzmaßnahmen vorangegangener Perioden jedoch stetig positiver auswirken. Im Jahr 2014 sollte der Verwaltungsaufwand daher leicht unter dem des Jahres 2013 liegen.

Für das erste Quartal 2013 erwarten wir positive Effekte aus der im Nachtragsbericht erwähnten Entkonsolidierung in Höhe eines kleinen dreistelligen Millionen-Euro-Betrags. Wir gehen derzeit davon aus, dass dieser außerordentliche Ergebnisbeitrag im Laufe des Jahres 2013 u. a. für einen beschleunigten Abbau von Risikopositionen genutzt werden wird.

Insgesamt erwarten wir derzeit, dass aufgrund des herausfordernden Zinsumfelds, durch Sondereffekte aus dem beschleunigten Risikoabbau und durch integrationsbedingte Kosten sowie der fehlenden laufenden Ergebnisbeiträge der PB Capital Corporation das Vorsteuerergebnis im Jahr 2013 gegenüber 2012 spürbar auf einen kleinen dreistelligen Millionen-Euro-Betrag rückläufig sein wird. Ab dem Jahr 2014 erwarten wir wieder ein deutlich steigendes Vorsteuerergebnis.

Erwartete Entwicklung in den wesentlichen Geschäftsbereichen

Retail Banking

Vor dem Hintergrund der erwarteten konjunkturellen Entwicklung gehen wir für die Jahre 2013 und 2014 von einer stabilen Entwicklung des Privatkundengeschäfts in Deutschland aus. Es handelt sich hier um einen wenig volatilen und gegenüber anderen Bereichen risikoärmeren Geschäftszweig. Wir unterstellen allerdings eine weiter steigende Wettbewerbsintensität. Mit unserer aktuellen Positionierung sehen wir uns hierfür sehr gut aufgestellt und wollen auf unserem Wachstumspfad voranschreiten.

Bis zum Jahr 2014 rechnen wir bei gleichbleibendem Zinsumfeld mit einem marginal steigenden Zinsüberschuss und einem etwas höheren Provisionsüberschuss, bei gegenüber der guten Entwicklung im Jahr 2012 wieder ansteigender Risikovorsorge. Sollten sich die von uns erwarteten Zins-

steigerungen nicht einstellen, würde dies eine belastende Wirkung auf den Zinsüberschuss haben. Der Verwaltungsaufwand dürfte sich integrationsbedingt leicht erhöhen. In Summe erwarten wir in diesem Segment für 2013 und 2014 knapp unter dem guten Niveau des Jahres 2012 liegende Vorsteuerergebnisse.

Firmenkunden

Das Ergebnis vor Steuern des Segments Firmenkunden wird in den Jahren 2013 und 2014 nach unseren Erwartungen aufgrund eines rückläufigen Zinsüberschusses und eines Anstiegs der Risikovorsorge unter dem Niveau von 2012 liegen.

Transaction Banking

Im Segment Transaction Banking erwarten wir einen Ergebnisrückgang für das Jahr 2013, begründet durch eine nochmalige leichte Verminderung des Provisionsüberschusses bei zunächst stabilem Verwaltungsaufwand. Im Jahr 2014 sollten sich unsere Kosteninitiativen positiv auswirken und zu einem spürbaren Ergebnisanstieg führen.

Financial Markets

Für das Segment Financial Markets, das die Ergebnisse aus dem Management unseres Bankbuchs beinhaltet, gehen wir aufgrund des leicht steigenden Zinsniveaus und eines sinkenden Verwaltungsaufwands für die nächsten beiden Jahre von einer deutlichen Verbesserung gegenüber dem Ergebnis des abgelaufenen Geschäftsjahres aus.

Non Core Operating Unit

In diesem neuen Segment werden sich im Jahr 2013 die De-Risking-Initiativen zunächst belastend auswirken. So erwarten wir derzeit für 2013 ein Ergebnis etwa auf dem Niveau des Jahres 2012. Für das Jahr 2014 gehen wir von einer Verbesserung des Ergebnisses aus, die von allen Ertrags- und Aufwandskomponenten gespeist wird. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass sich aus derzeit nicht geplanten De-Risking-Maßnahmen signifikante Veränderungen dieser Prognose ergeben können, die auch das Gesamtbankergebnis belasten würden.

Cost Center/Konsolidierung

Für dieses Segment erwarten wir gegenüber dem Berichtsjahr ein höheres negatives Ergebnis für das Jahr 2013, das hauptsächlich auf den integrationsbedingt steigenden Verwaltungsaufwand zurückzuführen ist. Für das Jahr 2014 rechnen wir in dieser Position mit Entlastungen aus der Integration und damit einem wieder deutlich verbesserten negativen Ergebnis vor Steuern im Segment Cost Center/Konsolidierung.

Versicherung des Vorstands

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Bonn, 19. Februar 2013

Deutsche Postbank AG

Der Vorstand



Frank Strauß



Marc Heß



Hans-Peter Schmid



Ralf Stemmer



Hanns-Peter Storr

KONZERNABSCHLUSS

NACH INTERNATIONAL FINANCIAL REPORTING STANDARDS ZUM 31. DEZEMBER 2012

GESAMTERGEBNISRECHNUNG	93
BILANZ	94
EIGENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG	95
KAPITALFLUSSRECHNUNG	96
ANHANG – NOTES	98
SEGMENTBERICHTERSTATTUNG (NOTE 42)	135
BESTÄTIGUNGSVERMERK	171

04

GESAMTERGEBNISRECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS ZUM 31. DEZEMBER 2012

Gewinn- und Verlustrechnung	Erläuterungen	2012 Mio €	2011 Mio €
Zinserträge	(7)	6.100	6.900
Zinsaufwendungen	(7)	-3.397	-3.990
Zinsüberschuss	(7)	2.703	2.910
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(8)	-384	-383
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		2.319	2.527
Provisionserträge	(9)	1.423	1.502
Provisionsaufwendungen	(9)	-269	-250
Provisionsüberschuss	(9)	1.154	1.252
Handelsergebnis	(10)	-103	64
Ergebnis aus Finanzanlagen	(11)	-15	-554
Verwaltungsaufwand	(12)	-2.999	-3.204
Sonstige Erträge	(13)	148	107
Sonstige Aufwendungen	(14)	-118	-114
Ergebnis vor Steuern		386	78
Ertragsteuern	(15)	-106	34
Ergebnis nach Steuern		280	112
Ergebnis Konzernfremde		-1	-1
Konzerngewinn		279	111
Ergebnis je Aktie in €		1,28	0,51
Bereinigtes Ergebnis je Aktie in €		1,28	0,51

Verkürzte Gesamtergebnisrechnung	2012 Mio €	2011 Mio €
Ergebnis nach Steuern	280	112
Sonstiges Ergebnis nach Steuern	373	-24
Veränderung der Neubewertungsrücklage	516	-35
davon Bewertungsänderung	409	-51
davon Bestandsänderung	107	16
Veränderung der Währungsumrechnungsrücklage	-3	9
Erfolgsneutral gebildete Ertragsteuern	-140	2
Gesamtergebnis Konzernfremde	-1	-1
Gesamtergebnis	652	87

Die erfolgsneutral gebildeten Ertragsteuern entfallen auf die Neubewertungsrücklage (-138 Mio €) und die Währungsumrechnungsrücklage (-2 Mio €).

Für das Ergebnis je Aktie wird der Konzerngewinn durch die während des Geschäftsjahres durchschnittlich gewichtete Stückzahl ausgegebener Aktien dividiert. Im Geschäftsjahr 2012 befanden sich durchschnittlich 218.800.000 (Vorjahr: 218.800.000) Aktien im Umlauf.

Das bereinigte Ergebnis je Aktie entspricht dem Ergebnis je Aktie, da – wie im Vorjahr – keine Wandel- oder Optionsrechte im Umlauf sind und somit kein Verwässerungseffekt vorhanden ist.

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2012

Aktiva	Erläuterungen	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 ¹ Mio €	01.01.2011 ¹ Mio €
Barreserve	(16)	2.054	3.652	3.248
Forderungen an Kreditinstitute	(17)	28.297	20.322	12.140
Forderungen an Kunden	(18)	106.266	110.743	111.786
Risikovorsorge	(20)	-1.745	-1.826	-1.764
Handelsaktiva	(21)	9.446	6.892	24.150
Hedging-Derivate	(22)	1.468	1.277	664
Finanzanlagen	(23)	37.027	46.480	58.980
Immaterielle Vermögenswerte	(24)	2.248	2.274	2.339
Sachanlagen	(25)	768	791	826
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	(26)	-	73	73
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	(27)	113	206	321
Latente Ertragsteueransprüche	(27)	122	404	347
Sonstige Aktiva	(28)	719	647	645
Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte	(29)	7.039	-	882
Summe der Aktiva		193.822	191.935	214.637

Passiva	Erläuterungen	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 ¹ Mio €	01.01.2011 ¹ Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(30)	17.334	20.050	22.445
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(31)	131.732	134.127	136.477
Verbriefte Verbindlichkeiten	(32)	9.436	12.727	12.860
Handelspassiva	(33)	11.220	8.591	26.174
Hedging-Derivate	(34)	1.600	1.817	1.451
Rückstellungen		2.640	2.557	2.287
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	(35)	1.189	1.161	1.126
b) Sonstige Rückstellungen	(36)	1.451	1.396	1.161
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	(37)	115	129	77
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	(37)	137	153	262
Sonstige Passiva	(38)	721	689	665
Nachrangkapital	(39)	3.196	5.438	5.577
Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten	(40)	9.382	-	787
Eigenkapital	(41)	6.309	5.657	5.575
a) Gezeichnetes Kapital		547	547	547
b) Kapitalrücklage		2.010	2.010	2.010
c) Andere Rücklagen		3.469	2.985	2.876
d) Konzerngewinn		279	111	138
Anteile in Fremdbesitz		4	4	4
Summe der Passiva		193.822	191.935	214.637

EIGENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG

	Gezeichnetes Kapital	Kapital- rücklage	Gewinn- rück- lagen	Wäh- rungs- umrech- nungs- rücklage	Neu- bewer- tungs- rück- lage	Konzern- gewinn	Eigen- kapital vor Fremd- anteilen	Anteile in Fremd- besitz	Gesamt
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Stand 31.12.2010	547	2.010	3.343	-142	-273	138	5.623	4	5.627
IAS-Restatement			-52				-52		-52
Stand 01.01.2011	547	2.010	3.291	-142	-273	138	5.571	4	5.575
Ausschüttung							-		-
Veränderung der Gewinnrücklagen			138			-138	0		0
Gesamtergebnis 01.01.–31.12.2011				9	-33	111	87		87
Eigene Aktien im Bestand							-		-
Übrige Veränderungen			-5				-5	-	-5
Stand 31.12.2011	547	2.010	3.424	-133	-306	111	5.653	4	5.657
Ausschüttung							-		-
Veränderung der Gewinnrücklagen			111			-111	0		0
Gesamtergebnis 01.01.–31.12.2012				-5	378	279	652		652
Eigene Aktien im Bestand							-		-
Übrige Veränderungen							0	-	0
Stand 31.12.2012	547	2.010	3.535	-138	72	279	6.305	4	6.309

Im Gesamtergebnis sind Bewertungs- und Bestandsveränderungen der Finanzinstrumente Available for Sale enthalten.

Zum 31. Dezember 2012 entfällt die Währungsumrechnungsrücklage in voller Höhe auf die zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerte. Von der Neubewertungsrücklage entfallen 15 Mio € auf die entsprechenden zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerte.



Für die detailliertere Darstellung der Entwicklung der Neubewertungsrücklage wird auf Note 41 verwiesen.

Zum 31. Dezember 2012 hat die Postbank keine eigenen Aktien im Bestand.

KAPITALFLUSSRECHNUNG

	Erläuterungen	2012 Mio €	2011 Mio €
Konzerngewinn		279	111
Im Konzerngewinn enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit			
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Sach- und Finanzanlagen sowie Forderungen		473	1.123
Veränderungen der Rückstellungen	(35), (36), (37)	93	213
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten		65	-65
Gewinne aus der Veräußerung von Sach- und Finanzanlagen		55	-87
Sonstige Anpassungen (per Saldo, im Wesentlichen Zinsüberschuss)		-2.422	-2.688
Zwischensumme		-1.457	-1.393
Veränderungen des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile			
Forderungen an Kreditinstitute		-8.746	-8.451
Forderungen an Kunden		1.141	164
Handelsaktiva		-2.711	17.543
Hedging-Derivate positive Marktwerte		-93	-537
Sonstige Aktiva		166	53
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		1.473	-1.899
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		-1.384	-2.780
Verbriefte Verbindlichkeiten		-2.184	-103
Handelspassiva		2.767	-17.583
Hedging-Derivate negative Marktwerte		190	437
Sonstige Passiva		40	41
Zinseinzahlungen		6.274	7.081
Zinsauszahlungen		-3.514	-4.279
Sonstige Zahlungszuflüsse		4	0
Erhaltene Dividendenzahlungen		1	0
Ertragsteuerzahlungen		-155	-82
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		-8.188	-11.788

	Erläuterungen	2012 Mio €	2011 Mio €
Einzahlungen aus der Veräußerung von			
Finanzanlagen		9.245	12.574
Anteilen an Tochterunternehmen	(2)	10	171
Sachanlagen/Investment Property		87	25
Immateriellen Vermögenswerten		2	0
Auszahlungen für den Erwerb von			
Finanzanlagen		-2.341	-184
Anteilen an Tochterunternehmen		-4	4
Sachanlagen/Investment Property		-47	-59
Immateriellen Vermögenswerten		-62	-38
Cashflow aus Investitionstätigkeit		6.890	12.493
Dividendenzahlungen		0	0
Mittelveränderungen aus sonstiger Finanzierungstätigkeit (Saldo)		-297	-300
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		-297	-300
Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Geschäftsjahres	(16)	3.652	3.248
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		-8.188	-11.788
Cashflow aus Investitionstätigkeit		6.890	12.493
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		-297	-300
Effekte aus Wechselkursänderungen		-3	-1
Zahlungsmittelbestand zum Ende des Geschäftsjahres	(16)	2.054	3.652

Der ausgewiesene Zahlungsmittelbestand entspricht der Barreserve.

Die Ermittlung der Kapitalflussrechnung erfolgt nach der indirekten Methode. Hierbei wird der Netto-Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit ausgehend vom Konzerngewinn ermittelt, wobei zunächst diejenigen Aufwendungen zugerechnet und diejenigen Erträge abgezogen werden, die im Geschäftsjahr nicht zahlungswirksam waren.

Weiterhin werden alle Aufwendungen und Erträge eliminiert, die zwar zahlungswirksam waren, jedoch nicht dem operativen Geschäftsbereich zuzurechnen sind. Diese Zahlungen werden bei den Cashflows aus der Investitionstätigkeit oder der Finanzierungstätigkeit berücksichtigt.

INHALTSVERZEICHNIS

ANHANG – NOTES

ALLGEMEINE ANGABEN

(1) Grundlagen der Konzernrechnungslegung	100
(2) Konsolidierungskreis	100
(3) Konsolidierungsgrundsätze	102
(4) Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	102
(a) Aktiver Markt	102
(b) Forderungen	102
(c) Leasinggeschäfte	103
(d) Risikovorsorge und Wertberichtigung	103
(e) Handelsaktiva	104
(f) Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte	104
(g) Hedging-Derivate	104
(h) Finanzanlagen	105
(i) Immaterielle Vermögenswerte	106
(j) Sachanlagen	107
(k) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	108
(l) Sonstige Aktiva	108
(m) Verbindlichkeiten	108
(n) Handelspassiva	108
(o) Rückstellungen	108
(p) Währungsumrechnung	109
(q) Ertragsteuern	109
(5) Neuerungen in der internationalen Rechnungslegung nach IFRS	110
(6) Anpassung von Vorjahreszahlen	111

ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

(7) Zinsüberschuss	111
(8) Risikovorsorge im Kreditgeschäft	112
(9) Provisionsüberschuss	112
(10) Handelsergebnis	113
(11) Ergebnis aus Finanzanlagen	113
(12) Verwaltungsaufwand	114
(13) Sonstige Erträge	114
(14) Sonstige Aufwendungen	115
(15) Ertragsteuern	115

ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

(16) Barreserve	115
(17) Forderungen an Kreditinstitute	116
(18) Forderungen an Kunden	116
(19) Kreditvolumen	117
(20) Risikovorsorge	117
(21) Handelsaktiva	118
(22) Hedging-Derivate	119
(23) Finanzanlagen	119
(24) Immaterielle Vermögenswerte	120
(25) Sachanlagen	123
(26) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	124
(27) Tatsächliche und latente Ertragsteueransprüche	125
(28) Sonstige Aktiva	126
(29) Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte	126
(30) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	127
(31) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	127
(32) Verbriefte Verbindlichkeiten	128
(33) Handelspassiva	128
(34) Hedging-Derivate	128
(35) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	129
(36) Sonstige Rückstellungen	130
(37) Tatsächliche und latente Ertragsteuerpflichtungen	131
(38) Sonstige Passiva	132
(39) Nachrangkapital	132
(40) Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten	133
(41) Eigenkapital	133

SONSTIGE ANGABEN

(42) Segmentberichterstattung	135
(43) Eventual- und andere Verpflichtungen	138
(44) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten	138
(45) Ertrags- und Aufwandsposten, Gewinne und Verluste gemäß IFRS 7 und Finanzinstrumente nach Bewertungskategorien gemäß IAS 39	144
(46) Derivative Finanzinstrumente	145
(47) Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren	149
(48) Fremdwährungsvolumen	149
(49) Risikoaktiva und Eigenkapitalquote	149
(50) Risikokapital	149
(51) Restlaufzeitgliederung	150
(52) Sonstige finanzielle Verpflichtungen	151
(53) Treuhandgeschäfte	152
(54) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	152
(55) Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	152
(56) Andere Angaben	162
(57) Namen und Mandate der Organmitglieder	162
(58) Honorar des Abschlussprüfers gemäß §§ 285 Nr. 17, 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB	167
(59) Inanspruchnahme von § 264 Abs. 3 HGB	167
(60) Angaben gemäß § 313 Abs. 2 HGB	168
(61) Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex	170

ANHANG – NOTES

ALLGEMEINE ANGABEN

Die Muttergesellschaft der Deutschen Postbank AG, Bonn, ist die DB Finanz-Holding GmbH, Frankfurt am Main, eine 100 %ige Tochtergesellschaft der Deutschen Bank AG, Frankfurt am Main. Die Unternehmen des Postbank Teilkonzerns sind in den Konzernabschluss der Deutschen Bank AG einbezogen.

(1) Grundlagen der Konzernrechnungslegung

Die Deutsche Postbank AG hat als börsennotierte Aktiengesellschaft für das am 31. Dezember 2012 endende Geschäftsjahr ihren Konzernabschluss nach den in der EU geltenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. Der Abschluss stellt einen Jahresfinanzbericht im Sinne des § 37v WpHG dar.

178

Eine Übersicht über die angewandten Rechnungslegungsvorschriften (Stand 31. Dezember 2012) enthält die Anlage zu diesem Konzernabschluss.

Die Bilanzierung und Bewertung wurde unter der Annahme der Unternehmensfortführung (Going Concern) vorgenommen. Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt. Sie werden in der Periode erfasst und ausgewiesen, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind.

Der Konzernabschluss umfasst die Gesamtergebnisrechnung, die Bilanz, die Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Kapitalflussrechnung sowie den Anhang (Notes).

Alle Beträge werden, sofern nicht besonders darauf hingewiesen wurde, in Millionen Euro (Mio €) angegeben.

Sämtliche im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung nach IFRS notwendigen Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu bewertet und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen. Die Annahmen und Schätzungen beziehen sich im Wesentlichen auf die Ermittlung der Fair Values bei bestimmten Finanzinstrumenten einschließlich der Einschätzung des Vorliegens eines aktiven bzw. inaktiven Marktes, die Bilanzierung und Bewertung der Rückstellungen sowie die Realisierbarkeit zukünftiger Steuerentlastungen. Unter anderem wird auch im Rahmen der Note 44 „Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten“ auf die Schätzungsunsicherheiten innerhalb der Bewertungsmodelle von Finanzinstrumenten eingegangen. Bei der Bestimmung der Halteabsicht für Finanzinstrumente werden auch die Geschäftsstrategie und die derzeitigen Marktbedingungen in Betracht gezogen. Sofern Schätzungen in größerem Umfang erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen bei der Erläuterung der entsprechenden Position im Folgenden dargelegt. Die tatsächlichen Werte können in Einzelfällen von den getroffenen Annahmen und Schätzungen abweichen.

138

Für Wertpapierbestände in Staatsanleihen, Pfandbriefen, Banken- und Unternehmensanleihen erfolgt die Fair-Value-Ermittlung anhand beobachtbarer Marktpreise oder am Markt beobachtbarer Parameter.

Die Steuerung der Markt-, Adressenausfall- und Liquiditätsrisiken ist im Abschnitt Risikobericht (Unterabschnitte „Überwachung und Steuerung von Marktrisiken“, „Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken“ sowie „Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken“) des Konzernlageberichts dargestellt.

Die Angaben zu Risiken aus Finanzinstrumenten (nach IFRS 7) werden im Abschnitt Risikobericht des Konzernlageberichts erläutert.

Die Steuerung der einzelnen Risikoarten und die Angaben zu Risiken aus Finanzinstrumenten (nach IFRS 7) werden im Risikobericht des Konzernlageberichts erläutert.

(2) Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2012 werden neben dem Mutterunternehmen Deutsche Postbank AG 46 Tochterunternehmen (31. Dezember 2011: 50) einbezogen, die in der folgenden Übersicht aufgeführt sind.

59

61

78

49

49

Konsolidierte Unternehmen

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil (%) unmittelbar	Anteil (%) mittelbar
Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main	100,0	
BHW Holding Aktiengesellschaft, Hameln	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank International S.A., Munsbach, Luxemburg	100,0	
DSL Holding Aktiengesellschaft i.A., Bonn	100,0	
DSL Portfolio GmbH & Co. KG, Bonn	100,0	
DSL Portfolio Verwaltungs GmbH, Bonn	100,0	
PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington, Delaware, USA	100,0	
PB Factoring GmbH, Bonn	100,0	
PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Bonn	100,0	
Postbank Beteiligungen GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Direkt GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Filialvertrieb AG, Bonn	100,0	
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Leasing GmbH, Bonn	100,0	
Postbank P.O.S. Transact GmbH, Eschborn	100,0	
Postbank Systems AG, Bonn	100,0	
BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln		100,0
BHW Gesellschaft für Vorsorge mbH, Hameln		100,0
BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH, Hameln		100,0
BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH & Co. Immobilienverwaltungs KG, Hameln		100,0
BHW-Immobilien GmbH, Hameln		100,0
BHW Kreditservice GmbH, Hameln		100,0
Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH, Munsbach, Luxemburg		100,0
Miami MEI LLC, Dover, Delaware, USA		100,0
PB Capital Corporation, Wilmington, Delaware, USA		100,0
PBC Carnegie LLC, Wilmington, Delaware, USA		100,0
PB Finance (Delaware), Inc., Wilmington, Delaware, USA		100,0
PB Firmenkunden AG, Bonn		100,0
PB Hollywood I Hollywood Station LLC, Dover, Delaware, USA		100,0
PB Hollywood II Lofts LLC, Dover, Delaware, USA		100,0
PMG Collins LLC, Tallahassee, Florida, USA		100,0
Postbank Filial GmbH, Bonn		100,0
Postbank Support GmbH, Köln		100,0
Postbank Versicherungsvermittlung GmbH, Bonn		100,0
Postbank Finanzberatung AG, Hameln	23,3	76,7
PB (USA) Realty Corporation, New York, USA		94,7
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG, Bonn		90,0
VÖB-ZVD Processing GmbH, Frankfurt am Main	75,0	

Die VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH mit Sitz in Bonn als übertragender Rechtsträger wurde am 14. August 2012 rückwirkend zum 1. Januar 2012 mit der Betriebs-Center für Banken Processing GmbH mit Sitz in Frankfurt am Main als übernehmendem Rechtsträger verschmolzen. Am gleichen Tag wurde die Firmenbezeichnung geändert in VÖB-ZVD Processing GmbH, Frankfurt.

Mit Wirkung vom 15. August 2012 hat die Deutsche Postbank International S.A. ihre sämtlichen Aktien an der Deutschen Postbank Vermögens-Management S.A. an die DWS Investment S.A. veräußert. Aus der Veräußerung der Gesellschaft wurde ein Ertrag von 16 Mio € erzielt. Die Vermögenswerte der Gesellschaft betragen zum Abgangszeitpunkt 31 Mio €, die Verbindlichkeiten beliefen sich auf 1 Mio €.

Die Deutsche Postbank Financial Services GmbH, eine 100 %ige Tochtergesellschaft der Deutschen Postbank AG, wurde als übertragender Rechtsträger und mit Eintragung am 28. September 2012 in das Handelsregister mit der Deutschen Postbank AG als übernehmendem Rechtsträger rückwirkend zum 1. Januar 2012 verschmolzen.

Die DPBI Immobilien KGaA mit Sitz in Munsbach (Luxemburg) wurde als übertragender Rechtsträger mit Wirkung zum 13. Dezember 2012 mit der Deutschen Postbank Finance Center Objekt GmbH mit Sitz in Munsbach (Luxemburg) als übernehmendem Rechtsträger rückwirkend zum 1. Januar 2012 verschmolzen.

Darüber hinaus lagen keine Veränderungen des Konsolidierungskreises vor. Die Änderungen des Konsolidierungskreises haben insgesamt keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns.

(3) Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss der Deutschen Postbank AG wird gemäß IAS 27.24 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

Die Kapitalkonsolidierung wird nach der Erwerbsmethode gemäß IAS 27.18 i.V.m. IFRS 3 vorgenommen. Der Ansatz der Anteile an den Tochterunternehmen zum Buchwert bei dem Mutterunternehmen wird ersetzt durch die mit ihrem beizulegenden Zeitwert angesetzten Vermögenswerte und die Schuldposten der einbezogenen Unternehmen.

Die aus der Erstkonsolidierung entstandenen aktiven Unterschiedsbeträge mit Firmenwertcharakter werden jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft und gegebenenfalls außerplanmäßig abgeschrieben.

Die nicht dem Mutterunternehmen zustehenden Anteile am Eigenkapital von Tochterunternehmen werden innerhalb des Konzerneigenkapitals als „Anteile in Fremdbesitz“ ausgewiesen. Anteile anderer Gesellschafter werden auf der Grundlage der Zeitwerte der ihnen zuzuordnenden Vermögenswerte und Schulden ermittelt.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten sowie die aus dem konzerninternen Finanz- und Leistungsverkehr stammenden Aufwendungen und Erträge werden gemäß IAS 27.20 eliminiert. Zwischenergebnisse innerhalb des Konzerns werden gemäß IAS 27.21 herausgerechnet.

Die zur Aufstellung des Konzernabschlusses verwendeten Abschlüsse der einbezogenen Tochterunternehmen wurden auf den Abschlussstichtag des Mutterunternehmens aufgestellt. Die Konsolidierungsgrundsätze sind gegenüber dem Vorjahr unverändert.

(4) Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Sämtliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden bleiben, soweit im Folgenden nicht anders dargestellt, im Vergleich zum Vorjahr unverändert.

(a) Aktiver Markt

Für die Beurteilung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze von Finanzinstrumenten ist es von Relevanz, ob für diese ein aktiver Markt besteht. Gemäß IAS 39.AG71 gilt ein Finanzinstrument als an einem aktiven Markt notiert, wenn notierte Preise an einer Börse, von einem Händler, Broker, einer Branchengruppe, einem Preisberechnungsservice oder einer Aufsichtsbehörde leicht und regelmäßig erhältlich sind und diese Preise aktuelle und regelmäßig auftretende Markttransaktionen wie unter unabhängigen Dritten darstellen. Sind die genannten Bedingungen nicht erfüllt, so liegt ein inaktiver Markt vor.

(b) Forderungen

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden werden grundsätzlich mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert (Kategorie „Loans and Receivables“). Hierzu zählen auch Geldhandelsforderungen.

Die Postbank wendet die Fair-Value-Option ausschließlich auf bestimmte Forderungsbestände des Baufinanzierungsbereichs an, die in einem wirtschaftlichen Sicherungszusammenhang zu Zinsderivaten stehen. Danach können finanzielle Vermögenswerte erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, wenn u. a. dies zur Beseitigung oder erheblichen Verringerung von Inkongruenzen bei der Bewertung oder bei der Ergebniserfassung (Accounting Mismatch) führt. Die Bewertung der Forderungen erfolgt im Einklang mit IAS 39.AG74 ff. auf Basis eines Discounted-Cashflow-Verfahrens unter Anwendung einer aktuellen Swaprenditekurve und darlehensspezifischer Risiko- bzw. Kostenaufschläge. Eine detaillierte Beschreibung des Bewertungsmodells erfolgt in Note 44. Der bilanzielle Ausweis erfolgt unter der Position „Forderungen an Kunden“. Die Marktwertänderungen der Bestände werden im Handelsergebnis erfasst. Die Zinsen der der Fair-Value-Option zugeordneten Bestände sowie der dazugehörigen Zinsswaps werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Das maximale Kreditrisiko aus den der Fair-Value-Option zugeordneten Darlehensbeständen besteht in Höhe des Buchwertes von 6,8 Mrd € (Vorjahr: 7,5 Mrd €), dieses wird in Höhe von 0,4 Mrd € (Vorjahr: 0,5 Mrd €) durch Credit Default Swaps reduziert, da diese Darlehen Bestandteil der Referenz-Pools von synthetischen Verbriefungen sind bzw. dieses Kreditrisiko im Zusammenhang mit den RMBS-Transaktionen ausplatziert worden ist. Bei den das Kreditrisiko reduzierenden Credit Default Swaps handelt

es sich ausschließlich um Finanzgarantien, die gemäß IFRS bilanziert bzw. erst im Zeitpunkt der Rückgriffsforderung bewertet werden.

Bonitätsinduzierte Wertminderungen von Forderungen, die nicht erfolgswirksam zum Fair Value bewertet werden, werden separat in der Risikovorsorge erfasst und aktivisch abgesetzt.

Der Buchwert von gesicherten Forderungen, für die Hedge Accounting angewandt wird, wird um die Gewinne und Verluste aus Schwankungen des Fair Value angepasst, die auf das gesicherte Risiko zurückzuführen sind.

Agio- und Disagiobeträge inklusive der Anschaffungsnebenkosten werden über das Zinsergebnis erfolgswirksam erfasst. Abgegrenzte Zinsen auf Forderungen sowie Agien und Disagien werden mit den jeweiligen Forderungen unter den entsprechenden Bilanzposten ausgewiesen. Agio- und Disagio-Beträge werden nach der Effektivzinsmethode abgegrenzt.

Ein Abgang von Forderungen erfolgt, sobald die Mehrheit der wesentlichen mit rechtlichem Eigentum verbundenen Risiken und Chancen der finanziellen Vermögenswerte übertragen wurde.

Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes von Finanzinstrumenten, die mit den fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value bewertet werden, erfolgt anhand beobachtbarer Marktpreise oder auf Basis eines Discounted-Cashflow-Verfahrens unter Anwendung von am Markt beobachtbaren Parametern (aktuelle Swaprenditekurve plus „Credit Spread“). Weitere Angaben zu beizulegenden Zeitwerten von Finanzinstrumenten beinhaltet Note 44 „Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten“.

138

Die nach IFRS 7.6 geforderte Klassifizierung von Finanzinstrumenten nach Klassen ergibt sich bei der Postbank aus der Zuordnung der Kategorien von Finanzinstrumenten nach IAS 39 in Verbindung mit den entsprechenden Bilanzpositionen. Zur weiteren Erhöhung der Transparenz hat die Postbank die Angaben zum Kreditrisiko nach IFRS 7.36 f. im Risikobericht differenziert nach den einzelnen Klassen angegeben.

49

(c) Leasinggeschäfte

Die Bilanzierung von Leasinggeschäften erfolgt gemäß IAS 17 und IFRIC 4.

Leasingverhältnisse werden gemäß IAS 17 nach der Verteilung der wirtschaftlichen Chancen und Risiken aus dem Leasinggegenstand zwischen Leasinggeber und -nehmer beurteilt und entsprechend als Finanzierungs- oder Operating Leasing bilanziert.

Als Leasingnehmer bei einem Finanzierungsleasing weist die Postbank den Leasinggegenstand in Höhe des zu Beginn des Leasingverhältnisses beizulegenden Zeitwertes oder mit dem niedrigeren Barwert der Mindestleasingzahlungen im Sachanlagevermögen aus.

Die zu leistenden Leasingzahlungen werden unter den Sonstigen Passiva in der Bilanz ausgewiesen. Die Abschreibungen auf die Leasinggegenstände werden im Verwaltungsaufwand erfasst.

Als Leasinggeber weist die Postbank bei einem Finanzierungsleasing die Forderung mit dem Nettoinvestitionswert unter den Forderungen an Kreditinstitute bzw. den Forderungen an Kunden aus. Die fälligen Leasingraten werden als Zinsertrag (erfolgswirksamer Ertragsanteil) erfasst sowie gegen den ausgewiesenen Forderungsbestand (erfolgsneutraler Tilgungsanteil) gebucht.

Die Postbank hat keine Finanzierungsleasingverhältnisse im Immobilienbereich. Die Leasingverträge für Mobilien sind in der Regel als Teilamortisationsverträge mit Andienungsrecht ausgestattet. Im Fall der Teilamortisationsverträge wird aufgrund der im Verhältnis zur betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer kürzeren Grundmietzeit nur ein Teil der Gesamtinvestitionskosten innerhalb der Grundmietzeit amortisiert.

Beim Operating Leasing weist die Postbank als Leasingnehmer von Immobilien die geleisteten Leasingraten in voller Höhe als Mietaufwand in den Verwaltungsaufwendungen aus.

Als Leasinggeber beim Operating Leasing weist die Postbank das Leasingobjekt als Vermögenswert zu fortgeführten Anschaffungskosten in den Sachanlagen aus. Die in der Periode vereinnahmten Leasingraten werden unter den sonstigen Erträgen und die Abschreibungen auf die verleaste Objekte im Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

(d) Risikovorsorge und Wertberichtigung

Erkennbare Risiken aus dem Kreditgeschäft werden durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen (bzw. pauschalisierten Einzelwertberichtigungen) abgedeckt. Für eingetretene, aber noch nicht identifizierte Risiken werden darüber hinaus für Gruppen finanzieller Vermögenswerte mit vergleichbaren Ausfallrisikoprofilen Portfoliowertberichtigungen gebildet, deren Höhe auf der Basis von Basel-II-Parametern (erwartete Verlustquoten, Ausfallwahrscheinlichkeiten und LIP-Faktoren) ermittelt wird. Die Risikovorsorge wird als separater Bilanzposten aktivisch abgesetzt. Sie beinhaltet die Wertberichtigung für Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden.

Ein potenzieller Wertminderungsbedarf wird bei Vorliegen der Indikatoren Zahlungsverzug über einen bestimmten Zeitraum, Einleitung von Zwangsmaßnahmen, drohende Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung, Beantragung oder Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder Scheitern von Sanierungsmaßnahmen angenommen.

Der Bedarf für eine Wertberichtigung liegt vor, wenn der voraussichtlich erzielbare Betrag (Estimated Recoverable Amount) eines finanziellen Vermögenswertes niedriger ist als der betreffende Buchwert, d. h., wenn ein Darlehen voraussichtlich (teilweise) uneinbringlich ist. Ist dies der Fall, so ist der Verlust für finanzielle Vermögenswerte, die zu fortgeführten Anschaffungskosten anzusetzen sind, entweder über eine indirekte Wertberichtigung (Risikovorsorge) oder eine Direktabschreibung erfolgswirksam abzubilden (IAS 39.63).

Der erzielbare Betrag (Recoverable Amount) wird gemäß IAS 39.63 ff. nach folgenden Methoden ermittelt:

- Barwert der geschätzten zukünftigen Cashflows (Zins- und Tilgungszahlungen sowie Zahlungseingänge aus der Verwertung von Sicherheiten) aus dem finanziellen Vermögenswert.
- Unter Verwendung eines beobachtbaren Marktpreises, sofern für das Finanzinstrument ein beobachtbarer Marktpreis vorliegt, da die Marktbewertung das erhöhte Adressenausfallrisiko beinhaltet.

Uneinbringliche Forderungen werden in entsprechender Höhe direkt erfolgswirksam abgeschrieben, Eingänge auf bereits abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst.

Für Bürgschaften, Avale und unwiderrufliche Kreditzusagen, für die ein Ausfallrisiko besteht, werden Rückstellungen für das Kreditgeschäft gebildet.

(e) Handelsaktiva

Unter diesem Bilanzposten werden Wertpapiere sowie derivative Finanzinstrumente mit einem positiven Marktwert bilanziert, die zum Zwecke der kurzfristigen Gewinnerzielung aus Marktpreisänderungen oder der Realisierung einer Handelsspanne erworben wurden. Darüber hinaus wird der positive Marktwert von derivativen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie von derivativen Finanzinstrumenten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option bilanziert. Die erstmalige Erfassung dieser Geschäfte erfolgt zum Handelstag.

Die Bewertung erfolgt zum Fair Value. Falls öffentlich notierte Marktpreise auf einem aktiven Markt im Sinne des IAS 39.AG71 ff. vorliegen, werden diese öffentlich notierten Marktpreise grundsätzlich als Fair Value verwendet, ansonsten wird der Fair Value anhand anerkannter Bewertungsmethoden (gemäß IAS 39.AG74 ff.) ermittelt. Eine detaillierte Beschreibung der Bewertungsmethoden erfolgt in Note 44. Das Bewertungsergebnis sowie die realisierten Ergebnisse werden im Handelsergebnis erfasst.

Die Zinsen aus Kassageschäften sowie die Swapzinsen der der Fair-Value-Option zugeordneten Bestände werden im Zinsergebnis erfasst. Alle anderen Swapzinsen werden im Handelsergebnis ausgewiesen.

Die Postbank hat die in den synthetischen Collateralized Debt-Obligationen (CDO) eingebetteten Derivate gemäß IAS 39.AG30h abgespalten und damit separat erfolgswirksam bewertet.

Die abgespaltenen Derivate der synthetischen SCP-Bestände (Structured Credit Products) werden wie „Stand-alone“-Derivate unter dem Bilanzposten „Handelsaktiva“ (bei positivem Marktwert) oder aber „Handelsspassiva“ (bei negativem Marktwert) ausgewiesen. Die SCP-Bestände des Handels werden ebenfalls unter dem Bilanzposten „Handelsaktiva“ ausgewiesen. Detaillierte Erläuterungen zu SCP-Beständen enthält die Note 4 (h) „Finanzanlagen“.

Eine Beschreibung der jeweils angewandten Bewertungsverfahren erfolgt in Note 44 „Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten“.

(f) Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte

Die Postbank schließt sowohl Wertpapierleihe- als auch echte Wertpapierpensionsgeschäfte ab. Die bei Repo- und Sell-and-Buy-Back-Geschäften in Pension gegebenen Wertpapiere (Kassaverkauf) werden in der Konzernbilanz als Wertpapierbestand bilanziert. Der Liquiditätszufluss aus den Geschäften wird je nach Gegenpartei als Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten oder gegenüber Kunden in der Bilanz ausgewiesen. Die Verbindlichkeiten werden in Höhe des erhaltenen Kaufpreises (netto) ausgewiesen; die zu zahlende Repo-Rate wird zeitanteilig abgezogen. Zinszahlungen werden als Zinsaufwendungen gebucht.

Reverse Repos und Buy-and-Sell-Back-Geschäfte (Kassakauf von Wertpapieren) werden als Forderungen an Kreditinstitute oder Kunden bilanziert. Die in Pension genommenen Wertpapiere werden nicht in der Bilanz ausgewiesen; aus diesem Geschäftsvorgang entstehende Zinsen werden als Zinserträge erfasst.

Nach IFRS ist bei der Entleihe nur dann eine Rückgabeverpflichtung durch den Entleiher zu bilanzieren, wenn die Wertpapiere an Dritte weitergereicht wurden. Der Verleiher bilanziert weiterhin die Wertpapiere.

(g) Hedging-Derivate

Ziel des Aktiv-Passiv-Managements im Postbank Konzern ist die risiko- und ertragsoptimierte Steuerung der Gesamtbankposition unter besonderer Beachtung der Barwert-risiken; dazu werden Fair Value Hedges eingesetzt.

Beim Fair Value Hedge (Absicherung des Fair Value) werden finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten gegen Wertänderungen abgesichert, soweit diese Veränderungen auf dem beizulegenden Zeitwert (Fair Value) beruhen.

Als Sicherungsinstrumente für Fair Value Hedges werden bei den verzinslichen Positionen in Wertpapieren und langfristigen Forderungen überwiegend Zinsswaps, bei den Emissionen auch Cross Currency Swaps und strukturierte Swaps eingesetzt, um festverzinsliche oder strukturierte Geschäfte in variable Positionen umzuwandeln. Es werden sowohl Einzelgeschäfte als auch homogene Subportfolios mittels Fair Value Hedges gesichert. Des Weiteren werden Credit Default Swaps (CDS) zur Absicherung von Kreditrisiken insbesondere aus Wertpapieren eingesetzt.

Unter den Hedging-Derivaten werden die Sicherungsinstrumente bilanziert, welche die Voraussetzungen des Hedge Accounting gemäß IAS 39 erfüllen.

Werden die derivativen Finanzinstrumente zu Sicherungszwecken gehalten, so kann grundsätzlich ein Sicherungsinstrument einem einzelnen und auch mehreren ähnlichen Grundgeschäften zugeordnet werden. Diese Sicherungsbeziehungen werden in der Regel als Mikrohedger bezeichnet.

Die bilanzielle Abbildung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting) wird durch IAS 39 geregelt. Nach den IFRS dürfen nur solche Sicherungsbeziehungen nach den Regelungen zum Hedge Accounting bilanziert werden, die die Voraussetzungen des IAS 39.88 ff. erfüllen. Eine Hedge-Beziehung endet, wenn das Grundgeschäft oder das Sicherungsinstrument ausläuft, veräußert oder ausgeübt wurde bzw. die Anforderungen an das Hedge Accounting nicht mehr erfüllt sind. Die Anforderungen des Hedge Accounting

138

105

138

müssen zu allen Bilanzstichtagen und für alle Sicherungsbeziehungen erfüllt sein.

Derivative Finanzinstrumente, die zum Bilanzstrukturmanagement abgeschlossen werden, sowie Derivate aus ineffektiven Sicherungsbeziehungen erfüllen nicht die Voraussetzungen des IAS 39.88 ff. und werden daher stets erfolgswirksam bewertet und in den Bilanzposten „Handelsaktiva/-passiva“ als Derivate des Bankbuchs zum Fair Value ausgewiesen. Dies sind vornehmlich zur Absicherung von Nettositionen aus Forderungen und Verbindlichkeiten abgeschlossene Zinsswaps. Deren Bewertungs- und Zinsergebnisse werden nach IFRS im Handelsergebnis ausgewiesen.

Die Effektivitätsprüfung für alle Fair Value Hedges erfolgt prospektiv durch eine Sensitivitätsanalyse von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument, ergänzt durch einen Homogenitätstest bei den Subportfolios. Die tatsächlichen Marktwertänderungen von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument werden für jede Sicherungsbeziehung regelmäßig retrograd miteinander verglichen.

In der Berichtsperiode hat die Deutsche Postbank AG im Rahmen von Hedge Accounting die Ermittlung der gesicherten Wirkung bei Sicherungsbeziehungen modifiziert. Ausgenommen von dieser Umstellung sind Sicherungsbeziehungen mit optionalen Bestandteilen und Cross Currency Swaps. Diese Anpassung führte im Geschäftsjahr in der GuV zu einer Erhöhung des Ergebnisses aus Sicherungsbeziehungen von 8,3 Mio €.

Derivative Finanzinstrumente des Bilanzstrukturmanagements werden in erster Linie als Mikrohedgerbeziehungen (Fair Value Hedges) eingegangen. Sofern keine effektiven Mikrohedgerbeziehungen vorliegen, sind die Wertveränderungen der derivativen Finanzinstrumente des Bilanzstrukturmanagements gemäß IFRS erfolgswirksam im Handelsergebnis auszuweisen, unabhängig davon, ob die Risikosteuerung bei ökonomischer Betrachtung erfolgreich war oder nicht. Im Zusammenhang mit dem aktiven Management der Festzinsposition der Gesamtbankbilanz (Bilanzstrukturmanagement) werden sowohl neue Swaps in der Form von Mikrohedges (Mikroswaps) abgeschlossen als auch bestehende Sicherungsbeziehungen aufgelöst und glattgestellt. Die Überprüfung der Festzinsposition und die Entscheidung über den Abschluss oder die Auflösung und Glattstellung von Mikrohedgerbeziehungen orientieren sich an ökonomischen Aspekten. Die Auflösung eines Mikroswaps wird in der Bilanz und im Periodenergebnis wie bei ineffektiven Hedges behandelt. Die Durchführung des Effektivitätstests und damit die erfolgswirksame Bewertung erfolgen zum Monatsultimo.

Seit Oktober 2011 steuert die Postbank AG durch private Baufinanzierungen hervorgerufene Zinsänderungsrisiken mit Derivaten (Plain Vanilla Swaps). Die Sicherungsinstrumente werden unter Berücksichtigung der Bilanzierungsgrundsätze des IAS 39 AG 114 ff. im Rechnungswesen im Rahmen des Hedge Accounting abgebildet. Hedged Items sind dabei einzelne Darlehen, welche als gleichwertige Vermögenswerte in Gruppen, sogenannten Darlehensklassen, zusammengefasst und bilanziert werden. Als Sicherungsinstrument kommt ein Kollektiv aus Plain-Vanilla-Zinsswaps zum Einsatz.

In der ersten Hälfte der Berichtsperiode hat die Postbank im Zusammenhang mit der Refinanzierung der Tochtergesellschaft PB Capital Corporation erstmals eine Absicherung einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb gemäß IAS 39.102 vorgenommen (Net Investment Hedge). Der effektive Teil (3 Mio €) der Veränderung aus den Cross Currency Swaps im Net Investment Hedge wurde in der Neubewertungsrücklage, der ineffektive Teil im Handelsergebnis erfasst. Im Vorfeld des Verkaufs der PB Capital Corporation zum 1. Januar 2013 wurde der Net Investment Hedge im Dezember 2012 aufgelöst. Hierbei wurden –22 Mio € von der Neubewertungsrücklage in die GuV umgebucht.

(h) Finanzanlagen

Der Bilanzposten „Finanzanlagen“ umfasst nicht zu Handelszwecken gehaltene Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen und sonstige Beteiligungen.

Die erstmalige Erfassung der Finanzanlagen erfolgt mit den Anschaffungskosten zum Handelstag.

Die Loans-and-Receiveables (LaR)-Bestände werden in der Bilanz mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Die Folgebewertung der Finanzanlagen Available for Sale (AFS) erfolgt zum Fair Value, wenn dieser verlässlich ermittelbar ist. Änderungen des Marktwertes bei Finanzanlagen AFS werden in der Neubewertungsrücklage des Eigenkapitals ausgewiesen und fließen erst in das Ergebnis ein, wenn der Gewinn oder Verlust realisiert wird oder ein Abschreibungsbedarf vorliegt. Wird für diese Finanzanlagen Hedge Accounting angewendet, werden Gewinne und Verluste aus Schwankungen des Fair Value, die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen sind, direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

In die Bewertungskategorie AFS stellt die Postbank Finanzinstrumente ein, für die keine kurzfristige Wiederveräußerungs- bzw. Gewinnerzielungsabsicht besteht, die nicht zur Bewertung zum Fair Value designiert wurden und die nicht bis zu ihrer Endfälligkeit gehalten werden sollen. Darüber hinaus sind die Finanzinstrumente zu ihrem Zugangszeitpunkt an einem aktiven Markt – wie er in Note 4 (a) definiert wird – notiert.

Agien und Disagien werden den Finanzinstrumenten direkt zugerechnet und über die Restlaufzeit effektivzinskonstant verteilt.

Bei wesentlichen oder dauerhaften Wertminderungen werden Abschreibungen vorgenommen. Die Überprüfung auf Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung erfolgt zum Bilanzstichtag und darüber hinaus beim Vorliegen eines Impairment-Triggers.

Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen sowie sonstige Beteiligungen werden in der Regel zu Anschaffungskosten bilanziert, da für diese ein Fair Value nicht verlässlich ermittelbar ist. Bei dauerhaften Wertminderungen werden Abschreibungen vorgenommen.

Die Fair Values von Unternehmensanleihen, Staatsanleihen, Pfandbriefen und Bankanleihen werden auf Basis beobachtbarer Marktpreise oder am Markt beobachtbarer Parameter gemäß IAS 39.AG71 ff. ermittelt.

Im Rahmen ihres Kreditsatzgeschäfts hat die Postbank in Structured Credit Products (SCP) investiert. Dabei handelt es sich z. B. um folgende Produktarten: Asset Backed Securities (ABS), Collateralized Debt Obligation (CDO), Collateralized Loan Obligation (CLO), Residential Mortgage Backed Securities (RMBS) und Commercial Mortgage Backed Securities (CMBS).

Für die bilanzielle Behandlung der SCP-Bestände ist entscheidend, ob diese als sogenannte „Cash-Strukturen“ oder aber als „synthetische Strukturen“ einzustufen sind. Bei Cash-Strukturen befinden sich zur Unterlegung der von der Zweckgesellschaft emittierten Anleihen Forderungen und/oder Wertpapiere im Bestand der Zweckgesellschaft. Bei synthetischen Strukturen dahingegen wird das Kreditrisiko des Portfolios von finanziellen Vermögenswerten synthetisch üblicherweise mit einem Credit Default Swap (CDS) übertragen. Kombinationen aus Cash- und synthetischen Strukturen werden bilanziell wie synthetische Strukturen behandelt.

SCP-Bestände des Bankbuchs mit Cash-Strukturen werden der IAS 39 Kategorie Loans and Receivables (LaR) und SCP-Bestände mit synthetischen Strukturen der IAS 39 Kategorie AfS zugeordnet. Diese SCP-Bestände sind gemäß IAS 39.11 daraufhin zu untersuchen, ob ein abspaltungspflichtiges eingebettetes Derivat (Embedded Derivative) vorliegt. Die Cash-Strukturen (LaR) enthalten keine abzuspaltenden eingebetteten Derivate und werden als ein einziger finanzieller Vermögenswert bilanziert. Die synthetischen Strukturen (AfS) werden dahingegen in einen Basisvertrag (Host Contract) und ein eingebettetes Derivat (Embedded Derivative) aufgespalten.

Bei den SCP-Beständen des Bankbuchs werden das gesamte strukturierte Produkt (Cash-Strukturen) bzw. der Basisvertrag bei Abspaltung des Embedded Derivates (synthetische Strukturen) unter dem Bilanzposten „Finanzanlagen“ ausgewiesen (siehe des Weiteren auch Note 4 (e)).

104

Die synthetischen SCP (AfS) einschließlich der Embedded Derivatives werden mit dem Fair Value bewertet. Grundsätzlich erfolgt die Fair-Value-Bewertung über veröffentlichte Transaktions- oder Börsenkurse. Liegen keine Transaktions- oder Börsenkurse vor, werden sogenannte Arranger oder Dealer Quotes (Indikationen) zur Bewertung herangezogen. Aufgrund der Inaktivität der Märkte für Vertriebsprodukte wird bei der Ermittlung der Fair Values für SCP, wie z. B. CDO, Consumer ABS, Commercial ABS, CMBS und RMBS, ein internes Bewertungsmodell (im Einklang mit IAS 39.AG74 ff.) mit transaktionsindividuellen Liquiditäts-Spreads verwendet. Das Bewertungsverfahren verwendet gemäß IAS 39.48A im größtmöglichen Umfang Marktdaten. Bei den synthetischen SCP der Kategorie Available for Sale wird die Fair-Value-Veränderung der abgespaltenen Embedded Derivatives im Handelsergebnis erfasst. Die restliche Fair-Value-Änderung (d. h. die des Host Contract der synthetischen SCP) wird – sofern kein Impairment vorliegt – erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage gezeigt. Dabei wird vom Fair Value des synthetischen SCP der durch das oben beschriebene Bewertungsmodell ermittelte Fair Value des Embedded Derivative abgezogen.

Eine bonitätsinduzierte Abschreibung (Impairment) erfolgt nur bei einer dauerhaften Wertminderung. Das Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung wird an bestimmten objektiven Faktoren (Objective Evidence) festgemacht. IAS 39.59 nennt einige solcher objektiven Faktoren, wie z. B. erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Emittenten oder des Schuldners oder aber Vertragsbruch, wie z. B. Ausfall oder Verzug von Zins- oder Tilgungszahlungen. Die Postbank hat die objektiven Faktoren dahingehend erweitert, dass für alle SCP-Bestände eine Überprüfung mittels Impairment-Test durchgeführt wird. Liegen objektive Faktoren für eine dauerhafte Wertminderung vor, ist wie folgt zu verfahren:

Bei LaR-Beständen ist die Differenz zwischen dem bisherigen Buchwert und dem dauerhaft erzielbaren Betrag (Recoverable Amount) als Impairment in der GuV zu erfassen. Bei AfS-Beständen ist der negative Betrag aus der Neubewertungsrücklage GuV-wirksam auszubuchen.

Die Impairment-Feststellung bei den SCP-Beständen erfolgt auf Basis der Analyse der erwarteten Cashflows anhand eines internen Bewertungsmodells, in das die aktuellen Schätzungen des Adressenausfallrisikos der Underlyings des als Sicherheit designierten Pools einbezogen werden. Die Ausfallereignisse der Underlyings wurden über die Zeit simuliert und über einen Wasserfall bzw. gegen den aktuellen Puffer auf die investierte Tranche angerechnet.

Die Ratingmigrationen und Kennzeichnungen der ausgefallenen Underlyings ermöglichen eine Analyse von bestimmten Triggern bei Cash-CDOs. Die Berücksichtigung komplexer Trigger, wie z. B. Auflösungs-Trigger, ist über zusätzliche Einzelfallanalysen gewährleistet. Die aktuelle Schätzung des Adressenausfallrisikos der Underlyings basiert, abhängig vom Produkt, auf den aktuellen Ratings sowie den Recovery-Erwartungen.

Impairments werden im Finanzanlageergebnis ausgewiesen. Ein Abgang von Finanzinstrumenten erfolgt, sobald die Mehrheit der wesentlichen mit rechtlichem Eigentum verbundenen Risiken und Chancen der finanziellen Vermögenswerte übertragen wurde. Eine Beschreibung der jeweils angewandten Bewertungsverfahren erfolgt in Note 44 „Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten“.

138

(i) Immaterielle Vermögenswerte

Immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Unter immateriellen Vermögenswerten werden selbst erstellte und erworbene immaterielle Vermögenswerte und erworbene Geschäfts- und Firmenwerte ausgewiesen.

Im Postbank Konzern werden immaterielle Vermögenswerte nur dann gemäß IAS 38.21-23 angesetzt, wenn es wahrscheinlich ist, dass dem Unternehmen der erwartete Nutzen zufließen wird und die Anschaffungs- oder Herstellungskosten zuverlässig ermittelt werden können. Entwicklungskosten für selbst geschaffene Software werden aktiviert, wenn die Nachweise gemäß IAS 38.57 (a)–(f) erbracht werden können. Sind die Aktivierungskriterien nicht erfüllt, werden die Aufwendungen im Jahr ihrer Entstehung sofort erfolgswirksam erfasst.

Immaterielle Vermögenswerte mit einer begrenzten Nutzungsdauer werden linear über einen Zeitraum von 5 bis 10 Jahren abgeschrieben, bilanzierte Kundenbeziehungen

werden linear über einen Zeitraum von 25 Jahren und vorteilhafte Verträge über einen Zeitraum von 12 Jahren abgeschrieben. Die Abschreibungsdauer für immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer wird mindestens zum Ende eines jeden Geschäftsjahres überprüft.

Änderungen bezüglich der erwarteten Nutzungsdauer werden als Schätzungsänderung behandelt. Die immateriellen Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer werden zum Bilanzstichtag daraufhin überprüft, ob irgendein Anhaltspunkt vorliegt, dass der Vermögenswert wertgemindert sein könnte. Liegt ein Indikator vor, wird der Wertminderungsaufwand ermittelt. Die Ermittlung erfolgt durch Feststellung, ob der jeweilige Buchwert des Vermögenswertes seinen erzielbaren Betrag übersteigt, und unter Berücksichtigung der Überlegung zur Vollabschreibung und/oder des Abgangs des Vermögenswertes. Im Jahr 2012 lagen keine Anhaltspunkte für eine Wertminderung vor. Noch nicht nutzungsreife immaterielle Vermögenswerte werden jährlich auf Wertminderung geprüft. Bei den bei der Postbank bilanzierten immateriellen Vermögenswerten mit einer unbestimmten Nutzungsdauer handelt es sich ausschließlich um Markenwerte.

Die etablierte Marke „BHW“ wird durch kontinuierliche Investitionen in Form von Werbung laufend gefördert. Es ist beabsichtigt, sie dauerhaft zu nutzen.

Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte unterliegen keiner planmäßigen Abschreibung. Vielmehr ist ein Impairment-Test durchzuführen, um eine Wertminderung – und somit außerplanmäßige Abschreibung – zu bestimmen.

Die erworbenen Geschäfts- oder Firmenwerte und die immateriellen Vermögenswerte mit einer unbestimmten Nutzungsdauer werden zum Bilanzstichtag auf eine mögliche Wertminderung geprüft (Impairment-Test nach IAS 36). Zur Durchführung der Impairment-Tests werden die bilanzierten Geschäfts- und Firmenwerte sowie Markenwerte auf die entsprechenden Zahlungsmittel generierenden Einheiten nach den Anforderungen des IAS 36 allokiert. Als Zahlungsmittel generierende Einheiten wurden dabei gemäß IAS 36.80 die Geschäftssegmente nach IFRS 8 bestimmt. Für den Impairment-Test auf den Geschäfts- oder Firmenwert wird anschließend festgestellt, ob der erzielbare Betrag den jeweiligen Buchwert der Zahlungsmittel generierenden Einheit übersteigt. Der erzielbare Betrag ist der höhere Betrag aus Nutzungswert und Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten. Die gleiche Vorgehensweise wird für den Impairment-Test der Markenwerte angewendet, wobei die Ermittlung des Zeitwertes abzüglich der Veräußerungskosten für die Markenwerte nicht auf Ebene der Zahlungsmittel generierenden Einheit, sondern auf Ebene des einzelnen Vermögenswertes bestimmt wird. Bei der Berechnung der Nutzungswerte werden die entsprechenden Cashflows der Zahlungsmittel generierenden Einheit zugrunde gelegt. Der Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten wird nur ermittelt, wenn sich aus der Berechnung des Nutzungswertes ein Abschreibungsbedarf ergeben würde. Die Berechnung der Nutzungswerte erfolgt anhand der jeweiligen Planungsrechnung (Management Approach). Der Planungszeitraum umfasst fünf Jahre. Im Anschluss an den Detailplanungszeitraum wurde eine Wachstumsrate von 1% (sogenannte ewige Rente) angesetzt. Für die Bewertung der Zahlungsmittel generierenden Einheiten Retail Banking, Transaction Banking und Non Core Operating Unit wurde ein Abzinsungssatz von

7,83% berücksichtigt, für die Zahlungsmittel generierende Einheit Firmenkunden belief sich der Abzinsungssatz auf 8,37%. Der Abzinsungssatz ergibt sich aus einem risikolosen Zins zuzüglich einer unternehmensspezifischen Risikoprämie, die sich aus dem systematischen Marktrisiko (Betafaktor) sowie der aktuellen Marktrisikoprämie ableitet.

Bezug nehmend auf IAS 36.134 (d) (ii), basieren die in der Planungsrechnung ermittelten erzielbaren Beträge (Segmentergebnisse) sowohl auf historischen Daten als auch auf Annahmen über die zukünftige Entwicklung der Märkte, die für die Geschäftsentwicklung der Postbank ausschlaggebend sind. Die wesentlichen Planungsannahmen bezüglich der volkswirtschaftlichen Rahmendaten beruhen auf Erfahrungen und dem Einsatz von Marktmodellen im Research der Postbank sowie auf den Einschätzungen der Produktmanager bezüglich der Marktentwicklungen im Verhältnis zur geplanten Entwicklung der Postbank Produkte. Zusätzlich werden auf Basis der Rahmendaten Einschätzungen und Modelle der Credit-Risk-Manager zur Entwicklung der Risikovorsorge eingesetzt.

Nachfolgend werden gemäß IAS 36.134 (d) (i) die wesentlichen Annahmen dargestellt, auf denen die Managementprognose der erzielbaren Beträge aufbaut.

Für die volkswirtschaftlichen Rahmendaten in Deutschland wird für 2013 eine geringe und für den Planungszeitraum 2014 bis 2017 eine durchschnittliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erwartet; zugleich wurde von einem leichten Anstieg der Arbeitslosigkeit im Jahr 2013 und einem moderaten Rückgang in den darauffolgenden Jahren ausgegangen. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte dürften über den gesamten Planungszeitraum hinweg leicht überdurchschnittlich steigen. Trotz einer Zunahme des Verbraucherpreisniveaus um rund 2% pro Jahr sollte der private Konsum mit durchschnittlichen Raten wachsen, wobei die Sparquote in etwa auf dem aktuellen Niveau verharrt. Zugleich wird vom Management prognostiziert, dass das Kreditgeschäft von dem anhaltend niedrigen Zinsniveau leicht profitiert und der Kreditbestand gegenüber Privatkunden moderat ausgeweitet wird. Die Wahrscheinlichkeit einer erneuten Verschärfung der Staatsschuldenkrise im Jahr 2013 ist angesichts der im Vorjahr von Politik und EZB beschlossenen Maßnahmen zurückgegangen. Weitere Belastungen infolge massiver Kursverluste und Wertberichtigungen oder Abschreibungen auf Staatsanleihen sind jedoch nicht auszuschließen.

Die aus den dargestellten angenommenen volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen abgeleitete prognostizierte Entwicklung der relevanten Marktparameter bei den Sparprodukten, der Anzahl der Girokonten, der Ratenkredite und der Bausparprodukte der Postbank für den Kernmarkt Deutschland ergibt eine insgesamt nur moderate Entwicklung der Geschäftstätigkeit der Postbank.

(j) Sachanlagen

Sachanlagen sind mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer angesetzt. Bei der Bestimmung der Nutzungsdauer von Sachanlagen werden die physische Abnutzung, die technische Alterung sowie rechtliche und vertragliche Beschränkungen berücksichtigt. Bei darüber hinausgehenden Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Sachanlagen werden linear über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

	Nutzungsdauer in Jahren
Gebäude	40–60
EDV-Anlagen	4–5
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	5–20

Kosten für laufende Wartung und Anschaffungskosten bis 150 € werden in voller Höhe erfolgswirksam erfasst. Kosten für den Ersatz von Teilen des Sachanlagevermögens werden aktiviert.

Anschaffungen von geringwertigen Wirtschaftsgütern werden aus Wesentlichkeitsgründen sofort als Aufwand erfasst.

(k) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (Investment Property) werden gemäß den Vorschriften nach IAS 40 solche Immobilien behandelt, die zur Erzielung von Mieteinnahmen und/oder zum Zwecke der Wertsteigerung gehalten werden und nicht zur Erbringung von Dienstleistungen oder für Verwaltungszwecke bzw. zum Verkauf im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Unternehmens genutzt werden.

Die Mieterträge werden unter den sonstigen Erträgen ausgewiesen.

Die als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien wurden 2012 vollständig veräußert.

(l) Sonstige Aktiva

Unter den sonstigen Aktiva werden insbesondere die Rechnungsabgrenzungsposten, aus dem Kreditgeschäft erworbene Sicherheiten sowie alle nicht einem der übrigen Aktivposten zuzuordnenden Vermögenswerte ausgewiesen.

Die Bewertung von erworbenen Sicherheiten erfolgt zum niedrigeren Betrag aus Anschaffungskosten und Nettoveräußerungswert.

(m) Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten und Nachrangkapital werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen (IAS 39.47). Der Buchwert von gesicherten Verbindlichkeiten, für die Hedge Accounting angewandt wird, wird um die Fair-Value-Änderungen, die auf das abgesicherte Risiko entfallen, angepasst.

Agio- und Disagiobeträge sowie Emissionskosten werden effektivzinskonstant über das Zinsergebnis erfasst.

(n) Handelspassiva

Unter diesem Bilanzposten werden derivative Finanzinstrumente mit einem negativen Fair Value bilanziert, die zum Zwecke der kurzfristigen Gewinnerzielung aus Marktpreisänderungen oder der Realisierung einer Handelsspanne erworben wurden. Darüber hinaus wird der negative Fair Value von derivativen Finanzinstrumenten des Bankbuchs bilanziert. Bewertungsgewinne und -verluste sowie realisierte Ergebnisse werden im Handelsergebnis erfasst. Die erstmalige Erfassung der derivativen Finanzinstrumente in den Handelspassiva

erfolgt zum Handelstag. Zudem werden Zinsderivate, welche im Zusammenhang mit den Grundgeschäften der Fair-Value-Option stehen, hier ausgewiesen. Darüber hinaus werden Wertpapierleerverkäufe – soweit zulässig – mit ihrem negativen Fair Value ausgewiesen.

Die abgespalteten Derivate der synthetischen SCP-Bestände werden wie „Stand-alone“-Derivate unter dem Bilanzposten „Handelsaktiva“ (bei positivem Marktwert) oder aber „Handelspassiva“ (bei negativem Marktwert) ausgewiesen. Detaillierte Erläuterungen zu SCP enthält die Note 4 (h) „Finanzanlagen“.

(o) Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen
Für die betriebliche Altersversorgung bestehen leistungs- und beitragsorientierte Pläne. Die Aufwendungen für die beitragsorientierten Pläne sind im Wesentlichen Zahlungen an den Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. (Postbeamtenversorgungskasse) in Höhe von 105 Mio € (Vorjahr: 112 Mio €) und der gesetzliche Arbeitgeberanteil an den Beiträgen zur Rentenversicherung in Höhe von 57 Mio € (Vorjahr: 56 Mio €), die im Verwaltungsaufwand erfasst werden. Die leistungsorientierten Pläne sind über externe Planvermögen sowie Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen finanziert. Die Gesamtverpflichtung aus leistungsorientierten Plänen entspricht dem Barwert der zum Bewertungsstichtag verdienten Pensionsansprüche unter Berücksichtigung von erwarteten Lohn- und Gehaltssteigerungen sowie eines prognostizierten Rententrends und wurde auf der Basis externer versicherungsmathematischer Gutachten gemäß IAS 19 ermittelt. Die Berechnung der Versorgungsverpflichtungen und Versorgungsaufwendungen erfolgt auf Basis der „Projected-Unit-Credit-Methode“ (Anwartschaftsbarwertverfahren).

Die den Pensionsverpflichtungen zugrunde liegenden Vereinbarungen sehen nach den verschiedenen Berechtigten-Gruppen der Versicherten unterschiedliche Leistungen vor, z.B.:

- Altersrenten ab Vollendung des 62. bzw. 63. Lebensjahres, bei Schwerbehinderung frühestens ab Vollendung des 60. Lebensjahres,
- Invalidenrenten bei Vorliegen von Dienstunfähigkeit oder Erwerbsminderung,
- Hinterbliebenenrenten.

Die Pensionsverpflichtungen beruhen überwiegend auf unmittelbaren Versorgungszusagen. Art und Höhe der Ruhegelder der versorgungsberechtigten Mitarbeiter richten sich nach den Bestimmungen der jeweiligen Versorgungsregelungen (u. a. Pensionsrichtlinien, Versorgungsordnung). Diese sind im Wesentlichen von der Dauer des Beschäftigungsverhältnisses abhängig.

Für die in Vorjahren in die betriebliche Altersversorgung der Bank übernommenen, bis dahin bei der Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost (VAP) versicherten Rentner und Arbeitnehmer hat die Bank eine Direktzusage auf betriebliche Altersversorgung erteilt.

Folgende versicherungsmathematische Annahmen liegen in Deutschland der Berechnung zugrunde:

	2012	2011
Rechnungszinsfuß	3,7 % p. a.	4,9 % p. a.
Gehaltdynamik	2,6 %	2,8 %
Anpassungsrate für Renten	2,1 %	2,3 %
Fluktuation	4,0 % p. a.	4,0 % p. a.
Pensionsalter	60–63 Jahre	60–63 Jahre
Sterblichkeit, Invaldität etc.	Heubeck-Tafeln 2005G	Heubeck-Tafeln 2005G
Durchschnittlich erwarteter Vermögensertrag	3,7 %	4,41 %

Für die Bestimmung des zum 31. Dezember 2012 angewandten Diskontierungszinssatzes wurde die zugrunde liegende Grundgesamtheit für Anleihen so erweitert, dass nun auch hochrangige gedeckte Bankschuldverschreibungen einbezogen werden. Des Weiteren wurde bei der Bestimmung des Zinssatzes im Bereich der Kurvenextrapolation eine Anpassung der berücksichtigten Anleihen vorgenommen, die zur Stabilität der Methode beitragen soll. Dies führte zu einem geschätzten Anstieg des Diskontierungssatzes von 70 Basispunkten und damit zu einem versicherungsmathematischen Gewinn von rund 256 Mio € vor Steuern.

Der erwartete Ertrag aus Planvermögen wurde auf Basis aktueller langfristiger Vermögenserträge aus Anleihen (Staat und Industrie) bestimmt. Dabei wurden geeignete Risikozuschläge auf Basis historischer Kapitalmarkttrenditen und gegenwärtiger Kapitalmarkterwartungen unter Beachtung der Struktur des Planvermögens einbezogen.

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden gemäß IAS 19.92 erst dann als Ertrag bzw. Aufwand erfasst, wenn der Saldo der kumulierten, nicht erfassten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste am Ende der vorherigen Berichtsperiode 10 % des Maximums von Verpflichtungsumfang oder Planvermögen zu diesem Zeitpunkt übersteigt. Der übersteigende Betrag wird über die Restdienstzeit der Aktiven verteilt und erfolgswirksam erfasst.

Sonstige Rückstellungen

Unter den sonstigen Rückstellungen sind Verpflichtungen ausgewiesen, die nach den Vorschriften des IAS 37 bzw. IAS 19 (ohne Pensionsverpflichtungen) zu passivieren sind. Die Rückstellungshöhe bemisst sich gemäß IAS 37.36 nach dem bestmöglichen Schätzwert des Erfüllungsbetrags. Rückstellungen, aus denen Mittelabflüsse nach 12 Monaten erfolgen, werden in Höhe des Barwertes ausgewiesen. Für die Abzinsung werden zum Bilanzstichtag gültige, laufzeitkongruente Zinssätze berücksichtigt, die den Renditen für Bundeswertpapiere entsprechen. Im Berichtsjahr vorzunehmende Aufzinsungen werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Für das Bauspargeschäft werden, differenziert nach Tarifen und Vertragsbedingungen, Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten, für die Rückerstattungen von Abschlussgebühren und für rückwirkend zu vergütende Zinsboni bei Darlehensverzicht bzw. Zinssatzwechsel oder Tarifwechsel gebildet. Für die Berechnung dieser Rückstellungen wird auf Basis der vorliegenden statistischen Daten über das Kundenverhalten unter Einbeziehung zukünftiger Umfeldbedingungen eine auf das Potenzial bezogene Rückstellungsquote ermittelt.

Rückstellungszuführungen für Zinsboni und Zinssatzwechsel werden im Zinsergebnis erfasst, während Rückstellungsdotierungen für die Rückerstattung von Abschlussgebühren das Provisionsergebnis belasten.

(p) Währungsumrechnung

Gemäß IAS 21.23 wurden sämtliche monetären Fremdwährungsposten sowie Aktien in Fremdwährung, bei denen es sich um nicht monetäre Posten nach IAS 21.8 handelt, zum Kassamittelkurs des Bilanzstichtags in Euro umgerechnet. Wesentliche nicht monetäre zu (fortgeführten) Anschaffungskosten bewertete Posten (insbesondere Sachanlagen und Abgrenzungsposten), die gemäß IAS 21.23 (b) zum historischen Kurs umgerechnet werden, bestanden zum Bilanzstichtag nicht. Aufwendungen und Erträge in Fremdwährung wurden grundsätzlich mit dem zum Monatsultimo gültigen Kurs umgerechnet.

Die aus der Währungsumrechnung von monetären Vermögenswerten und Schulden resultierenden Ergebnisse werden erfolgswirksam berücksichtigt. Ergebnisse aus der Währungsumrechnung von nicht monetären Positionen werden, entsprechend der der Position zugrunde liegenden Bewertungskategorie, entweder erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage oder erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst.

Die Umrechnung des in Fremdwährung aufgestellten Konzernreportings der ausländischen Tochtergesellschaften der Postbank erfolgt nach der modifizierten Stichtagskursmethode (IAS 21.39). Die daraus resultierenden Umrechnungsdifferenzen werden erfolgsneutral innerhalb des Eigenkapitals ausgewiesen.

(q) Ertragsteuern

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern erfolgt gemäß IAS 12 unter Berücksichtigung der ab dem Veranlagungsjahr 2012 bestehenden ertragsteuerlichen Organschaft zur Deutschen Bank zum 31. Dezember 2012 nach der „formaljuristischen Betrachtungsweise“. Danach werden Ertragsteuern der zum Postbank Organkreis gehörigen Gesellschaften nicht mehr ausgewiesen, da diese nunmehr vom Organträger, der Deutschen Bank AG, geschuldet werden. Eine Ausnahme stellt die nach §16 KStG weiterhin von der Postbank geschuldete Steuer auf die Ausgleichszahlung an außenstehende Aktionäre dar.

Für die weiterhin von den nicht zum Postbank Organkreis gehörigen Gesellschaften geschuldeten Steuern gelten die nachstehenden Ausführungen:

Latente Steuern werden für alle temporären Differenzen zwischen den sich nach IFRS ergebenden Wertansätzen und den steuerlichen Wertansätzen gebildet. Latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge werden in der Höhe angesetzt, in der eine zukünftige Nutzung wahrscheinlich ist. Latente Steuern werden unter dem Posten „Latente Ertragsteueransprüche“, soweit es sich um Steuerminderungsansprüche handelt, und unter dem Posten „Latente Ertragsteuerverpflichtungen“, soweit es sich um künftige Steuerverbindlichkeiten handelt, ausgewiesen.

Die entsprechenden kurzfristigen und langfristigen latenten Steueransprüche und -schulden werden gemäß IAS 12.74 saldiert.

Die Aufwendungen und Erträge aus Steuerlatenzen werden, getrennt von den tatsächlichen Steueraufwendungen und -erträgen, unter den Ertragsteuern erfasst. Dabei wird die Bilanzierung des zugrunde liegenden Sachverhalts berücksichtigt. So werden die latenten Steuern erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, wenn der Bilanzposten selbst erfolgswirksam behandelt wird. Eine erfolgsneutrale Erfassung im Eigenkapital in der Neubewertungsrücklage erfolgt dann, wenn der Bilanzposten selbst erfolgsneutral erfasst wird (IAS 12.61A), z. B. bei Neubewertungen von Wertpapieren der Kategorie „Available for Sale“.

(5) Neuerungen in der internationalen Rechnungslegung nach IFRS

Neuerungen für das Geschäftsjahr 2012

In der Berichtsperiode waren erstmals folgende Standards anzuwenden: IAS 12 „Recovery of Underlying Assets“ und IFRS 7 (am. 2010) „Transfers of Financial Assets“. Es ergaben sich für die Postbank keine Auswirkungen aus diesen Änderungen.

Neuerungen aus in zukünftigen Geschäftsjahren anzuwendenden Standards und Interpretationen

Die verabschiedeten wesentlichen Standards, der Erstanwendungszeitpunkt sowie die erwarteten Auswirkungen auf die Postbank sind in der nachfolgenden Tabelle zusammengefasst. Als Erstanwendungszeitpunkt betrachtet die Postbank den vom IASB in den jeweiligen Standards genannten Erstanwendungszeitpunkt, sofern eine frühzeitige Anwendung seitens der EU erlaubt ist.

Standard	Erstanwendungszeitpunkt	Beschreibung der Änderungen und Auswirkungen auf die Postbank
IAS 1 „Presentation of Items of Other Comprehensive Income“	01.01.2013 EU-Verordnung 475/2012 vom 05.06.2012	Die Darstellung des sonstigen Gesamtergebnisses wurde dahingehend geändert, dass die Posten des sonstigen Ergebnisses, die später in das Periodenergebnis umgliedert werden können, getrennt von den Posten, bei denen keine Umgliederung erfolgen wird, darzustellen sind. Wesentliche Effekte für die Postbank sind aus den Neuregelungen nicht zu erwarten. Die Änderung betrifft die Darstellung in der Gesamtergebnisrechnung.
IAS 19 „Employee Benefits“	01.01.2013 EU-Verordnung 475/2012 vom 05.06.2012	Mit den Änderungen werden neue Vorschriften zur Bilanzierung von Leistungen an Arbeitnehmer eingeführt. Die Neuregelungen beziehen sich u. a. auf folgende Bereiche: – Wegfall des Korridor-Approach – Ausweis von versicherungsmathematischen Gewinnen und Verlusten im sonstigen Ergebnis. Bei der Erstanwendung im Jahr 2013 wird sich die Pensionsrückstellung im Zeitpunkt der Umstellung zulasten des Eigenkapitals voraussichtlich um etwa 341 Mio € erhöhen. Der Pensionsaufwand im Geschäftsjahr 2013 wird um etwa 18 Mio € niedriger ausfallen als nach der bisherigen Fassung von IAS 19.
IFRS 7 (am. 2011) „Disclosures-Offsetting Financial Assets and Financial Liabilities“ und IAS 32 (am. 2011) „Financial Instruments: Presentation“	IFRS 7: 01.01.2013 IAS 32: 01.01.2014 EU-Verordnung 1126/2008 vom 13.12.2012	Neue Vorschriften zur Saldierung von Finanzinstrumenten. IFRS 7: Zusätzliche Angaben zu den saldierten Finanzinstrumenten und zu Finanzinstrumenten, die nicht saldiert wurden, jedoch einer Saldierungsvereinbarung unterliegen. Daraus ergibt sich für die Postbank eine unwesentliche Erweiterung der Anhangangaben. IAS 32: Stellt klar, unter welchen Voraussetzungen eine Saldierung zu erfolgen hat. Zurzeit prüft die Postbank die möglichen Auswirkungen und Änderungen für den Konzernabschluss.
IFRS 9 „Financial Instruments“	Nach derzeitigem Stand soll der IFRS 9 (Phase 1) für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 01.01.2015 beginnen, angewendet werden. Ein EU-Endorsement liegt bisher nicht vor.	Das IASB hat ein Projekt zur Ablösung des IAS 39 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“ aufgesetzt. Dieses Projekt gliedert sich in drei Phasen, die letztendlich in einem neuen Standard IFRS 9 „Finanzinstrumente“ münden. Für die Phase 1 „Kategorisierung und Bewertung“ liegt grundsätzlich ein finaler Standard vor. Dieser sieht zur Kategorisierung von Finanzinstrumenten die Kriterien Business Model und Contractual Cash Flow Characteristics vor. Je nach Ausgestaltung dieser Kriterien erfolgt eine Kategorisierung bzw. Bewertung zu Amortised Cost oder zum Fair Value. Zu Phase 1 wurde im November 2012 noch ein Standardentwurf mit begrenzten Änderungen veröffentlicht. Für Phase 2 („Amortised Cost and Impairment“) und Phase 3 („Hedge Accounting“ ohne Makro Hedge Accounting) liegen derzeit nur Standardentwürfe vor. Mit Phase 2 soll das Incurred-Loss-Impairment-Modell durch ein Expected-Loss-Modell abgelöst werden, um vorzeitig Risiken abbilden zu können. Zur Umsetzung wird ein vom IASB vorgeschlagener Three-Bucket Approach diskutiert. Phase 3 sieht Vereinfachungen beim Hedge Accounting vor, insbesondere beim Effektivitätstest. Zurzeit prüft die Postbank die möglichen Auswirkungen und Änderungen für den Konzernabschluss.
IFRS 10 „Consolidated Financial Statements“	01.01.2013 EU-Verordnung 1254/2012 vom 11.12.2012	Die Neuregelung betrifft eine einheitliche Definition der Beherrschung und die hiermit verbundene Abgrenzung des Konsolidierungskreises. Der neue Standard ersetzt die derzeit relevanten IAS 27 „Consolidated and Separate Financial Statements“ und SIC-12 „Consolidation – Special Purpose Entities“. Die Postbank erwartet keine wesentlichen Änderungen des Konsolidierungskreises.
IFRS 11 „Joint Arrangements“	01.01.2013 EU-Verordnung 1254/2012 vom 11.12.2012	IFRS 11 regelt die Bilanzierung von Sachverhalten, in denen ein Unternehmen gemeinschaftliche Führung (joint control) über ein Gemeinschaftsunternehmen (joint venture) oder eine gemeinschaftliche Tätigkeit (joint operation) ausübt. Die bilanzielle Behandlung von Joint Ventures gemäß Equity-Methode ist im IAS 28 rev. 2010 geregelt. Eine Möglichkeit der Quotenkonsolidierung sehen die neuen Vorschriften nicht vor. Der neue Standard ersetzt IAS 31 „Interests in Joint Ventures“ und SIC-13 „Jointly Controlled Entities – Non-Monetary Contributions by Venturers“. Für die Postbank sind keine Effekte aus den Neuregelungen zu erwarten, da die Postbank keine Beteiligungen an Joint Arrangements hält.
IFRS 12 „Disclosure of Interests in Other Entities“	01.01.2013 EU-Verordnung 1254/2012 vom 11.12.2012	Der IFRS 12 ist ein Sammelwerk der Anhangangaben zu Beteiligungen im Konzernabschluss (inklusive Joint Ventures und assoziierter Unternehmen) und Zweckgesellschaften und ersetzt die Angabepflichten nach IAS 27, 28 und 31. Die Neuerungen werden zu erweiterten Angaben im Anhang, insbesondere in Bezug auf die nicht konsolidierungspflichtigen Zweckgesellschaften, führen.
IFRS 13 „Fair Value Measurement“	01.01.2013 EU-Verordnung 1255/2012 vom 11.12.2012	IFRS 13 gibt Hilfestellungen für die Ermittlung des Fair Value. Zielsetzung ist die standardübergreifende Vereinheitlichung des Fair-Value-Begriffs und der bei der Fair-Value-Ermittlung anzuwendenden Methoden sowie insbesondere auch der mit der Fair-Value-Bewertung einhergehenden Anhangangaben. Die Postbank führt zurzeit eine Analyse der möglichen Auswirkungen und Änderungen durch.
Annual Improvements 2009–2011	01.01.2013 Ein EU-Endorsement liegt bisher nicht vor.	Das IASB hat im Rahmen des Annual-Improvements-Projekts 2009-2011 Klarstellungen, Änderungen und Ergänzungen in fünf Standards vorgenommen. Wesentliche Effekte für die Postbank sind aus den Neuregelungen nicht zu erwarten.

(6) Anpassung von Vorjahreszahlen

Bei der Erstanwendung der IFRS wurden Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Teilbereichen zu niedrig in den Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2000 übernommen. Infolgedessen führten die im Geschäftsjahr 2012 retrospektiv vorzunehmenden Anpassungen zum 1. Januar 2011 zu einer Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 26 Mio € und der Reduzierung der latenten Ertragsteuerverpflichtungen um 7 Mio €. Darüber hinaus wurden zum 1. Januar 2011 weitere Anpassungen bei den Forderungen an Kunden um 3 Mio € sowie bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden um 1 Mio € vorgenommen. Insgesamt verminderten sich die Gewinnrücklagen um 17 Mio €.

Im Rahmen der Entkonsolidierung der DSL Finance N.V., Amsterdam, Niederlande, wurden Ergebnisbestandteile von Zinsswaps im Zusammenhang mit der Abbildung von Sicherungsbeziehungen nach IAS 39 nicht angemessen im Konzernabschluss 2005 berücksichtigt. Dies führte zum 1. Januar 2011 zu einer Verringerung der Sonstigen Aktiva um 50 Mio €, der latenten Ertragsteuerverpflichtungen um 15 Mio € und der Gewinnrücklagen um insgesamt 35 Mio €.

Bei den retrospektiven Änderungen wurde neben der Bilanz auch die Eigenkapitalveränderungsrechnung entsprechend angepasst. Eine Änderung in der Gesamtergebnisrechnung ergab sich nicht.

ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG**(7) Zinsüberschuss**

	2012 Mio €	2011 Mio €
Zins- und laufende Erträge		
Zinserträge aus		
Kredit- und Geldmarktgeschäften	4.956	5.380
Festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	1.144	1.452
Handelsgeschäften	4	15
Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen	-9	38
	6.095	6.885
Laufende Erträge aus		
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	2	11
Beteiligungen	3	4
	5	15
	6.100	6.900
Zinsaufwendungen aus		
Verbindlichkeiten	2.450	2.893
Verbrieften Verbindlichkeiten	333	401
Nachrangkapital	213	254
Swaps	400	437
Handelsgeschäften	1	5
	3.397	3.990
Gesamt	2.703	2.910

In den Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sind Zinserträge aus wertgeminderten Vermögenswerten in Höhe von 56 Mio € (Vorjahr: 84 Mio €) enthalten (Unwindung nach IAS 39).

Die Zinsaufwendungen aus Verbindlichkeiten, Verbrieften Verbindlichkeiten und Nachrangkapital entfallen auf Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost.

Der Zinsaufwand aus Handelsgeschäften enthält die Refinanzierungsaufwendungen aus der Handelstätigkeit.

Das Zinsergebnis aus Swaps aus Sicherungsbeziehungen wird netto ausgewiesen. Die hier zugrunde liegenden Geschäfte sind zum einen Sicherungsinstrumente, die die Anforderungen des Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, in Höhe von 179 Mio € (Vorjahr: 210 Mio €). Zum anderen sind hier derivative Geschäfte in Höhe von 221 Mio € (Vorjahr: 227 Mio €) enthalten, die Forderungen gegenüberstehen, welche als Fair-Value-Option designiert sind.

Die Gewinne bzw. Verluste, die aus der Bewertungsänderung von Fair Value Hedges resultieren, werden im Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen ausgewiesen, welches sich wie folgt zusammensetzt:

	2012 Mio €	2011 Mio €
Fair-Value-Änderung der Grundgeschäfte	-112	-7
Fair-Value-Änderung der Sicherungsinstrumente	103	45
Gesamt	-9	38

(8) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

	2012 Mio €	2011 Mio €
Aufwand aus der Zuführung zur Risikovorsorge		
Einzelwertberichtigungen	556	692
Portfoliowertberichtigungen	2	23
Aufwand aus der Zuführung zu Rückstellungen für das Kreditgeschäft	17	34
Direkte Forderungsabschreibung	47	50
Ertrag aus der Auflösung der Risikovorsorge		
Einzelwertberichtigungen	193	330
Portfoliowertberichtigungen	9	33
Ertrag aus der Auflösung von Rückstellungen für das Kreditgeschäft	10	24
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	26	29
Gesamt	384	383

Der Risikovorsorgeaufwand entfällt in Höhe von 377 Mio € (Vorjahr: 373 Mio €) auf Forderungen an Kunden der Kategorie Loans and Receivables und in Höhe von 7 Mio € (Vorjahr: 10 Mio €) auf Bürgschaften, Gewährleistungsgarantien und unwiderrufliche Kreditzusagen.

Der Aufwand aus der Zuführung zur Risikovorsorge und der Ertrag aus der Auflösung der Risikovorsorge für Forderungen an Kunden gliedern sich nach folgenden Produktgruppen:

	2012 Mio €	2011 Mio €
Zuführung		
Private Baufinanzierungen	206	252
Bauspardarlehen	3	3
Gewerbliche Kredite	209	294
Ratenkredite	79	63
Sonstige Forderungen	59	79
Portfoliowertberichtigungen	2	23
Gesamt	558	714

Der Aufwand aus der Zuführung zur Risikovorsorge entfällt mit 0 Mio € (Vorjahr: 1 Mio €) auf Forderungen an Kreditinstitute.

	2012 Mio €	2011 Mio €
Auflösung		
Private Baufinanzierungen	107	115
Bauspardarlehen	1	2
Gewerbliche Kredite	71	201
Ratenkredite	0	2
Sonstige Forderungen	11	10
Portfoliowertberichtigungen	8	33
Gesamt	198	363

Der Ertrag aus der Auflösung der Risikovorsorge entfällt mit 4 Mio € (Vorjahr: 0 Mio €) auf Forderungen an Kreditinstitute.

(9) Provisionsüberschuss

	2012 Mio €	2011 Mio €
Girogeschäft	359	336
Wertpapiergeschäft	50	90
Kredit- und Avalgeschäft	115	127
Filialgeschäft	431	425
Sonstiges Provisionsgeschäft	199	274
Gesamt	1.154	1.252

In der Position „Sonstiges Provisionsgeschäft“ sind die Erträge aus Zahlungsverkehrsdienstleistungen für Dritte enthalten.

Der Provisionsüberschuss aus dem Treuhandgeschäft beträgt 6 Mio € (Vorjahr: 6 Mio €) und wird in der Position „Sonstiges Provisionsgeschäft“ ausgewiesen.

(10) Handelsergebnis

Bei der Fair-Value-Ermittlung von Handelsaktiva und Handelspassiva werden grundsätzlich Börsenkurse zugrunde gelegt. Für nicht börsennotierte Produkte werden die Fair Values nach der Barwertmethode oder anhand geeigneter Bewertungsmodelle ermittelt. Im Handelsergebnis ist neben dem realisierten Ergebnis auch das Bewertungsergebnis aus Handelsaktivitäten enthalten.

	2012 Mio €	2011 Mio €
Ergebnis aus dem Verkauf von Wertpapieren und Darlehen	3	2
Bewertungsergebnis der Wertpapiere und Darlehen		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3	0
Darlehen (Held for Trading)	1	2
	4	2
Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs		
Ertrag aus Derivaten	9.678	11.213
Aufwand aus Derivaten	-9.782	-11.134
	-104	79
Ergebnis aus Fair-Value-Option		
davon Forderungen an Kunden	107	133
davon Derivate, die im wirtschaftlichen Zusammenhang mit der Fair-Value-Option stehen	-134	-157
	-27	-24
Devisenergebnis	23	7
Provisionsergebnis Handelsbestand	-2	-2
Gesamt	-103	64

Das Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs enthält einen Aufwand aus Swapzinsen in Höhe von 146 Mio € (Vorjahr: 146 Mio €). Die diesen Zinsen zugrunde liegenden Swapbestände sind nicht Bestandteil einer Hedge-Beziehung nach IAS 39.

Im Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs sind Erträge aus dem Bilanzstrukturmanagement in Höhe von 2 Mio € (Vorjahr: 13 Mio €) enthalten (vgl. Note 4 (g)).

104

Weiterhin sind im Derivateergebnis die Effekte aus der Bewertung von eingebetteten Derivaten aus strukturierten Kreditprodukten in Höhe von -31 Mio € (Vorjahr: 10 Mio €) und kapitalgarantierten Schuldscheinanleihen (CPPI) in Höhe von 0 Mio € (Vorjahr: 10 Mio €) enthalten.

	2012 Mio €	2011 Mio €
Ergebnis aus Zinsprodukten	7	3
Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs	-104	79
Ergebnis aus Fair-Value-Option	-27	-24
Ergebnis aus Aktien	0	1
Devisenergebnis	23	7
Provisionsergebnis Handelsbestand	-2	-2
Gesamt	-103	64

(11) Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Finanzanlageergebnis werden Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Wertpapieren des Finanzanlagebestands, Beteiligungen und Anteilen an Tochterunternehmen, die nicht konsolidiert werden, ausgewiesen.

	2012 Mio €	2011 Mio €
Ergebnis aus Finanzanlagen Loans and Receivables	41	-623
davon Verkaufsergebnis	-1	0
Verkaufsgewinne	136	122
Verkaufsverluste	137	122
davon Wertaufholungs-/Wertminderungsergebnis	42	-623
Ergebnis aus Finanzanlagen Available for Sale	-88	5
davon Verkaufsergebnis	-84	23
Verkaufsgewinne	41	117
Verkaufsverluste	125	94
davon Wertminderungsergebnis	-4	-18
Ergebnis aus Forderungen an Kreditinstitute (saldiert)	12	-7
davon Verkaufsergebnis aus Forderungen Loans and Receivables	12	-7
Ergebnis aus Forderungen an Kunden (saldiert)	0	14
davon Verkaufsergebnis aus Forderungen Loans and Receivables	0	14
Ergebnis aus Beteiligungen	20	57
Gesamt	-15	-554

	2012 Mio €	2011 Mio €
Ergebnis aus Schuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen	-81	17
Ergebnis aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	8	13
Ergebnis aus Beteiligungen	20	57
Impairment	38	-641
Gesamt	-15	-554

Von dem Wertminderungsergebnis (Impairment) auf Finanzanlagen entfallen 1 Mio € (Vorjahr: 6 Mio €) auf Structured Credit Products, 4 Mio € auf Abschreibungen auf Publikumsfonds und Beteiligungen (Vorjahr: 8 Mio €) sowie Wertaufholungen von 44 Mio € auf sonstige Schuldverschreibungen (Vorjahr: Wertminderung 627 Mio €).

Im ersten Quartal 2012 hat die Postbank an der Umtauschaktion für griechische Staatsanleihen teilgenommen und die dadurch erhaltenen neuen griechischen Staatsanleihen erstmals zum 12. März 2012 bilanziell erfasst. Aus dem Umtausch resultierte eine Belastung des Finanzanlageergebnisses in Höhe von 12 Mio €. Die Postbank hat im dritten Quartal 2012 das Engagement in griechischen Staatsanleihen vollständig aufgelöst.

Insgesamt resultierte im Jahr 2012 aus griechischen Staatsanleihen ein negativer Effekt in Höhe von 36 Mio € (Vorjahr: 634 Mio €).

(12) Verwaltungsaufwand

Die Verwaltungsaufwendungen im Konzern setzen sich zusammen aus Personalaufwand, Sachaufwand sowie Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen. Sie gliedern sich wie folgt:

	2012 Mio €	2011 Mio €
Personalaufwand		
Löhne und Gehälter	1.093	1.293
Soziale Abgaben	114	112
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	226	219
	1.433	1.624
Andere Verwaltungsaufwendungen	1.422	1.414
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	83	88
Abschreibungen auf Sachanlagen	61	78
Gesamt	2.999	3.204

In den Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützung sind hauptsächlich Aufwendungen für beitragsorientierte Pläne in Höhe von 105 Mio € (Vorjahr: 108 Mio €) sowie Pensionsaufwendungen leistungsorientierter Pläne in Höhe von 96 Mio € (Vorjahr: 92 Mio €) enthalten.

In den anderen Verwaltungsaufwendungen sind im Wesentlichen Aufwendungen für EDV-Kosten 309 Mio € (Vorjahr: 317 Mio €), Aufwendungen für betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude 168 Mio € (Vorjahr: 134 Mio €), Verbundleistungen mit der Deutschen Post AG 147 Mio € (Vorjahr: 144 Mio €), Rechts-, Beratungs- und Prüfungskosten 112 Mio € (Vorjahr: 88 Mio €), Aufwendungen für Marktkommunikation 100 Mio € (Vorjahr: 107 Mio €) und Aufwendungen für die Bankenabgabe in Höhe von 14 Mio € (Vorjahr: 23 Mio €) enthalten.

Die in den anderen Verwaltungsaufwendungen erfassten Leasingaufwendungen in Höhe von 135 Mio € (Vorjahr: 105 Mio €) setzen sich zusammen aus Aufwendungen für geleaste immaterielle Vermögenswerte, Grundstücke und Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung im Rahmen des Operating Lease.

In den Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte sind außerplanmäßige Abschreibungen von € 11 Mio € (Vorjahr: 0 Mio €) enthalten.

Im Geschäftsjahr wurden keine außerplanmäßigen Abschreibungen auf Sachanlagen (Vorjahr: 17 Mio €) vorgenommen.

(13) Sonstige Erträge

	2012 Mio €	2011 Mio €
Erträge aus dem Sachanlagevermögen	44	33
Erstattungen aus Sozialbereichen	11	10
Erträge aus uneinbringlichen Zahlungsvorfällen	4	4
Übrige	89	60
Gesamt	148	107

Die Erträge aus dem Sachanlagevermögen enthalten im Wesentlichen 31 Mio € Mieteinnahmen (Vorjahr: 25 Mio €).

Darüber hinaus ist in den übrigen Erträgen eine Vielzahl von Einzelsachverhalten enthalten.

(14) Sonstige Aufwendungen

	2012 Mio €	2011 Mio €
Aufwendungen für die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation (BAnstPT und StiftPT)	9	7
Aufwendungen für Schadensregulierung und Kulanzzahlungen	8	7
Aufwendungen für sonstige Steuern	6	13
Zuführung zu Rückstellungen	4	13
Aufwendungen aus dem Sachanlagevermögen	4	5
Übrige	87	69
Gesamt	118	114

Die Aufwendungen aus dem Sachanlagevermögen enthalten Abgangsverluste aus Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten.

In den Aufwendungen für sonstige Steuern sind im Wesentlichen Grundsteuern in Höhe von 4 Mio € (Vorjahr: 4 Mio €) und Umsatzsteuern in Höhe von 0 Mio € (Vorjahr: 5 Mio €) enthalten.

In dem Posten Übrige sind Zinsaufwendungen für Steuerforderungen der Finanzbehörden in Höhe von 2 Mio € (Vorjahr: 2 Mio €) enthalten. Darüber hinaus ist in den übrigen Aufwendungen eine Vielzahl von Einzelsachverhalten enthalten.

(15) Ertragsteuern

Die Ertragsteuern des Konzerns gliedern sich wie folgt:

	2012 Mio €	2011 Mio €
Tatsächliche Ertragsteuern		
Laufende Ertragsteuern		
Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag	91	82
Gewerbeertragsteuer	10	22
	101	104
Ertragsteuern Vorjahr	5	26
	106	130
Latente Ertragsteuern		
Temporäre Differenzen	-87	-119
Steuerliche Verlustvorträge	87	-45
	0	-164
Gesamt	106	-34

Die nachfolgende Überleitungsrechnung zeigt den Zusammenhang zwischen dem Ergebnis nach Steuern und dem Ertragsteueraufwand:

	2012 Mio €	2011 Mio €
Ergebnis nach Steuern	280	112
Ertragsteuern	106	-34
Ergebnis vor Steuern	386	78
Anzuwendender Steuersatz	38,50 %	29,83 %
Rechnerische Ertragsteuer	149	23
Steuereffekte		
aus Änderungen des Steuersatzes	3	0
wegen abweichender Effektivsteuersätze im In- und im Ausland	-15	4
aus steuerfreien Erträgen und nicht abzugsfähigen Aufwendungen	-36	-8
aus Organschaft	-16	0
aus nicht angesetzten latenten Steuern	16	-70
für Steuern aus Vorjahren	4	35
aus Aktien und Beteiligungen aufgrund § 8b KStG	0	-17
Sonstige	1	-1
	-43	-57
Ertragsteueraufwand	106	-34

Aufgrund der formaljuristischen Methode wurde beim anzuwendenden Steuersatz vom Home-Base-Ansatz auf den Ansatz eines gewichteten durchschnittlichen Steuersatzes des Konzerns übergegangen. Der gewichtete Steuersatz beträgt 38,50 % und ist maßgeblich durch die US-amerikanische Tochtergesellschaft beeinflusst.

Die Anwendung der formalrechtlichen Betrachtungsweise führt darüber hinaus zu einem einmaligen Effekt bei den latenten Ertragsteuern in der Bilanz in Höhe von -109 Mio €. Hierbei entfallen 8 Mio € auf den Steuerertrag und -117 Mio € auf die Neubewertungsrücklage.

ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ**(16) Barreserve**

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Kassenbestand	986	777
Guthaben bei Zentralnotenbanken	1.068	2.875
Gesamt	2.054	3.652

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen mit 862 Mio € (Vorjahr: 1.563 Mio €) auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

Das Mindestreserve-Soll Ende Dezember 2012 beträgt 977 Mio € (Vorjahr: 1.088 Mio €).

(17) Forderungen an Kreditinstitute

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Inländische Kreditinstitute		
Täglich fällig	3.300	1.574
Andere Forderungen	9.680	5.725
	12.980	7.299
Ausländische Kreditinstitute		
Täglich fällig	1.898	3.285
Andere Forderungen	13.419	9.738
	15.317	13.023
Gesamt	28.297	20.322

Nach mehr als 12 Monaten sind von den Forderungen an Kreditinstitute 3.950 Mio € (Vorjahr: 6.478 Mio €) fällig.

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien für Finanzinstrumente gliedert sich der Forderungsbestand an Kreditinstitute wie folgt:

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute (Loans and Receivables)	22.582	8.016
davon Fair Value Hedge	212	297
Geldhandelsaktiva (Loans and Receivables)	5.715	12.306
Gesamt	28.297	20.322

Die Forderungen an Kreditinstitute gliedern sich nach folgenden Produktgruppen:

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Wertpapierpensionsgeschäfte	20.953	12.184
Tagesgelder	5.038	4.252
Darlehen	1.218	2.459
Namenschuldverschreibungen	329	348
Termingelder	595	104
Sonstige Forderungen	164	975
Gesamt	28.297	20.322

Erhaltene Sicherheiten, die unbedingt verwertbar oder veräußerbar sind:

	Fair Value der Sicherheiten, die unbedingt verwertbar bzw. veräußerbar sind		Fair Value der Sicherheiten, die verkauft bzw. weiterverpfändet wurden und für die eine Rückgabepflicht besteht	
	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Finanzielle Sicherheiten	19.870	18.319	1.473	8.958
Nicht-finanzielle Sicherheiten	–	–	–	–
Gesamt	19.870	18.319	1.473	8.958

Die Verwendung der Sicherheiten erfolgt zu marktüblichen Konditionen.

Zum 31. Dezember 2012 bestanden Forderungen aus echten Pensionsgeschäften in Höhe von 20.953 Mio € (Vorjahr: 12.184 Mio €). Die Postbank ist hierbei Pensionsnehmer. Bei den in Pension genommenen Papieren handelt es sich um börsennotierte Anleihen öffentlicher Emittenten, Emissionen deutscher und ausländischer Kreditinstitute, Industrieschuldverschreibungen sowie Aktien.

Die Forderungen an Kreditinstitute beinhalten festverzinsliche Forderungen von 25,6 Mrd € (Vorjahr: 15,0 Mrd €) sowie variabel verzinsliche Forderungen von 2,7 Mrd € (Vorjahr: 5,3 Mrd €).

(18) Forderungen an Kunden

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 ¹ Mio €
Private Baufinanzierungen	71.628	71.266
Bauspardarlehen	3.801	3.830
Gewerbliche Kredite	21.259	26.125
Forderungen an öffentliche Haushalte	3.178	3.517
Ratenkredite	4.847	4.352
Sonstige Forderungen	1.553	1.653
Gesamt	106.266	110.743
davon:		
durch Grundpfandrechte gesichert	50.283	53.040
Kommunalkredite	3.165	3.492

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 ¹ Mio €
Inländische Kunden	95.294	92.953
Ausländische Kunden	10.972	17.790
Gesamt	106.266	110.743

Die Forderungen an Kunden mit unbestimmter Laufzeit betragen 1,2 % (Vorjahr: 1,2 %) der Bilanzsumme. Diese Forderungen werden in der Restlaufzeitengliederung dem kürzesten Laufzeitband zugeordnet.

Nach mehr als 12 Monaten sind von den Forderungen an Kunden 80.455 Mio € (Vorjahr: 82.104 Mio €) fällig.

Von den Forderungen an Kunden entfallen 88,6 Mrd € (Vorjahr: 90,8 Mrd €) auf festverzinsliche Forderungen sowie 17,7 Mrd € (Vorjahr: 19,9 Mrd €) auf variabel verzinsliche Forderungen.

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien für Finanzinstrumente gliedert sich der Forderungsbestand an Kunden wie folgt:

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 ¹ Mio €
Loans and Receivables	99.427	103.230
davon Fair Value Hedge	2.123	3.042
Fair-Value-Option	6.839	7.513
Gesamt	106.266	110.743

In den Forderungen an Kunden sind Forderungen aus Finanzierungsleasingverträgen enthalten.

Die Summe der ausstehenden Mindestleasingzahlungen beläuft sich auf 212 Mio € (Vorjahr: 232 Mio €) und gliedert sich in die folgende Fälligkeitsstruktur:

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
im 1. Jahr nach dem Bilanzstichtag	51	59
im 2. Jahr nach dem Bilanzstichtag	46	45
im 3. Jahr nach dem Bilanzstichtag	37	36
im 4. Jahr nach dem Bilanzstichtag	26	27
im 5. Jahr nach dem Bilanzstichtag	50	18
in mehr als 5 Jahren nach dem Bilanzstichtag	2	47
Gesamt	212	232

Die Überleitung auf den Barwert der ausstehenden Mindestleasingzahlungen stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Ausstehende Mindestleasingzahlungen	212	232
Nicht garantierte Restwerte	4	4
Bruttogesamtinvestition	216	236
Nicht realisierter Finanzertrag	26	30
Nettoinvestition	190	206
Barwert der nicht garantierten Restwerte	3	3
Barwert der Mindestleasingzahlungen	187	203

Die kumulierte Wertberichtigung für uneinbringliche ausstehende Mindestleasingzahlungen beträgt 2 Mio € (Vorjahr: 3 Mio €).

(19) Kreditvolumen

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 ¹ Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	28.297	20.322
Forderungen an Kunden	106.266	110.743
Bürgschaften und Garantien	415	827
Gesamt	134.978	131.892

(20) Risikoversorge

Die Risikoversorge im Kreditgeschäft deckt alle erkennbaren Bonitätsrisiken ab. Für das latente Kreditrisiko wurden Portfoliowertberichtigungen gebildet.

Die Risikoversorge wurde durch eine aktivisch ausgewiesene Risikoversorge sowie durch die Bildung von Rückstellungen für das Kreditgeschäft getroffen.

Die Risikovorsorge gliedert sich dabei wie folgt auf:

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute	13	37
Risikovorsorge für Forderungen an Kunden	1.732	1.789
Risikovorsorge für Forderungen gesamt	1.745	1.826
Rückstellungen für das Kreditgeschäft	43	40
Gesamt	1.788	1.866

Die aktivisch ausgewiesene Risikovorsorge hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Einzelwertberichtigungen		Portfoliowertberichtigungen		Gesamt	
	2012 Mio €	2011 Mio €	2012 Mio €	2011 Mio €	2012 Mio €	2011 Mio €
Stand 1. Januar	1.684	1.612	142	152	1.826	1.764
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	5	-	-	0	5
Umgliederung wegen IFRS 5	-40	-	-4	-	-44	-
Zugänge						
Zulasten GuV gebildete Vorsorge	556	692	2	23	558	715
Abgänge						
Inanspruchnahme	342	216	-	-	342	216
Zugunsten GuV aufgelöste Vorsorge	193	330	9	33	202	363
Unwinding	56	84	-	-	56	84
Währungsumrechnungsdifferenzen	-5	-5	-	-	-5	-5
Stand 31. Dezember	1.614	1.684	131	142	1.745	1.826

Unter den Einzelwertberichtigungen werden auch die pauschalierten Einzelwertberichtigungen ausgewiesen.

Die Risikovorsorge für Forderungen an Kunden gliedert sich nach folgenden Produktgruppen:

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Einzelwertberichtigungen		
Private Baufinanzierungen	453	483
Bauspardarlehen	2	7
Gewerbliche Kredite	537	562
Ratenkredite	312	250
Sonstige Forderungen	297	345
Portfoliowertberichtigungen	131	142
Gesamt	1.732	1.789

Der Gesamtbetrag der Kredite, auf die keine Zinszahlungen eingehen, belief sich zum Abschlussstichtag auf 1.091 Mio € (Vorjahr: 1.434 Mio €). Für Kredite mit einem Gesamtvolumen von 3.024 Mio € (Vorjahr: 3.776 Mio €) wurden Wertberichtigungen gebildet. Die auf diese Kredite entfallenden ausstehenden Zinsforderungen beliefen sich zum 31. Dezember 2012 auf 115 Mio € (Vorjahr: 119 Mio €).

Im Geschäftsjahr 2012 erfolgten direkte Forderungsabschreibungen in Höhe von 47 Mio € (Vorjahr: 50 Mio €). Die Eingänge auf abgeschriebene Forderungen betragen 26 Mio € (Vorjahr: 29 Mio €).

(21) Handelsaktiva

Die Handelsaktivitäten des Konzerns umfassen den Handel mit Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Schuldscheindarlehen und Devisen sowie derivativen Finanzinstrumenten. Alle Handelsbestände werden zum Fair Value bilanziert.

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
von öffentlichen Emittenten	-	9
von anderen Emittenten	31	87
	31	96
Baudarlehen Held for Trading	161	169
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands	6.921	4.891
Positive Marktwerte aus Derivaten des Bankbuchs	1.807	1.321
Positive Marktwerte aus Derivaten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	526	415
Gesamt	9.446	6.892

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 8.223 Mio € (Vorjahr: 5.784 Mio €) fällig.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind 31 Mio € (Vorjahr: 81 Mio €) mit einem über die gesamte Laufzeit fixen Zinssatz sowie 0 Mio € (Vorjahr: 15 Mio €) mit einem variablen Zinssatz (Floater) ausgestattet.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren des Handelsbestands sind börsenfähig und börsennotiert:

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	31	96

(22) Hedging-Derivate

Die Sicherungsgeschäfte mit positivem Marktwert, welche die Voraussetzungen für das Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, gliedern sich wie folgt:

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Aktivposten		
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kunden		
Forderungen Loans and Receivables	7	4
	7	4
Hedging-Derivate auf Finanzanlagen		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	32
	0	32
Passivposten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	39	35
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	943	547
Verbriefte Verbindlichkeiten	286	172
Nachrangkapital	193	487
	1.461	1.241
Gesamt	1.468	1.277

Bestände in Höhe von 1.242 Mio € (Vorjahr: 1.112 Mio €) sind nach mehr als 12 Monaten fällig.

(23) Finanzanlagen

Der Bilanzposten Finanzanlagen beinhaltet Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen und Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen.

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
von öffentlichen Emittenten	15.449	18.671
von anderen Emittenten	21.471	27.643
	36.920	46.314
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Aktien	0	2
Investmentfondsanteile	81	128
	81	130
Beteiligungen	19	18
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	7	18
Gesamt	37.027	46.480

In den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind analog dem Vorjahr am Bilanzstichtag keine fälligen Wertpapiere und Zinscoupons enthalten.

Bestände in Höhe von 33.148 Mio € (Vorjahr: 38.364 Mio €) sind nach mehr als 12 Monaten fällig.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind 30,7 Mrd € mit einem über die gesamte Laufzeit fixen Zinssatz sowie 6,2 Mrd € mit einem variablen Zinssatz (Floater) ausgestattet.

Das Portfolio von strukturierten Kreditprodukten der Postbank hat ein Gesamtvolumen von 0,9 Mrd € (Vorjahr: 2,0 Mrd €).

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien für Finanzinstrumente gliedert sich der Finanzanlagebestand wie folgt:

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Finanzanlagen Loans and Receivables	27.782	39.976
davon Fair Value Hedge	10.576	17.412
Available for Sale	9.138	6.338
davon Fair Value Hedge	2.768	1.674
	36.920	46.314
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Available for Sale	81	130
	81	130
Beteiligungen (Available for Sale)	19	18
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen (Available for Sale)	7	18
Gesamt	37.027	46.480

Von den Finanzanlagen sind börsenfähig und börsennotiert:

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	36.714	45.578
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	70	13
Beteiligungen	5	4

Es wurden Finanzanlagen für folgende Verbindlichkeiten als Sicherheiten hingegeben:

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Verbindlichkeiten	14.326	14.459
Eventualverbindlichkeiten	6	21
Gesamt	14.332	14.480

Die Hingabe der Finanzanlagen als Sicherheiten erfolgt zu marktüblichen Konditionen.

Bewertungsänderungen von Wertpapieren Available for Sale, die nicht abgesichert sind, wurden mit –295 Mio € (Vorjahr: –103 Mio €) in der Neubewertungsrücklage erfasst. Durch den Abgang von Finanzanlagen und die Bildung von Impairments wurden in der Berichtsperiode 99 Mio €

(Vorjahr: –11 Mio €) aus der Neubewertungsrücklage erfolgswirksam entnommen und im Periodenergebnis erfasst.

Im Geschäftsjahr 2012 wurden Wertaufholungen in Höhe von 38 Mio € (Vorjahr: 641 Mio € Wertberichtigungen (Impairments)) gebildet, um der wirtschaftlichen Entwicklung der Finanzinstrumente Rechnung zu tragen.

Die Postbank hat aufgrund einer geänderten Halteabsicht in den Geschäftsjahren 2008 und 2009 Wertpapiere aus der Bewertungskategorie Available for Sale in die Bewertungskategorie Loans and Receivables umgegliedert. Als neuer Buchwert wurde der Fair Value der Wertpapiere zum entsprechenden Umgliederungszeitpunkt angesetzt.

Zum 31. Dezember 2012 haben sämtliche nach IAS 39.50E umgegliederten Wertpapiere einen Fair Value von 15,4 Mrd € sowie einen Buchwert von 16,0 Mrd €.

Bis zu den genannten Umgliederungszeitpunkten beliefen sich die in der Neubewertungsrücklage erfassten Marktwertänderungen der umgegliederten Papiere auf 468 Mio € vor Steuern. Sofern die Postbank ihre Halteabsicht nicht geändert hätte, wäre die Neubewertungsrücklage bis zum 31. Dezember 2012 um weitere 573 Mio € (Vorjahr: 1.879 Mio €) belastet worden.

Der zum Zeitpunkt der Umwidmungen auf Basis der neuen Anschaffungskosten ermittelte Effektivzinssatz beträgt bei Nominalgewichtung der umgegliederten Wertpapiere 4,4 % (Bandbreite der Effektivzinssätze von 1,8 % bis 34,5 %), die geschätzten Zahlungsströme, welche die Postbank zum Zeitpunkt der Umgliederungen erwartete, belaufen sich auf 45,4 Mrd €. Bis zum 31. Dezember 2012 ergaben sich auf sämtliche umgegliederte Wertpapiere Impairments von 621 Mio € (Vorjahr: 621 Mio €) und Veräußerungsverluste aus umgegliederten Wertpapieren von 3 Mio € (Vorjahr: 9 Mio €).

Im Berichtsjahr sind für die umgegliederten Wertpapiere Zinserträge in Höhe von 486 Mio € (Vorjahr: 650 Mio €) angefallen.

(24) Immaterielle Vermögenswerte

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	1.631	1.642
Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	517	549
Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte, selbst erstellte Software	65	70
Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte und in der Entwicklung befindliche immaterielle Vermögenswerte	35	13
Gesamt	2.248	2.274

Die erworbenen Geschäfts- oder Firmenwerte entfallen mit 1.568 Mio € (Vorjahr: 1.568 Mio €) auf das Segment Retail Banking, mit 22 Mio € (Vorjahr: 33 Mio €) auf das Segment Firmenkunden und mit 41 Mio € (Vorjahr: 41 Mio €) auf das Segment Transaction Banking.

In der Position „Erworben Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte“ ist die Marke „BHW“ in Höhe von 319 Mio € enthalten. Die Marke „BHW“ ist dem Segment Retail Banking zugeordnet. Die aktivierten Werte für die Kundenbeziehungen betragen 70 Mio € (Vorjahr: 74 Mio €) und für die vorteilhaften Verträge 33 Mio € (Vorjahr: 39 Mio €).

Die Anschaffungswerte sowie die kumulierten Abschreibungen stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Erworben Geschäfts- oder Firmenwerte	Erworben Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	Selbst erstellte immaterielle Vermögens- werte, selbst erstellte Software	Geleistete Anzahlungen auf immate- rielle Vermö- genswerte und in der Entwick- lung befindliche immaterielle Vermögenswerte	Gesamt
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Anschaffungs- oder Herstellungskosten					
Anfangsbestand 01.01.2011	1.662	1.034	159	45	2.900
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–
Zugänge	–	17	9	12	38
Umbuchungen	–	3	16	–19	0
Abgänge	9	5	6	25	45
Endbestand 31.12.2011	1.653	1.049	178	13	2.893
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–
Zugänge	–	16	13	30	59
Umbuchungen	–	3	5	–8	0
Abgänge	–	19	2	–	21
Endbestand 31.12.2012	1.653	1.049	194	35	2.931

	Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	Selbst erstellte immaterielle Vermögens- werte, selbst erstellte Software	Geleistete Anzahlungen auf immate- rielle Vermö- genswerte und in der Entwick- lung befindliche immaterielle Vermögens- werte	Gesamt
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Abschreibungen					
Anfangsbestand 01.01.2011	11	445	82	23	561
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-
Abschreibungen	-	59	29	-	88
Zugänge	-	-	-	-	-
Umbuchungen	-	-	-	-	-
Abgänge	-	4	3	23	30
Endbestand 31.12.2011	11	500	108	0	619
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-
Abschreibungen	11	50	22	-	83
Zugänge	-	-	-	-	-
Umbuchungen	-	-	-	-	-
Abgänge	-	18	1	-	19
Endbestand 31.12.2012	22	532	129	0	683
Buchwert 31.12.2011	1.642	549	70	13	2.274
Buchwert 31.12.2012	1.631	517	65	35	2.248

Im Jahr 2012 wurden mit Einführung des Segments Non Core Operating Unit die Geschäfts- und Firmenwerte den Segmenten neu zugeordnet. Aufgrund des anschließend durchgeführten Impairment-Tests wurden Geschäfts- und Firmenwerte in Höhe von 11 Mio € abgeschrieben.

Die Buchwerte der immateriellen Vermögenswerte haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Buchwert 01.01.2012 Mio €	Zugänge Mio €	Abgänge Mio €	Umbu- chungen Mio €	Abschrei- bungen Mio €	Buchwert 31.12.2012 Mio €
Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	1.642	-	-	-	11	1.631
Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	549	16	1	3	50	517
Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte und Software	70	13	1	5	22	65
Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte und in der Entwicklung befindliche immaterielle Vermögenswerte	13	30	-	-8	-	35
Gesamt	2.274	59	2	0	83	2.248

Im Geschäftsjahr 2012 wurden gemäß IAS 23 auf qualifizierte Vermögenswerte (Software in der Entwicklung) Fremdkapitalkosten in Höhe von 0,4 Mio € (Vorjahr: 0,5 Mio €) aktiviert. Der zugrunde liegende Finanzierungssatz beträgt 2,48 %.

Zum 31. Dezember 2012 beträgt der Buchwert der geleisteten Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte 8 Mio € (Vorjahr: 4 Mio €), der Buchwert der in der Entwicklung befindlichen immateriellen Vermögenswerte beträgt 27 Mio € (Vorjahr: 9 Mio €).

(25) Sachanlagen

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Grundstücke und Gebäude	612	633
Betriebs- und Geschäftsausstattung	153	157
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	3	1
Gesamt	768	791

Die Anschaffungswerte sowie die kumulierten Abschreibungen stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Grund- stücke und Gebäude Mio €	Betriebs- und Ge- schäfts- ausstat- tung Mio €	Geleis- tete Anzah- lungen und Anlagen im Bau Mio €	Gesamt Mio €
Anschaffungs- oder Herstellungskosten				
Anfangsbestand 01.01.2011	1.080	449	2	1.531
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	-
Umgliederung wegen IFRS 5	-	1	-	1
Zugänge	6	50	2	58
Umbuchungen	1	-	-1	0
Abgänge	17	48	2	67
Endbestand 31.12.2011	1.070	452	1	1.523
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	-
Umgliederung wegen IFRS 5	-1	-1	-	-2
Zugänge	-	45	3	48
Umbuchungen	-	1	-1	0
Abgänge	46	50	0	96
Endbestand 31.12.2012	1.023	447	3	1.473

	Grund- stücke und Gebäude Mio €	Betriebs- und Ge- schäfts- ausstat- tung Mio €	Geleis- tete Anzah- lungen und Anlagen im Bau Mio €	Gesamt Mio €
Abschreibungen				
Anfangsbestand 01.01.2011	412	293	-	705
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	-
Abschreibungen	30	48	-	78
Zugänge/ Zuschreibungen	-	-	-	-
Umbuchungen	-	-	-	-
Abgänge	5	46	-	51
Endbestand 31.12.2011	437	295	-	732
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	-
Abschreibungen	15	46	-	61
Zugänge/ Zuschreibungen	-	-	-	-
Umbuchungen	-	-	-	-
Abgänge	41	47	-	88
Endbestand 31.12.2012	411	294	-	705
Buchwert 31.12.2011	633	157	1	791
Buchwert 31.12.2012	612	153	3	768

Die Buchwerte der Sachanlagen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Buchwert 01.01.2012	Umgliederungen wegen IFRS 5	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Zuschreibungen	Abschreibungen	Buchwert 31.12.2012
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Grundstücke und Gebäude	633	-1	-	5	0	-	15	612
Betriebs- und Geschäftsausstattung	157	-1	45	3	1	-	46	153
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1	-	3	-	-1	-	-	3
Gesamt	791	-2	48	8	0	-	61	768

Zum Bilanzstichtag bestehen Anlagen im Bau in Höhe von 1 Mio € (Vorjahr: 1 Mio €).

(26) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Die Anschaffungswerte sowie die kumulierten Abschreibungen der Investment Property stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Anschaffungswerte		Kumulierte Abschreibungen	
	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Investment Property	-	102	-	29

Die Buchwerte der Investment Property haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Buchwert 01.01.2012	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Abschreibungen	Buchwert 31.12.2012
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Investment Property	73	-	73	-	-	-

Die Investment Property stellen sich im Geschäftsjahr 2012 wie folgt dar:

	Mieteinnahmen	Direkte betriebliche Aufwendungen	Beschränkungen der Veräußerbarkeit	Eingang von Veräußerungserlösen	Vertragliche Verpflichtungen
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Investment Property	2	1	-	-	-

Im Geschäftsjahr 2011 stellten sich die Investment Property wie folgt dar:

	Miet- einnahmen Mio €	Direkte betriebliche Aufwen- dungen Mio €	Beschrän- kungen der Veräußer- barkeit Mio €	Eingang von Veräußerungs- erlösen Mio €	Vertragliche Verpflich- tungen Mio €
Investment Property	3	1	-	-	-

(27) Tatsächliche und latente Ertragsteueransprüche

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	113	206
Latente Ertragsteueransprüche		
Temporäre Differenzen	73	175
Steuerliche Verlustvorträge, davon	49	229
inländisch	49	64
ausländisch	0	165
	122	404
Gesamt	235	610

Latente Ertragsteueransprüche wurden im Zusammenhang mit temporären Unterschieden der folgenden Bilanzposten sowie noch nicht genutzten steuerlichen Verlusten gebildet:

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Aktivposten		
Forderungen	0	2
Risikovorsorge	3	116
Handelsaktiva	0	69
Finanzanlagen	18	206
Sachanlagen	8	13
Sonstige Aktiva	71	98
Passivposten		
Verbindlichkeiten	11	249
Handelsspassiva	444	655
Hedging-Derivate	121	369
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	59	67
Andere Rückstellungen	58	84
Sonstige Passiva	7	20
	800	1.948
Steuerliche Verlustvorträge	58	229
Saldierung mit passiven latenten Steuern	736	1.773
Gesamt	122	404

Zum 31. Dezember 2012 wurde auf temporäre Differenzen/steuerliche Verlustvorträge in Höhe von 102 Mio € kein latenter Steueranspruch angesetzt.

Für das Jahr 2012 wurden trotz Verlusten einer Konzerngesellschaft latente Steueransprüche, die die latenten Steuerverpflichtungen um 8 Mio € überstiegen, aktiviert. Die Werthaltigkeit wird damit begründet, dass zukünftig mit zu versteuernden Ergebnissen zu rechnen ist, die höher als die Ergebniseffekte der Umkehrung bestehender zu versteuernder temporärer Differenzen sind.

(28) Sonstige Aktiva

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 ¹ Mio €
Rechnungsabgrenzungsposten	489	454
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	106	91
Forderungen an Finanzbehörden	10	21
Vorschüsse an Mitarbeiter des mobilen Vertriebs	13	13
Übrige	101	68
Gesamt	719	647

Von den Rechnungsabgrenzungsposten entfallen 390 Mio € (Vorjahr: 378 Mio €) auf abgegrenzte Vermittlungsprovisionen und 26 Mio € (Vorjahr: 8 Mio €) auf Miet- und Leasingaufwendungen.

Unter dem Posten Übrige sind im Wesentlichen Steuererstattungsansprüche an die Deutsche Bank aus anrechenbaren Kapitalertragsteuern in Höhe von 51 Mio € (Vorjahr: 0 Mio €) sowie anrechenbaren Solidaritätszuschlägen in Höhe von 3 Mio € (Vorjahr: 0 Mio €) ausgewiesen.

Bestände in Höhe von 432 Mio € (Vorjahr: 180 Mio €) haben eine Laufzeit von mehr als 12 Monaten.

(29) Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte

PB (USA) Holdings, Inc.

Am 21. Dezember 2012 wurde ein Vertrag zur Veräußerung der PB (USA) Holdings, Inc.-Gruppe zwischen der Deutschen Postbank AG und der Deutschen Bank AG mit Wirkung zum 1. Januar 2013 geschlossen. Die Veräußerung erfolgte wie geplant am 1. Januar 2013.

Die Vermögenswerte der PB (USA) Holdings, Inc. setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2012 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	484
Forderungen an Kunden	3.131
Risikovorsorge	-44
Handelsaktiva	158
Hedging-Derivate	12
Finanzanlagen	3.158
Immaterielle Vermögenswerte	1
Sachanlagen	2
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	1
Latente Ertragsteueransprüche	126
Sonstige Aktiva	10
Gesamt	7.039

Die Forderungen an Kreditinstitute und die Forderungen an Kunden entfallen in voller Höhe auf die Kategorie Loans and Receivables. Der Kategorie Loans and Receivables steht ein beizulegender Zeitwert zum Stichtag 31. Dezember 2012 in Höhe von 484 Mio € bei den Forderungen an Kreditinstitute und in Höhe von 3.088 Mio € bei den Forderungen an Kunden gegenüber.

Der beizulegende Zeitwert der Finanzanlagen der Kategorie Loans and Receivables mit einem Buchwert von 3.098 Mio € beträgt 3.108 Mio €.

Von den finanziellen Vermögenswerten entfallen 42 Mio € auf Level 1 und 188 Mio € auf Level 2 (Fair-Value-Hierarchie nach IFRS 7).

Die Risikovorsorge wurde im Wesentlichen für gewerbliche Kredite gebildet und besteht aus Einzelwertberichtigungen in Höhe von 40 Mio € und Portfoliowertberichtigungen in Höhe von 4 Mio €.

Dem Bestand der Derivate des Handelsbestands in Höhe von von 4.156 Mio € Nominalvolumen sind Positive Marktwerte von 131 Mio € und Negative Marktwerte von 146 Mio € und dem Bestand der Hedging-Derivate in Höhe von 3.237 Mio € Nominalvolumen sind Positive Marktwerte von 12 Mio € und Negative Marktwerte von 350 Mio € zugeordnet.

Derivate des Handelsbestands und Hedging-Derivate entfallen jeweils im Wesentlichen auf Zinsswaps in Höhe von 3.892 Mio € und 2.366 Mio € (Nominalvolumen).

Zum 31. Dezember 2012 wurde auf temporäre Differenzen/steuerliche Verlustvorträge in Höhe von 228 Mio € kein latenter Steueranspruch angesetzt. Die nicht angesetzten latenten Steueransprüche enthalten steuerliche Verlustvorträge, welche voraussichtlich im Jahr 2028 verfallen werden.

Die Vermögenswerte der PB (USA) Holdings, Inc. sind zum 31. Dezember 2012 dem Segment Non Core Operating Unit zugeordnet.

Funding Vehicles

Am 21. Dezember 2012 wurde ein Vertrag zur Veräußerung des Stammkapitals der acht amerikanischen Tochtergesellschaften Deutsche Postbank Funding LLC I bis IV und Deutsche Postbank Funding Trust I bis IV zwischen der Deutschen Postbank AG und der Deutschen Bank AG mit Wirkung zum 1. Januar 2013 geschlossen. Die Veräußerung erfolgte wie geplant am 1. Januar 2013.

Im Konzernabschluss werden keine Vermögenswerte der Funding Vehicles ausgewiesen, da diese ausschließlich gegenüber Konzernunternehmen bestehen.

Sonstige Veräußerungen

Am 28. September 2012 wurde ein Vertrag zur Veräußerung der deutschen Tochtergesellschaft Postbank Support GmbH zwischen der Postbank Beteiligungen GmbH, einer 100%igen Tochtergesellschaft der Deutschen Postbank AG, und der Atos IT Solutions and Services GmbH geschlossen. Die Veräußerung erfolgte am 1. Januar 2013.

Die Vermögenswerte der Postbank Support GmbH beliefen sich zum 31. Dezember 2012 auf 72 T€ und wurden überwiegend dem Posten „Sonstige Aktiva“ zugeordnet. Die Vermögenswerte der Postbank Support GmbH sind zum 31. Dezember 2012 dem Segment Cost Center/Konsolidierung zugeordnet.

Structured Credit Products (SCP)

Im vierten Quartal 2012 hat die Postbank beschlossen, die bisherige Buy-and-Hold-Strategie für SCP-Bestände nicht mehr zu verfolgen.

Zum 31. Dezember 2012 wurden unter den Finanzanlagen Teile der SCP-Bestände ausgewiesen, die zum Abbau vorgesehen waren, für die jedoch die Kriterien für eine Einstufung als zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte gemäß IFRS 5 nicht vollständig erfüllt waren.

Im Jahr 2013 wurden bis zur Aufstellung des Konzernabschlusses am 19. Februar 2013 SCP-Bestände mit einem Buchwert in Höhe von 660 Mio € veräußert.

(30) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 ¹ Mio €
Inländische Kreditinstitute		
täglich fällig	1.396	634
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	15.459	17.185
	16.855	17.819
Ausländische Kreditinstitute		
täglich fällig	170	272
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	309	1.959
	479	2.231
Gesamt	17.334	20.050

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 567 Mio € (Vorjahr: 856 Mio €) Fair Value gehedgt.

Im Posten „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 10.039 Mio € (Vorjahr: 11.095 Mio €) fällig.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beinhalten festverzinsliche Verbindlichkeiten von 14,5 Mrd € (Vorjahr: 16,3 Mrd €) sowie variabel verzinsliche Verbindlichkeiten von 2,8 Mrd € (Vorjahr: 3,7 Mrd €).

Zum 31. Dezember 2012 bestanden Verbindlichkeiten aus echten Wertpapierpensionsgeschäften in Höhe von 4,4 Mrd € (Vorjahr: 1,1 Mrd €).

(31) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden setzen sich überwiegend aus Spareinlagen, täglich fälligen Geldern und Termineinlagen zusammen.

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 ¹ Mio €
Spareinlagen		
mit vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten	47.729	47.748
mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	144	154
	47.873	47.902
Bauspareinlagen	18.315	17.936
darunter: auf gekündigte Verträge	89	95
darunter: auf zugeteilte Verträge	4	6
Andere Verbindlichkeiten		
täglich fällig	40.808	36.674
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	24.736	31.615
	65.544	68.289
Gesamt	131.732	134.127
Inländische Kunden	127.041	126.263
Ausländische Kunden	4.691	7.864
Gesamt	131.732	134.127

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind 7.880 Mio € (Vorjahr: 6.375 Mio €) Fair Value gehedgt.

Im Posten „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 27.765 Mio € (Vorjahr: 33.677 Mio €) fällig.

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden entfallen auf festverzinsliche Verbindlichkeiten 46,0 Mrd € (Vorjahr: 50,7 Mrd €) sowie auf variabel verzinsliche Verbindlichkeiten 85,7 Mrd € (Vorjahr: 83,4 Mrd €).

(32) Verbriefte Verbindlichkeiten

Als Verbriefte Verbindlichkeiten werden Schuldverschreibungen einschließlich Hypothekendarlehen und öffentliche Pfandbriefe sowie Geldmarktpapiere (z. B. Certificates of Deposit, Euro-Notes, Commercial Paper) ausgewiesen.

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Öffentliche Pfandbriefe	1.623	1.773
Hypothekendarlehen	6.104	5.970
Sonstige Schuldverschreibungen	1.709	4.984
Gesamt	9.436	12.727

Von den Verbrieften Verbindlichkeiten sind 2.768 Mio € (Vorjahr: 2.973 Mio €) Fair Value gehedgt.

Im Posten „Verbriefte Verbindlichkeiten“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 7.271 Mio € (Vorjahr: 9.000 Mio €) fällig.

Die Verbrieften Verbindlichkeiten beinhalten festverzinsliche Verbindlichkeiten von 9,0 Mrd € (Vorjahr: 12,1 Mrd €) sowie variabel verzinsliche Verbindlichkeiten von 0,4 Mrd € (Vorjahr: 0,6 Mrd €).

Von den Verbrieften Verbindlichkeiten wurden zurückgekauft eigene Schuldverschreibungen in Höhe von 65 Mio € (Vorjahr: 122 Mio €) direkt abgesetzt.

(33) Handelspassiva

In den Handelspassiva werden die negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands und des Bankbuchs sowie Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen ausgewiesen.

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Negative Marktwerte der Handelsderivate	7.074	4.945
Negative Marktwerte aus Derivaten des Bankbuchs	2.583	2.317
Negative Marktwerte aus Derivaten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	1.563	1.329
Gesamt	11.220	8.591

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 9.466 Mio € (Vorjahr: 7.156 Mio €) fällig.

(34) Hedging-Derivate

Die Sicherungsgeschäfte mit negativem Marktwert, welche die Voraussetzung für das Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, gliedern sich wie folgt:

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Aktivposten		
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kreditinstitute		
Forderungen Loans and Receivables	16	17
	16	17
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kunden		
Forderungen Loans and Receivables	211	205
	211	205
Hedging-Derivate auf Finanzanlagen		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.320	1.512
	1.320	1.512
Passivposten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	–	–
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	–	–
Verbriefte Verbindlichkeiten	–	5
Nachrangkapital	53	78
	53	83
Gesamt	1.600	1.817

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 1.370 Mio € (Vorjahr: 1.650 Mio €) fällig.

(35) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen stellen sich wie folgt dar:

Abstimmung von Barwert der Verpflichtung, Zeitwert des Planvermögens und der Nettopensionsrückstellungen am 31. Dezember					
	2012 Mio €	2011 Mio €	2010 Mio €	2009 Mio €	2008 Mio €
Barwert der Verpflichtung der vollständig oder teilweise kapitalgedeckten Leistungen	921	794	766	728	660
Barwert der Verpflichtung der nicht kapitalgedeckten Leistungen	1.133	924	879	815	733
Barwert der Gesamtverpflichtung	2.054	1.718	1.645	1.543	1.393
Zeitwert des Planvermögens	-524	-487	-480	-470	-392
Nicht realisierte Gewinne (+)/Verluste (-)	-341	-70	-39	31	148
Nettopensionsrückstellungen	1.189	1.161	1.126	1.104	1.149

Entwicklung des Barwertes der Gesamtverpflichtung		
	2012 Mio €	2011 Mio €
Barwert der Gesamtverpflichtung am 1. Januar	1.718	1.645
Dienstzeitaufwand, ohne Arbeitnehmerbeiträge	28	26
Arbeitnehmerbeiträge	3	4
Zinsaufwand	83	81
Erbrachte Pensionsleistungen	-84	-80
Planabgeltungen	0	-4
Transfers	3	1
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+)	303	44
Währungseffekte	0	1
Barwert der Gesamtverpflichtung am 31. Dezember	2.054	1.718

Entwicklung des Planvermögens		
	2012 Mio €	2011 Mio €
Zeitwert des Planvermögens am 1. Januar	487	480
Arbeitgeberbeiträge	7	4
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	21	18
Gewinne (+)/Verluste (-) aus dem Planvermögen	26	11
Erbrachte Pensionsleistungen	-17	-22
Planabgeltungen	-	-4
Zeitwert des Planvermögens am 31. Dezember	524	487

Das Planvermögen besteht in erster Linie aus Pensionskassenverträgen (67 %, Vorjahr: 68 %), festverzinslichen Wertpapieren (25 %, Vorjahr: 25 %), anderen Vermögenswerten (6 %, Vorjahr: 4 %) und Aktien (2 %, Vorjahr: 3 %). Von den Vermögenswerten werden keine direkt von der Postbank Gruppe selbst genutzt.

Gewinne und Verluste

Gewinne und Verluste aus Planvermögen					
	2012 Mio €	2011 Mio €	2010 Mio €	2009 Mio €	2008 Mio €
Tatsächlicher Ertrag aus Planvermögen	47	29	23	27	10
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	21	18	20	17	16
Erfahrungsbedingte Gewinne (+)/Verluste (-) des Planvermögens	26	11	3	10	-6

Gewinne und Verluste aus Verpflichtungen					
	2012 Mio €	2011 Mio €	2010 Mio €	2009 Mio €	2008 Mio €
Erfahrungsbedingte Gewinne (+)/Verluste (-) aus Verpflichtungen	-4	10	-3	-20	0
Annahmenänderungsbedingte Gewinne (+)/Verluste (-) aus Verpflichtungen	-299	-54	-68	-98	53
Gesamte versicherungsmathematische Gewinne (+)/Verluste (-) aus Verpflichtungen	-303	-44	-71	-118	53

Entwicklung der Nettopensionsrückstellungen		
	2012 Mio €	2011 Mio €
Stand 1. Januar	1.161	1.126
Pensionsaufwand	96	92
Erbrachte Pensionsleistungen	-67	-58
Arbeitgeberbeiträge	-7	-4
Arbeitnehmerbeiträge	3	4
Transfers	3	1
Stand 31. Dezember	1.189	1.161

In Bezug auf die Nettopensionsrückstellungen werden im Jahr 2013 Zahlungen in Höhe von 65 Mio € erwartet, die auf direkt erwartete Rentenzahlungen des Unternehmens entfallen. Weiterhin werden Arbeitgeberbeiträge in Höhe von 3 Mio € erwartet.

Pensionsaufwand		
	2012 Mio €	2011 Mio €
Dienstzeitaufwand	28	26
Zinsaufwand	83	81
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	-21	-18
Amortisation noch nicht realisierter Gewinne (-)/Verluste (+)	6	3
Pensionsaufwand	96	92

Versicherungsmathematische Gewinne bzw. Verluste werden gemäß IAS 19.92 nur insoweit erfasst, wie sie 10 % des Maximums von Verpflichtungsumfang und Planvermögen übersteigen. Der übersteigende Betrag wird über die Restdienstzeit der Aktiven verteilt und erfolgswirksam erfasst. Im Jahr 2012 wurden 6 Mio € Verlust (Vorjahr: 3 Mio € Verlust) erfolgswirksam erfasst.

(36) Sonstige Rückstellungen

Die Sonstigen Rückstellungen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Stand 01.01.2012 Mio €	Verbrauch Mio €	Auflösung Mio €	Zuführung Mio €	Umglie- derung wegen IFRS 5 Mio €	Stand 31.12.2012 Mio €
Rückstellungen im Bauspargeschäft	892	130	3	173	-	932
Personalbezogene Rückstellungen	251	84	20	87	-	234
Rückstellungen für das Kreditgeschäft	40	4	10	17	-	43
Risikoausgleichsbeträge der Postbeamten-Krankenkasse	2	-	-	-	-	2
Übrige	211	93	33	162	-7	240
Gesamt	1.396	311	66	439	-7	1.451

Nach mehr als 12 Monaten sind 1.060 Mio € (Vorjahr: 1.018 Mio €) der gebildeten Rückstellungen fällig.

Die Rückstellungen im Bauspargeschäft haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Stand 01.01.2012 Mio €	Verbrauch Mio €	Auflösung Mio €	Zuführung Mio €	Stand 31.12.2012 Mio €
Rückstellungen im Bauspargeschäft					
für Zinsboni	713	105	–	130	738
für Erstattungsansprüche Abschlussgebühren	77	11	–	10	76
für Zinssatzwechsel	92	13	–	21	100
Übrige	10	1	3	12	18
Gesamt	892	130	3	173	932

Die übrigen Rückstellungen beinhalten Rückstellungen für Prozesskosten in Höhe von 69 Mio € (Vorjahr: 32 Mio €), für Jahresabschlusskosten in Höhe von 8 Mio € (Vorjahr: 4 Mio €) sowie Jubiläumsrückstellungen in Höhe von 5 Mio € (Vorjahr: 7 Mio €).

(37) Tatsächliche und latente Ertragsteuerverpflichtungen

	Stand 01.01.2012 ¹ Mio €	Verbrauch Mio €	Auflösung Mio €	Zuführung Mio €	Umglie- derung wegen IFRS 5 Mio €	Stand 31.12.2012 Mio €
Tatsächliche Steuern	129	71	2	92	–33	115
Latente Steuern	153	–	92	76	–	137
Gesamt	282	71	94	168	–33	252

Die Rückstellungen für tatsächliche Steuern betreffen gegenwärtige Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Finanzverwaltungen.

Die latenten Steuerverpflichtungen stehen in Zusammenhang mit folgenden Bilanzposten:

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 ¹ Mio €
Aktivposten		
Forderungen	340	344
Risikovorsorge	9	7
Handelsaktiva	212	188
Hedging-Derivate	2	219
Finanzanlagen	110	783
Sachanlagen	7	9
Sonstige Aktiva	135	266
Passivposten		
Verbindlichkeiten	24	26
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	0	13
Andere Rückstellungen	31	48
Sonstige Passiva	3	23
	873	1.926
Saldierung mit aktiven latenten Steuern	736	1.773
Gesamt	137	153

(38) Sonstige Passiva

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	168	143
Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern	167	168
Verbindlichkeiten aus ausstehenden Rechnungen	93	65
Verbindlichkeiten aus ausstehenden Urlaubs- und Freizeitanträgen	44	41
Verbindlichkeiten aus Tantiemen	47	62
Verbindlichkeiten aus Provisionen und Prämien	32	44
Rechnungsabgrenzungsposten	36	33
Sonstige Verbindlichkeiten	134	133
Gesamt	721	689

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 50 Mio € (Vorjahr: 58 Mio €) fällig.

(39) Nachrangkapital

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Nachrangige Verbindlichkeiten	1.978	2.281
Hybride Kapitalinstrumente	–	1.939
Genussrechtskapital	1.196	1.196
Vermögenseinlagen typischer stiller Gesellschafter	22	22
Gesamt	3.196	5.438

Die Hybriden Kapitalinstrumente werden im Berichtsjahr unter dem Posten „Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten“ ausgewiesen (Note 40).

133

Die im Nachrangkapital ausgewiesenen Posten sowie die Hybriden Kapitalinstrumente stellen aufgrund der derzeitigen Restlaufzeitenstruktur nur in Höhe von 2.673 Mio € (Vorjahr: 2.982 Mio €) haftende Eigenmittel gemäß der Baseler Eigenkapitalvereinbarung dar.

Im Posten „Nachrangkapital“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 2.796 Mio € (Vorjahr: 5.064 Mio €) fällig.

Der Zinsaufwand für Nachrangige Verbindlichkeiten beträgt 89 Mio € (Vorjahr: 113 Mio €). Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 36 Mio € (Vorjahr: 44 Mio €) werden im Nachrangkapital bei den Nachrangigen Verbindlichkeiten bilanziert.

Unter den Hybriden Kapitalinstrumenten wurden im Vorjahr vier Emissionen in Form von Trust Preferred Securities ausgewiesen, die durch für diesen Zweck bestehende Tochtergesellschaften begeben wurden. Die Trust Preferred Securities der Deutsche Postbank Funding Trust I bis IV haben eine unbegrenzte Laufzeit und wurden bis zur Entkonsolidierung der Deutsche Postbank Funding Trust I bis IV zum 1. Januar 2013 aufsichtsrechtlich als Kernkapital angerechnet.

Die Emissionsbedingungen bleiben von dem am 1. Januar 2013 erfolgten Verkauf der Stammanteile unberührt. Die im Rahmen dieser Emissionen begebenen anfänglichen Schuldverschreibungen der Deutschen Postbank AG stellen künftig nachrangige Verbindlichkeiten im Konzern dar.

Die Genussscheininhaber erhalten eine dem Gewinnanteil der Aktionäre vorgehende jährliche gewinnabhängige Ausschüttung; der Ausschüttungsanspruch mindert sich, wenn und soweit ein ausschüttungsfähiger Gewinn nicht vorhanden ist.

Der Zinsaufwand für das Genussrechtskapital für das Jahr 2012 beträgt insgesamt 57 Mio € (Vorjahr: 58 Mio €). Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 46 Mio € (Vorjahr: 45 Mio €) werden dem Posten Genussrechtskapital direkt zugeordnet.

Die Vermögenseinlage typisch stiller Gesellschafter stellt aufgrund ihrer vertraglichen Ausgestaltung und ihres wirtschaftlichen Charakters Fremdkapital dar und wird gemäß IAS 32 im Nachrangkapital ausgewiesen.

Das Nachrangkapital ist mit insgesamt 342 Mio € (Vorjahr: 2.381 Mio €) gegen Änderungen des Fair Value abgesichert; davon entfallen 342 Mio € (Vorjahr: 442 Mio €) auf nachrangige Verbindlichkeiten und 0 Mio € (Vorjahr: 1.939 Mio €) auf Hybride Kapitalinstrumente.

Das Nachrangkapital ist mit 0,7 Mrd € (Vorjahr: 2,9 Mrd €) festverzinslich sowie mit 2,5 Mrd € (Vorjahr: 2,5 Mrd €) variabel verzinslich.

(40) Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten

PB (USA) Holdings, Inc.	31.12.2012 Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.196
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.460
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.250
Handelspassiva	146
Hedging-Derivate	350
Rückstellungen	7
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	33
Sonstige Passiva	8
Gesamt	7.450

Die zugehörigen beizulegenden Zeitwerte der zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Verbindlichkeiten beziehen sich zum Stichtag 31. Dezember 2012 in Höhe von 4.197 Mio € auf die Position „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ und in Höhe von 1.459 Mio € auf Verbindlichkeiten gegenüber Kunden. Verbrieften Verbindlichkeiten steht insgesamt ein beizulegender Zeitwert in Höhe von 1.250 Mio € gegenüber.

Von den finanziellen Verbindlichkeiten entfallen 4 Mio € auf Level 1 und 491 Mio € auf Level 2 (Fair-Value-Hierarchie nach IFRS 7).

126

Zu den negativen Marktwerten der Derivate des Handelsstands und der Hedging-Derivate verweisen wir auf Note 29.

Der Barwert der Pensionsverpflichtungen zum 31. Dezember 2012 betrug 25,3 Mio € und ist vollständig durch Planvermögen abgedeckt.

Bei den tatsächlichen Ertragsteuerverpflichtungen handelt es sich um die Steuerverpflichtungen für das Jahr 2012.

Die Verbindlichkeiten der PB (USA) Holdings, Inc. sind zum 31. Dezember 2012 dem Segment Non Core Operating Unit zugeordnet.

Funding Vehicles

Verbindlichkeiten der Deutsche Postbank Funding LLC I bis IV bestehen nur gegenüber Konzernunternehmen, sodass diese im Abschluss nicht ausgewiesen werden. Die Verbindlichkeiten der Deutsche Postbank Funding Trusts I bis IV aus den begebenen Emissionen wurden bisher als Hybride Kapitalinstrumente unter Nachrangkapital in Höhe von 1.932 Mio € ausgewiesen.

Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen für Hybride Kapitalinstrumente betragen 19 Mio € (Vorjahr: 23 Mio €).

Weitere Erläuterungen zu den durch die Funding Vehicles begebenen Emissionen enthält die Note 39 „Nachrangkapital“.

132

Die Verbindlichkeiten der Postbank Funding Trusts I bis IV sind zum 31. Dezember 2012 dem Segment Financial Markets zugeordnet.

Sonstige Veräußerungen

Die Verbindlichkeiten der Postbank Support GmbH in Höhe von 418 T€ entfallen im Wesentlichen auf die Posten „Andere Rückstellungen“ und „Sonstige Passiva“.

Die Verbindlichkeiten der Postbank Support GmbH sind zum 31. Dezember 2012 dem Segment Cost Center/Konsolidierung zugeordnet.

(41) Eigenkapital

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 ¹ Mio €
Gezeichnetes Kapital	547	547
Kapitalrücklage	2.010	2.010
Gewinnrücklagen	3.535	3.424
Währungsumrechnungsrücklage	-138	-133
Neubewertungsrücklage	72	-306
	3.469	2.985
Bilanzgewinn	279	111
Anteile im Fremdbesitz	4	4
Gesamt	6.309	5.657

Das gezeichnete Kapital der Postbank (547 Mio €) ist in 218.800.000 Stück nennwertlose Namensaktien eingeteilt.

In der Kapitalrücklage werden Agiobeträge aus der Ausgabe von Aktien ausgewiesen.

In den Gewinnrücklagen werden grundsätzlich nicht ausgeschüttete Gewinne aus Vorjahren erfasst.

Die Währungsumrechnungsrücklage enthält das im Rahmen der Kapitalkonsolidierung entstandene Umrechnungsergebnis aus der Konsolidierung der in Fremdwährung bilanzierenden Tochterunternehmen. Zum 31. Dezember 2012 entfällt die Währungsumrechnungsrücklage in voller Höhe auf die zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerte.

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

In der Neubewertungsrücklage werden die Ergebnisse aus der Bewertung der Finanzanlagen zum beizulegenden Zeitwert nach Berücksichtigung latenter Steuern ausgewiesen. Die erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt erst nach Veräußerung oder Wertminderung des Vermögenswertes. Von der Neubewertungsrücklage entfallen 15 Mio € auf die entsprechenden zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerte.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 22. April 2009 wurde der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 21. April 2014 durch Ausgabe neuer auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen (einschließlich sogenannter gemischter Sacheinlagen) ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 273,5 Mio € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital).

Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten einer Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzulegen.

Die Hauptversammlung hat am 29. April 2010 die bedingte Erhöhung des Grundkapitals um bis zu 273,5 Mio € durch Ausgabe von bis zu 109,4 Millionen neuen auf den Namen lautenden Stückaktien beschlossen (Bedingtes Kapital). Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von auf den Namen lautenden Stückaktien an die Inhaber bzw. Gläubiger von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen, Gewinnschuldverschreibungen und/oder Genussrechten (bzw. Kombinationen dieser Instrumente), die aufgrund der von der Hauptversammlung vom 29. April 2010 beschlossenen Ermächtigung von der Gesellschaft oder von ihr abhängigen oder im Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehenden Unternehmen bis zum 28. April 2015 begeben oder garantiert werden und ein Wandlungs- bzw. Optionsrecht auf neue auf den Namen lautende Stückaktien der Gesellschaft gewähren bzw. eine Wandlungspflicht bestimmen.

Des Weiteren wurde in der Hauptversammlung der Postbank vom 29. April 2010 der Vorstand ermächtigt, eigene Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG bis zu 5 % des jeweiligen Grundkapitals bzw. für andere Zwecke nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG bis zu insgesamt 10 % des Grundkapitals zu erwerben. Entsprechend der gesetzlichen Regelung, dürfen die insgesamt gehaltenen eigenen Aktien nicht mehr als 10 % des Grundkapitals betragen. Die Ermächtigungen wurden mit Ablauf der Hauptversammlung wirksam und gelten bis zum 28. April 2015.

Die in der Neubewertungsrücklage ausgewiesenen erfolgsneutralen Bewertungsergebnisse von Finanzinstrumenten der Bewertungskategorie Available for Sale haben sich wie folgt entwickelt:

Finanzinstrumente Available for Sale		
	2012 Mio €	2011 Mio €
Stand 1. Januar	-306	-273
Bewertungsänderungen	409	-51
Available for Sale gehedgt (bonitätsinduzierter Teil)	114	52
Available for Sale nicht gehedgt	295	-103
Bestandsänderungen	107	16
Impairment	4	19
davon Available for Sale	4	18
davon Loans and Receivables	0	1
Verkauf/Hedge-Auflösung	95	-30
davon Available for Sale	84	-23
davon Loans and Receivables	11	-7
Amortisationseffekt im Zinsüberschuss	8	27
davon Available for Sale	-6	-2
davon Loans and Receivables	14	29
Erfolgsneutral gebildete Ertragsteuern	-138	2
Stand 31. Dezember	72	-306

Aus den Abgängen und Impairments von Finanzinstrumenten Available for Sale und umgewidmeten Finanzinstrumenten Available for Sale auf Loans and Receivables wurden der Neubewertungsrücklage im Geschäftsjahr 99 Mio € erfolgswirksam entnommen (Vorjahr: -11 Mio €). Durch den Amortisationseffekt dieser Finanzinstrumente wurden im Geschäftsjahr 8 Mio € aus der Neubewertungsrücklage erfolgswirksam aufgelöst (Vorjahr: 27 Mio €). Des Weiteren erhöhte sich die Neubewertungsrücklage um 409 Mio € (Vorjahr: Reduzierung 51 Mio €) aufgrund der Bewertung von Finanzinstrumenten Available for Sale. Die erfolgsneutral gebildeten Ertragsteuern veränderten sich in diesem Geschäftsjahr um -138 Mio € (Vorjahr: 2 Mio €) auf einen Endbestand von 4 Mio € (Vorjahr: 142 Mio €).

SONSTIGE ANGABEN**(42) Segmentberichterstattung****Segmentberichterstattung nach Geschäftsfeldern**

	Retail Banking ¹		Firmenkunden ¹		Transaction Banking ¹		Financial Markets ¹		Non Core Operating Unit		Cost Center/Konsolidierung ¹		Konzern	
	2012 Mio €	2011 Mio €	2012 Mio €	2011 Mio €	2012 Mio €	2011 Mio €	2012 Mio €	2011 Mio €	2012 Mio €	2011 Mio €	2012 Mio €	2011 Mio €	2012 Mio €	2011 Mio €
Zinsüberschuss	2.461	2.428	390	442	1	2	-44	92	-109	-59	4	5	2.703	2.910
Handelsergebnis	-29	-9	-	-	-	-	-4	17	-66	62	-4	-6	-103	64
Finanzanlageergebnis	0	-1	-3	-	-	-	70	67	-98	-679	16	59	-15	-554
Provisionsüberschuss	981	1.032	89	93	294	327	-3	1	10	3	-217	-204	1.154	1.252
Gesamterträge	3.413	3.450	476	535	295	329	19	177	-263	-673	-201	-146	3.739	3.672
Verwaltungsaufwand	-2.108	-2.204	-129	-129	-277	-295	-79	-103	-111	-104	-295	-369	-2.999	-3.204
Risikovorsorge	-242	-291	-48	-68	-	-	5	-3	-99	-21	-	-	-384	-383
Sonstige Erträge/Aufwendungen	1	14	8	11	11	14	0	2	30	-10	-20	-38	30	-7
Ergebnis	1.064	969	307	349	29	48	-55	73	-443	-808	-516	-553	386	78
Externe Erträge	3.395	3.408	474	532	120	167	17	175	-263	-673	-4	63	3.739	3.672
Intersegmenterträge	18	42	2	3	175	162	2	2	0	0	-197	-209	0	0
Wertminderungen	-30	-30	-1	-1	-4	-6	-1	-2	-12	-1	-96	-126	-144	-166
Wertaufholungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Planmäßige Abschreibungen	-30	-30	-1	-1	-4	-6	-1	-2	-1	-1	-96	-108	-133	-148
Cost Income Ratio (CIR)	61,8 %	63,9 %	27,1 %	24,1 %	93,9 %	89,7 %	415,8 %	58,2 %	-42,2 %	-15,5 %	-	-	80,2 %	87,3 %
Eigenkapital-Rendite vor Steuern (RoE)	42,8 %	41,1 %	43,3 %	51,9 %	-	-	-4,0 %	5,6 %	-32,3 %	-62,0 %	-	-	6,4 %	1,3 %

Der Postbank Konzern steuert seine Aktivitäten auf der Grundlage eines Management-Information-Systems, dessen zentraler Bestandteil die betriebswirtschaftliche Rechnung nach Geschäftsfeldern ist. Die Geschäftsfelder entsprechen der Organisationsstruktur des Konzerns.

Die Postbank hat sich im zweiten Halbjahr 2012 in einigen Segmenten neu ausgerichtet. Dabei wurden Portfolios und Aktivitäten identifiziert, die aktuell nicht zum Kern der zukünftigen strategischen Ausrichtung gehören. Zur besseren Steuerbarkeit wurden sie aus den ursprünglichen Segmenten herausgelöst und mit Wirkung zum 1. Dezember 2012 in das neue Segment Non Core Operating Unit (im Folgenden NCOU) überführt. Die vorgenommenen Änderungen sind den Segmentbeschreibungen zu entnehmen. Die Vergleichswerte des Vorjahres wurden entsprechend angepasst.

Im Geschäftsfeld Retail Banking bietet die Postbank Privat- und Geschäftskunden ein breites Spektrum von Bank- und Finanzdienstleistungen an. Die Produktpalette umfasst

das Giro- und das Spargeschäft, Kredit- und Debitkarten, Baufinanzierungen, Ratenkredite, das Bauspargeschäft, das Wertpapier- und Depotgeschäft sowie Investmentfonds. Außerdem werden die Erträge aus dem Vermittlungsgeschäft in diesem Segment erfasst.

Das Ergebnis des Segments setzt sich aus den operativen Ergebnissen des Retail Banking der Deutschen Postbank AG, des inländischen Retail-Geschäfts der BHW Bausparkasse AG sowie weiterer Tochtergesellschaften der BHW Holding AG, der Postbank Filialvertrieb AG, der Postbank Filial GmbH, der Postbank Direkt GmbH und der P.O.S. Transact GmbH zusammen. Darüber hinaus wird das Ergebnis der Kaufpreisallokation aus dem Erwerb des BHW dem Segment Retail Banking zugeordnet.

Im Geschäftsfeld Firmenkunden erbringt die Postbank Dienstleistungen rund um den Zahlungsverkehr. Die gewerbliche Finanzierung – insbesondere von Immobilien – stellt national wie international eine zweite wesentliche Säule des Firmenkundengeschäfts dar. Den dritten Bereich dieses Geschäftsfelds bilden Factoring und Leasing.

Das Ergebnis des Segments setzt sich zusammen aus den Ergebnissen der PB Firmenkunden AG, der Postbank Leasing GmbH, der PB Factoring GmbH, des Firmenkundengeschäfts der Deutschen Postbank AG und Teilen der Ergebnisse der Deutschen Postbank International S.A., jeweils ohne ausgewählte Einzelengagements, sowie aus Teilen der internationalen gewerblichen Immobilienfinanzierungen.

Das Geschäftsfeld Transaction Banking bietet konzernintern sowie für andere Banken organisatorische und technische Abwicklungs- und Bearbeitungsleistungen im Bereich des inländischen und des grenzüberschreitenden Zahlungsverkehrs an. Das Ergebnis setzt sich zusammen aus den Ergebnissen der Betriebs-Center für Banken AG und der VÖB-ZVD Processing GmbH.

Dem Geschäftsfeld Financial Markets zugeordnet sind die Ergebnisse aus den Financial-Markets-Geschäften des Konzerns (Bank- und Handelsbücher) sowie aus der Fondsverwaltung und dem Fondsmanagement sowohl für verschiedene Publikumsfonds der Postbank als auch für Spezialfonds.

Das Ergebnis des Segments setzt sich zusammen aus den jeweiligen Bank- und Handelsbüchern der Deutschen Postbank AG, der BHW Bausparkasse AG und den Ergebnissen der Töchter Deutsche Postbank International S.A. (ohne Firmenkundengeschäft), Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Luxemburg, und Deutsche Postbank Financial Services GmbH. Im Berichtsjahr wurde die Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Luxemburg, veräußert, und die Deutsche Postbank Financial Services GmbH wurde auf die Deutsche Postbank AG verschmolzen.

Das zum 1. Dezember 2012 etablierte Segment NCOU beinhaltet Portfolios und Aktivitäten, die in der aktuellen Ausrichtung der Bank nicht mehr zum Kerngeschäft gehören. Ziele des Segments sind neben der Erhöhung der Transparenz insbesondere der weitere Abbau von Risiken und die Reduzierung von Risikoaktiva.

Das Ergebnis des Segments beinhaltet das strukturierte Kreditportfolio (SCP), Finanzanlagen mit Emittenten aus GIIPS-Staaten, Teile der internationalen gewerblichen Immobilienfinanzierungen sowie ausgewählte Firmenkundenkredite, bestimmte Auslandsaktivitäten im Retail-Geschäft sowie ausgewählte, nicht mehr aktiv vertriebene Retail-Produkte. Darüber hinaus sind dem Segment bestimmte besicherte und unbesicherte Emissionen sowie ausgewählte Ergebnisse aus Repo-/Reverse-Repo-Geschäften zugeordnet.

Das Segment Cost Center/Konsolidierung enthält neben den Konzernkonsolidierungen – ohne die innerhalb der Segmente vorgenommenen Konsolidierungen – auch die Ergebnisse der Cost Center und deren nicht verrechnete Overhead-Kosten. Das Segment beinhaltet außerdem die Ergebnisse der den Cost Centern zugeordneten Töchter Postbank Systems AG, Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH und Postbank Support GmbH. Ferner ist die Überleitung zum Konzernergebnis Bestandteil des Segments.

Neben den Ergebnissen der Gewinn- und Verlustrechnung der den Geschäftsfeldern zugeordneten Unternehmenseinheiten werden kalkulatorische Verfahren zur verursachungsgerechten Ermittlung der Segmentergebnisse verwendet. Gemäß IFRS 8.23 weisen wir den Zinsüberschuss (Nettozins-ertrag) statt der Zinserträge und Zinsaufwendungen aus. Die Allokation des Zinsüberschusses der Kundenprodukte auf die Segmente folgt der Marktzinsmethode, nach der dem Kundenzins kalkulatorisch ein fristenkongruenter Geld- und Kapitalmarktzins gegenübergestellt wird. Der Verwaltungsaufwand der in den Segmentergebnissen berücksichtigten Einheiten der Deutschen Postbank AG basiert im Wesentlichen auf den Ergebnissen der Kostenstellenrechnung. Ertragsteuern werden nicht auf Segmentebene ermittelt.

Wertaufholungen und Wertminderungen beziehen sich auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen. Es werden sowohl planmäßige als auch außerplanmäßige Wertveränderungen berücksichtigt.

Die Zuordnung des Eigenkapitals zu den Segmenten richtet sich nach deren Risikokapitalbedarf. Der Risikokapitalbedarf wird abgeleitet aus der Risikodeckungsmasse der Postbank und legt fest, in welcher Höhe Marktrisiken, Kreditrisiken, Operationelle Risiken, Geschäftsrisiken, Beteiligungs- und Immobilienrisiken sowie Kollektivrisiken eingegangen werden dürfen. Entsprechend der Segmentverantwortung für die Risikokapitalpositionen innerhalb der einzelnen Risikoarten, erfolgt die Zuordnung des durchschnittlichen IFRS-Eigenkapitals zu den Segmenten.

Da es sich bei der Abwicklung von Zahlungsverkehrstransaktionen nicht um Bankgeschäft im klassischen Sinne handelt, weisen wir im Geschäftsfeld Transaction Banking keine Eigenkapitalrentabilität aus.

Im Rahmen der oben beschriebenen Änderung der Geschäftsfeldrechnung wurden die Vorjahreswerte entsprechend angepasst. Im Folgenden werden die wesentlichen Änderungen des Jahres 2011 beschrieben.

Im Segment Retail Banking verringerten sich die Erträge um 29 Mio €. Begründet ist dies u. a. durch die Herauslösung von Ergebnisbeiträgen aus nicht mehr aktiv vertriebenen Produkten und bestimmten Auslandsgeschäften und die Zuordnung dieser zum Segment NCOU. Infolgedessen ging die Risikovorsorge um 4 Mio € zurück. Der Verwaltungsaufwand reduzierte sich aus diesem Sachverhalt ebenso um 55 Mio €. Das sonstige Ergebnis reduzierte sich um 1 Mio €. Insgesamt erhöhte sich das Segmentergebnis vor Steuern um 29 Mio €.

Im Segment Firmenkunden wirkt sich die Zuordnung von Teilen der internationalen gewerblichen Immobilienfinanzierungen und von ausgewählten Firmenkundenkrediten zum Segment NCOU aus. Aus diesem Sachverhalt resultierte ein Rückgang der Erträge um 138 Mio €, der Risikovorsorge um 17 Mio €, des Verwaltungsaufwands um 23 Mio € und des Sonstigen Ergebnisses um 1 Mio €. Das Segmentergebnis vor Steuern ging somit um 99 Mio € zurück.

Im Segment Financial Markets verbesserten sich die Erträge um 834 Mio € wegen der Zuordnung des SCP-Portfolios, von bestimmten besicherten und unbesicherten Emissionen, von bestimmten Wertpapieren aus ausgewählten Ländern (GIIPS) und von bestimmten Repo-/Reverse-Repo-Geschäften

zum Segment NCOU. Dieser Sachverhalt führte weiterhin zu einer Reduzierung des Verwaltungsaufwands in Höhe von 29 Mio €. Das Sonstige Ergebnis verbesserte sich um 5 Mio €. In Summe erhöhte sich das Ergebnis vor Steuern in diesem Segment um 868 Mio €.

Im Segment Cost Center/Konsolidierung veränderte sich das Ergebnis wegen der Zuordnung von nicht mehr vertriebenen Produkten zum Segment NCOU um 10 Mio €.

Durch die Verlagerung der Portfolios zur NCOU haben sich entsprechende Risikolimits verändert. Daraus resultiert eine Anpassung des durchschnittlich zugeordneten IFRS-Eigenkapitals auf die Segmente. Die Vorjahreswerte wurden entsprechend angepasst.

Angaben auf Unternehmensebene

Die nachstehende Tabelle enthält Informationen zu Erträgen je Produkt bzw. Dienstleistung.

	2012 Mio €	2011 ¹ Mio €
Einlagen und Kredite Retail- und Firmenkunden	2.962	2.923
Zahlungsverkehr Retail- und Firmenkunden	388	361
Provisionsgeschäft Retail- und Firmenkunden	536	572
Transaction Banking Insourcing	97	167
Übriges	-244	-351
Summe Erträge	3.739	3.672

Die Summe der Erträge setzt sich zusammen aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und Ergebnis aus Finanzanlagen des Postbank Konzerns. Die dem Segment Firmenkunden zugeordneten Tochterunternehmen sind mit ihrem Zins- und Provisionsergebnis der Position „Einlagen und Kredite Retail- und Firmenkunden“ zugerechnet. Die Position „Übriges“ enthält u. a. das Handels- und das Finanzanlageergebnis des Konzerns und somit auch die wesentlichen Belastungen aus der Kapitalmarktkrise. Die Erträge des Segments NCOU werden unter Übriges ausgewiesen.

Durch die Zuordnung der beschriebenen Portfolios und Aktivitäten zum Segment NCOU hat sich der Vorjahreswert in der Position „Einlagen und Kredite Retail- und Firmenkunden“ um 166 Mio € reduziert, während er sich im gleichen Umfang in der Position „Übriges“ erhöht hat.

Die Ermittlung der Ergebnisse der geografischen Regionen erfolgt über die Ergebnisse der Gewinn- und Verlustrechnung der den Regionen zuzuordnenden Legaleinheiten und Niederlassungen.

Die Region Übrige enthält die Einheiten der Regionen Europa, USA (PB Capital) und Asien (Postbank Home Finance). Die Niederlassung London, die Luxemburger Einheiten Deutsche Postbank International S.A., Deutsche Postbank Vermögensmanagement S.A., Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH und DPBI Immobilien KGaA sowie die BHW Niederlassungen in Italien, Luxemburg und Belgien sind Bestandteil der Region Europa.

Deutschland enthält alle inländischen Geschäftseinheiten inklusive aller Konsolidierungssachverhalte.

	Erträge		Ergebnis vor Steuern		Langfristige Vermögenswerte	
	2012 Mio €	2011 Mio €	2012 Mio €	2011 Mio €	2012 Mio €	2011 ¹ Mio €
Deutschland	3.330	3.382	97	-121	2.994	3.114
Übrige	409	290	289	199	22	24
Europa	270	170	132	103	20	21
USA	139	114	157	92	2	3
Asien	0	6	0	4	0	0
Gesamt	3.739	3.672	386	78	3.016	3.138

Langfristige Vermögenswerte beinhalten immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen und als Finanzinvestition gehaltene Immobilien. Aufgrund geänderter Zuordnungskriterien der langfristigen Vermögenswerte wurden die Angaben für das Vorjahr angepasst.

(43) Eventual- und andere Verpflichtungen

Eventualverpflichtungen beruhen auf vergangenen Ereignissen, die in der Zukunft zu möglichen Verpflichtungen führen. Diese Verpflichtungen entstehen durch den Eintritt ungewisser zukünftiger Ereignisse, deren Erfüllungsbetrag nicht mit hinreichender Zuverlässigkeit geschätzt werden kann.

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Eventualverpflichtungen		
Aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	415	827
Andere Verpflichtungen		
Unwiderrufliche Kreditzusagen	7.441	8.002
davon bereitgestellte Baudarlehen	2.748	2.375
Sonstige Verpflichtungen	12.325	12.075
Gesamt	20.181	20.904

Die Sonstigen Verpflichtungen betreffen Kreditlinien, die durch die Postbank jederzeit gekündigt werden können. Die Eventual- und anderen Verpflichtungen wurden um die gebildete Risikovorsorge gekürzt.

(44) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten Fair-Value-Hierarchie

Während die Bewertung von Finanzinstrumenten nach IAS 39 vorgenommen wird, ordnet die Postbank die zum

Fair Value bewerteten Finanzinstrumente der dreistufigen Fair-Value-Hierarchie gemäß IFRS 7 wie folgt zu:

Level 1:

Für die nach Level 1 kategorisierten Bestände liegen quotierte Preise in Märkten für den identischen Vermögenswert oder die identische Verpflichtung vor. Das heißt, bei der Fair-Value-Bewertung des Levels 1 werden ausschließlich am aktiven Markt notierte Preise des identischen Finanzinstruments zur Bewertung herangezogen. Unter Level 1 werden somit vor allem hochliquide Wertpapiere und börsengehandelte Derivate dargestellt.

Level 2:

Bei der Bewertung nach Level 2 werden die Fair Values entweder mithilfe von in aktiven Märkten für ähnliche Instrumente notierten Preisen oder mit Bewertungsmethoden, deren Inputparameter nur auf direkt oder indirekt beobachtbaren Marktdaten beruhen, bestimmt. Hierunter fallen u. a. nicht börsengehandelte Derivate (z. B. Swaps, Caps, Floors, CDS) sowie Anleihen und Schuldscheindarlehen, deren Bewertung auf Basis von Zins- und Spread-Kurven bzw. Volatilitäten erfolgt.

Level 3:

Bei der Bewertung nach Level 3 werden die Fair Values anhand von Bewertungsmodellen ermittelt, bei denen wesentliche bzw. signifikante Eingangsparameter nicht am Markt beobachtbar sind. Solche Bewertungsverfahren werden insbesondere zur Bewertung von strukturierten Kreditprodukten verwendet.

Die folgenden Tabellen zeigen die Zuordnung der einzelnen Klassen von Finanzinstrumenten zu dem entsprechenden Level der Fair-Value-Hierarchie:

Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte				
Klassen	Ausweis des Fair Value erfolgt in			
	31.12.2012 Mio €	Level 1 Mio €	Level 2 Mio €	Level 3 Mio €
Finanzielle Vermögenswerte zum Fair Value through Profit or Loss (FVtPL)				
Handelsaktiva	9.446	32	9.413	1
Hedging-Derivate	1.468	0	1.468	0
Forderungen an Kunden	6.839	0	6.839	0
davon private Baufinanzierungen	6.839	0	6.839	0
Finanzielle Vermögenswerte Available for Sale				
Finanzanlagen	9.244	6.650	2.401	193
Gesamt	26.997	6.682	20.121	194

Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten				
Ausweis des Fair Value erfolgt in				
Klassen	31.12.2012 Mio €	Level 1 Mio €	Level 2 Mio €	Level 3 Mio €
Finanzielle Verbindlichkeiten zum Fair Value through Profit or Loss (FVtPL)				
Handelsspassiva	11.220	0	11.158	62
Hedging-Derivate	1.600	0	1.600	0
Gesamt	12.820	0	12.758	62

Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte				
Ausweis des Fair Value erfolgt in				
Klassen	31.12.2011 Mio €	Level 1 Mio €	Level 2 Mio €	Level 3 Mio €
Finanzielle Vermögenswerte zum Fair Value through Profit or Loss (FVtPL)				
Handelsaktiva	6.892	31	6.843	18
Hedging-Derivate	1.277	0	1.277	0
Forderungen an Kunden	7.513	0	7.513	0
davon private Baufinanzierungen	7.513	0	7.513	0
Finanzielle Vermögenswerte Available for Sale				
Finanzanlagen	6.504	3.614	2.389	501
Gesamt	22.186	3.645	18.022	519

Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten				
Ausweis des Fair Value erfolgt in				
Klassen	31.12.2011 Mio €	Level 1 Mio €	Level 2 Mio €	Level 3 Mio €
Finanzielle Verbindlichkeiten zum Fair Value through Profit or Loss (FVtPL)				
Handelsspassiva	8.591	0	8.547	44
Hedging-Derivate	1.817	0	1.817	0
Gesamt	10.408	0	10.364	44

Die Finanzinstrumente der Handelsaktiva, Handelsspassiva sowie die Hedging-Derivate werden zum überwiegenden Teil mit Bewertungsmethoden bewertet, die dem Level 1 bzw. dem Level 2 zuzuordnen sind. Abspaltungspflichtige eingebettete Derivate aus strukturierten Kreditprodukten werden ebenfalls den Handelsaktiva bzw. den Handelsspassiva zugeordnet, allerdings erfolgt die Bewertung hier mit Bewertungsmodellen, die dem Level 3 zuzuordnen sind. Sofern für die Finanzinstrumente ein öffentlich notierter Marktpreis an einem aktiven Markt vorliegt, erfolgt eine Bewertung anhand dieses am aktiven Markt notierten Preises (IAS 39.AG71) und somit eine Zuordnung zu Level 1 gemäß IFRS 7. Liegt ein solcher Preis für das Finanzinstrument nicht vor, erfolgt die Bewertung anhand von Transaktionen des identischen Finanzinstruments aus der jüngsten Vergangenheit bzw. anhand von Transaktionen zum Bewertungsstichtag von ähnlichen Finanzinstrumenten (IAS 39.AG72). Für Anhangszwecke werden so bewertete Finanzinstrumente in

Level 2 gemäß IFRS 7 dargestellt. Sind keine Vergleichsinformationen verfügbar, so erfolgt die Bewertung anhand von nachfolgend genannten Bewertungsmodellen (IAS 39.AG73 ff.). Ein großer Teil der oben genannten Finanzinstrumente wird mit sogenannten Discounted-Cashflow-Methoden bewertet. Hierbei werden als Bewertungsparameter im Wesentlichen Zins- und Spread-Kurven (Credit Spreads, Basis Spreads) herangezogen. Des Weiteren werden zur Bewertung von Kreditderivaten zusätzlich CDS-Spreads bzw. Hazard Rates genutzt. Optionspreismodelle nutzen als Inputparameter darüber hinaus Aktienkurse, Indexpreise und Volatilitäten. Da die Bewertungsparameter der Bewertungsmodelle für die oben genannten Finanzinstrumente im Wesentlichen auf beobachtbaren Marktdaten beruhen, erfolgt ebenfalls eine Darstellung dieser Finanzinstrumente nach Level 2.

Die Fair-Value-Option wird im Postbank Konzern ausschließlich auf Forderungsbestände des Baufinanzierungsbereichs angewandt. Die Ermittlung des Fair Value erfolgt anhand eines Discounted-Cashflow-Verfahrens. Als Bewertungsparameter werden die aktuelle Swaprenditekurve sowie darlehensspezifische Risiko- und Kostenaufschläge verwendet. Die Risikoaufschläge werden auf Basis von geschätzten Verlustquoten und Ausfallwahrscheinlichkeiten aus dem internen und von der Aufsicht zugelassenen Ratingmodell herangezogen.

Die Finanzanlagen der IFRS-Bewertungskategorie „Available for Sale“ werden in der Regel anhand von veröffentlichten Transaktions- oder Börsenkursen bewertet und somit grundsätzlich für Anhangszwecke Level 1 zugeordnet. Liegen diese Kurse nicht vor, so erfolgt eine Bewertung anhand von Bewertungsmethoden (in der Regel Discounted Cashflow). In Abhängigkeit der verwendeten Bewertungsparameter erfolgt eine Zuordnung der Bewertungsmethode und der daraus resultierenden Fair Values zu Level 2 oder Level 3.

Die Märkte für strukturierte Kreditprodukte sind weiterhin durch eine eingeschränkte Liquidität determiniert und werden von der Postbank als inaktiv eingeschätzt. Für synthetisch strukturierte Kreditprodukte ist das eingebettete Derivat abzuspalten und seine Wertveränderung im Handelsergebnis auszuweisen. Die Fair-Value-Ermittlung des Embedded Derivative erfolgt dabei ebenfalls mit diesem internen Simulationsmodell. Das Modell basiert auf der Discounted-Cashflow-Methode (analog S&P CDO Evaluator, Moody's CDO Net und Fitch Vector), welches auf der Berechnung einer Portfolioverlustverteilung unter Berücksichtigung der jeweiligen Vertriebsstruktur beruht. Die Zahlungsströme dieser Produkte werden unter Berücksichtigung der entsprechenden Risiken aus den verbrieften Portfolios und der Struktur der Verbriefungen prognostiziert und mit laufzeit- und risiko-

äquivalenten Zinssätzen abgezinst. Dazu werden mittels eines Simulationsverfahrens Ausfallereignisse der Underlyings des als Sicherheit designierten Pools aufgedeckt und über einen Wasserfall bzw. gegen den aktuellen Puffer auf die investierte Tranche angerechnet. Die Ausfalldetektion je Underlying erfolgt nach dem Merton-Modell. Die Default-Schwellen sind über die kumulierten Ausfallwahrscheinlichkeiten (Moody's) der Ratingklassen bzw. über die zeitliche Entwicklung des erwarteten Verlusts (RMBS/CMBS) festgelegt. Das Modell verwendet aktuelle Ratings als Ausgangspunkt und von der Seniorität der Underlyings abhängige Recovery Rates, um die Verluste zu modellieren. Zur Modellierung von Verlusten bei RMBS werden – sofern verfügbar – aktuelle, detaillierte Informationen zu Delinquencies herangezogen. Neben aktuellen Zinssätzen und Währungskursen werden auch Liquiditäts-Spreads abhängig von aktuellen Marktverhältnissen festgelegt. Das Bewertungsverfahren verwendet gemäß IAS 39.48A im größtmöglichen Umfang Marktdaten. Die Finanzinstrumente, die nach diesem IAS 39 konformen Bewertungsverfahren bewertet werden, werden als Level-3-Fair-Values ausgewiesen. Die tatsächlichen Werte können in Einzelfällen von den getroffenen Annahmen und Schätzungen abweichen.

Signifikante Transfers zwischen Level 1 und Level 2 lagen im Geschäftsjahr 2012 nicht vor.

Sowohl auf der Aktivseite als auch auf der Passivseite kommen Bewertungsverfahren zum Einsatz, die aufgrund der verwendeten Inputparameter Level 3 zuzuordnen sind. Auf der Passivseite werden nur die Embedded Derivatives aus den synthetischen SCP-Beständen einer Fair-Value-Bewertung unterzogen, die Level 3 zuzuordnen sind. Die finanziellen Vermögenswerte, die Level 3 zuzuordnen sind, haben sich im Geschäftsjahr 2012 wie folgt entwickelt:

Level 3 zugeordnete Vermögenswerte						
Ausweis des Fair Value nach Level 3 zum 31.12.2012						
	Finanzielle Vermögenswerte zum FVtPL			Finanzielle Vermögenswerte AfS		Summe
	Handelsaktiva	Hedging-Derivate	Forderungen an Kunden	Finanzanlagen	Forderungen an Kreditinstitute	
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Anfangsbestand	18	0	0	501	0	519
Summe Gewinne oder Verluste	-1	0	0	4	0	3
in GuV	-1	0	0	0	0	-1
in Neubewertungsrücklage	0	0	0	4	0	4
Erwerbe	0	0	0	0	0	0
Veräußerungen	-16	0	0	-279	0	-295
Emissionen	0	0	0	0	0	0
Rückzahlungen	0	0	0	-32	0	-32
Wechselkurseffekte	0	0	0	-1	0	-1
Transfers aus Level 3	0	0	0	0	0	0
Transfers in Level 3	0	0	0	0	0	0
Endbestand	1	0	0	193	0	194
Summe der Bewertungsgewinne/-verluste für Vermögenswerte, die am Ende der Periode im Bestand waren	-1	0	0	6	0	5

Für diese Entwicklung sind folgende Gründe zu nennen:

Maßgeblich für die oben dargestellte Entwicklung von den Level 3 zugeordneten finanziellen Vermögenswerten sind Rückzahlungen bzw. Tilgungen der Forderungsbestände. Dem gegenüber stehen Wechselkurseffekte, sodass sich der Bestand insgesamt um rund 325 Mio € (Vorjahr: 1.191 Mio €) reduziert.

Zum 31. Dezember 2011 stellte sich die Entwicklung der finanziellen Vermögenswerte, die Level 3 zuzuordnen sind, wie folgt dar:

Level 3 zugeordnete Vermögenswerte						
Ausweis des Fair Value nach Level 3 zum 31.12.2011						
	Finanzielle Vermögenswerte zum FVtPL			Finanzielle Vermögenswerte AfS		Summe
	Handelsaktiva	Hedging-Derivate	Forderungen an Kunden	Finanzanlagen	Forderungen an Kreditinstitute	
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Anfangsbestand	11	0	0	1.699	0	1.710
Summe Gewinne oder Verluste	-3	0	0	-34	0	-37
in GuV	-3	0	0	-29	0	-32
in Neubewertungsrücklage	0	0	0	-5	0	-5
Erwerbe	0	0	0	0	0	0
Veräußerungen	0	0	0	-1.047	0	-1.047
Emissionen	0	0	0	0	0	0
Rückzahlungen	0	0	0	-128	0	-128
Wechselkurseffekte	0	0	0	5	0	5
Transfers aus Level 3	0	0	0	-4	0	-4
Transfers in Level 3	10	0	0	10	0	20
Endbestand	18	0	0	501	0	519
Summe der Bewertungsgewinne/-verluste für Vermögenswerte, die am Ende der Periode im Bestand waren	0	0	0	-3	0	-3

Der Ausweis der Level-3-Vermögenswerte in der Ergebnisrechnung des Geschäftsjahres gestaltet sich wie folgt:

Level 3 zugeordnete Vermögenswerte				
31.12.2012				
Der Ausweis der Gewinne und Verluste der Periode erfolgt im/in der:	Handels- ergebnis Mio €	Finanzanlage- ergebnis Mio €	Hedge- Ergebnis Mio €	Neubewer- tungsrücklage Mio €
Summe der ausgewiesenen Gewinne und Verluste	-1	0	0	4
Summe der Bewertungsgewinne/-verluste für Vermögenswerte, die zum Ende der Periode im Bestand waren	-1	6	0	-1

Der Ausweis der Level-3-Vermögenswerte in der Ergebnisrechnung des Vorjahres gestaltete sich wie folgt:

Level 3 zugeordnete Vermögenswerte				
31.12.2011				
Der Ausweis der Gewinne und Verluste der Periode erfolgt im/in der:	Handels- ergebnis Mio €	Finanzanlage- ergebnis Mio €	Hedge- Ergebnis Mio €	Neubewer- tungsrücklage Mio €
Summe der ausgewiesenen Gewinne und Verluste	-3	-29	0	-5
Summe der Bewertungsgewinne/-verluste für Vermögenswerte, die zum Ende der Periode im Bestand waren	0	-3	0	-67

Die finanziellen Verbindlichkeiten nach Level 3 haben sich im Geschäftsjahr 2012 wie folgt entwickelt:

Level 3 zugeordnete Verbindlichkeiten			
Ausweis des Fair Value nach Level 3 zum 31.12.2012			
Finanzielle Verbindlichkeiten zum FVtPL	Handelspassiva Mio €	Hedging-Derivate Mio €	Summe Mio €
Anfangsbestand	44	0	44
Summe Verluste	34	0	34
in GuV	34	0	34
Erwerbe	0	0	0
Veräußerungen	-16	0	-16
Emissionen	0	0	0
Rückzahlungen	0	0	0
Wechselkurseffekte	0	0	0
Transfers aus Level 3	0	0	0
Transfers in Level 3	0	0	0
Endbestand	62	0	62
Summe der Bewertungsverluste für Verbindlichkeiten, die am Ende der Periode im Bestand waren	-34	0	-34

Für diese Entwicklung sind folgende Gründe zu nennen:

Maßgeblich für diese Entwicklung der den Level 3 zugeordneten finanziellen Verbindlichkeiten sind Veräußerungen und

Rückzahlungen der Bestände, die sich bei den strukturierten Kreditprodukten in voller Höhe auf die eingebetteten Derivate (diese sind den Handelspassiva zugeordnet) auswirken.

Die finanziellen Verbindlichkeiten nach Level 3 haben sich im Vorjahr wie folgt entwickelt:

Level 3 zugeordnete Verbindlichkeiten			
Ausweis des Fair Value nach Level 3 zum 31.12.2011			
Finanzielle Verbindlichkeiten zum FVtPL	Handelsspassiva Mio €	Hedging-Derivate Mio €	Summe Mio €
Anfangsbestand	627	0	627
Summe Verluste	-17	0	-17
in GuV	-17	0	-17
Erwerbe	0	0	0
Veräußerungen	-558	0	-558
Emissionen	0	0	0
Rückzahlungen	-10	0	-10
Wechselkurseffekte	2	0	2
Transfers aus Level 3	0	0	0
Transfers in Level 3	0	0	0
Endbestand	44	0	44
Summe der Bewertungsgewinne/-verluste für Verbindlichkeiten, die am Ende der Periode im Bestand waren	10	0	10

Der Ausweis der Level-3-Verbindlichkeiten in der Ergebnisrechnung gestaltet sich wie folgt:

Level 3 zugeordnete Verbindlichkeiten		
31.12.2012		
Der Ausweis der Gewinne und Verluste der Periode erfolgt im:	Handels- ergebnis Mio €	Hedge- Ergebnis Mio €
Summe der ausgewiesenen Verluste	-34	0
Summe der ausgewiesenen Bewertungsgewinne/-verluste für Verbindlichkeiten, die zum Ende der Periode im Bestand waren	-34	0

Die Ermittlung der Fair Values für strukturierte Kreditprodukte erfolgt weiterhin mittels des internen Bewertungsmodells, welches neben den ausfallbedingten Beeinträchtigungen der erwarteten Zahlungsströme auch die Illiquidität der Märkte für strukturierte Produkte berücksichtigt, indem bei der Diskontierung der vorstehend ermittelten Zahlungsströme ein Aufschlag auf den fristenkongruenten „risikolosen“ Zinssatz vorgenommen wird.

Eine Verringerung (Erhöhung) des Fair Value um 100 Basispunkte der so bewerteten strukturierten Kreditprodukte (nominal rund 212 Mio €) würde einen Rückgang (Anstieg) um ca. 2,1 Mio € bewirken.

Der Ausweis der Level-3-Verbindlichkeiten in der Ergebnisrechnung des Vorjahres gestaltete sich wie folgt:

Level 3 zugeordnete Verbindlichkeiten		
31.12.2011		
Der Ausweis der Gewinne und Verluste der Periode erfolgt im:	Handels- ergebnis Mio €	Hedge- Ergebnis Mio €
Summe der ausgewiesenen Verluste	17	0
Summe der ausgewiesenen Bewertungsgewinne/-verluste für Verbindlichkeiten, die zum Ende der Periode im Bestand waren	10	0

Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten, die mit den fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value bewertet werden

Die beizulegenden Zeitwerte (Fair Values) von Finanzinstrumenten, die in der Bilanz zu fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value angesetzt werden, sind in der folgenden Tabelle den Buchwerten gegenübergestellt.

	31.12.2012		31.12.2011 ¹	
	Buchwert Mio €	Beizulegender Zeitwert Mio €	Buchwert Mio €	Beizulegender Zeitwert Mio €
Aktiva				
Barreserve	2.054	2.054	3.652	3.652
Forderungen an Kreditinstitute (Loans and Receivables)	28.297	28.284	20.322	20.256
Forderungen an Kunden (Loans and Receivables)	99.427	105.833	103.230	110.243
Risikovorsorge	-1.745	-1.745	-1.826	-1.826
Finanzanlagen (Loans and Receivables)	27.782	27.289	39.976	37.456
	155.815	161.715	165.354	169.781
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Liabilities at amortised cost)	17.334	17.944	20.050	19.492
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (Liabilities at amortised cost)	131.732	134.610	134.127	135.315
Verbriefte Verbindlichkeiten und Nachrangkapital	12.632	13.274	18.165	17.090
	161.698	165.828	172.342	171.897

Seit dem Geschäftsjahr werden bei der Berechnung der beizulegenden Zeitwerte Residual-Spreads nach IAS 39 berücksichtigt.

Grundsätzlich wird für alle Finanzinstrumente ein Fair Value ermittelt. Ausnahmen bilden lediglich täglich fällige Geschäfte sowie Spareinlagen mit einer vertraglichen Kündigungsfrist von bis zu einem Jahr.

(45) Ertrags- und Aufwandsposten, Gewinne und Verluste gemäß IFRS 7 und Finanzinstrumente nach Bewertungskategorien gemäß IAS 39

	Erläuterungen	2012 Mio €	2011 Mio €
Zinserträge und -aufwendungen	(7)		
Loans and Receivables		5.901	6.606
Available for Sale		199	226
Liabilities at amortised cost		-2.996	-3.548
Nettogewinne und -verluste (10), (11)			
Held for Trading		-74	90
Designated as at Fair Value		-27	-24
Loans and Receivables		54	-617
Available for Sale		-88	5

	Fair Value Hedge/Option		Nicht gehedgt		Gesamt	
	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 ¹ Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 ¹ Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 ¹ Mio €
Aktiva	24.512	31.630	157.992	154.084	182.504	185.714
Loans and Receivables	12.911	20.751	142.595	142.777	155.506	163.528
Forderungen an Kreditinstitute	212	297	28.085	20.025	28.297	20.322
Forderungen an Kunden	2.123	3.042	97.304	100.188	99.427	103.230
Finanzanlagen	10.576	17.412	17.206	22.564	27.782	39.976
Available for Sale	2.768	1.674	6.477	4.830	9.245	6.504
Finanzanlagen	2.768	1.674	6.477	4.830	9.245	6.504
Held for Trading	526	415	8.920	6.477	9.446	6.892
Handelsaktiva	526	415	8.920	6.477	9.446	6.892
Fair-Value-Option	6.839	7.513	–	–	6.839	7.513
Forderungen an Kunden	6.839	7.513	–	–	6.839	7.513
Hedging-Derivate	1.468	1.277	–	–	1.468	1.277
Passiva	14.720	15.731	159.798	167.019	174.518	182.750
Liabilities at amortised cost	11.557	12.585	150.141	159.757	161.698	172.342
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	567	856	16.767	19.194	17.334	20.050
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7.880	6.375	123.852	127.752	131.732	134.127
Verbriefte Verbindlichkeiten	2.768	2.973	6.668	9.754	9.436	12.727
Nachrangkapital	342	2.381	2.854	3.057	3.196	5.438
Held for Trading	1.563	1.329	9.657	7.262	11.220	8.591
Handelspassiva	1.563	1.329	9.657	7.262	11.220	8.591
Hedging-Derivate	1.600	1.817	–	–	1.600	1.817

(46) Derivative Finanzinstrumente

Der Postbank Konzern setzt derivative Finanzinstrumente zur Sicherung im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung ein. Darüber hinaus werden derivative Finanzgeschäfte auch als Handelsgeschäfte getätigt.

Derivative Finanzinstrumente auf fremde Währungen werden im Wesentlichen in der Form von Devisentermingeschäften, Devisenswaps, Zins-/Währungsswaps und Devisenoptionsgeschäften abgeschlossen. Zinsderivate sind vor allem Zinsswaps sowie Zinsfutures und Zinsoptionsgeschäfte; vereinzelt werden auch Termingeschäfte auf festverzinsliche Wertpapiere abgeschlossen. Aktienderivate werden insbesondere als Aktienoptionen und Aktien-/Indexoptionen abgeschlossen. Kreditderivate (Credit Default Swaps) resultieren im Wesentlichen aus abgespaltenen Derivaten synthetischer CDOs.

Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe dar. Bei diesem Wert handelt es sich um eine Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen, nicht jedoch um bilanzierungsfähige Forderungen oder Verbindlichkeiten.

Die Marktwerte der einzelnen Kontrakte wurden auf Grundlage anerkannter Bewertungsmodelle ohne Berücksichtigung von Nettingvereinbarungen ermittelt.

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

Der Bestand an derivativen Finanzinstrumenten setzt sich dabei wie folgt zusammen:

	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Derivate des Handelsbestands	209.169	295.829	9.254	6.627	11.220	8.591
Hedging-Derivate	25.283	32.069	1.468	1.277	1.600	1.817
Gesamt	234.452	327.898	10.722	7.904	12.820	10.408

Nachfolgend sind die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten zins- und fremdwährungsbezogenen, bedingten und unbedingten Termingeschäfte des Postbank Konzerns dargestellt.

	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Derivate des Handelsbestands						
Fremdwährungsderivate						
OTC-Produkte						
Devisentermin (Forwards)	6.041	5.975	129	183	114	189
Devisenswaps	7.979	13.870	49	125	65	61
Gesamtbestand Fremdwährungsderivate	14.020	19.845	178	308	179	250
Zinsderivate						
OTC-Produkte						
Zinsswaps	184.792	263.007	8.931	6.182	10.555	7.789
Cross Currency Swaps	6.461	6.477	65	60	287	393
Forward Rate Agreements	–	1.000	–	–	–	–
OTC-Zinsoptionen	1.841	2.720	71	52	124	87
Sonstige zinsgebundene Verträge	1.111	1.155	4	5	6	5
Börsengehandelte Produkte						
Zinsfutures	–	12	–	–	–	–
Gesamtbestand Zinsderivate	194.205	274.371	9.071	6.299	10.972	8.274

	Nominalwerte		Fair Value			
			Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Aktien-/Indexbezogene Derivate						
OTC-Produkte						
Aktienoptionen (long/short)	–	46	–	–	–	5
Börsengehandelte Produkte						
Aktien-/Indexoptionen	182	46	1	2	–	–
Gesamtbestand Aktien-/ Indexbezogene Derivate	182	92	1	2	–	5
Kreditderivate						
Credit Default Swaps	762	1.521	4	18	69	62
Gesamtbestand Kreditderivate	762	1.521	4	18	69	62
Gesamtbestand Derivate des Handelsbestands	209.169	295.829	9.254	6.627	11.220	8.591
davon Derivate des Bankbuchs	58.051	50.563	1.807	1.321	2.583	2.317
davon Derivate im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	16.528	17.241	526	415	1.563	1.329
Hedging-Derivate						
Fair Value Hedges						
Zinsswaps	24.986	31.270	1.392	1.152	1.592	1.805
Cross Currency Swaps	297	484	76	123	8	10
Credit Default Swaps	–	315	–	2	–	2
Gesamtbestand Hedging-Derivate	25.283	32.069	1.468	1.277	1.600	1.817
Gesamtbestand der derivativen Finanzinstrumente	234.452	327.898	10.722	7.904	12.820	10.408

Gesamtbestand der bilanziell ausgewiesenen derivativen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:

	Hedging-Derivate			
	Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Restlaufzeiten				
bis 3 Monate	223	159	149	142
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	3	6	81	25
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	4	31	56	115
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	1	10	110	111
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	0	1	287	183
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	168	1	242	323
mehr als 5 Jahre	1.069	1.069	675	918
	1.468	1.277	1.600	1.817

	Handelsderivate und Derivate des Bankbuchs			
	Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Restlaufzeiten				
bis 3 Monate	949	902	1.321	1.153
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	271	176	433	282
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	288	351	452	644
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	485	301	502	459
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	661	371	798	397
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	766	557	903	600
mehr als 5 Jahre	5.834	3.969	6.811	5.056
	9.254	6.627	11.220	8.591

Als Restlaufzeit wird der Zeitraum zwischen Bilanzstichtag und der vertraglichen Fälligkeit der Forderung oder der Verbindlichkeit angesehen.

In der nachstehenden Tabelle sind die positiven und die negativen Marktwerte der derivativen Geschäfte nach den jeweiligen Kontrahenten aufgegliedert.

	Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Kontrahenten				
Banken in der OECD	10.196	7.392	12.649	10.216
Sonstige Kontrahenten in der OECD	526	512	171	178
Nicht OECD	–	–	–	14
	10.722	7.904	12.820	10.408

(47) Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren

	31.12.2012 Anzahl	31.12.2011 Anzahl
Anhängige Zwangsversteigerungsverfahren	1.231	1.289
Zwangsverwaltungsverfahren	322	354
Durchgeführte Zwangsversteigerungen	603	498

(48) Fremdwährungsvolumen

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Fremdwährungsaktiva	7.976	19.593
Fremdwährungspassiva	7.280	19.390

(49) Risikoaktiva und Eigenkapitalquote

Die ordnungsgemäße Ermittlung des haftenden Eigenkapitals und der Eigenmittel stellt die Postbank auf Teilgruppenebene sicher. Die ermittelte Eigenmittelausstattung gemäß dem Kreditwesengesetz sowie der Solvabilitätsverordnung stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Adressrisiken	50.096	51.038
Marktrisikopositionen	550	2.462
Operationelle Risiken	3.850	3.550
Gesamtanrechnungsbetrag	54.496	57.050
Kernkapital	6.521	6.149
darunter Hybride Kernkapitalinstrumente	1.620	1.620
Ergänzungskapital	2.139	2.334
darunter Genussrechtskapital	1.050	1.149
darunter Nachrangige Verbindlichkeiten	1.623	1.833
Drittangmittel	0	0
Anrechenbare Eigenmittel	8.660	8.483
Kernkapitalquote in %	12,0	10,8
Gesamtkennziffer in %	15,9	14,9

Die regulatorische Risikotragfähigkeit wird durch die Einhaltung der aufsichtlichen Mindesteigenmittelanforderungen sichergestellt. Diese bestimmen sich als Quotient aus zur Verfügung stehenden Eigenmitteln und eingegangenen Risikopositionen. Wesentliche Bestandteile des Kernkapitals sind das Grundkapital, gebildete Rücklagen und Hybride Kapitalinstrumente. Das Ergänzungskapital setzt sich aus Genussrechtsverbindlichkeiten sowie längerfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten nach den gesetzlich vorgegebenen Abzügen zusammen. Die Postbank macht von der Übergangsregelung gemäß § 64h Abs. 3 Satz 2 KWG Gebrauch, nach der für Beteiligungen, die bis zum 31. Dezember 2006 eingegangen worden sind, anstelle des Firmenwertes weiterhin der aktivische Unterschiedsbetrag nach § 10a Abs. 6 Satz 10 KWG hälftig von Kern- und Ergänzungskapital abgezogen werden darf. Für die Deutsche Postbank AG betragen zum 31. Dezember 2012 die regulatorische Tier-I-Quote 8,3 % und die Gesamtkennziffer 14,3 %.

(50) Risikokapital

Die zur Abdeckung aller Risiken zur Verfügung stehende Risikodeckungsmasse besteht aus dem Eigenkapital nach IFRS abzüglich Goodwill und dem Nachrangkapital nach IFRS sowie Teilen der sonstigen Reserven und Lasten von Finanzinstrumenten einschließlich Kundengeschäften abzüglich der Nettokosten. Als sonstige Reserven werden über die in der IFRS-Bilanz bzw. den Notes ausgewiesenen Reserven hinaus weitere Reserven berücksichtigt. Hierbei handelt es sich um anteilige Reserven aus den Spar- und Girobeständen und dem BHW Bausparkollektiv, die über Replikationsmodelle ermittelt werden. Zur Berücksichtigung von Schätzunsicherheiten werden bei der Ermittlung der Risikodeckungsmasse konservativ angesetzte Abschläge und Limitpuffer verwendet.

Bei der Steuerung des ökonomischen Risikokapitals stellen die regulatorischen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung (regulatorische Kapitaladäquanz gemäß KWG, Solvabilitätsverordnung sowie Groß- und Millionenkreditverordnung) strikt einzuhaltende Nebenbedingungen dar.

Die Risikostrategie ist gemäß den Vorgaben der MaRisk konsistent mit der Geschäftsstrategie und berücksichtigt alle wesentlichen Geschäftsfelder und Risikoarten.

Die folgende Tabelle zeigt die Aufteilung der Risikodeckungsmasse des Postbank Konzerns, differenziert nach Risikoarten, auf Basis des genehmigten Risikokapitals vor und nach Berücksichtigung von Korrelationseffekten sowie die freie Risikodeckungsmasse, bezogen auf die Geschäftsjahre 2012 und 2011 (Berechnung jeweils per 31. Dezember):

Risikokapital, differenziert nach Risikoarten		
Kapital- und Risikokomponenten	Allokiertes Risikokapital	
	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Marktpreisrisiken	2.300	2.450
Kreditrisiken	3.050	3.200
Operationelle Risiken	485	550
Beteiligungs- und Immobilienrisiken	95	95
Kollektivrisiken	450	650
Geschäftsrisiken	1.650	1.600
Summe vor Diversifikation	8.030	8.545
Diversifikationseffekte	1.331	1.513
Summe nach Diversifikation	6.699	7.032
Freie Risikodeckungsmasse	5.157	3.197
Risikodeckungsmasse gesamt	11.856	10.229



Weitere Angaben zum Kapitalmanagement werden im Abschnitt Risikobericht des Konzernlageberichts dargestellt.

(51) Restlaufzeitengliederung

Zum 31. Dezember 2012:

	Täglich fällig	Bis 3 Mo- nate	3 Mo- nate bis 1 Jahr	1 Jahr bis 2 Jahre	2 Jahre bis 3 Jahre	3 Jahre bis 4 Jahre	4 Jahre bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Summe
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	5.198	13.501	5.648	486	106	920	821	1.617	28.297
Forderungen an Kunden	5.527	9.699	10.585	12.501	11.356	9.612	7.807	39.179	106.266
Handelsaktiva	-	950	273	290	617	715	766	5.835	9.446
Hedging-Derivate	-	223	3	4	1	0	168	1.069	1.468
Finanzanlagen	95	1.584	2.200	3.359	4.890	5.532	5.295	14.072	37.027
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	-	-	111	1	1	0	0	-	113
Latente Ertragsteueransprüche	-	-	22	-	1	13	16	70	122
Sonstige Aktiva	125	121	41	36	30	31	33	302	719
Gesamt	10.945	26.078	18.883	16.677	17.002	16.823	14.906	62.144	183.458
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.566	3.474	2.255	791	1.434	743	1.796	5.275	17.334
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	40.854	52.757	10.356	4.101	2.250	2.145	3.423	15.846	131.732
Verbriefte Verbindlichkeiten	258	1.547	360	2.787	1.067	137	51	3.229	9.436
Handelsspassiva	-	1.321	433	452	502	798	903	6.811	11.220
Hedging-Derivate	-	149	81	56	110	287	242	675	1.600
Rückstellungen	18	97	341	499	279	217	186	1.003	2.640
Pensionsrückstellungen	-	21	44	103	82	82	81	776	1.189
Sonstige Rückstellungen	18	76	297	396	197	135	105	227	1.451
Tatsächliche Ertragsteuerpflichtungen	-	-	96	19	0	-	-	-	115
Latente Ertragsteuerpflichtungen	-	-	19	31	8	8	51	20	137
Sonstige Passiva	340	170	161	8	7	5	8	22	721
Nachrangkapital	76	95	249	236	705	707	87	1.041	3.196
Gesamt	43.112	59.610	14.351	8.980	6.362	5.047	6.747	33.922	178.131

145

Die Restlaufzeiten der derivativen Finanzinstrumente sind gesondert in einer Tabelle unter Notes (46) ausgewiesen.

Zum 31. Dezember 2011:

	Täglich fällig	Bis 3 Mo- nate	3 Mo- nate bis 1 Jahr	1 Jahr bis 2 Jahre	2 Jahre bis 3 Jahre	3 Jahre bis 4 Jahre	4 Jahre bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Summe
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	4.858	6.137	2.849	1.044	557	122	1.372	3.383	20.322
Forderungen an Kunden ¹	5.137	14.792	8.710	12.342	11.630	10.433	8.256	39.443	110.743
Handelsaktiva	–	906	202	375	314	504	614	3.977	6.892
Hedging-Derivate	–	159	6	31	10	1	1	1.069	1.277
Finanzanlagen	847	2.670	4.599	4.766	6.401	5.772	14.905	6.520	46.480
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	–	–	189	17	–	–	–	–	206
Latente Ertragsteueransprüche	5	–	9	23	33	37	50	247	404
Sonstige Aktiva ¹	77	115	275	37	34	29	30	50	647
Gesamt	10.924	24.779	16.839	18.635	18.979	16.898	25.228	54.689	186.971
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ¹	907	3.642	4.406	1.999	763	1.429	925	5.979	20.050
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ¹	36.854	59.159	4.437	3.097	1.945	3.102	4.319	21.214	134.127
Verbriefte Verbindlichkeiten	255	2.385	1.087	1.895	2.782	1.045	139	3.139	12.727
Handelspassiva	–	1.153	282	644	459	397	600	5.056	8.591
Hedging-Derivate	–	142	25	115	111	183	323	918	1.817
Rückstellungen	21	98	318	559	271	213	192	885	2.557
Pensionsrückstellungen	–	22	37	197	83	82	82	658	1.161
Sonstige Rückstellungen	21	76	281	362	188	131	110	227	1.396
Tatsächliche Ertragsteerverpflichtungen	1	–	93	13	22	–	–	–	129
Latente Ertragsteerverpflichtungen ¹	–	–	–	8	14	13	68	50	153
Sonstige Passiva	302	138	191	13	9	8	5	23	689
Nachrangkapital	85	119	171	318	237	705	707	3.096	5.438
Gesamt	38.425	66.836	11.010	8.661	6.613	7.095	7.278	40.360	186.278

(52) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Deutsche Postbank AG zahlt gemäß § 16 Postpersonalrechtsgesetz einen jährlichen Beitrag für die Altersvorsorge ihrer Beamten an die Postbeamtenversorgungskasse, Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. (BPS-PT), in Höhe von 33 % der Bruttobezüge der aktiven Beamten und der fiktiven Bruttobezüge der ruhegehaltsfähig beurlaubten Beamten. Darüber hinausgehende Verpflichtungen der Postbank für Leistungen der Postbeamtenversorgungskasse bestehen nicht.

Die Postbank trägt, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass ihre Tochtergesellschaften Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg, PB Capital Corporation, Delaware, USA, PB Factoring GmbH, Bonn, und BHW Bausparkasse AG, Hameln, ihre Verpflichtungen erfüllen können. Wegen der Veräußerung aller Gesellschaftsanteile an der PB (USA) Holdings, Inc., Delaware, USA, zum Ablauf des 31. Dezember 2012 wird die Patronatserklärung bezüglich der PB Capital Corporation mit Wirkung ab dem 1. Mai 2013

hinsichtlich neu begründeter Verbindlichkeiten gekündigt. Die Deutsche Bank AG hat sich – im Rahmen des Erwerbs aller Gesellschaftsanteile an der PB (USA) Holdings, Inc., Delaware, USA, zum Beginn des 1. Januar 2013 – verpflichtet, die Postbank im Innenverhältnis von allen etwaigen bisherigen und künftigen Verpflichtungen aus der Patronatserklärung bezüglich der PB Capital Corporation freizustellen.

Aus der Abgabe der Patronatserklärungen gegenüber Gläubigern von Tochtergesellschaften der Deutschen Postbank AG resultieren im Wesentlichen Vorteile für die Tochtergesellschaften in Form verbesserter Geschäfts- und Finanzierungsbedingungen. Von diesen Vorteilen profitiert die Deutsche Postbank AG in Form eines positiven Einflusses auf den Unternehmenswert der Tochtergesellschaft. Diesen Vorteilen steht eine mögliche Inanspruchnahme durch den Gläubiger gegenüber.

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

Die Postbank hat nachrangige Patronatserklärungen im Rahmen der Begebung nachrangiger Anleihen durch die Deutsche Postbank Funding LLC I, II, III und IV, alle Delaware, USA, abgegeben.

Aus der Beteiligung an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main, besteht, entsprechend gesellschaftsvertraglichen Regelungen, eine anteilige Nachschusspflicht von bis zu 5,4 Mio. €. Darüber hinaus haftet die Deutsche Postbank AG anteilig für die Erfüllung der Nachschusspflicht der anderen dem Bundesverband deutscher Banken e.V. angehörenden Gesellschafter.

Nachschussverpflichtungen bestehen weiterhin gegenüber dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e.V. in der gemäß Statut festgelegten Höhe sowie gegenüber der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken auf Basis der Regelungen des für alle Einlagenkreditinstitute verbindlichen Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes.

Außerdem sind die Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg, Mitglied des „Verbands zur Einlagensicherung, Luxemburg“ und die BHW Bausparkasse AG Mitglied des Bausparkassen-Einlagensicherungsfonds e.V.

Die finanziellen Verpflichtungen aus operativen Leasinggeschäften der Postbank aus unkündbaren Leasingverträgen betreffen Grundstücke und Gebäude und stellen sich in ihrer Fälligkeitsstruktur wie folgt dar:

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
im 1. Jahr nach dem Bilanzstichtag	71	81
im 2. Jahr nach dem Bilanzstichtag	64	75
im 3. Jahr nach dem Bilanzstichtag	46	67
im 4. Jahr nach dem Bilanzstichtag	34	47
im 5. Jahr nach dem Bilanzstichtag	26	36
in mehr als 5 Jahren nach dem Bilanzstichtag	51	70
Gesamt	292	376

(53) Treuhandgeschäfte

Die Treuhandgeschäfte gliedern sich wie folgt:

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Treuhandvermögen		
Forderungen an Kreditinstitute	53	55
Forderungen an Kunden	704	738
	757	793
Treuhandverbindlichkeiten		
Kapital Treuhandvermögen (Durchlaufende Kredite)	392	383
Kapital Zweckvermögen	310	353
Sondervermögen des Landes Mecklenburg-Vorpommern	43	45
Altenteilerrentenfonds	12	12
	757	793

(54) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Durchschnittlicher Personalbestand im Konzern während des Berichtszeitraums:

	Gesamt 2012	Gesamt 2011
Vollzeitkräfte		
Beamte	5.131	5.528
Angestellte	10.336	10.787
	15.467	16.315
Teilzeitkräfte		
Beamte	786	854
Angestellte	2.622	2.630
	3.408	3.484
	18.875	19.799

Die Mitarbeiter werden fast ausschließlich im Inland beschäftigt.

(55) Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Neben den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen steht die Postbank unmittelbar und mittelbar in Ausübung der normalen Geschäftstätigkeit mit der Deutschen Bank AG, die die Postbank beherrscht, und der Deutschen Post AG, die bis zum 27. Februar 2012 einen maßgeblichen Einfluss auf die Postbank ausübte, sowie einer geringeren Anzahl von Tochtergesellschaften, assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen, die nicht in den Postbank Konzernabschluss einbezogen werden, in Beziehung. Als sonstige nahestehende Unternehmen werden die Tochtergesellschaften der Deutschen Bank AG, die assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen der Postbank und der Deutschen Bank sowie deren Tochterunternehmen bezeichnet. Die vorhandenen wesentlichen Beziehungen zu diesen Gesellschaften werden ebenfalls unter den Beziehungen zu den sonstigen nahestehenden Unternehmen ausgewiesen. Als nahestehende Personen in Schlüsselpositionen werden die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG und der Deutschen Bank AG sowie deren nahe Familienangehörige definiert. Im Rahmen der Geschäftstätigkeit wurden sämtliche Lieferungs- und Leistungsbeziehungen, die mit diesen Unternehmen und Personen stattfanden, zu marktüblichen Bedingungen durchgeführt.

Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen

Sämtliche nahestehenden Unternehmen, die von der Deutschen Postbank AG beherrscht werden oder auf die von Konzern ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann, sind in der Anteilsbesitzliste mit Angaben zum Beteiligungsanteil, zum Eigenkapital und zum Jahresergebnis – gesondert nach Geschäftsbereichen – verzeichnet. Die vollständige Aufstellung des Anteilsbesitzes gemäß § 313 HGB ist in Note 60 dargestellt.

108

Zu Geschäftsvorfällen mit nahestehenden Unternehmen gehört auch die Teilnahme der Deutschen Postbank AG an einem beitragsorientierten Versorgungsplan, dessen Aufwendungen im Wesentlichen Zahlungen an den Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. in Höhe von 105 Mio € (Vorjahr: 112 Mio €) beinhalten. Weitere Angaben zum Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. finden sich unter Note 4 (o) „Rückstellungen“.

Am 27. Februar 2012 hat die Deutsche Post die restlichen Postbank Aktien an die Deutsche Bank übertragen. Infolgedessen besteht seitens der Deutschen Post kein maßgeblicher Einfluss gemäß IAS 28 auf die Postbank mehr. Die Deutsche Post AG sowie ihre Tochtergesellschaften und Gemeinschaftsunternehmen sind seit diesem Zeitpunkt keine nahestehenden Unternehmen der Postbank gemäß IAS 24.

Die erfolgswirksamen Beziehungen zum Post Konzern für den Zeitraum vom 1. Januar bis 27. Februar 2012 sind in der Tabelle „Erträge und Aufwendungen mit nahestehenden Unternehmen“ als Beziehungen zu „Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss“ (Deutsche Post AG) und zu „Sonstige nahestehende Unternehmen“ (Tochtergesellschaften und Gemeinschaftsunternehmen der Deutschen Post) dargestellt.

Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag

Nach entsprechender Beschlussfassung in Vorstand und Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG hat der Vorstand der Deutschen Postbank AG den Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der Deutschen Postbank AG als abhängigem Unternehmen und der DB Finanz-Holding GmbH, Frankfurt am Main (einer 100 %igen Tochtergesellschaft der Deutschen Bank AG), als herrschendem Unternehmen unterzeichnet.

Die ordentliche Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG hat am 5. Juni 2012 dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen Deutscher Bank und Postbank zugestimmt. Der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag ist mit Eintragung im Handelsregister am 20. Juni 2012 rückwirkend zum 1. Januar 2012 wirksam geworden. Das Oberlandesgericht Köln hat am 11. September 2012 die Bestandskraft des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags festgestellt.

Forderungen an nahestehende Unternehmen

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute		
Deutsche Bank AG	985	1.121
Sonstige nahestehende Unternehmen	9	13
	994	1.134
Forderungen an Kunden		
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	-	8
Tochtergesellschaften	4	3
Sonstige nahestehende Unternehmen	55	56
	59	67

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Handelsaktiva		
Deutsche Bank AG	146	1.037
	146	1.037
Hedging-Derivate		
Deutsche Bank AG	72	114
	72	114

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Finanzanlagen		
Deutsche Bank AG	-	100
	-	100

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Sonstige Aktiva		
Deutsche Bank AG	68	10
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	-	17
Sonstige nahestehende Unternehmen	9	2
	77	29

Bei den Forderungen an Kreditinstitute gegenüber der Deutschen Bank AG handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen aus Geldmarktgeschäften.

Die Entwicklung der Handelsaktiva, der Handelspassiva sowie die Entwicklung im Handelsergebnis basieren im Wesentlichen auf der gemäß der Verordnung 648/2012 der European Market Infrastructure Regulation (EMIR) vorgenommenen Übertragung der OTC-Derivate auf einen Central Counterparty (CCP).

In der Berichtsperiode wurden Finanzanlagen in Höhe von 100 Mio € an die Deutsche Bank AG veräußert. Das daraus resultierende Verkaufsergebnis wird im Finanzanlageergebnis gezeigt.

Im Geschäftsjahr hat die Postbank die Vermögenswerte gegenüber einem externen Partner an die Deutsche Bank AG veräußert. Daraus entstand ein Gesamtergebnis in Höhe von 87 Mio €.

Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen

	31.12.2012 Mio €	31.12.2011 Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
Deutsche Bank AG	6.725	738
Sonstige nahestehende Unternehmen	–	248
	6.725	986
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	–	151
Tochtergesellschaften	10	10
Sonstige nahestehende Unternehmen	6	29
	16	190
Handelsspassiva		
Deutsche Bank AG	258	1.744
	258	1.744
Hedging-Derivate		
Deutsche Bank AG	17	29
	17	29
Sonstige Passiva		
Deutsche Bank AG	48	1
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	–	54
Tochtergesellschaften	–	2
Sonstige nahestehende Unternehmen	2	6
	50	63
Nachrangkapital		
Tochtergesellschaften	–	10
	–	10

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber der Deutschen Bank AG handelt es sich im Wesentlichen um Wertpapierpensionsgeschäfte in Höhe von 3,5 Mrd € und aufgenommene Kredite in Höhe von 3,1 Mrd €.

Gegenüber der Deutschen Bank AG bestehen zum Stichtag Eventualverbindlichkeiten aus Gewährleistungsverpflichtungen in Höhe von 49 Mio € (31. Dezember 2011: 45 Mio €).

Eventualverpflichtungen aus anderen Verpflichtungen, d. h. aus unwiderruflichen Kreditzusagen oder ähnlichen Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, existieren nicht.

Erträge und Aufwendungen mit nahestehenden Unternehmen

	2012 Mio €	2011 Mio €
Zinserträge		
Deutsche Bank AG	20	30
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	1	9
Tochtergesellschaften	2	–
Sonstige nahestehende Unternehmen	2	7
	25	46
Zinsaufwendungen		
Deutsche Bank AG	18	42
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	–	3
Tochtergesellschaften	–	1
Sonstige nahestehende Unternehmen	2	1
	20	47
Provisionserträge		
Deutsche Bank AG	39	43
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	68	428
Sonstige nahestehende Unternehmen	19	11
	126	482
Provisionsaufwendungen		
Deutsche Bank AG	1	5
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	1	–
Tochtergesellschaften	2	8
Sonstige nahestehende Unternehmen	9	1
	13	14
Handelsergebnis		
Deutsche Bank AG	24	–261
	24	–261
Ergebnis aus Finanzanlagen		
Deutsche Bank AG	–	–1
Tochtergesellschaften	–	1
Sonstige nahestehende Unternehmen	–	1
	–	1
Verwaltungsaufwand		
Deutsche Bank AG	–2	–6
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	48	317
Tochtergesellschaften	16	14
Sonstige nahestehende Unternehmen	35	186
	97	511
Sonstige Erträge		
Deutsche Bank AG	5	6
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	–	1
Tochtergesellschaften	3	3
Sonstige nahestehende Unternehmen	16	19
	24	29
Sonstige Aufwendungen		
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	–	7
Tochtergesellschaften	1	–
Sonstige nahestehende Unternehmen	–	1
	1	8

Bei den Provisionserträgen von Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss im Jahr 2011 handelt es sich im Wesentlichen um die Vergütungen der Deutschen Post AG für die in den Filialen der Postbank erbrachten Postdienstleistungen.

Die Verwaltungsaufwendungen gegenüber Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss entfallen insbesondere auf die Vergütungen an die Deutsche Post AG für die in deren Filialen erbrachten Finanzdienstleistungen und den Portoaufwand.

Zum Bilanzstichtag hat die Postbank Kredite an Personen in Schlüsselpositionen in Höhe von 3.685 T€ (Vorjahr: 3.535 T€) gewährt und Einlagen in Höhe von 7.321 T€ (Vorjahr: 5.381 T€) von Personen in Schlüsselpositionen erhalten.

Vergütung des Vorstands

Struktur der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2012

Die Gesamtstruktur der Vorstandsvergütung sowie die wesentlichen Elemente der Vorstandsverträge werden vom Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG festgelegt und regelmäßig überprüft.

Das Vorstandsvergütungssystem wurde im Berichtsjahr in folgenden Punkten angepasst: Mit Beschluss des Aufsichtsrats vom 19. März 2012 wurde für die aktienbasierten Vergütungskomponenten der Stichtagsaktienkurs auf einen Durchschnittsaktienkurs der letzten zehn Handelstage, die vor dem Tag liegen, an dem der Aufsichtsrat endgültig und ohne Vorbehalt die Zielerreichung bzw. die Erfüllung des Nachhaltigkeitskriteriums feststellt bzw. der letzten zehn Handelstage der einjährigen Sperrfrist umgestellt. Mit Beschluss des Aufsichtsrats vom 20. Dezember 2012 wurden für gesperrte sowie zukünftige Komponenten die virtuellen Aktien (Phantom Shares) der Deutschen Postbank AG durch solche der Deutschen Bank AG ersetzt.

Auf Vorschlag des Präsidialausschusses beschließt der Aufsichtsrat über die Angemessenheit der Vergütung der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG unter Berücksichtigung des Ergebnisses, der Branche und der Zukunftsaussichten.

Maßgebliches Kriterium für die Ausgestaltung der Struktur der Vorstandsvergütung ist neben den Aspekten Angemessenheit und Nachhaltigkeit auch das Ziel, Anreize für das Eingehen unverhältnismäßig hoher Risiken zu vermeiden. Daher ist eine Obergrenze für das Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung festgelegt. Ferner orientiert sich die Festlegung der Vergütungshöhe für die Mitglieder des Vorstands an der Größe und der Tätigkeit des Unternehmens, seiner wirtschaftlichen und finanziellen Lage sowie an den Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds. Die Vergütung ist so bemessen, dass sie im nationalen und im internationalen Vergleich angemessen und wettbewerbsfähig ist und damit einen Anreiz für eine engagierte und erfolgreiche Arbeit bietet. Die Vergütungshöhe ist leistungsorientiert und so ausgestaltet, dass die Vorstandsmitglieder motiviert sind, die in den Strategien der Bank niedergelegten Ziele zu erreichen und somit zur nachhaltigen Unternehmensentwicklung beizutragen.

Die Gesamtvergütung besteht aus erfolgsunabhängigen und erfolgsabhängigen Komponenten.

Erfolgsunabhängige Komponenten sind die Grundvergütung (Fixum) und Nebenleistungen. Die Grundvergütung wird in zwölf gleichen Teilen monatlich als Gehalt bar ausgezahlt. Die Nebenleistungen bestehen im Wesentlichen aus Firmenwagennutzung, Reisekostenentschädigung sowie Zuschüssen zu Versicherungen. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern prinzipiell in gleicher Weise zu; die Höhe variiert im Hinblick auf die unterschiedliche persönliche Situation.

Erfolgsabhängige Komponente ist die variable Vergütung. Die variable Vergütung der Vorstandsmitglieder wird auf der Grundlage quantitativer und qualitativer Zielsetzungen ermittelt. Diese Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres (Basisjahr) zu treffenden Zielvereinbarung. Die Höhe der variablen Vergütung richtet sich nach dem Erreichen darin festgelegter Zielwerte. Die maximale variable Vergütung ist einzelvertraglich auf einen Höchstbetrag (Cap) begrenzt.

Die variable Vergütung ist aufgeteilt in eine Kurzfristkomponente (Anteil 40%) und eine Langfristkomponente (Anteil 60%). Sie wird, auch wenn die vereinbarten Ziele erreicht wurden, nicht vollständig bar ausgezahlt.

Die Kurzfristkomponente wird zur Hälfte in bar unmittelbar im Folgejahr – nach Feststellung der Zielerreichung – ausgezahlt (Kurzfristkomponente I). Die zweite Hälfte der Kurzfristkomponente (Kurzfristkomponente II) wird in virtuelle Aktien (Phantom Shares) der Deutschen Bank AG umgewandelt. Hierfür wird der Eurobetrag der Kurzfristkomponente II durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Aktie der Deutschen Bank AG der letzten zehn Handelstage dividiert, die vor dem Tag liegen, an dem der Aufsichtsrat die Zielerreichung festgestellt hat bzw. die Sperrfrist endet. Nach Ablauf einer einjährigen Sperrfrist werden die Phantom Shares auf aktueller Kursbasis zurückgewandelt und ausgezahlt. Den Phantom Shares werden während der Sperrfrist Dividendenäquivalente, die der tatsächlich ausgeschütteten Dividende entsprechen, gutgeschrieben.

Die Langfristkomponente steht insgesamt unter dem Vorbehalt eines nachhaltigen Erfolgs der Postbank Gruppe, der nach Maßgabe des Erreichens eines Nachhaltigkeitskriteriums während des sich anschließenden dreijährigen Bemessungszeitraums (drei Kalenderjahre nach dem Basisjahr) festgestellt wird. Im unmittelbar auf das zu vergütende Geschäftsjahr folgenden Jahr wird das Erreichen der für das zu vergütende Jahr festgelegten Ziele vom Aufsichtsrat überprüft und festgestellt sowie das Nachhaltigkeitskriterium für den Bemessungszeitraum festgesetzt. Dieses ist definiert als das sogenannte adjustierte Ergebnis nach Kapitalkosten (AEK). Der nachhaltige Konzernerfolg und das Nachhaltigkeitskriterium sind erreicht, wenn der Wert des AEK gleich oder besser oder – am Ende der Nachhaltigkeitsphase – durchschnittlich kumuliert besser als der Wert des AEK im Basisjahr ist.

Die Langfristkomponente wird – der dreijährigen Nachhaltigkeitsphase entsprechend – in drei jeweils gleiche Tranchen aufgeteilt, die wiederum jeweils zur Hälfte zur Barauszahlung vorgesehen (Langfristkomponente I) bzw. in Phantom Shares (Langfristkomponente II) umgewandelt werden. Die Umwandlungen und Wertermittlungen der Phantom Shares erfolgen nach den oben beschriebenen Verfahren.

Wird zum Ablauf eines jeden Jahres des dreijährigen Bemessungszeitraums die Erfüllung des Nachhaltigkeitskriteriums durch den Aufsichtsrat festgestellt, erfolgt unmittelbar anschließend die Auszahlung der anteiligen Barkomponente (Langfristkomponente I) sowie die Umwandlung des anteiligen Betrags in Phantom Shares (Langfristkomponente II).

Wird in einem Jahr des Bemessungszeitraums das Nachhaltigkeitskriterium nicht erfüllt, wird die Auszahlung der entsprechenden Tranchen der Langfristkomponente in das folgende Jahr zur erneuten Überprüfung anhand des Nachhaltigkeitskriteriums aufgeschoben. Ist das Nachhaltigkeitskriterium am Ende des Bemessungszeitraums nicht erreicht, entfällt die Auszahlung auch aller aufgeschobenen Langfristkomponenten ersatzlos. Damit nimmt die Vorstandsvergütung während des gesamten Bemessungszeitraums an etwaigen negativen Unternehmensentwicklungen teil (sogenanntes Malus-System). In Form eines zusätzlichen Malus-Systems kann die Auszahlung von noch nicht ausbezahlten Komponenten auf Basis der Gesamtleistung des einzelnen Vorstandsmitglieds während des Bemessungszeitraums rückwirkend gesenkt oder ganz aufgehoben werden. Den Vorstandsmitgliedern ist es nicht gestattet, die Risikoorientierung von aufgeschobenen Vergütungskomponenten mit Absicherungsgeschäften oder anderen Gegenmaßnahmen einzuschränken oder aufzuheben.

Der Aufsichtsrat kann bei außerordentlichen Leistungen eine angemessene Sondervergütung beschließen. Deren Höhe ist implizit begrenzt durch die vom Aufsichtsrat festgelegte Obergrenze für das Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung.

Entsprechend der Empfehlung des Deutschen Corporate Governance Kodex, wird bei einer vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit, die nicht durch einen wichtigen Grund veranlasst ist, die Deutsche Postbank AG nicht mehr als die restliche Vertragslaufzeit vergüten und die Zahlung auf maximal zwei Grundvergütungen zuzüglich maximal 40 % des zweifachen Wertes der maximalen variablen Vergütung (Abfindungs-Cap) begrenzen.

Bei vorzeitiger Beendigung von Vorstandsverträgen durch dauernde Dienstunfähigkeit oder Tod wird die Vergütung pro rata temporis bis zum Ende der vereinbarten Vertragslaufzeit, maximal für sechs Monate, fortgezahlt.

Höhe der feststehenden und der potenziellen Vergütung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2012

Die neun im Geschäftsjahr 2012 aktiven Mitglieder des Vorstands können für den Berichtszeitraum insgesamt Bezüge in Höhe von 10.275,9 T€ (Vorjahr: 9.701,1 T€) erhalten (ohne Berücksichtigung von Aktienkursschwankungen der Phantom Shares). Die genaue Höhe ist abhängig vom zukünftigen Erreichen der Nachhaltigkeitsziele für die aufgeschobenen Komponenten. Von diesem Gesamtbetrag entfallen insgesamt 5.626,6 T€ auf erfolgsunabhängige Komponenten (Vorjahr: 5.489,1 T€) und insgesamt 4.649,3 T€ auf erfolgsabhängige Komponenten (Vorjahr: 4.212,0 T€). Von der erfolgsabhängigen Vergütung entfallen 929,9 T€ auf nicht aufgeschobene erfolgsabhängige Komponenten (Vorjahr: 842,4 T€) und 929,9 T€ auf für ein Jahr gesperrte erfolgsabhängige Komponenten (Vorjahr: 842,4 T€). Die mit langfristiger Anreizwirkung versehene, aufgeschobene erfolgsabhängige Komponente umfasst für das Geschäftsjahr 2012

insgesamt 2.789,5 T€ (Vorjahr: 2.527,2 T€). Die Auszahlung der in Phantom Shares umgewandelten und gesperrten Komponenten erfolgt in den Geschäftsjahren 2014 bis 2016 nur bei Erreichen der Nachhaltigkeitskriterien, andernfalls entfallen sie teilweise oder vollständig.

In der erfolgsunabhängigen Komponente sind „sonstige Bezüge“ im Wert von insgesamt 187,6 T€ (Vorjahr: 179,1 T€) enthalten. Diese Nebenleistungen bestehen im Wesentlichen aus Firmenwagennutzung, Reisekostenentschädigung sowie Zuschüssen zu Versicherungen. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern prinzipiell in gleicher Weise zu; die Höhe variiert im Hinblick auf die unterschiedliche persönliche Situation.

Die angegebene Vergütung umfasst alle Tätigkeiten der Vorstandsmitglieder innerhalb der Postbank Gruppe.

Die Deutsche Postbank AG hat derzeit kein gesondertes aktienbasiertes Vergütungsprogramm aufgelegt. Aktienkursbasierte Vergütungskomponenten bestehen im Rahmen des Konzepts der Nachhaltigkeit, wie oben beschrieben (Phantom Shares).

Die Vorstandsmitglieder Dr. Daberkow, Küpker und Dr. Meyer haben ihre Mandate zum 31. Dezember 2012 niedergelegt. Der Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG hat mit den Vorstandsmitgliedern einvernehmliche Aufhebungen der Vorstandsverträge vereinbart. Die Vertragsverhältnisse von Herrn Küpker und Herrn Dr. Meyer enden vorzeitig am 31. Dezember 2012. Die Abfindung für Herrn Küpker beträgt 1.760,0 T€ und die für Herrn Dr. Meyer 476,5 T€. Das Vertragsverhältnis von Herrn Dr. Daberkow endet vorzeitig am 30. Juni 2013, soweit Herr Dr. Daberkow es nicht zu einem früheren Zeitpunkt beendet; die Abfindung beträgt 1.542,5 T€. Ferner erhalten Herr Dr. Daberkow 287,5 T€, Herr Küpker 247,5 T€ und Herr Dr. Meyer 152,1 T€ jeweils als Sonderbeitrag zum virtuellen Versorgungskonto. Diese Regelungen bewegen sich innerhalb der Empfehlung des Deutschen Corporate Governance Kodex.

Vorstandsvergütung 2012

	Erfolgs-unabhängige Vergütung		Erfolgs-abhängige Vergütung	Gesamt-summe Auszah-lungen	Erfolgs-abhängige Vergütung		Zwi-schen-summe	Gesamt-summe	Auszahlungen für Vorjahre		
	Fixum T€	Neben-leistun-gen T€	Kurz-frist-kompo-nente I Unmit-telbare Baraus-zahlung T€	T€	Kurz-frist-kompo-nente II Um-wand-lung in Phantom Shares und ges-perrt ¹ T€	Mög-liche Langfrist-Kompo-nente Aufge-schoben ² T€	T€	T€	Kurz-frist-kompo-nente I 2010 Tranche	Lang-frist-kompo-nente II 2010, 2. Tranche	Lang-frist-kompo-nente I 2011, 1. Tranche
Frank Strauß (Vorstands-vorsitzender seit 1. Juli 2012)	675,0	18,2	123,4	816,6	123,4	370,1	493,5	1.310,1	0,0	0,0	26,5
Stefan Jütte (Vorstands-vorsitzender bis 30. Juni 2012)	450,0	12,7	65,7	528,4	65,7	197,2	262,9	791,3	250,6	89,9	62,5
Dr. Mario Daberkow	600,0	22,8	104,0	726,8	104,0	311,9	415,9	1.142,7	195,1	70,0	44,5
Marc Heß ⁶	594,0	24,2	104,0	722,2	104,0	311,9	415,9	1.138,1	195,1	70,0	54,0
Horst Küpker	660,0	23,8	114,3	798,1	114,3	343,0	457,3	1.255,4	222,9	80,0	50,0
Dr. Michael Meyer	600,0	32,2	104,0	736,2	104,0	311,9	415,9	1.152,1	195,1	70,0	44,5
Hans-Peter Schmid	600,0	21,6	99,8	721,4	99,8	299,3	399,1	1.120,5	195,1	70,0	47,5
Ralf Stemmer	660,0	14,6	109,7	784,3	109,7	329,2	438,9	1.223,2	195,1	70,0	50,0
Hanns-Peter Storr	600,0	17,5	105,0	722,5	105,0	315,0	420,0	1.142,5	0,0	0,0	41,7
Gesamt	5.439,0	187,6	929,9	6.556,5	929,9	2.789,5	3.719,4	10.275,9	1.449,0	519,9	421,2

¹Die Kurzfristkomponente II wird in virtuelle Aktien der Deutschen Bank AG (Phantom Shares) umgewandelt. Hierfür wird der Eurobetrag durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Aktie der Deutschen Bank AG vom 8. bis 21. März 2013 dividiert. Nach Ablauf der einjährigen Sperrfrist am 22. März 2014 werden die Phantom Shares mit dem dann aktuellen Durchschnitt der Aktienkurse vom 10. bis 21. März 2014 in den Eurobetrag umgerechnet und unmittelbar ausgezahlt. Bis zum Ende des Geschäftsjahres 2012 wurden keine Dividenden gezahlt.

²Die Langfristkomponente wird in drei gleich große Tranchen aufgeteilt. Diese bestehen jeweils zur Hälfte aus einer Barkomponente. Die zweite Hälfte wird mit dem Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Aktie der Deutschen Bank AG von zehn Handelstagen, die vor dem Tag liegen, an dem der Aufsichtsrat das Erreichen des Nachhaltigkeitskriteriums festgestellt hat, in Phantom Shares umgewandelt, ein Jahr gesperrt und mit dem dann aktuellen Durchschnitts-Aktienkurs in den Eurobetrag umgerechnet und ausgezahlt. Nur wenn die jeweiligen Nachhaltigkeitskriterien erfüllt sind, werden die Tranchen 2014, 2015 und 2016 ausgezahlt bzw. in Phantom Shares umgewandelt und gesperrt. Andernfalls wird die jeweilige Tranche ins folgende Jahr verschoben und erneut bewertet. Sofern im letzten Jahr der Nachhaltigkeitsphase das Nachhaltigkeitskriterium nicht erfüllt ist, entfällt die Langfristkomponente ersatzlos, andernfalls werden auch diejenigen Anteile ausgezahlt, die verschoben wurden.

³Die Kurzfristkomponente II für das Geschäftsjahr 2010 wurde mit dem Kurswert von 21 € in virtuelle Aktien der Deutschen Postbank AG (Phantom Shares) umgewandelt und ein Jahr gesperrt. Die Stückzahl der Phantom Shares wurde mit 29,26 €, dem Xetra-Schlusskurs der Aktie der Deutschen Postbank AG vom 15. März 2012, multipliziert und in der dargestellten Höhe ausgezahlt.

⁴Da das Nachhaltigkeitskriterium erfüllt ist, wird die zweite Tranche der Langfristkomponente für 2010 zur Hälfte in bar im Jahr 2013 in der dargestellten Höhe ausgezahlt. Die zweite Hälfte wird in virtuelle Aktien der Deutschen Bank AG (Phantom Shares) umgewandelt. Hierfür wird der Eurobetrag durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Aktie der Deutschen Bank AG vom 8. bis 21. März 2013 dividiert. Nach Ablauf der einjährigen Sperrfrist am 22. März 2014 werden die Phantom Shares mit dem dann aktuellen Durchschnitt der Aktienkurse vom 10. bis 21. März 2014 in den Eurobetrag umgerechnet und ausgezahlt.

⁵Da das Nachhaltigkeitskriterium erfüllt ist, wird die erste Tranche der Langfristkomponente für 2011 zur Hälfte in bar im Jahr 2013 in der dargestellten Höhe ausgezahlt. Die zweite Hälfte wird wie in Fußnote 4 dargestellt behandelt.

⁶Aufgrund der Tätigkeit als Chief Financial Officer (CFO) für den gesamten Geschäftsbereich Private and Business Clients (PBC) im Deutsche Bank Konzern wurden das Fixum sowie die variable Vergütung von Herrn Heß seit dem 1. Juli 2012 um 20 % gesenkt.

Vorstandsvergütung 2011¹

	Erfolgs-unabhängige Vergütung		Erfolgs-abhängige Vergütung	Gesamt-summe Auszahl-ungen	Erfolgsabhängige Vergütung		Zwischen-summe	Gesamt-summe	Auszahl-ungen für Vor-jahre
	Fixum T€	Neben-leistungen T€	Kurzfrist-kompo-nente I		Umwand-lung in Phantom Shares und gesperrt ² T€	Mögliche Langfrist-Kompo-nente			Langfrist-kompo-nente I 2010, 1. Tranche
			Unmittel-bare Barauszah-lung T€	Aufge-schoben ³ T€			Barauszah-lung im Jahr 2012 ⁴ T€		
Stefan Jütte (Vorstands-vorsitzender)	900,0	23,9	125,0	1.048,9	125,0	375,0	500,0	1.548,9	89,9
Dr. Mario Daberkow	600,0	21,8	89,0	710,8	89,0	267,0	356,0	1.066,8	70,0
Marc Heß	650,0	20,2	108,0	778,2	108,0	324,0	432,0	1.210,2	70,0
Horst Küpker	630,0	27,6	100,0	757,6	100,0	300,0	400,0	1.157,6	80,0
Dr. Michael Meyer	600,0	23,6	89,0	712,6	89,0	267,0	356,0	1.068,6	70,0
Hans-Peter Schmid	500,0	21,6	95,0	616,6	95,0	285,0	380,0	996,6	70,0
Ralf Stemmer	630,0	12,1	100,0	742,1	100,0	300,0	400,0	1.142,1	70,0
Hanns-Peter Storr (Mitglied seit 1. März 2011)	500,0	19,4	83,4	602,8	83,4	250,2	333,6	936,4	0,0
Frank Strauß (Mitglied seit 1. Juli 2011)	300,0	8,9	53,0	361,9	53,0	159,0	212,0	573,9	0,0
Gesamt	5.310,0	179,1	842,4	6.331,5	842,4	2.527,2	3.369,6	9.701,1	519,9

¹Aufgrund der rückwirkenden Umstellung von einem Stichtagskurs auf einen Durchschnitts-Aktienkurs sowie von virtuellen Aktien der Deutschen Postbank AG auf solche der Deutschen Bank AG ergeben sich die nachfolgend dargestellten Änderungen.

²Die Kurzfristkomponente II wurde in virtuelle Aktien der Deutschen Postbank AG (Phantom Shares) umgewandelt. Hierfür wurde der Euro-betrag durch 28,60 €, den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Aktie der Deutschen Postbank AG vom 5. bis 16. März 2012, dividiert. Aufgrund des Aufsichtsratsbeschlusses vom 20. Dezember 2012 erfolgte eine wert-gleiche Umstellung auf Phantom Shares der Deutschen Bank AG. Hierfür wurde die Stückzahl mit 31,96 €, dem Xetra-Durchschnittskurs der Aktie der Deutschen Postbank AG vom 6. bis 19. Dezember 2012, multipliziert. Dieser Euro-betrag wurde durch 33,77 €, den Xetra-Durchschnittskurs der Aktie der Deutschen Bank AG vom 6. bis 19. Dezember 2012, dividiert. Nach Ablauf der einjährigen Sperrfrist am 19. März 2013 werden die Phantom Shares mit dem dann aktuellen Durchschnitts-Aktienkurs vom 6. bis 19. März 2013 in den Euro-betrag umgerechnet und unmittelbar ausgezahlt.

³Die Langfristkomponente wird in drei gleich große Tranchen aufgeteilt. Diese bestehen jeweils zur Hälfte aus einer Barkomponente. Die zweite Hälfte wird mit dem Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse von zehn Handels-tagen, die vor dem Tag liegen, an dem der Aufsichtsrat das Erreichen des Nachhaltigkeitskriteriums festgestellt hat, in Phantom Shares umgewandelt, ein Jahr gesperrt und mit dem dann aktuellen Aktienkurs in den Euro-betrag umgerechnet und ausgezahlt. Nur wenn die jeweiligen Nachhaltigkeitskriterien erfüllt sind, werden die Tranchen 2013, 2014 und 2015 ausgezahlt bzw. in Phantom Shares umgewandelt und gesperrt. Andernfalls wird die jeweilige Tranche ins folgende Jahr verschoben und erneut bewertet. Sofern im letzten Jahr der Nachhaltigkeitsphase das Nachhaltigkeitskriterium nicht erfüllt ist, entfällt die Langfristkomponente ersatzlos, andernfalls werden auch diejenigen Anteile ausgezahlt, die verschoben wurden.

⁴Da das Nachhaltigkeitskriterium erfüllt ist, wurde die erste Tranche der Langfristkomponente für 2010 zur Hälfte in bar in der dargestellten Höhe ausgezahlt. Die zweite Hälfte wurde wie in Fußnote 2 dargestellt behandelt.

Versorgungszusagen

Die Mitglieder des Vorstands verfügen über einzelvertragliche unmittelbare Pensionszusagen. Aufgrund der unterschiedlichen beruflichen Historie der einzelnen Vorstandsmitglieder sind die Versorgungszusagen in den Detailregelungen teilweise unterschiedlich ausgestaltet.

Vorgesehen sind Versorgungsleistungen, wenn das Vorstandsmitglied wegen Invalidität, Tod oder altersbedingt aus dem Dienst ausscheidet. Leistungen wegen Alters werden in der Regel ab Vollendung des 62. Lebensjahres gewährt.

Nach den bis zum 28. Februar 2007 geltenden Standard-Versorgungszusagen entstehen Ruhegehaltsansprüche grundsätzlich nach einer Amtszeit von mindestens fünf Jahren. Ausnahmen vom Erfordernis dieser Mindestamtszeit bestehen teilweise bei Invalidität.

Die Höhe der Pensionen hängt von der Dauer der Dienstzeit und der Höhe der versorgungsfähigen Bezüge ab. Versorgungsfähiges Einkommen ist nur das Fixum (Grundgehalt). Mit Ausnahme der Vorstandsmitglieder Dr. Daberkow, Heß, Küpker, Storr und Strauß ist eine Obergrenze für das versorgungsfähige Grundgehalt festgelegt. Grundsätzlich ist nach Ablauf von fünf Jahren Dienstzeit als Vorstand ein Versorgungsgrad von 50 % erreicht. Der Steigerungsbetrag beträgt regelmäßig 2 % pro rentenfähigem Dienstjahr. Der maximale Versorgungsgrad (60 %) ist in der Regel nach zehn Dienstjahren erreicht.

Die Versorgungszusagen enthalten zusätzlich Regelungen über die Zahlung von Übergangsgeld bei Ausscheiden wegen Erreichens der Altersgrenze bzw. wegen Invalidität. Die Bezugsdauer beträgt zwei Jahre.

Für den Fall der Beendigung des Vorstandsvertrags durch die Deutsche Postbank AG vor Ablauf der planmäßigen Vertragszeit ist in den Fällen der Herren Dr. Daberkow, Schmid und Stemmer vorgesehen, dass die Versorgung so berechnet wird, als sei der Vorstandsvertrag bis zum planmäßigen Ende erfüllt worden. Dies gilt nicht, wenn die Deutsche Postbank AG das Anstellungsverhältnis aus wichtigem Grund kündigt. Die Dienstzeit des Vorstandsmitglieds Dr. Daberkow wird ab dem erstmaligen Abschluss eines Vorstandsanstellungsvertrags mit Wirkung zum 1. November 2005 bemessen.

Die Anpassung der späteren Rentenleistungen erfolgt entsprechend der prozentualen Entwicklung der höchsten Tarifgruppe des Tarifvertrags des Verbands öffentlicher Banken. Im Übrigen erfolgt die Anpassung nach der Entwicklung des Verbraucherpreisindexes für Deutschland.

Im Mai 2007 hat der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG für die erstmals nach dem 31. März 2007 berufenen Vorstände eine Umstellung der Versorgung vom bisherigen endgehaltsabhängigen Versorgungssystem auf eine beitragsorientierte Leistungszusage beschlossen. Der Versorgungszusage der danach neu eingetretenen Vorstandsmitglieder Heß, Küpker, Dr. Meyer, Storr und Strauß sowie der 2012 umgestellten Versorgungszusage von Dr. Daberkow liegen daher folgende Eckpunkte zugrunde: Für jedes rentenfähige Dienstjahr erfolgt die Zuteilung eines Versorgungsbeitrags in Höhe von 25 % des versorgungsfähigen Grundgehalts. Die Versorgungsbeiträge werden

einem virtuellen Versorgungskonto gutgeschrieben, das ab dem Zeitpunkt der Zuteilung bis zum Eintritt des Leistungsfalls jährlich mit dem für die steuerliche Bewertung von unmittelbaren Versorgungszusagen maßgeblichen Zinssatz verzinst wird. Für die Herren Dr. Daberkow, Küpker und Dr. Meyer sind im Zusammenhang mit der Niederlegung der Vorstandsmandate Zuteilungen von Sonderbeiträgen vereinbart. Im Versorgungsfall ergibt sich die Rentenhöhe, indem das auf dem Versorgungskonto angesammelte Versorgungsvermögen nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf die voraussichtliche Rentenbezugsdauer verteilt wird. Die Einhaltung einer Wartezeit ist nicht erforderlich; die Ansprüche aus den Versorgungszusagen sind sofort unverfallbar. Eine Anpassung der Renten erfolgt in Höhe von 1 % p. a.

Die Vorstandsmitglieder Dr. Daberkow, Heß, Küpker, Dr. Meyer, Storr und Strauß haben ein Wahlrecht zwischen laufender Ruhegeldleistung und Kapitalauszahlung.

Versorgungszusagen und Individualausweis

Pensionszusagen			
	Versorgungsgrad am 31.12.2012	Maximalversorgungsgrad	Dienstzeitaufwand (service cost) für die Pensionsverpflichtung €
	%	%	€
Hans-Peter Schmid	54	60,00	288.611
Ralf Stemmer	56	60,00	101.050

	Beitragssumme für 2012	Stand des Versorgungskontos am 31.12.2012	Dienstzeitaufwand (service cost) für die Pensionsverpflichtung €
	€	€	€
Frank Strauß	150.000	240.885	211.400
Dr. Mario Daberkow ^{1, 2}	375.000	903.859	161.049
Marc Heß ³	165.000	1.510.090	260.958
Horst Küpker ¹	412.500	1.167.443	231.467
Dr. Michael Meyer ¹	377.083	1.454.874	175.898
Hanns-Peter Storr	150.000	298.125	199.710

¹Bei den Vorstandsmitgliedern Dr. Daberkow, Küpker und Dr. Meyer führen Zuteilungen von Sonderbeiträgen im Zusammenhang mit der Niederlegung der Vorstandsmandate zum Anstieg der Beitragssummen.

²Die Versorgungszusage wurde im Jahr 2012 auf das aktuelle Modell umgestellt.

³Bei dem Vorstandsmitglied Heß erstattet die Deutsche Bank AG 20 % der wirtschaftlichen Lasten.

Die Bezüge für ehemalige Mitglieder des Vorstands bzw. deren Hinterbliebene betragen 3,09 Mio € (Vorjahr: 2,77 Mio €).

Der nach internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen ermittelte Verpflichtungsumfang (Defined Benefit Obligation, kurz „DBO“) für laufende Pensionen und Anwartschaften ehemaliger Vorstandsmitglieder beläuft sich auf 75,67 Mio € (Vorjahr: 51,34 Mio €).

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Hauptversammlung der Postbank hat die Vergütung des Aufsichtsrats letztmals im Jahr 2004 geändert und an die Vorgaben des Corporate Governance Kodex angepasst. Das Vergütungssystem wurde in § 15 der Satzung der Postbank festgeschrieben. Danach besteht die jährliche Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats aus einer festen und einer jährlichen erfolgsabhängigen sowie einer erfolgsabhängigen Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung. Sie trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsarbeit sowie dem wirtschaftlichen Erfolg der Postbank Rechnung. Vorsitz, stellvertretender Vorsitz und Ausschusstätigkeit werden bei Bemessung der Vergütungshöhe berücksichtigt.

Die Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds ohne Ausschussmitgliedschaft setzt sich wie folgt zusammen: Die feste jährliche Vergütung (Fixum) beträgt 15.000 €, die erfolgsorientierte jährliche Vergütung 300 € für jeweils 0,03 €, um die der Konzerngewinn pro Aktie im jeweiligen Geschäftsjahr den Betrag von 2,00 € übersteigt. Ein Anspruch auf eine erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung besteht in Höhe von 300 € für jeweils 1%, um die der Konzerngewinn pro Aktie des zweiten dem jeweiligen Geschäftsjahr nachfolgenden Geschäftsjahres den Konzerngewinn pro Aktie des dem jeweiligen Geschäftsjahr vorangegangenen Geschäftsjahres übersteigt.

Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache der Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds, sein Stellvertreter das 1,5-Fache. Die Übernahme des Vorsitzes in einem Aufsichtsratsausschuss erhöht die Vergütung um das 1-Fache, die einfache Ausschussmitgliedschaft jeweils um das 0,5-Fache. Dies gilt nicht für die Mitgliedschaft im Vermittlungs- und im Nominierungsausschuss.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben zudem Anspruch auf Ersatz der ihnen bei der Ausübung ihres Amtes entstehenden Auslagen sowie auf etwaige Umsatzsteueraufwendungen. Darüber hinaus erhält jedes teilnehmende Mitglied des Aufsichtsrats ein Sitzungsgeld von 250 € je Sitzung des Gesamtaufichtsrats oder eines Ausschusses.

Die Höhe der Aufsichtsratsvergütung ist in mehrfacher Hinsicht begrenzt: Die beiden variablen Vergütungskomponenten dürfen jeweils für sich genommen den Betrag der festen jährlichen Vergütung nicht überschreiten. Ferner darf die kurzfristige variable Vergütung insgesamt 0,5% des Bilanzgewinns der Gesellschaft, vermindert um einen Betrag von 4% der auf den geringsten Ausgabebetrag der Aktien geleisteten Einlagen, nicht übersteigen. Die Ausschussvergütung darf das 2-Fache der Vergütung des Aufsichtsratsmitglieds nicht übersteigen.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten die Vergütung nach der Hauptversammlung.

Aufsichtsratsmitglieder, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat angehören, erhalten die Vergütung zeitanteilig.

Für Mandatsträger aus dem Deutsche Bank Konzern erfolgt aufgrund interner Policies der Deutschen Bank AG keine Vergütung für Mandate in konzerneigenen Gesellschaften. Die betroffenen Personen haben hierzu eine Verzichtserklärung gegenüber der Postbank abgegeben.

Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2012 beträgt einschließlich der Sitzungsgelder 784,8 T€ (Vorjahr: 825,6 T€). Ergebnisbezogen haben die Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2012 keinen Anspruch auf eine erfolgsorientierte kurzfristige variable Vergütung. Aufgrund der nachhaltigen Ergebnisverbesserung der Postbank erhalten die Mitglieder eine erfolgsorientierte Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung.

Die Gesamtvergütung für das Geschäftsjahr 2012 gliedert sich wie folgt auf:

Mitglieder des Aufsichtsrats	Geschäftsjahr 2012			Geschäftsjahr 2011		
	Fixum	Variabel ¹	Summe	Fixum	Variabel ¹	Summe
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Rainer Neske ²	–	–	–	–	–	–
Frank Bsirske	45,0	20,8	65,8	45,0	3,3	48,3
John Allan	–	–	–	–	3,3	3,3
Wilfried Anhäuser	9,7	19,7	29,4	22,5	26,5	49,0
Dr. Frank Appel	–	17,5	17,5	–	35,0	35,0
Marietta Auer	9,6	20,2	29,8	22,5	25,3	47,8
Dr. Hugo Bänziger ²	–	–	–	–	–	–
Rolf Bauermeister	15,0	17,0	32,0	15,0	16,8	31,8
Susanne Bleidt	12,9	1,5	14,4	–	–	–
Wilfried Boysen	15,0	16,8	31,8	15,0	16,5	31,5
Henry B. Cordes	–	4,2	4,2	–	9,2	9,2
Prof. Dr. Edgar Ernst	30,0	34,0	64,0	30,0	34,5	64,5
Annette Harms	6,4	12,9	19,3	15,0	16,8	31,8
Stefanie Heberling ²	–	–	–	–	–	–
Timo Heider	19,3	10,6	29,9	15,0	1,5	16,5
Dr. Tessen von Heydebreck	30,0	26,8	56,8	27,1	18,6	45,7
Dr. Peter Hoch	30,0	33,8	63,8	30,0	35,3	65,3
Elmar Kallfelz	12,9	27,0	39,9	30,0	31,5	61,5
Prof. Dr. Ralf Krüger	9,7	20,2	29,9	22,5	27,3	49,8
Hans-Jürgen Kummetat	8,6	0,8	9,4	–	–	–
Dr. Hans-Dieter Petram	–	10,4	10,4	8,9	18,7	27,6
Dr. Bernd Pfaffenbach	–	–	–	–	1,5	1,5
Dr. Christian Ricken ²	–	–	–	–	–	–
Bernd Rose	17,2	2,8	20,0	–	–	–
Lawrence A. Rosen	15,0	16,0	31,0	15,0	6,4	21,4
Elmo von Schorlemer	–	–	–	–	1,5	1,5
Torsten Schulte	–	2,5	2,5	–	11,4	11,4
Christian Sewing ²	–	–	–	–	–	–
Michael Sommer	–	6,2	6,2	–	22,4	22,4
Eric Stadler	22,5	26,5	49,0	22,5	19,9	42,4
Werner Steinmüller ²	–	–	–	–	–	–
Gerd Tausendfreund	22,5	26,3	48,8	22,5	26,5	49,0
Renate Treis	30,0	34,3	64,3	30,0	27,4	57,4
Wolfgang Zimny	12,9	1,8	14,7	–	–	–
Summe	374,2	410,6	784,8	388,5	437,1	825,6

¹Die ausgewiesene variable Vergütung beinhaltet die für das jeweilige Geschäftsjahr an das Aufsichtsratsmitglied zu zahlende kurzfristige und langfristige Vergütung sowie das Sitzungsgeld.

²Nach Satzung der Postbank besteht auch bei Zugehörigkeit zum Deutsche Bank Konzern ein Anspruch auf Vergütung. Herr Neske, Herr Dr. Bänziger, Frau Heberling, Herr Dr. Ricken, Herr Sewing und Herr Steinmüller haben aufgrund konzerninterner Policies der Deutschen Bank AG auf die Auszahlung der Vergütung verzichtet.

Herr Dr. Hoch erhielt für seine Aufsichtsrats Tätigkeit innerhalb des BHW Konzerns eine Vergütung in Höhe von 24,7 T€, Herr Heider in Höhe von 22,7 T€.

Die von den Arbeitnehmern gewählten Mitglieder haben im Geschäftsjahr 2012 eine arbeitsvertragliche Vergütung in Höhe von 517,4 T€ erhalten.

Darüber hinaus wurden an Mitglieder des Aufsichtsrats keine Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen außerhalb der Aufsichtsrats Tätigkeit, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen gewährt. Die arbeitsvertragliche Vergütung der von den Arbeitnehmern gewählten Mitglieder ist davon ausgenommen.

Aktienbesitz des Vorstands und des Aufsichtsrats

Der Aktienbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder beträgt im Geschäftsjahr 2012 weniger als 1% der von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien.

Zum Bilanzstichtag waren Kredite an Mitglieder des Vorstands und Mitglieder des Aufsichtsrats in Höhe von 685,0 T€ (Vorjahr: 766,8 T€) gewährt. An im Geschäftsjahr 2012 ausgeschiedene Vorstandsmitglieder werden keine Kredite geführt. Weitere Haftungsverhältnisse wurden nicht eingegangen.

D&O-Versicherung

Die Mitglieder des Vorstands und die Mitglieder des Aufsichtsrats sind nach den international gültigen Standards im Rahmen einer D&O-Versicherung versichert. Entsprechend den Erfordernissen des Corporate Governance Kodex, ist im Schadenfall eine Eigenbeteiligung der einzelnen Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder vorgesehen.

(56) Andere Angaben

Die Deutsche Postbank AG gehört dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e.V. sowie der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH an.

Die Deutsche Postbank AG hat für ihre Tochtergesellschaft PB Capital Corporation, Delaware, USA, Garantieerklärungen in Höhe von 208 Mio € abgegeben. Diese bestehen im Wesentlichen aus einer Mietgarantie für Büroräume, Derivate sowie für Repogeschäfte und Geschäfte mit der Deutschen Bank und weiteren Banken. Des Weiteren hat die Postbank eine Garantieerklärung gegenüber der PB Finance (Delaware), Inc., Delaware, USA, für das Commercial-Paper-Programm in Höhe von 1.100 Mio € abgegeben. Die Deutsche Bank AG hat sich – im Rahmen des Erwerbs aller Gesellschaftsanteile an der PB (USA) Holdings, Inc., Delaware, USA, zum Beginn des 1. Januar 2013 – verpflichtet, die Postbank im Innenverhältnis von allen etwaigen bisherigen und künftigen Verpflichtungen aus den vorgenannten Garantien freizustellen. Die Postbank hat außerdem eine Garantie gegenüber der Deutschen Postbank International S.A., Luxemburg, in Höhe von 640 Mio € abgegeben. Darin werden im Wesentlichen Engagements in Form von Risikounterbeteiligungsvereinbarungen abgesichert, die u. a. die Großkreditgrenze der Deutschen Postbank International S.A., Luxemburg, überschreiten.

(57) Namen und Mandate der Organmitglieder

Vorstand

Mitglieder des Vorstands sind:	
Frank Strauß, Bad Nauheim (Vorsitzender seit 1. Juli 2012)	
Stefan Jütte, Bonn (Vorsitzender bis 30. Juni 2012)	bis 30. Juni 2012
Dr. Mario Daberkow, Bonn	bis 31. Dezember 2012
Marc Heß, Bonn	
Horst Kúpker, Bad Honnef	bis 31. Dezember 2012
Dr. Michael Meyer, Bonn	bis 31. Dezember 2012
Hans-Peter Schmid, Baldham	
Ralf Stemmer, Königswinter	
Hanns-Peter Storr, Bonn	

Mandate der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG zum 31. Dezember 2012 in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

Frank Strauß	Vorsitzender des Vorstands seit 1. Juli 2012
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. Januar 2013) Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2012)	BHW Holding AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. Januar 2013) Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2012)	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Mitglied und ab gleichem Datum auch Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 17. April 2012)	PB Firmenkunden AG, Bonn
Vorsitzender des Board of Directors (vom 1. Juli 2012 bis 6. Februar 2013) Mitglied des Board of Directors (bis 30. Juni 2012)	PB Capital Corporation, Wilmington (Delaware, USA)
Vorsitzender des Board of Directors (vom 1. Juli 2012 bis 6. Februar 2013) Mitglied des Board of Directors (bis 30. Juni 2012)	PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington (Delaware, USA)
Mitglied und ab gleichem Datum auch Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. Juli 2012)	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Bank Bauspar-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats	norisbank GmbH, Berlin
Mitglied des Beirats (seit 1. Mai 2012)	CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG, Köln

Stefan Jütte		Mitglied und Vorsitzender des Vorstands bis 30. Juni 2012	
Funktion	Gesellschaft		
Mitglied und ab gleichem Datum auch Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 15. Mai 2012)	IVG Immobilien AG, Bonn		
Im Laufe des Jahres aufgegeben Mandate			
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. Juni 2012)	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn		
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 17. April 2012)	PB Firmenkunden AG, Bonn		
Vorsitzender des Board of Directors (bis 30. Juni 2012)	PB Capital Corporation, Wilmington (Delaware, USA)		
Vorsitzender des Board of Directors (bis 30. Juni 2012)	PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington (Delaware, USA)		

Dr. Mario Daberkow		Mitglied des Vorstands bis 31. Dezember 2012	
Funktion	Gesellschaft		
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2012)	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main		
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2012)	Postbank Systems AG, Bonn		
Vorsitzender des Aufsichtsrats (vom 1. Oktober 2012 bis 31. Dezember 2012) Mitglied des Aufsichtsrats (seit 17. September 2012)	BHW Kreditservice GmbH, Hameln		
Vorsitzender des Beirats (bis 31. Dezember 2012)	Postbank Support GmbH, Köln		
Mitglied und ab gleichem Datum auch Vorsitzender des Beirats (vom 14. August 2012 bis 31. Dezember 2012)	VÖB-ZVD Processing GmbH, Frankfurt am Main		
Stv. Vorsitzender des Beirats (bis 31. Dezember 2012)	Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main		
Stv. Vorsitzender des Board of Directors (bis 31. Dezember 2012)	Eurogiro A/S, Taastrup (Dänemark)		
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2012)	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln		
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2012)	BHW Holding AG, Hameln		
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2012)	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn		
Bereits vor dem 31. Dezember 2012 im Laufe des Jahres aufgegeben Mandate			
Vorsitzender des Beirats (bis 14. August 2012)	VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn		

Marc Heß	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Im Laufe des Jahres aufgegeben Mandate	
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2012)	BHW Holding AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 28. September 2012)	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2012)	PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Bonn

Horst Küpker		Mitglied des Vorstands bis 31. Dezember 2012	
Funktion	Gesellschaft		
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2012)	PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Bonn		
Vorsitzender des Verwaltungsrats (bis 31. Dezember 2012)	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg		
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2012)	PB Firmenkunden AG, Bonn		
Mitglied des Board of Directors (bis 31. Dezember 2012)	PB Capital Corporation, Wilmington (Delaware, USA)		
Mitglied des Board of Directors (bis 31. Dezember 2012)	PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington (Delaware, USA)		
Bereits vor dem 31. Dezember 2012 im Laufe des Jahres aufgegeben Mandate			
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 28. September 2012)	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main		
Vorsitzender des Verwaltungsrats (bis 16. August 2012)	Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Luxemburg		

Dr. Michael Meyer	
Mitglied des Vorstands bis 31. Dezember 2012	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2012)	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2012)	BHW Holding AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2012)	Postbank Direkt GmbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2012)	PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2012)	Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2012)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats (bis 31. Dezember 2012)	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Mitglied und ab gleichem Datum auch stv. Vorsitzender des Beirats (vom 14. August 2012 bis 31. Dezember 2012)	VÖB-ZVD Processing GmbH, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats (vom 28. März 2012 bis 31. Dezember 2012)	Deutsche Bank Bauspar-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2012)	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2012)	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2012)	PB Lebensversicherung AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2012)	PB Versicherung AG, Hilden
Mitglied des Verwaltungsrats (bis 31. Dezember 2012)	VISA Deutschland e.V., Frankfurt am Main
Mitglied des Beirats (bis 31. Dezember 2012)	Talanx Deutschland Bancassurance, Hilden
Mitglied des Beirats (bis 31. Dezember 2012)	Verband der Sparda-Banken e.V., Frankfurt am Main
Mitglied des Wirtschaftsbeirats (bis 31. Dezember 2012)	HUK-Coburg Versicherungsgruppe, Coburg
Bereits vor dem 31. Dezember 2012 im Laufe des Jahres aufgegeben Mandate	
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 28. September 2012)	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats (bis 16. August 2012)	Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Beirats (bis 14. August 2012)	VÖB-ZVD Bank für Zahlungsdienstleistungen GmbH, Bonn

Hans-Peter Schmid	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Bayerische Börse AG, München
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 2. Januar 2013) Mitglied des Aufsichtsrats (bis 1. Januar 2013)	Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln
Mitglied des Beirats	Talanx Deutschland Bancassurance, Hilden
Im Laufe des Jahres aufgegeben Mandate	
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 30. August 2012)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln

Ralf Stemmer	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Direkt GmbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 2. Januar 2013) Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Januar 2013)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Systems AG, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Pensionsfonds AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Verwaltungsrats	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost, Bonn
Mitglied des Verwaltungsrats (seit 1. Januar 2013)	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Im Laufe des Jahres aufgegeben Mandate	
Stv. Vorsitzender des Beirats (bis 31. Dezember 2012)	Postbank Support GmbH, Köln

Hanns-Peter Storr	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Januar 2013)	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Januar 2013)	BHW Holding AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	norisbank GmbH, Berlin

Der Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG setzt sich wie folgt zusammen:

1. Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner	
Rainer Neske Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG, Bad Soden (Vorsitzender)	
Dr. Hugo Bänziger Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG, London (bis 31. Mai 2012)	bis 30. April 2012
Wilfried Boysen Kaufmann, Hamburg	
Prof. Dr. Edgar Ernst Präsident Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung DPR e.V., Bonn	
Stefanie Heberling Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Mitglied der Geschäftsleitung Privatkunden Deutschland-RegionsExCo West, Wuppertal	
Dr. Tessen von Heydebreck ehem. Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG und derzeit Vorsitzender des Vorstands Deutsche Bank Stiftung, Berlin	
Dr. Peter Hoch Privatier, München	
Prof. Dr. Ralf Krüger Unternehmensberater, Kronberg	bis 5. Juni 2012
Dr. Christian Ricken Mitglied des Group Executive Committee, Chief Operating Officer PBC, Deutsche Bank AG, Bad Homburg v. d. Höhe	seit 5. Juni 2012
Lawrence A. Rosen Mitglied des Vorstands Deutsche Post AG, Bonn	
Christian Sewing Chief Credit Officer Deutsche Bank Gruppe, Osnabrück	seit 9. Mai 2012
Werner Steinmüller Mitglied Group Executive Committee, Head of Global Transaction Banking Deutsche Bank AG, Dreieich	

2. Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer	
Frank Bsirske Gewerkschaftssekretär, Vorsitzender Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Berlin (Stv. Vorsitzender)	
Wilfried Anhäuser Betriebsratsmitglied Postbank Filialvertrieb AG, Kerpen (bis 11. Dezember 2012)	bis 5. Juni 2012
Marietta Auer Abteilungsleiterin Deutsche Postbank AG, Zentrale, Unterhaching (bis 30. Juni 2012)	bis 5. Juni 2012
Rolf Bauermeister Bundesfachgruppenleiter Postdienste Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Bundesverwaltung, Berlin	
Susanne Bleidt Mitglied des Gesamtbetriebsrats Postbank Filialvertrieb AG, Bell	seit 5. Juni 2012
Annette Harms Stv. Vorsitzende des Betriebsrats Deutsche Postbank AG, Hamburg	bis 5. Juni 2012
Timo Heider Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft und Postbank Finanzberatung AG, Hameln	
Elmar Kallfelz Vorsitzender des Europäischen Betriebsrats Deutsche Post AG, Wachtberg	bis 5. Juni 2012
Hans-Jürgen Kummetat Beamter, Köln	seit 5. Juni 2012
Bernd Rose Vorsitzender Gesamtbetriebsrat Postbank Filialvertrieb AG/Postbank Filial GmbH, Menden (Sauerland)	seit 5. Juni 2012
Eric Stadler Vorsitzender des Betriebsrats Betriebs-Center für Banken AG, Markt Schwaben	
Gerd Tausendfreund Gewerkschaftssekretär Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Nidderau	
Renate Treis Stv. Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats Deutsche Postbank AG, Brühl	
Wolfgang Zimny, Bankjurist, Abteilungsleiter Deutsche Postbank AG, Zentrale, Bornheim	seit 5. Juni 2012

Mandate der Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Postbank AG zum 31. Dezember 2012 in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner

Rainer Neske	
Vorsitzender des Aufsichtsrats	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Frankfurt am Main

Dr. Hugo Bänziger	
Mitglied des Aufsichtsrats bis 30. April 2012	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. März 2012)	DWS Investment GmbH, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Verwaltungsrats (bis 31. März 2012)	Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 1. September 2012)	EUREX Clearing AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 1. September 2012)	EUREX Frankfurt AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Verwaltungsrats (bis 1. September 2012)	EUREX Zürich AG, Zürich
Mitglied des Board of Directors (bis 31. März 2012)	Deutsche Bank Trust Company Americas, New York
Mitglied des Board of Directors (bis 31. März 2012)	Deutsche Bank Trust Corporation, New York

Wilfried Boysen	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Hanse Marine-Versicherung AG, Hamburg
Mitglied des Aufsichtsrats	ASKLEPIOS Kliniken Hamburg GmbH, Hamburg

Prof. Dr. Edgar Ernst	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Gildemeister AG, Bielefeld
Mitglied des Aufsichtsrats	Österreichische Post AG, Wien
Mitglied des Aufsichtsrats	TUI AG, Berlin und Hannover
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 23. Januar 2012)	Wincor Nixdorf AG, Paderborn

Dr. Tessen von Heydebreck	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Dussmann Verwaltungs AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	Vattenfall Europe AG, Berlin

Dr. Peter Hoch	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln

Prof. Dr. Ralf Krüger	
Mitglied des Aufsichtsrats bis 5. Juni 2012	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	DIAMOS AG, Sulzbach
Mitglied des Aufsichtsrats	VERIANOS AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Beirats	CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG, Köln

Dr. Christian Ricken	
Mitglied des Aufsichtsrats seit 5. Juni 2012	
Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	norisbank GmbH, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Bank PBC SA, Warschau
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Oktober 2012)	Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Board of Directors	HuaXia Bank Co., Ltd., Beijing

Christian Sewing	
Mitglied des Aufsichtsrats seit 9. Mai 2012	
Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Vorstands	Frankfurter Institut für Risikomanagement und Regulierung (FIRM), Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	BHF-BANK Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main

Werner Steinmüller	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Bank Nederland N.V., Amsterdam
Mitglied des Verwaltungsrats	Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg
Mitglied des Beirats	True Sale International GmbH, Frankfurt am Main

Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer

Frank Bsirske		Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	
Funktion	Gesellschaft		
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Lufthansa AG, Köln		
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	RWE AG, Essen		
Mitglied des Aufsichtsrats	IBM Central Holding GmbH, Ehningen		
Mitglied des Verwaltungsrats	Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main		

Wilfried Anhäuser		Mitglied des Aufsichtsrats bis 5. Juni 2012	
Funktion	Gesellschaft		
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 11. Dezember 2012)	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn		

Rolf Bauermeister			
Funktion	Gesellschaft		
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Post AG, Bonn		

Susanne Bleidt		Mitglied des Aufsichtsrats seit 5. Juni 2012	
Funktion	Gesellschaft		
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn		
Mitglied der Mitgliederversammlung	Erholungswerk Post, Postbank, Telekom e.V., Stuttgart		

Timo Heider			
Funktion	Gesellschaft		
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln		
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 14. Februar 2012)	BHW Holding AG, Hameln		
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Pensionskasse der BHW Bausparkasse VVaG, Hameln		

Bernd Rose		Mitglied des Aufsichtsrats seit 5. Juni 2012	
Funktion	Gesellschaft		
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	ver.di Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Berlin		
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn		

Gerd Tausendfreund			
Funktion	Gesellschaft		
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 8. Juni 2012)	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln		
Mitglied des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main		

Renate Treis			
Funktion	Gesellschaft		
Mitglied der Mitgliederversammlung	Erholungswerk Post, Postbank, Telekom e.V., Stuttgart		

(58) Honorar des Abschlussprüfers gemäß §§ 285 Nr. 17, 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB

	2012 Mio €	2011 Mio €
Abschlussprüfungen	7,6	7,1
Andere Bestätigungsleistungen	2,0	3,0
Steuerberatungsleistungen	0,2	0,2
Sonstige Leistungen, die für das Mutterunternehmen oder Tochterunternehmen erbracht worden sind	2,5	4,1
Gesamt	12,3	14,4

Die Honorare werden im Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den Anforderungen des IDW RS HFA 36 „Anhangangaben nach §§ 285 Nr. 17, 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB über das Abschlussprüferhonorar“ ohne Umsatzsteuer angegeben.

(59) Inanspruchnahme von § 264 Abs. 3 HGB

Die Postbank nimmt für das Geschäftsjahr 2012 die Erleichterungen des § 264 Abs. 3 HGB für folgende Gesellschaften in Anspruch:

Postbank Beteiligungen GmbH

Postbank Direkt GmbH

Postbank Filial GmbH

Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH

(60) Angaben gemäß § 313 Abs. 2 HGB

Anteilsbesitzliste

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil am Kapital %	Eigenkapital T€	Jahresergebnis ⁸ T€
a) Verbundene Unternehmen			
In den Konzernabschluss einbezogen			
Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main	100,0	274.579	30.325
BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln	100,0	983.831	0 ¹
BHW Gesellschaft für Vorsorge mbH, Hameln	100,0	242.370	0 ¹
BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH, Hameln	100,0	918.946	0 ¹
BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH & Co. Immobilienverwaltungs KG, Hameln	100,0	82.451	2.324
BHW Holding AG, Hameln	100,0	912.156	184.653 ⁷
BHW-Immobilien GmbH, Hameln	100,0	3.936	1.208
BHW Kreditservice GmbH, Hameln	100,0	25	0
Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH, Schuttrange (Munsbach), Luxemburg	100,0	558	508
Deutsche Postbank Funding LLC I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	14	-11
Deutsche Postbank Funding LLC II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	-11	-14
Deutsche Postbank Funding LLC III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	34	-1
Deutsche Postbank Funding LLC IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0	99	13
Deutsche Postbank Funding Trust I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	1	0
Deutsche Postbank Funding Trust II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	1	0
Deutsche Postbank Funding Trust III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	1	0
Deutsche Postbank Funding Trust IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0	63	3
Deutsche Postbank International S.A., Schuttrange (Munsbach), Luxemburg	100,0	901.815	69.379
DSL Holding Aktiengesellschaft i.A., Bonn	100,0	57.926	489
DSL Portfolio GmbH & Co. KG, Bonn	100,0	10.829	453
DSL Portfolio Verwaltungs GmbH, Bonn	100,0	26	0
Miami MEI, LLC, Dover, Delaware, USA	0,0	3.119	0 ^{2,5}
PB Capital Corporation, Wilmington, Delaware, USA	100,0	630.253	92.484 ²
PBC Carnegie, LLC, Wilmington, Delaware, USA	0,0	0	0 ^{2,5}
PB Factoring GmbH, Bonn	100,0	11.546	0 ¹
PB Finance (Delaware), Inc., Wilmington, Delaware, USA	100,0	190	0 ²
PB Firmenkunden AG, Bonn	100,0	1.100	0 ¹
PB Hollywood I Hollywood Station, LLC, Dover, Delaware, USA	0,0	662	411 ^{2,5}
PB Hollywood II Lofts, LLC, Dover, Delaware, USA	0,0	1.517	-4.173 ^{2,5}
PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Bonn		6.237.829	50.952 ⁶
Teilgesellschaftsvermögen PB 02	100,0	490.484	17.722
Teilgesellschaftsvermögen PB 03	100,0	134.148	1.478
Teilgesellschaftsvermögen PB 04	100,0	113.945	2.952
Teilgesellschaftsvermögen PB 05	100,0	34.625	900
Teilgesellschaftsvermögen PB 06	100,0	53.195	1.478
Teilgesellschaftsvermögen PB 07	100,0	281.849	8.382
Teilgesellschaftsvermögen PB 08	100,0	496.229	-4.784
Teilgesellschaftsvermögen PB 09	100,0	534.459	-44.726
Teilgesellschaftsvermögen PB 10	100,0	235.116	2.439
Teilgesellschaftsvermögen PB 11	100,0	613.324	11.640
Teilgesellschaftsvermögen PB 12	100,0	231.248	3.570
Teilgesellschaftsvermögen PB 13	100,0	336.787	12.595
Teilgesellschaftsvermögen PB 14	100,0	335.642	13.474
Teilgesellschaftsvermögen PB 15	100,0	149.253	2.611
Teilgesellschaftsvermögen PB 16	100,0	274.160	7.513
Teilgesellschaftsvermögen PB 17	100,0	202.185	3.719
Teilgesellschaftsvermögen PB 18	100,0	336.972	8.924
Teilgesellschaftsvermögen PB 20	100,0	130.651	5.964
Teilgesellschaftsvermögen PB 21	100,0	206.901	6.456
Teilgesellschaftsvermögen PB 22	100,0	69.421	1.303
Teilgesellschaftsvermögen PB 24	100,0	948.322	-10.227

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil am Kapital %	Eigenkapital T€	Jahresergebnis ⁸ T€
a) Verbundene Unternehmen			
In den Konzernabschluss einbezogen			
PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington, Delaware, USA	100,0	627.349	89.397 ²
PB (USA) Realty Corporation, New York, USA	94,7	1.114.886	37.250 ²
PMG Collins, LLC, Tallahassee, Florida, USA	100,0	6.019	666 ²
Postbank Beteiligungen GmbH, Bonn	100,0	310.325	0 ¹
Postbank Direkt GmbH, Bonn	100,0	20.858	0 ¹
Postbank Filial GmbH, Bonn	100,0	25	0 ¹
Postbank Filialvertrieb AG, Bonn	100,0	55	0 ¹
Postbank Finanzberatung AG, Hameln	100,0	25.300	-4.830
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn	100,0	18.874	0 ¹
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG, Bonn	90,0	8.670	1.626
Postbank Leasing GmbH, Bonn	100,0	500	0 ¹
Postbank P.O.S. Transact GmbH, Eschborn	100,0	11.406	2.395
Postbank Support GmbH, Köln	100,0	759	0 ¹
Postbank Systems AG, Bonn	100,0	51.591	0 ¹
Postbank Versicherungsvermittlung GmbH, Bonn	100,0	25	0 ¹
VÖB-ZVD Processing GmbH, Frankfurt am Main	75,0	5.383	1.053 ⁴
Nicht in den Konzernabschluss einbezogen			
BHW Direktservice GmbH, Hameln	100,0	3.309	-200
BHW Eurofinance B.V., Arnheim, Niederlande	100,0	674	153
BHW Financial Srl in liquidazione, Verona, Italien	100,0	882	139
BHW Invest, Société à responsabilité limitée, Luxemburg, Luxemburg	100,0	5.611	594
CREDA Objektanlage- und -verwaltungsgesellschaft mbH, Bonn	100,0	1.000	0 ¹
DPB Regent's Park Estates (GP) Holding Limited, London, Großbritannien	100,0	0	0 ³
DPB Regent's Park Estates (LP) Holding Limited, London, Großbritannien	100,0	0	2.433 ³
easyhyp GmbH, Hameln	100,0	186	80
EC EUROPA IMMOBILIEN FONDS NR. 3 GmbH & CO. KG, Hamburg	65,2	-3.644	-6.629
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Suhl „Rimbachzentrum“ KG, Bad Homburg v. d. Höhe	74,0	0	-106
Iphigenie Verwaltungs GmbH, Bonn	100,0	22	0
PB Kreditservice GmbH, Hameln	100,0	25	0
PB Sechste Beteiligungen GmbH, Bonn	100,0	54	0
Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln	100,0	1.138	55
Postbank Service GmbH, Essen	100,0	124	-1
SAB Real Estate Verwaltungs GmbH, Hameln	100,0	32	3
b) Beteiligungen, an denen mindestens 20 % der Kapitalanteile gehalten werden			
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Dresden „Louisenstraße“ KG, Bad Homburg v. d. Höhe	30,6	0	-45
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. „Leipzig-Magdeburg“ KG, Bad Homburg v. d. Höhe	40,7	0	-97
giropay GmbH, Frankfurt am Main	33,3	0	9
SRC Security Research & Consulting GmbH, Bonn	16,9	3.709	1.030
Starpool Finanz GmbH, Berlin	50,0	239	62
c) Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5 % der Stimmrechte überschreitet			
BSQ Bauspar AG, Nürnberg	14,1	31.803	0
HYPOPORT AG, Berlin	9,7	38.171	8.536
Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mit beschränkter Haftung, Leezen	11,0	37.860	1.599

¹ Ergebnis- und Verlustübernahmevertrag

² Umgerechnet zum Devisenkurs 1 EUR = 1,29317 USD

³ Umgerechnet zum Devisenkurs 1 EUR = 0,8161 GBP

⁴ Ein Geschäftsanteil von 25 % des Stammkapitals wird treuhänderisch vom Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands e.V. (VÖB) für die Postbank gehalten. Die Gesellschaft entstand im Geschäftsjahr 2012 aus der Verschmelzung der VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen und der Betriebs-Center für Banken Processing GmbH. Bei den angegebenen Daten handelt es sich um die Angaben aus dem Jahresabschluss 2011 des übernehmenden Rechtsträgers, der Betriebs-Center für Banken Processing GmbH.

⁵ Der Stimmrechtsanteil beträgt 100 %.

⁶ In der Gesellschaft sind zusätzlich die Anteile des Teilgesellschaftsvermögens PB 25 enthalten, die nicht von einer Gesellschaft des Postbank Konzerns gehalten werden.

⁷ Im Verlauf des Geschäftsjahres 2012 wurde zwischen der Deutschen Postbank AG und der BHW Holding AG ein Ergebnisabführungsvertrag abgeschlossen.

⁸ Die Angaben zu Eigenkapital und Jahresergebnis basieren auf den jeweils zuletzt festgestellten Jahresabschlüssen der Gesellschaften.

(61) Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex

Vorstand und Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG haben gemeinsam letztmalig am 20. Dezember 2012 die nach § 161 AktG vorgeschriebene Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex für das Geschäftsjahr 2012 abgegeben. Die Entsprechenserklärung ist im Internet auf unserer Homepage www.postbank.de im Wortlaut abrufbar.



VERSICHERUNG DES VORSTANDS

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Bonn, den 19. Februar 2013

Deutsche Postbank Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Frank Strauß

Marc Heß

Hans-Peter Schmid

Ralf Stemmer

Hanns-Peter Storr

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Deutsche Postbank AG, Bonn, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 20. Februar 2013

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Ralf Schmitz
Wirtschaftsprüfer

Christoph Theobald
Wirtschaftsprüfer

WEITERE INFORMATIONEN

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG QUARTALSÜBERSICHT	174
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG MEHRJAHRESÜBERSICHT	175
BILANZ MEHRJAHRESÜBERSICHT	176
SEGMENTBERICHTERSTATTUNG MEHRJAHRESÜBERSICHT	177
ANGEWANDTE RECHNUNGSLEGUNGSVORSCHRIFTEN	178
GREMIEN	180
GLOSSAR	182
ADRESSEN	187

05

WEITERE INFORMATIONEN

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG – QUARTALSÜBERSICHT

	2012				2011				2012	2011
	IV. Quartal Mio €	III. Quartal Mio €	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €	IV. Quartal Mio €	III. Quartal Mio €	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €	Jan.–Dez. Mio €	Jan.–Dez. Mio €
Zinserträge	1.439	1.499	1.551	1.611	1.747	1.744	1.701	1.708	6.100	6.900
Zinsaufwendungen	-788	-829	-849	-931	-994	-1.013	-1.001	-982	-3.397	-3.990
Zinsüberschuss	651	670	702	680	753	731	700	726	2.703	2.910
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-98	-93	-93	-100	-102	-80	-106	-95	-384	-383
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	553	577	609	580	651	651	594	631	2.319	2.527
Provisionserträge	343	368	350	362	355	382	380	385	1.423	1.502
Provisions- aufwendungen	-69	-73	-64	-63	-54	-64	-70	-62	-269	-250
Provisionsüberschuss	274	295	286	299	301	318	310	323	1.154	1.252
Handelsergebnis	-32	-23	-9	-39	63	-7	10	-2	-103	64
Ergebnis aus Finanzanlagen	-42	44	-7	-10	-105	-349	-182	82	-15	-554
Verwaltungsaufwand	-789	-743	-732	-735	-841	-734	-738	-891	-2.999	-3.204
Sonstige Erträge	77	19	32	20	39	24	22	22	148	107
Sonstige Aufwendungen	-48	-23	-21	-26	-42	-35	-14	-23	-118	-114
Ergebnis vor Steuern	-7	146	158	89	66	-132	2	142	386	78
Ertragsteuern ¹	-20	-24	-37	-25	40	40	-9	-37	-106	34
Ergebnis nach Steuern	-27	122	121	64	106	-92	-7	105	280	112
Ergebnis Konzern- fremde	-1	0	0	0	-1	0	0	0	-1	-1
Konzernverlust/ -gewinn	-28	122	121	64	105	-92	-7	105	279	111

VERKÜRZTE GESAMTERGEBNISRECHNUNG – QUARTALSÜBERSICHT

	2012				2011				2012	2011
	IV. Quartal Mio €	III. Quartal Mio €	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €	IV. Quartal Mio €	III. Quartal Mio €	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €	Jan.–Dez. Mio €	Jan.–Dez. Mio €
Ergebnis nach Steuern	-27	122	121	64	106	-92	-7	105	280	112
Sonstiges Ergebnis nach Steuern	134	161	-83	161	-16	-77	81	-12	373	-24
Veränderung der Neubewertungs- rücklage	164	169	-51	234	-19	-116	119	-19	516	-35
davon Bewer- tungsänderung	103	148	-56	214	-14	-110	89	-16	409	-51
davon Bestands- änderung	61	21	5	20	-5	-6	30	-3	107	16
Veränderung der Währungsumrech- nungsrücklage	-21	2	12	4	1	9	-2	1	-3	9
Erfolgsneutral gebildete Ertragsteuern	-9	-10	-44	-77	2	30	-36	6	-140	2
Gesamtergebnis Konzernfremde	-1	0	0	0	-1	0	0	0	-1	-1
Gesamtergebnis	106	283	38	225	89	-169	74	93	652	87

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG – MEHRJAHRESÜBERSICHT

	2008 Mio €	2009 Mio €	2010 Mio €	2011 Mio €	2012 Mio €
Zinserträge	9.938	7.987	6.978	6.900	6.100
Zinsaufwendungen	-7.443	-5.582	-4.247	-3.990	-3.397
Zinsüberschuss	2.495	2.405	2.731	2.910	2.703
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-498	-678	-561	-383	-384
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	1.997	1.727	2.170	2.527	2.319
Provisionserträge	1.683	1.623	1.586	1.502	1.423
Provisionsaufwendungen	-252	-285	-270	-250	-269
Provisionsüberschuss	1.431	1.338	1.316	1.252	1.154
Handelsergebnis	-389	-498	-241	64	-103
Ergebnis aus Finanzanlagen	-1.249	-148	-1	-554	-15
Verwaltungsaufwand	-2.969	-2.864	-2.934	-3.204	-2.999
Sonstige Erträge	218	178	175	107	148
Sonstige Aufwendungen	-103	-131	-170	-114	-118
Ergebnis vor Steuern	-1.064	-398	315	78	386
Ertragsteuern	179	475	-176	34	-106
Ergebnis nach Steuern	-885	77	139	112	280
Ergebnis Konzernfremde	-1	-1	-1	-1	-1
Konzernverlust/-gewinn	-886	76	138	111	279
Cost Income Ratio (CIR)	129,8 %	92,5 %	77,1 %	87,3 %	80,2 %
Eigenkapital-Rendite (RoE)					
vor Steuern	-23,3 %	-7,8 %	5,7 %	1,3 %	6,4 %
nach Steuern	-19,4 %	1,5 %	2,5 %	1,9 %	4,6 %

BILANZ – MEHRJAHRESÜBERSICHT

Aktiva	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 ¹ Mio €	31.12.2012 Mio €
Barreserve	3.417	4.534	3.248	3.652	2.054
Forderungen an Kreditinstitute	18.684	14.467	12.140	20.322	28.297
Forderungen an Kunden	105.318	111.043	111.783	110.743	106.266
Risikovorsorge	-1.323	-1.641	-1.764	-1.826	-1.745
Handelsaktiva	16.573	20.471	24.150	6.892	9.446
Hedging-Derivate	474	520	664	1.277	1.468
Finanzanlagen	83.058	72.359	58.980	46.480	37.027
Immaterielle Vermögenswerte	2.371	2.368	2.339	2.274	2.248
Sachanlagen	879	838	826	791	768
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	73	73	73	73	0
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	162	280	321	206	113
Latente Ertragsteueransprüche	863	552	347	404	122
Sonstige Aktiva	670	745	695	647	719
Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte	-	-	882	-	7.039
Summe der Aktiva	231.219	226.609	214.684	191.935	193.822

Passiva	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 ¹ Mio €	31.12.2012 Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	62.790	39.318	22.419	20.050	17.334
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	117.472	131.988	136.476	134.127	131.732
Verbriefte Verbindlichkeiten	16.342	16.722	12.860	12.727	9.436
Handelsspassiva	16.987	22.434	26.174	8.591	11.220
Hedging-Derivate	2.693	2.051	1.451	1.817	1.600
Rückstellungen	2.138	2.148	2.287	2.557	2.640
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.149	1.104	1.126	1.161	1.189
b) Sonstige Rückstellungen	989	1.044	1.161	1.396	1.451
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	192	174	77	129	115
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	1.091	305	284	153	137
Sonstige Passiva	826	711	665	689	721
Nachrangkapital	5.736	5.507	5.577	5.438	3.196
Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten	-	-	787	-	9.382
Eigenkapital	4.952	5.251	5.627	5.657	6.309
a) Gezeichnetes Kapital	547	547	547	547	547
b) Kapitalrücklage	2.010	2.010	2.010	2.010	2.010
c) Andere Rücklagen	3.278	2.614	2.928	2.985	3.469
d) Konzernverlust/-gewinn	-886	76	138	111	279
Anteile in Fremdbesitz	3	4	4	4	4
Summe der Passiva	231.219	226.609	214.684	191.935	193.822

SEGMENTBERICHTERSTATTUNG – MEHRJAHRESÜBERSICHT

	Retail Banking					Firmenkunden					Transaction Banking				
	2008 Mio €	2009 Mio €	2010 Mio €	2011 ¹ Mio €	2012 Mio €	2008 Mio €	2009 Mio €	2010 Mio €	2011 ¹ Mio €	2012 Mio €	2008 Mio €	2009 Mio €	2010 Mio €	2011 ¹ Mio €	2012 Mio €
Zinsüberschuss	2.226	2.141	2.341	2.428	2.461	386	543	624	442	390	4	1	2	2	1
Handelsergebnis	25	-32	15	-9	-29	-92	-140	-	-	-	-	-	-	-	-
Finanzanlage- ergebnis	-2	0	-5	-1	0	-241	-51	-14	-	-3	-	-	-	-	-
Provisionsüber- schuss	1.178	1.113	1.080	1.032	981	107	104	123	93	89	340	349	363	327	294
Gesamterträge	3.427	3.222	3.431	3.450	3.413	160	456	733	535	476	344	350	365	329	295
Verwaltungs- aufwand	-2.220	-2.189	-2.178	-2.204	-2.108	-171	-185	-151	-129	-129	-312	-317	-318	-295	-277
Risikovorsorge	-304	-345	-355	-291	-242	-143	-300	-209	-68	-48	-	-	-	-	-
Sonstige Erträge/ Aufwendungen	26	29	10	14	1	1	-2	9	11	8	16	6	20	14	11
Ergebnis vor Steuern	929	717	908	969	1.064	-153	-31	382	349	307	48	39	67	48	29
Cost Income Ratio (CIR)	64,8 %	67,9 %	63,5 %	63,9 %	61,8 %	106,9 %	40,6 %	20,6 %	24,1 %	27,1 %	90,7 %	90,6 %	87,1 %	89,7 %	93,9 %
Eigenkapital- Rendite vor Steuern (RoE)	41,9 %	32,5 %	57,9 %	41,1 %	42,8 %	-37,4 %	-5,7 %	115,2 %	51,9 %	43,3 %	-	-	-	-	-

	Financial Markets					NCOU			Übrige		Konsolidie- rung		Cost Center/ Konsolidierung		Konzern				
	2008 Mio €	2009 Mio €	2010 Mio €	2011 ¹ Mio €	2012 Mio €	2011 Mio €	2012 Mio €	2008 Mio €	2009 Mio €	2008 Mio €	2009 Mio €	2010 Mio €	2011 ¹ Mio €	2012 Mio €	2008 Mio €	2009 Mio €	2010 Mio €	2011 Mio €	2012 Mio €
Zinsüber- schuss	162	125	-228	92	-44	-59	-109	-281	-406	-2	1	-8	5	4	2.717	2.702	2.731	2.910	2.703
Handels- ergebnis	-6	47	-255	17	-4	62	-66	-325	-372	9	-1	-1	-6	-4	-2	-192	-241	64	-103
Finanz- anlage- ergebnis	-110	-21	18	67	70	-679	-98	-895	-76	-1	-	-	59	16	-1.033	-170	-1	-554	-15
Provisions- überschuss	57	27	-5	1	-3	3	10	-33	-42	-218	-213	-245	-204	-217	1.467	1.390	1.316	1.252	1.154
Gesamt- erträge	103	178	-470	177	19	-673	-263	-1.534	-896	-212	-213	-254	-146	-201	3.149	3.730	3.805	3.672	3.739
Verwal- tungs- aufwand	-92	-90	-106	-103	-79	-104	-111	-973	-864	799	781	-181	-369	-295	-2.100	-2.111	-2.934	-3.204	-2.999
Risiko- vorsorge	-22	-33	3	-3	5	-21	-99	-29	0	-	-	-	-	-	-490	-777	-561	-383	-384
Sonstige Erträge/ Aufwen- dungen	-3	5	2	2	0	-10	30	662	577	-587	-568	-36	-38	-20	-557	-500	5	-7	30
Ergebnis vor Steuern	-14	60	-571	73	-55	-808	-443	-1.874	-1.183	0	0	-471	-553	-516	2	342	315	78	386
Cost Income Ratio (CIR)	89,3 %	50,6 %	-22,6 %	58,2 %	415,8 %	-15,5 %	-42,2 %	-	-	-	-	-	-	-	129,8 %	92,5 %	77,1 %	87,3 %	80,2 %
Eigen- kapital- Rendite vor Steuern (RoE)	-2,2 %	8,1 %	-15,8 %	5,6 %	-4,0 %	-62,0 %	-32,3 %	-145,9 %	-73,9 %	-	-	-	-	-	-23,3 %	-7,8 %	5,7 %	1,3 %	6,4 %

ANGEWANDTE RECHNUNGSLEGUNGSVORSCHRIFTEN (STAND 31. DEZEMBER 2012)

Vorschrift ¹	Stand (letztes Revised) ²	Englischer Titel	Deutscher Titel	Anzuwenden seit ³	Übernommen durch EU- Verordnung ^{4, 7}
1. International Financial Reporting Standards (IFRS)⁵					
1.1. International Accounting Standards (IAS)					
IAS 1	rev. 2007	Presentation of Financial Statements	Darstellung des Abschlusses	01.01.2007	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 2	rev. 1993	Inventories	Vorräte	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 7	rev. 1992	Cash Flow Statements	Kapitalflussrechnungen	01.01.1994	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 8	rev. 2003	Accounting Policies, Changes in Accounting Estimates and Errors	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Änderungen von Schätzungen und Fehler	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 10	rev. 2003	Events after the Balance Sheet Date	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 12	rev. 2000	Income Taxes	Ertragsteuern	01.01.1998	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 16	rev. 2003	Property, Plant and Equipment	Sachanlagen	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 17	rev. 2003	Leases	Leasingverhältnisse	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 18	rev. 1993	Revenue	Erträge	01.01.1995	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 19	2004	Employee Benefits	Leistungen an Arbeitnehmer	01.11.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 21	2005	The Effects of Changes in Foreign Exchange Rates	Auswirkungen von Änderungen der Wechselkurse	01.01.2008	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 23	rev. 2007	Borrowing Costs	Fremdkapitalkosten	01.01.2009	1260/2008 v. 10.12.2008
IAS 24	rev. 2009	Related Party Disclosures	Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	01.01.2011	632/2010 v. 19.07.2010
IAS 27	rev. 2008	Consolidated and Separate Financial Statements	Konzern- und separate Einzelabschlüsse nach IFRS	01.01.2009	495/2009 v. 03.06.2009
IAS 28	rev. 2003	Investments in Associates	Anteile an assoziierten Unternehmen	01.01.2006	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 31	rev. 2003	Interests in Joint Ventures	Anteile an Joint Ventures	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 32	rev. 2003 (2008)	Financial Instruments: Disclosure and Presentation	Finanzinstrumente: Angaben und Darstellung	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 33	rev. 2003	Earnings per Share	Ergebnis je Aktie	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 34	1998	Interim Financial Reporting	Zwischenbericht-erstattung	01.01.1999	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 36	rev. 2004	Impairment of Assets	Wertminderung von Vermögenswerten	31.03.2004	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 37	1998	Provisions, Contingent Liabilities and Contingent Assets	Rückstellungen, Eventualschulden und Eventualforderungen	01.07.1999	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 38	rev. 2004	Intangible Assets	Immaterielle Vermögenswerte	31.03.2004	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 39	2005 (2009)	Financial Instruments: Recognition and Measurement	Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung	01.01.2006	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 40	rev. 2003	Investment Property	Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008

Vorschrift ¹	Stand (letztes Revised) ²	Englischer Titel	Deutscher Titel	Anzuwenden seit ³	Übernommen durch EU-Verordnung ^{4,7}
1.2. International Financial Reporting Standards (IFRS)⁵					
IFRS 3	rev. 2008	Business Combinations	Unternehmenszusammenschlüsse	01.01.2009	495/2009 v. 03.06.2009
IFRS 4	2005	Insurance Contracts	Versicherungsverträge	01.01.2006	1126/2008 v. 03.11.2008
IFRS 5	2004	Non-current Assets Held for Sale and Discontinued Operations	Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und aufgegebene Geschäftsbereiche	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IFRS 7	2004 (2009)	Financial Instruments: Disclosures	Finanzinstrumente: Angaben	01.01.2007	1126/2008 v. 03.11.2008
IFRS 8	2007	Operating Segments	Geschäftssegmente	01.01.2009	1358/2007 v. 21.11.2007
1.3. Standard Interpretation Committee (SIC)					
SIC-12	2004 (2005)	Consolidation-Special Purpose Entities	Konsolidierung – Zweckgesellschaften	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
1.4. International Financial Reporting Interpretation Committee (IFRIC)					
IFRIC 4	2004	Determining Whether an Arrangement Contains a Lease	Feststellung, ob eine Vereinbarung ein Leasingverhältnis enthält	01.01.2006	1126/2008 v. 03.11.2008
IFRIC 9	2006 (2009)	Reassessment of Embedded Derivatives	Neubeurteilung eingebetteter Derivate	01.01.2007	1126/2008 v. 03.11.2008
IFRIC 10	2006	Interim Financial Reporting and Impairment	Zwischenberichterstattung und Wertminderung	01.01.2007	1126/2008 v. 03.11.2008
2. Deutscher Rechnungslegungs Standard (DRS)⁶					
DRS 5-10	rev. 2009	n. r.	Risikoberichterstattung von Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitutionen	01.01.2010	n. r.
DRS 15	rev. 2009	n. r.	Lageberichterstattung	01.01.2010	n. r.
DRS 16	2008	n. r.	Zwischenberichterstattung	01.01.2008	n. r.
DRS 17	2007	n. r.	Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder	31.12.2008	n. r.
3. Kapitalmarktorientierte Vorschriften					
WpHG	2007	n. r.	Wertpapierhandelsgesetz; insbesondere § 37v bis § 37z	01.01.2007	n. r.
DCGK i. V. m. §161 AktG	2010	n. r.	Deutscher Corporate Governance Kodex	31.12.2010	n. r.
FWBO	2010	n. r.	Frankfurter Wertpapierbörsenordnung	31.12.2010	n. r.

¹Es werden nicht alle zum Stichtag existierenden Vorschriften aufgeführt, sondern diejenigen, die für die Postbank Gruppe von Relevanz sind.

²Die Postbank wendet immer aktuelle Standards inklusive Amendments an.

³Datum, ab dem die Vorschrift nach IFRS erstmals verpflichtend anzuwenden ist; eine freiwillige frühere Anwendung ist oft möglich. Wendet die Postbank eine Vorschrift freiwillig früher an, so wird im Anhang expliziert darauf hingewiesen.

⁴Die Postbank ist gemäß § 315a Abs. 1 HGB in Verbindung mit der sogenannten IAS-Verordnung (EU-Verordnung 1606/2002) verpflichtet, die von der EU übernommenen IFRS (Endorsement) anzuwenden. Das angegebene Datum entspricht der Freigabe durch die EU-Kommission (die Veröffentlichung im EU-Amtsblatt erfolgt kurz danach). Bezüglich des Zeitpunkts der Anwendung der in EU-Recht übernommenen IFRS-Standards gelten in der Regel die in den Standards geregelten Zeitpunkte (siehe Spalte „anzuwenden seit“). Wird ein IFRS erst nach dem Bilanzstichtag, aber vor dem „Tag des Unterzeichnens des Jahresabschlusses“ von der EU übernommen, so kann diese Vorschrift noch im Jahresabschluss angewendet werden (Klarstellung der EU-Kommission in ARC-Sitzung vom 30. November 2005).

⁵IFRS: Zum einen Oberbegriff aller vom International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlichten Rechnungslegungsvorschriften. Zum anderen vom IASB seit 2003 neu verabschiedete Rechnungslegungsvorschriften. Die bis 2002 verabschiedeten Vorschriften werden weiterhin unter den Bezeichnungen International Accounting Standards (IAS) veröffentlicht. Nur bei grundlegenden Änderungen der Vorschriften bereits vorhandener Standards werden die IAS in IFRS umbenannt.

⁶Die DRS werden insoweit angewendet, als sie Sachverhalte regeln, die gemäß § 315a HGB anzuwenden und nicht bereits in den IFRS selbst geregelt sind.

⁷Die Europäische Kommission hat am 3. November 2008 die konsolidierte Fassung aller in der EU in Kraft befindlichen International Financial Reporting Standards (IFRS) angenommen. Sie enthält alle bislang übernommenen IFRS einschließlich der am 15. Oktober 2008 übernommenen letzten Änderungen, sodass sich die Unternehmen künftig nur noch auf einen Rechtsakt stützen müssen. Die konsolidierte Fassung tritt an die Stelle von bislang 18 Einzelverordnungen und ersetzt die Verordnung Nr. 1725/2003 vom 29. September 2003 sowie alle bis zum 15. Oktober 2008 angenommenen Änderungen.

GREMIEN

Vorstände

Frank Strauß, Bad Nauheim
Vorsitzender seit 1. Juli 2012

Stefan Jütte, Bonn
Mitglied und Vorsitzender bis 30. Juni 2012

Dr. Mario Daberkow, Bonn
bis 31. Dezember 2012

Marc Heß, Bonn

Horst Küpker, Bad Honnef
bis 31. Dezember 2012

Dr. Michael Meyer, Bonn
bis 31. Dezember 2012

Hans-Peter Schmid, Baldham

Ralf Stemmer, Königswinter

Hanns-Peter Storr, Bonn

Aufsichtsrat

Rainer Neske, Bad Soden
Vorsitzender
Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG

Frank Bsirske¹, Berlin
Stv. Vorsitzender
Gewerkschaftssekretär, Vorsitzender Vereinte
Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)

Wilfried Anhäuser¹, Kerpen
bis 5. Juni 2012
Betriebsratsmitglied Postbank Filialvertrieb AG
(bis 11. Dezember 2012)

Marietta Auer¹, Unterhaching
bis 5. Juni 2012
Abteilungsleiterin Deutsche Postbank AG, Zentrale
(bis 30. Juni 2012)

Dr. Hugo Bänziger, London
bis 30. April 2012
Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG
(bis 31. Mai 2012)

Rolf Bauermeister¹, Berlin
Bundesfachgruppenleiter Postdienste
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)
Bundesverwaltung

Susanne Bleidt¹, Bell
seit 5. Juni 2012
Mitglied des Gesamtbetriebsrats Postbank Filialvertrieb AG

Wilfried Boysen, Hamburg
Kaufmann

Prof. Dr. Edgar Ernst, Bonn
Präsident Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung DPR e.V.

Annette Harms¹, Hamburg
bis 5. Juni 2012
Stv. Vorsitzende des Betriebsrats Deutsche Postbank AG

Stefanie Heberling, Wuppertal
Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG,
Mitglied der Geschäftsleitung Privatkunden Deutschland-
RegionsExCo West

Timo Heider¹, Hameln
Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats BHW Bausparkasse
Aktiengesellschaft und Postbank Finanzberatung AG

Dr. Tessen von Heydebreck, Berlin
ehem. Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG
und derzeit Vorsitzender des Vorstands Deutsche Bank
Stiftung

Dr. Peter Hoch, München
Privatier

Elmar Kallfelz¹, Wachtberg
bis 5. Juni 2012
Vorsitzender des Europäischen Betriebsrats
Deutsche Post AG

Prof. Dr. Ralf Krüger, Kronberg
bis 5. Juni 2012
Unternehmensberater

Hans-Jürgen Kummetat¹, Köln
seit 5. Juni 2012
Beamter

Dr. Christian Ricken, Bad Homburg v. d. Höhe
seit 5. Juni 2012
Mitglied des Group Executive Committee,
Chief Operating Officer PBC,
Deutsche Bank AG

Bernd Rose¹, Menden (Sauerland)
seit 5. Juni 2012
Vorsitzender Gesamtbetriebsrat Postbank Filialvertrieb AG/
Postbank Filial GmbH

Lawrence A. Rosen, Bonn
Mitglied des Vorstands Deutsche Post AG

Christian Sewing, Osnabrück
seit 9. Mai 2012
Chief Credit Officer Deutsche Bank Gruppe

Eric Stadler¹, Markt Schwaben
Vorsitzender des Betriebsrats Betriebs-Center für
Banken AG

Werner Steinmüller, Dreieich
Mitglied Group Executive Committee, Head of Global
Transaction Banking Deutsche Bank AG

Gerd Tausendfreund¹, Nidderau
Gewerkschaftssekretär Vereinte Dienstleistungs-
gewerkschaft (ver.di)

Renate Treis¹, Brühl
Stv. Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats Deutsche
Postbank AG

Wolfgang Zimny¹, Bornheim
seit 5. Juni 2012
Bankjurist, Abteilungsleiter Deutsche Postbank AG Zentrale

¹Arbeitnehmersvertreter

GLOSSAR

Adressenausfallrisiken	Hierunter werden die Verlustrisiken subsumiert, die durch Bonitätsveränderungen oder durch den Ausfall eines Geschäftspartners induziert werden. Adressenausfallrisiken umfassen das Kreditrisiko, das Länder- bzw. Transferrisiko und das Kontrahentenrisiko. Das Kreditrisiko beschreibt mögliche Wertverluste, die durch die Zahlungsunfähigkeit oder durch eine Verschlechterung der Bonität des Schuldners entstehen. Das Länder- bzw. Transferrisiko kann bei grenzüberschreitenden Zahlungen infolge der Zahlungsunwilligkeit (politisches Risiko) oder der Zahlungsunfähigkeit (wirtschaftliches Risiko) eines Staates entstehen. Der Ausfall eines Vertragspartners bei der Abwicklung von Leistungsansprüchen oder die nicht termingerechte Erfüllung von Leistungsansprüchen wird durch das Kontrahentenrisiko beschrieben.
Agio	Aufgeld. Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungskosten und dem Nominalwert.
Anlagebuch	Risikotragende Positionen, die nicht dem Handelsbuch zugeordnet werden.
Asset-Backed Securities	Besondere Form der Verbriefung von Zahlungsansprüchen in handelbaren Wertpapieren. Die entsprechenden Wertpapiere sind durch Zusammenfassung bestimmter Finanzaktiva entstanden.
Assoziiertes Unternehmen	Ein Unternehmen, das nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen ist, auf dessen Geschäfts- oder Finanzpolitik ein in den Konzernabschluss einbezogenes Unternehmen maßgeblichen Einfluss hat.
Available for Sale (AFS)	Hierunter werden die zur Veräußerung zur Verfügung stehenden finanziellen Vermögenswerte verstanden (s. auch Wertpapiere Available for Sale).
Backtesting	Verfahren zur Überwachung der Güte von Value-at-Risk-Modellen (VaR). Hierzu wird über einen längeren Zeitraum geprüft, ob die über den VaR-Ansatz geschätzten potenziellen Verluste rückwirkend nicht wesentlich häufiger überschritten wurden, als gemäß dem angewandten Konfidenzniveau (s. auch Konfidenzniveau) zu erwarten gewesen wäre.
Basis Point Value (bpv)	bpv gibt die Barwertänderung eines Finanzinstruments an, wenn sich der Zinssatz um einen Basispunkt (0,01%) ändert.
Cashflow Hedge	Hierunter wird vornehmlich die Absicherung des Risikos bei zukünftigen Zinszahlungen aus einem variabel verzinslichen Bilanzgeschäft mit einem Swap verstanden. Die Bewertung erfolgt zum Marktwert (Fair Value).
Cashflows	Zuflüsse und Abflüsse von Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten.
CDO	Collateralized Debt Obligations – Wertpapiere die durch verschiedene Vermögensgegenstände besichert sind.
CDS	Credit Default Swap – Finanzinstrument zur Übernahme des Kreditrisikos aus einem Referenzaktivum (z. B. Wertpapier oder Kredit). Dafür zahlt der Sicherungsnehmer an den Sicherungsgeber eine Prämie und erhält bei Eintritt eines vorab vereinbarten Kreditereignisses eine Ausgleichszahlung.
CLO	Collateralized Loan Obligations – Wertpapiere, die durch einen Pool von Kreditforderungen besichert sind.
CMBS	Commercial Mortgage Backed Securities – durch in der Regel Gewerbeimmobilien grundpfandrechtlich gesicherte Wertpapiere.
Commercial Paper	Kurzfristige unbesicherte Schuldtitel mit flexiblen Laufzeiten (max. 270 Tage), begeben von Emittenten erstklassiger Bonität. Sie dienen dazu, einen kurzfristigen Finanzierungsbedarf direkt bei Großanlegern zu decken.
CPPI	Constant Proportion Portfolio Insurance – kapitalgarantierte Schuldscheindarlehen.
Derivate	Finanzinstrumente, deren eigener Wert vom Wert eines anderen Finanzinstruments abhängt. Der Preis des Derivats wird vom Preis eines Basiswertes abgeleitet (Aktie, Währung, Zins usw.). Diese Instrumente bieten erweiterte Möglichkeiten für Risikomanagement und -steuerung.

Deutsche Rechnungslegungs Standards (DRS)	Empfehlungen zur Anwendung der (deutschen) Konzernrechnungslegungsgrundsätze, herausgegeben vom Deutschen Standardisierungsrat (DSR), einem Gremium des DRSC (Deutsches Rechnungslegungs Standard Committee e.V.).
Disagio	Abgeld. Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungskosten und dem Nominalwert.
Discounted Cashflow (DCF)	Die DCF-Methode ist eine anerkannte Bewertungsmethode zur Ermittlung des Fair Value (beizulegender Zeitwert) in inaktiven Märkten. Bei der DCF-Bewertungsmethode werden die zukünftigen Cashflows mit dem aktuellen Abzinsungsfaktor diskontiert.
Effektivzinsmethode	Die Amortisierung der Unterschiedsbeträge zwischen Anschaffungskosten und Nominalwert (Agio/Disagio) unter Verwendung des effektiven Zinssatzes eines finanziellen Vermögenswertes oder einer finanziellen Verbindlichkeit. Als effektiver Zinssatz gilt der Kalkulationszinssatz, mit dem der erwartete künftige Zahlungsmittelfluss bis zum Endfälligkeitstermin oder zum nächsten marktpreisorientierten Zinsanpassungstermin auf den gegenwärtigen Buchwert des finanziellen Vermögenswertes oder einer finanziellen Verbindlichkeit abgezinst wird.
Embedded Derivatives	Eingebettete Derivate sind Bestandteil eines originären Finanzinstruments und mit diesem untrennbar verbunden, sogenannte Hybrid Financial Instruments, wie z. B. Aktienanleihen. Sie sind rechtlich und wirtschaftlich miteinander verbunden, jedoch unter bestimmten Voraussetzungen getrennt zu bilanzieren.
Equity-Methode	Bewertungsmethode für Anteile an Unternehmen, auf deren Geschäftspolitik ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann (assoziierte Unternehmen). Bei der Equity-Methode geht der anteilige Jahresüberschuss/-fehlbetrag des Unternehmens in den Buchwert der Anteile ein. Bei Ausschüttungen wird der Wertansatz um den anteiligen Betrag gemindert.
Fair Value (Full Fair Value)	Betrag, zu dem Aktiva bzw. Passiva zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern fairerweise gehandelt würden. Der Fair Value ist häufig identisch mit dem Marktpreis (beizulegender Zeitwert).
Fair Value Hedge	Hierbei handelt es sich vornehmlich um festverzinsliche Bilanzposten (z. B. eine Forderung, eine Aktie oder ein Wertpapier), die durch ein Derivat gegen das Marktpreisrisiko gesichert werden. Die Bewertung erfolgt zum Marktwert (Fair Value).
Fair-Value-Option (FVO)	Danach können finanzielle Vermögenswerte bzw. finanzielle Verbindlichkeiten (freiwillig) erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, wenn u. a. dies zur Beseitigung oder erheblichen Verringerung von Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz (Accounting-Mismatch) führt.
Finanzinstrumente	Hierunter werden insbesondere Kredite bzw. Forderungen, verzinsliche Wertpapiere, Aktien, Beteiligungen, Verbindlichkeiten und Derivate subsumiert.
Fortgeführte Anschaffungskosten	Der Betrag, mit dem ein finanzieller Vermögenswert oder eine finanzielle Schuld bei der erstmaligen Erfassung bewertet wurde, abzüglich Tilgungen, zuzüglich/abzüglich der Auflösung von Agio/Disagio sowie abzüglich etwaiger außerplanmäßiger Abschreibungen.
Handelsaktiva	In diesen Bilanzposten werden Handelszwecken dienende Wertpapiere, Schuldscheindarlehen, Devisen, Edelmetalle und derivative Finanzinstrumente ausgewiesen. Sie werden zum Fair Value bewertet.
Handelsbuch	Bankaufsichtsrechtlicher Begriff für Positionen in Finanzinstrumenten, Anteilen und handelbaren Forderungen, die von einem Kreditinstitut zum Zwecke des kurzfristigen Wiederverkaufs unter Ausnutzung von Preis- und Zinsschwankungen gehalten werden. Darunter fallen auch eng mit Handelsbuchpositionen verbundene – z. B. der Absicherung dienende – Geschäfte. Nicht dem Handelsbuch zuzuweisende risikotragende Positionen werden dem Anlagebuch zugeordnet.
Handelsergebnis	Saldo der Erträge und Aufwendungen aus dem Eigenhandel in Wertpapieren, Finanzinstrumenten (insbesondere Derivaten), Devisen und Edelmetallen, die zum Marktpreis bewertet werden.
Handelspassiva	In diesem Bilanzposten werden derivative Finanzinstrumente des Eigenhandels, die einen negativen Marktwert besitzen, sowie Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen ausgewiesen. Die Bewertung erfolgt zum Fair Value.

Hedge Accounting	Darstellung gegensätzlicher Wertentwicklungen eines Sicherungsgeschäfts (z. B. eines Zinsswaps) und eines Grundgeschäfts (z. B. eines Kredits). Ziel des Hedge Accounting ist es, den Einfluss der erfolgswirksamen Bewertung und der Erfassung der Bewertungsergebnisse aus derivativen Geschäften auf die Gewinn- und Verlustrechnung zu minimieren.
Hedge Fair Value	Bewertungsergebnis eines gesicherten Grundgeschäfts unter Fixierung der nicht abgesicherten Risikofaktoren.
Hedging	Eine Strategie, bei der Sicherungsgeschäfte mit dem Ziel abgeschlossen werden, Bestände gegen das Risiko von ungünstigen Preisentwicklungen (Zinsen, Kurse) abzusichern.
Held to Maturity Investments (HtM)	Finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmaren Zahlungen sowie einer festen Laufzeit, die das Unternehmen bis zur Endfälligkeit halten will und kann, ausgenommen vom Unternehmen ausgereichte Kredite und Forderungen.
ICAAP	Interner Kapitalbemessungsprozess – internes Verfahren, nach dem Institute bankintern sicherzustellen haben, dass stets genügend Eigenkapital zur Abdeckung aller wesentlichen Risiken vorhanden ist.
Impairment	Betrag, um den die fortgeführten Anschaffungskosten eines Finanzinstruments den am Markt nachhaltig erzielbaren Betrag überschreiten.
International Financial Reporting Standards (IFRS)	Zum einen Oberbegriff aller vom International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlichten Rechnungslegungsvorschriften. Zum anderen vom IASB seit 2003 neu verabschiedete Rechnungslegungsvorschriften. Die bis 2002 verabschiedeten Vorschriften werden weiterhin unter den Bezeichnungen International Accounting Standards (IAS) veröffentlicht.
Investment Property	Grundstücke und/oder Gebäude, die zur Erzielung von Mieteinkünften oder Vermögenszuwächsen gehalten und nicht zu betrieblichen Zwecken genutzt werden.
Kapitalflussrechnung	Ermittlung und Darstellung des Zahlungsmittelflusses, den ein Unternehmen in einem Geschäftsjahr aus laufender Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit erwirtschaftet oder verbraucht hat, sowie zusätzliche Abstimmung des Zahlungsmittelbestands (Barreserve) zu Beginn des Geschäftsjahres mit dem Betrag am Ende des Geschäftsjahres.
Konfidenzniveau	Wahrscheinlichkeit, mit der ein potenzieller Verlust eine durch den Value-at-Risk definierte Verlustobergrenze nicht überschreitet.
Latente Steuern	Zukünftig zu zahlende oder zu erhaltende Ertragsteuern, die aus unterschiedlichen Wertansätzen in der Steuer- und in der IFRS-Bilanz resultieren. Sie stellen zum Zeitpunkt der Bilanzierung noch keine tatsächlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten gegenüber Finanzbehörden dar.
Liquiditätsrisiko	Ist das Risiko, den gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht zeitgerecht bzw. nicht in voller Höhe nachkommen zu können. Das Refinanzierungsrisiko entsteht, wenn bei Bedarf die erforderliche Liquidität nicht zu den erwarteten Konditionen beschafft werden kann.
Loans and Receivables (LaR)	Finanzielle Vermögenswerte, die nicht auf einem aktiven Markt notiert sind. Dazu zählen insbesondere Forderungen sowie Teile der Finanzanlagen.
Loss Identification Period (Lip)	Der Zeitraum vom Ausfall des Kreditnehmers bis zur Wahrnehmung dieses Ausfalls durch das Kreditinstitut. Der Lip-Faktor ist ein Faktor bei der Berechnung der Portfoliowertberichtigung nach IAS/IFRS und der Errechnung des „Incurred Loss“ (eingetretener Verlust).
Mark to Market	Bewertung aller Eigenhandelsaktivitäten eines Unternehmens zu aktuellen Marktpreisen einschließlich unrealisierter Gewinne – ohne Berücksichtigung der Anschaffungskosten.
Marktpreisrisiko	Mit Marktpreisrisiken werden die möglichen Verluste bezeichnet, die bei Finanztransaktionen durch Veränderungen von Zinsen, Volatilitäten, Fremdwährungs- und Aktienkursen induziert werden können. Die Wertveränderungen werden dabei unabhängig von der bilanziellen Betrachtung aus der täglichen Marktbewertung abgeleitet.
Marktwert	Unter dem positiven/negativen Marktwert eines Finanzinstruments wird die Marktwertveränderung verstanden, die sich im Zeitraum zwischen dem Geschäftsabschluss und dem Bewertungsstichtag aufgrund von günstigen oder ungünstigen Marktänderungen ergeben hat.

Nachhaltigkeit	Unternehmen verpflichten sich gemäß dem Leitbild der „Nachhaltigen Entwicklung“ zur Verantwortung für die sozialen und ökologischen Auswirkungen ihrer wirtschaftlichen Entscheidungen. Ferner setzen sie sich als Teil der Gesellschaft mit Sozial- und Umweltthemen aktiv auseinander und unterstützen deren Umsetzung durch gezielte Maßnahmen.
Netting-Vereinbarungen	Verträge, wonach gegenseitige Forderungen zwischen zwei Parteien unter bestimmten Voraussetzungen miteinander verrechnet werden können – beispielsweise im Insolvenzfall. Die Einbeziehung einer rechtsverbindlichen Netting-Vereinbarung führt zu einer Reduzierung des Ausfallrisikos von einem Brutto- auf einen Nettobetrag.
Neubewertungsrücklage	In der Neubewertungsrücklage werden Marktwertänderungen von Finanzinstrumenten der Kategorie Available for Sale sowie deren latente Steuereffekte erfolgsneutral erfasst.
Operationelles Risiko	Unter dem Operationellen Risiko wird gemäß der Definition nach Basel II „die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Ereignissen eintreten“ verstanden. Entsprechend der Definition nach Basel II, werden auch die rechtlichen Risiken hier einbezogen.
Option	Recht, den zugrunde liegenden Optionsgegenstand (beispielsweise Wertpapiere oder Devisen) von einem Vertragspartner (Stillhalter) zu einem vorweg fest vereinbarten Preis zu einem bestimmten Zeitpunkt bzw. in einem bestimmten Zeitraum zu kaufen (Kaufoption/Call) oder an diesen zu verkaufen (Verkaufsoption/Put).
OTC-Derivate	Finanzinstrumente (Derivate), die nicht standardisiert sind und nicht an einer Börse, sondern direkt zwischen den Marktteilnehmern (over-the-counter) gehandelt werden.
Portfolio	Zusammenfassung ähnlicher Geschäfte, insbesondere von Wertpapieren und/oder Derivaten, unter Preisrisikoaspekten.
Rating	Extern: standardisierte Beurteilung der Bonität des Emittenten und seiner Schuldtitel durch spezialisierte Agenturen. Intern: detaillierte Risikoeinschätzung jedes Exposures eines Schuldners.
Recovery Rate (Verwertungsrate):	Die Recovery Rate gibt den prozentualen Anteil einer Forderung an, den ein Gläubiger bei Ausfall des Darlehensnehmers unter Berücksichtigung des ökonomischen Verlusts nach Verwertung von Sicherheiten und sonstigen Rechten zurückerhält.
Repo-Geschäft (Repurchase Agreement)	Vereinbarung über den Rückkauf bei Wertpapiergeschäften (echtes Pensionsgeschäft, dessen Gegenstand weiterhin dem Pensionsgeber zuzurechnen ist). Aus Sicht des Pensionsnehmers wird von einem Reverse-Repo-Geschäft gesprochen.
Return on Equity (RoE)/Eigenkapitalrendite	Grundlegende Kennziffer zur Ertragslage, die das Ergebnis (Jahresüberschuss) im Verhältnis zum eingesetzten Eigenkapital darstellt (Ergebnis in Prozent des jahresdurchschnittlich eingesetzten Eigenkapitals).
Reverse-Repo-Geschäft	S. Repo-Geschäft.
Securitization (Verbriefung)	Ersatz von Krediten oder Finanzierung von Forderungen verschiedenster Art durch die Ausgabe von Wertpapieren (z. B. Schuldverschreibungen oder Commercial Papers).
Segmentberichterstattung	Offenlegung von Vermögens- und Ergebnisinformationen, untergliedert nach Tätigkeitsbereichen (Unternehmensbereichen) und geografischen Merkmalen (Regionen).
Sell-and-Buy-Back-Geschäft	Kombination zweier Kaufverträge, und zwar der jeweils separaten Verträge für das Kassa- und das Termingeschäft.
Sicherungsgeschäfte	Geschäfte, die dazu dienen, durch die Änderung ihres Fair Value die Änderung im Fair Value des gesicherten Grundgeschäfts auszugleichen.
Swap	Austausch von Zahlungsströmen. Zinsswap: Tausch von Zinszahlungsströmen gleicher Währung mit unterschiedlichen Konditionen (beispielsweise fest/variabel). Währungsswap: Tausch von Zahlungsströmen und Kapitalbeträgen in verschiedenen Währungen.

Underlying	Das Underlying ist der Gegenstand eines Optionsscheins, Zertifikats bzw. eines Terminkontrakts, also der Gegenstand, der dem Optionsschein/Zertifikat/Terminkontrakt zugrunde liegt. Der Basiswert kann beispielsweise eine Aktie, eine Währung oder eine Anleihe sein.
Unwinding	Erfolgswirksame Vereinnahmung der sich im Zeitablauf ergebenden Barwertveränderung des erwarteten zukünftigen Cashflows wertberichtigter (impaired) Kredite.
Value-at-Risk-Modell (VaR)	VaR bezeichnet eine Methode zur Quantifizierung von Risiken. VaR wird derzeit hauptsächlich im Zusammenhang mit der Messung von Marktpreisrisiken gebraucht. Um aussagekräftig zu sein, müssen zusätzlich immer die Haltedauer (z. B. zehn Tage) und das Konfidenzniveau (s. auch Konfidenzniveau) (z. B. 99,0 %) angegeben werden. Der VaR-Wert bezeichnet dann diejenige Verlustobergrenze, die innerhalb der Haltedauer mit einer Wahrscheinlichkeit entsprechend dem Konfidenzniveau nicht überschritten wird.
Volatilität	Kursschwankung eines Wertpapiers bzw. einer Währung. Oftmals wird diese in Form der Standardabweichung aus der Kurshistorie berechnet bzw. implizit aus einer Preissetzungsformel. Je höher die Volatilität, desto risikoreicher ist das Halten der Anlage.
Währungsrisiko	Risiko, dass sich der Wert eines Finanzinstruments aufgrund von Änderungen der Wechselkurse verändert.
Wertpapiere Available for Sale	Wertpapiere, die weder dem Handelsbestand noch der Kategorie Loans and Receivables zuzuordnen sind und (bei Glaubigerpapieren) nicht bis zur Endfälligkeit gehalten werden. Sie werden mit ihrem Fair Value in der Bilanz ausgewiesen. Änderungen des Fair Value werden grundsätzlich erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage innerhalb des Eigenkapitals gezeigt. Fällt der Fair Value aufgrund einer nicht vorübergehenden Wertminderung unter die fortgeführten Anschaffungskosten, so wird die Differenz zwischen den beiden Werten erfolgswirksam im Aufwand berücksichtigt (s. auch Impairment). Realisierte Gewinne und Verluste werden ebenfalls erfolgswirksam vereinnahmt.
Wertpapierdarlehen	Darlehensweises Überlassen von festverzinslichen Wertpapieren oder Aktien, wobei zwischen closed term (Rückübertragung der gleichen Anzahl und Art von Wertpapieren zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Zukunft) und open term (Überlassung bis auf Weiteres) unterschieden wird.

ADRESSEN**Deutsche Postbank AG****Zentrale**

Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 920-0
Telefax: 0228 920-35151
Internet: www.postbank.de
E-Mail: direkt@postbank.de

Deutsche Postbank International S.A.

PB Finance Center
Parc d'Activité Syrdall 2
18–20, rue Gabriel Lippmann
L-5365 Munsbach
Postanschrift:
L-2633 Luxemburg
Telefon: +352 34 95 31-1
Telefax: +352 34 95 32-550
E-Mail: deutsche.postbank@postbank.lu

Postbank Leasing GmbH

Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 01805 72 53-27
Telefax: 01805 72 53-28
E-Mail: leasing@postbank.de

Postbank P.O.S. Transact GmbH

Frankfurter Straße 71–75
65760 Eschborn
Telefon: 06196 96 96-0
Telefax: 06196 96 96-200
E-Mail: info@postransact.de

easyhyp GmbH

Lubahnstraße 2
31789 Hameln
Telefon: 0800 044 8888
E-Mail: info@easyhyp.de

Postbank Service GmbH

Kruppstraße 2
45128 Essen
Postanschrift:
45125 Essen
Telefon: 0201 819-8001
Telefax: 0201 819-8009
E-Mail: direkt@postbank.de

Tochtergesellschaften**Betriebs-Center für Banken AG**

Eckenheimer Landstraße 242
60320 Frankfurt am Main
Postanschrift:
60290 Frankfurt am Main
Telefon: 069 6 89 76-0
Telefax: 069 6 89 76-5099
E-Mail: bcb.direkt@bcb-ag.de

PB Factoring GmbH

Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0180 50905-22
Telefax: 0180 50905-33
E-Mail: factoring@postbank.de

Postbank Systems AG

Baunscheidtstraße 8
53113 Bonn
Postfach 26 01 46
53153 Bonn
Telefon: 0228 920-0
Telefax: 0228 920-63010
E-Mail: postbank.systems@postbank.de

PB Firmenkunden AG

Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0180 3040-636
Telefax: 0180 3040-696
E-Mail: firmenkunden@postbank.de

BHW Bausparkasse AG

Lubahnstraße 2
31789 Hameln
Postfach 10 13 22
31781 Hameln
Telefon: 0180 4440-500
Telefax: 05151 18-3001
E-Mail: info@bhw.de

Postbank Direkt GmbH

Kennedyallee 62–70
53175 Bonn
Telefon: 0228 920-0
Telefax: 0228 920-35151
Internet: www.postbank.de
E-Mail: direkt@postbank.de

VÖB-ZVD Processing GmbH

Sitz der Geschäftsleitung:
Alemannenstraße 1
53175 Bonn
Postfach 26 01 32
53153 Bonn
Telefon: 0228 9377-0
Telefax: 0228 9377-599
E-Mail: zvd@voeb-zvd.de

BHW Immobilien GmbH

Lubahnstraße 2
31789 Hameln
Postfach 10 13 42
31763 Hameln
Telefon: 0180 2060-240
Telefax: 05151 18-5101
E-Mail: info@bhw-immobilien.de

Postbank Filialvertrieb AG

Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 920-0
Telefax: 0228 920-35151
E-Mail: direkt@postbank.de

BHW Kreditservice GmbH

Lubahnstraße 2
31789 Hameln
Postfach 10 02 16
31752 Hameln
Telefon: 05151 18-8000
Telefax: 05151 18-8999
E-Mail: info@bhw-kreditservice.de

Postbank Finanzberatung AG

Lubahnstraße 5
31789 Hameln
Postanschrift:
31789 Hameln
Telefon: 01803 2881
Telefax: 05151 18-3001
E-Mail: direkt@postbank.de

FINANZKALENDER 2013

26. März 2013	Veröffentlichung Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 2012
3. Mai 2013	Zwischenmitteilung zum 31. März 2013
28. Mai 2013	Hauptversammlung
14. August 2013	Veröffentlichung 6-Monatsbericht zum 30. Juni 2013
6. November 2013	Zwischenmitteilung zum 30. September 2013

Alle Angaben sind ohne Gewähr – kurzfristige Änderungen sind vorbehalten.

IMPRESSUM

Herausgeber

Deutsche Postbank AG
Zentrale
Investor Relations
Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 920 - 0

Investor Relations

Telefon: 0228 920 -18003
E-Mail: ir@postbank.de
www.postbank.de/ir

Gestaltung und Satz

EGGERT GROUP, Düsseldorf

Koordination/Redaktion

Postbank
Investor Relations



Der CO₂-neutrale Druck
mit der Deutschen Post

Dieser Geschäftsbericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen, die sich auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung (insbesondere die Entwicklung der Geld- und Kapitalmarktinzinsen), das Geschäft und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Postbank Konzerns beziehen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind keine Aussagen, die Tatsachen der Vergangenheit beschreiben, und werden mitunter durch die Verwendung der Begriffe „glauben“, „erwarten“, „vorhersagen“, „planen“, „schätzen“, „bestreben“, „voraussehen“, „annehmen“ und ähnliche Formulierungen kenntlich gemacht. Zukunftsgerichtete Aussagen beruhen auf den gegenwärtigen Plänen, Schätzungen, Prognosen und Erwartungen der Gesellschaft und unterliegen daher Risiken und Unsicherheitsfaktoren, die dazu führen können, dass die tatsächlich erreichte Entwicklung oder die erzielten Erträge oder Leistungen wesentlich von der Entwicklung, den Erträgen oder den Leistungen abweichen, die in den zukunftsgerichteten Aussagen ausdrücklich oder implizit angenommen werden.

Die Leser dieses Geschäftsberichts werden ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sie kein unangemessenes Vertrauen in diese zukunftsgerichteten Aussagen setzen sollten, die nur zum Datum dieses Geschäftsberichts Gültigkeit haben. Die Deutsche Postbank AG beabsichtigt nicht und übernimmt keine Verpflichtung, die zukunftsgerichteten Aussagen zu aktualisieren.

